



Hanns
Seidel
Stiftung



BAYERISCHE LANDESGESCHICHTE

Reinhard Heydenreuter, Birgit Strobl (Hrsg.)



Hanns
Seidel
Stiftung



BAYERISCHE LANDESGESCHICHTE

Reinhard Heydenreuter, Birgit Strobl (Hrsg.)

AUTORENVERZEICHNIS

Prof. Dr. Dr. Reinhard Heydenreuter, Jurist und Historiker, Archivdirektor a. D., ehemaliger Leiter des Archivs der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Dozent für Neuere und Neueste Geschichte und Bayerische Landesgeschichte an der Universität Eichstätt-Ingolstadt, Rechtsanwalt, Referent bei Seminaren der Hanns-Seidel-Stiftung

Dr. jur. Birgit Strobl, Referentin für bayerische Landesgeschichte und stv. Leiterin des Instituts für Politische Bildung der Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Mitglied im Beirat des Hauses der Bayerischen Geschichte

unter Mitarbeit von

Hubertus Klingsbögl, Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Hanns-Seidel-Stiftung

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	9
I. Wie das Interesse an bayerischer Landesgeschichte geweckt werden kann	10
II. Bayerns Geschichte im Überblick	16
Die Welt des Alten Reichs und die nach 1802/03 in Bayern aufgegangenen fränkischen und schwäbischen Territorien.	20
• Bayerischer Reichskreis und die Oberpfalz	23
• Die schwäbischen Territorien	24
• Die fränkischen Territorien	26
• Das moderne Bayern: vom Kurfürstentum zum Königreich und Freistaat	27
III. Zeittafel zur Geschichte Bayerns und der in Bayern aufgegangenen Territorien	34
1. Herzogtum, Kurfürstentum, Königreich und Freistaat Bayern	34
• Herzogtum und Kurfürstentum (seit 1623) Bayern.	34
• Herzogtum Straubing-Holland.	49
• Linie Bayern-Ingolstadt (1392-1447).	51
• Linie Bayern-Landshut (1392-1503).	52
• Linie Bayern-München	53
2. Die in Bayern aufgegangenen Territorien	160
Bayerischer Reichskreis	160
Erzstift Salzburg	160
Hochstift und Reichsstadt Regensburg, Reichsklöster Ober- und Niedermünster sowie St. Emmeram	160
Hochstift Freising	167
Hochstift Passau	170
Fürstpropstei Berchtesgaden	174
Das Fürstentum der oberen Pfalz bis 1621/28.	175
Fürstentum Neuburg	179
Landgrafschaft Leuchtenberg	181
Grafschaft Sternstein (Störnstein)	183
Herrschaft Sulzbürg-Pyrbaum	184

Herrschaft Breitenegg	185
Herrschaft Waldthurn	185
Herrschaft Ehrenfels	186
Grafschaft Haag	186
Grafschaft Hals	187
Grafschaft Ortenburg	187
Grafschaft Hohenwaldeck	188
Franken und Fränkischer Reichskreis	189
Erzstift Mainz	189
Hochstift Würzburg	191
Hochstift Bamberg	197
Anhang zum Hochstift Bamberg:	
Geschichte von Kloster und Schloss Banz	204
Hochstift Eichstätt	209
Markgrafschaft Ansbach-Bayreuth	212
Fürstentümer Hohenlohe	219
Fürstentum Schwarzenberg	220
Reichsherrschaft Seinsheim	222
Grafschaft Castell	222
Grafschaft Pappenheim	223
Grafschaft Wiesentheid und Herrschaft Pommersfelden und	
Reichelsberg der Grafen Schönborn.	225
Grafschaft Limpurg-Speckfeld.	226
Herrschaft Thurnau	227
Fränkische Reichsritterschaft	227
Reichsstadt Nürnberg	229
Reichsstadt Rothenburg ob der Tauber	234
Reichsstadt Schweinfurt, Reichsdörfer Gochsheim und	
Sennfeld.	235
Reichsstadt Windsheim	237
Reichsstadt Weißenburg in Bayern	238
Herzogtum Coburg	239
Schwäbischer Reichskreis	242
Hochstift Augsburg	242
Fürststift Kempten.	246
Reichsabtei St. Ulrich und Afra in Augsburg	248
Reichsstift Ottobeuren.	249
Damenstift Edelstetten	250
Reichsabtei Elchingen.	250
Reichsabtei Roggenburg	251
Reichsabtei Ursberg.	251

Reichsstift Wettenhausen	252
Reichsabtei Kaisheim (Kaisersheim)	253
Reichsabtei Irsee	253
Reichskartause Buxheim	254
Grafschaft Oettingen	255
Grafschaften und Herrschaften der Fugger	256
Herrschaft Illertissen	257
Markgrafschaft Burgau	257
Grafschaft Thannhausen	258
Grafschaft Schwabegg	259
Grafschaft Rothenfels	259
Grafschaft Trauchburg	261
Herrschaft Mindelheim	261
Herrschaft Hohenschwangau	263
Reichsritterschaft in Schwaben	264
Reichsstadt Augsburg	264
Reichsstadt und Reichsstift Lindau	269
Reichsstadt Kempten	270
Reichsstadt Memmingen	271
Reichsstadt Donauwörth	273
Reichsstadt Kaufbeuren	274
Reichsstadt Nördlingen	275
Reichsstadt Dinkelsbühl	276
IV. Sachwörterbuch zur bayerischen Geschichte	278
V. Literatur	317
VI. Adressen	327



Das Große Bayerische Staatswappen

	Gold (Gelb)		Silber (Weiß)		Rot
	Blau		Schwarz		

Darstellung in Farbe siehe Umschlagrückseite

Vorwort

Heimat steht wieder hoch im Kurs. Dies nehmen wir zum Anlass, den beliebten Leitfaden zur Bayerischen Landesgeschichte neu aufzulegen. Ohne Kenntnis der bayerischen Geschichte lässt sich das heutige Bayern und sein politisches, gesellschaftliches und kulturelles Erscheinungsbild nur unzureichend erklären. Gerade die einzigartige kulturelle Vielfalt des Freistaats Bayern ist das Erbe einer reichen historischen Tradition. Dabei sind es nicht unbedingt die großen spektakulären Ereignisse, die die bayerische Geschichte geprägt haben. Es ist das stille und beharrliche Wirken unserer Vorfahren, die im großen historischen Rahmen ihren Alltag gelebt und damit Kultur geschaffen haben, die heute Teil unserer bayerischen Heimat ist.

Oft sind es die Jahreszahlen, die große Ereignisse in Erinnerung rufen und uns faszinieren oder beeindrucken. Doch es gibt auch die kleinen Begebenheiten in unserer Nähe, die Geschichten des unmittelbaren Lebenskreises, durch die wir uns mit unserer Heimat identifizieren. Deswegen ist Ortsgeschichte heimatstiftend und mehr noch: Sie ist wahrhaftiger!

Die Zeittafel im Leitfaden trägt diesem Bedürfnis Rechnung und widmet sich nicht nur politischen Ereignissen, sondern oft auch dem kulturellen Detail. Sie weist gleichermaßen auf die Vielfalt der territorialen Entwicklung Bayerns hin: auf fränkische, schwäbische und altbayerische Wurzeln unserer Landesgeschichte und auf eine in Deutschland einmalige Vielfalt. Die Gliederung der Zeittafel zeigt die Territorien der Stämme wie diese sich im Kurfürstentum und Königreich Bayern (1806) im Alten Reich selbständig entwickelten. Den Besonderheiten des jeweiligen Gebietes konnte dadurch möglichst breiter Raum eingeräumt werden. Die Erläuterungen zu den Regionen im bayerischen Wappen stehen ergänzend dazu als Synonym für die Identität und Vielfalt, wie sie sich auch in der bayerischen Bevölkerung widerspiegeln.

Die Politischen Stiftungen werfen in ihrem Handeln den Blick auf die Welt, auf Europa und auf Deutschland. Die Hanns-Seidel-Stiftung erweitert diese Achse auf Bayern. Sie sieht sich auch der bayerischen Kultur, dem Brauchtum und der Identität verpflichtet. Im Rahmen der verschiedenen Seminarreihen des Instituts für Politische Bildung hat auch die Bayerische Landesgeschichte einen festen Platz – im Bildungszentrum Kloster Banz, im Konferenzzentrum München oder dezentral in den bayerischen Regionen. Dieser Leitfaden ist der historischen Entwicklung Bayerns gewidmet und umfasst in dieser Neuauflage auch die Geschichte des Freistaats Bayern bis in die jüngste Vergangenheit.

I. WIE DAS INTERESSE AN BAYERISCHER LANDESGESCHICHTE GEWECKT WERDEN KANN

Von Birgit Strobl

Der ehemalige Bundespräsident und Franz Josef Strauß-Preisträger (2003), Prof. Dr. Roman Herzog, hat im Forum Heimatforschung (1997, Heft 2) einen sehr eindrucksvollen Beitrag mit dem Titel: „Vom Nutzen der Heimat-Historie für das Leben“ verfasst. Er setzt sich dort mit dem Begriff Heimat auseinander und beschreibt, wie Heimatgeschichte für das Verständnis politischer Entscheidungen auch jenseits der eigenen räumlichen Grenzen genutzt werden kann. Wichtig ist ihm besonders das Verantwortungsbewusstsein, das jeder Einzelne im Laufe seines Lebens für die Gemeinschaft entwickeln muss. Der Kenntnis der Heimathistorie kommt hier ein wesentlicher Beitrag zu.

Wie kann man aber Regional- und Landesgeschichte würdigen, wenn man bislang noch kein oder wenig Interesse an der Geschichte seines Landes, seiner Heimat gezeigt hat? Wenn man Geschichte noch immer mit dem bezugslosen Auswendiglernen von Jahreszahlen im Schulunterricht verbindet? Schließlich hat schon Ludwig Thoma im Rückblick auf seine Schülerjahre geklagt: *„Nichts wurde so trocken gelehrt wie bayerische Geschichte“*.

Aus diesem Grunde geht der nun folgende Beitrag einen anderen Weg. Die manchmal vielleicht etwas hintersinnigen, sich nicht immer sofort erschließenden Zu- und Gedankengänge sollen zum Querdenken anregen, sowie Anreiz, Ermutigung und Auftrag sein, das Interesse an bayerischer Landesgeschichte generationenübergreifend zu wecken.

Namen

Der eigene Name ist für jedermann von Interesse. Er betrifft uns persönlich und darum will man seine Herkunft und Bedeutung kennen. Nachnamen leiten sich oft von Berufsbezeichnungen ab, Vornamen werden nach dem Taufpaten, dem Tagesheiligen oder nach dem lokal verehrten Heiligen oder Märtyrer der Region vergeben. So sind Rupert im Gebiet zwischen Inn und Salzach (dem sogenannten Rupertiwinkel), Kilian in Mainfranken und Korbinian in der Erzdiözese München und Freising prägnante Beispiele für Namenspatrone, die für die bayerische Landesgeschichte von herausragender Bedeutung sind.

In Schwaben ist es der heilige Ulrich. Im Jahre 923 zum Augsburger Bischof geweiht, stand er als Reichsbischof an der Seite des sächsisch-ottonischen Kaiserhauses. Als die Ungarn in Bayern einfielen, organisierte und leitete er die Verteidigung Augsburgs. Der Sieg Ottos I. 955 in der Schlacht auf dem Lechfeld war nicht zuletzt seiner Standhaftigkeit, seinem inständigen Gebet und seinem beherzten Einsatz auf dem Schlachtfeld zuzuschreiben. Keine 20 Jahre nach seinem Tode wurde er heiliggesprochen. Bis heute wird er in Augsburg verehrt. Als einer der Großen seiner Zeit hat er die politischen Verhältnisse beeinflusst und kann somit auch durchaus als politischer Heiliger bezeichnet werden.

Daten

Der eigene Geburtstag ist wichtig. Daher interessiert auch das historische Ereignis, das für diesen Tag belegt ist. Bei einer Veranstaltung in den letzten Jahren konnten wir alleine dadurch, dass wir diejenigen anschrieben, die an einem geschichtlich bedeutsamen Tag Geburtstag feiern, einen Streifzug durch die bayerische Landesgeschichte vom frühen Stammesherzogtum bis zum Ende des Alten Reiches durchführen: 16. September (Altenburg 1180 – Otto von Wittelsbach wird in der Kaiserpfalz Altenburg von Kaiser Barbarossa mit dem Herzogtum Bayern belehnt), 20. Oktober (Frankfurt am Main 1314 – Ludwig, Herzog von Oberbayern, später genannt der Bayer und der Habsburger Friedrich der Schöne werden in einer Doppelwahl zusammen zum römischen König gewählt), 05. März (Grünwald 1522 – Erlass eines Religionsmandats zur Eindämmung der Lehre Luthers), 25. Februar (Regensburg 1623 – Verleihung der pfälzischen Kurwürde an Maximilian I.), 13. August (Höchstädt 1704 – Prinz Eugen und Marlborough besiegen Tallard und Max Emanuel in der gleichnamigen Schlacht) und 22. April (Füssen 1745 – Beendigung des Konfliktes zwischen Bayern und Österreich). Die Resonanz war hervorragend.

Musik

Gerade jungen Menschen fällt es oft schwer, Heimatgeschichte entsprechend zu würdigen. Für sie haftet ihr etwas Verstaubtes an, das mit ihren Interessen nicht in Deckung gebracht werden kann. Ein großes Thema ist deshalb die Musik, für die sich Jugendliche immer begeistern und zu der sie an sich schon Zugang haben. Das Orffsche Werk eignet sich hervorragend, um beide Interessen zu verbinden. Dabei ist speziell an die Gesänge der Carmina Burana gedacht. Dieses Stück wird nicht nur in Schulchören, bei Festveranstaltungen und anderen Gelegenheiten immer wieder aufgeführt. Es ist ihm auch gelungen, eine moderne Entwicklung mitzumachen. Ihre Einbeziehung in den Soundtrack zum Spielfilm Excalibur sei als bekanntes Beispiel dafür genannt.

Die Lieder aus Benediktbeuern können einen Einstieg in die Welt des Mittelalters bedeuten. Sie können jedoch auch für eine Auseinandersetzung mit der Säkularisation der bayerischen Klöster, in deren Verlauf die Handschrift gefunden wurde, Beispiel sein. In diesem Zusammenhang kann auch die Leistung des Grafen Freiherr von Montgelas für die Entstehung des modernen Bayern gewürdigt werden.

Kulinarik

So manche Gerichte der bayerischen Küche tragen den Namen von Personen. Nur wenige dieser Speisen wurden von ihren Namensgebern erfunden, oft aber erinnern sie an eine Persönlichkeit der bayerischen Landesgeschichte. Mit der Prinzregententorte, die 1895 erstmals in einem Konditoreibuch erwähnt wird, wurde dem populären Wittelsbacher Luitpold gehuldigt, der, dieser üppigen Köstlichkeit nicht unähnlich, in den 26 Jahren seiner Regierung für das Wohl seiner Bayern gesorgt hat. Die "Barbaraküsse", die man in einem Regensburger Kaffeehaus finden kann, sind nach Barbara Blomberg benannt. Die Mutter des Siegers von Lepanto, Don Juan d'Austria, war seinem Vater Kaiser Karl V. 1546 auf einem Reichstag in Regensburg begegnet. Die Rumfordsuppe schließlich stammt wirklich von Reichsgraf von Rumford. Vom bayerischen Kurfürsten Karl Theodor 1787 zum Geheimen Rat ernannt und 1791 zum Grafen geadelt, erwarb er seine Verdienste unter anderem durch die Neuorganisation der Armenfürsorge und die Errichtung von Hospital-, Volks- und Militärküchen. Für die Armen und Obdachlosen der Stadt München stellte er ein Gericht aus Hülsenfrüchten mit Kartoffeln und Graupen zusammen, das zu einer Suppe verkocht wird und sehr sättigend wirkt.

Eines der „Gerichte mit Geschichte“ (Alfons Schuhbeck) zu probieren oder selbst nachzukochen, vielleicht sogar in seiner ursprünglichen Version, kann also nicht nur den Gaumen erfreuen. Es kann darüber hinaus auch Anregung zur Beschäftigung mit seiner Entstehungsgeschichte sein.

Steinerne Zeugen

Das Mittelalter hat viele begeisterte Anhänger, wie die unzähligen Mittelaltermärkte und Ritterspiele zeigen. Wehranlagen, Ritterromantik und Burgruinen üben schon auf die Kleinsten eine ungebrochene Faszination aus. Die steinernen Zeugen bieten sich als Ausgangspunkt für die Erforschung unterschiedlicher Epochen der bayerischen Landesgeschichte vor der eigenen Haustüre geradezu an. So zum Beispiel in der Oberpfalz. Im Ortsteil Pfaffenhofen von Kastl im Lauterachtal, steht die Ruine einer Burg, von der eine restaurierte romanische Ringmauer und der Bergfried erhalten geblieben sind. Im 30-jährigen Krieg als Truppenlager

für schwedisch-protestantische Kontingente benutzt, wurde sie über die Jahrhunderte zerstört, wieder aufgebaut und seit dem 18. Jahrhundert als Steinbruch verwendet. Bei archäologischen Grabungen wurde jedoch nicht nur auf weitere Gebäude hinweisendes Mauerwerk, sondern auch hallstattzeitliche Keramik gefunden, die eine Besiedlung des Burgbergs bereits im 7. vorchristlichen Jahrhundert bezeugen.

Ihr Name „Schweppermannsburg“ erinnert an den aus dieser Familie berühmt gewordenen Feldhauptmann Seyfried Schweppermann, der für Ludwig IV. in der Schlacht bei Mühldorf (1322) gekämpft hatte. Nach alter mündlicher Überlieferung soll dem tapferen Streiter nach der Schlacht vom König selbst eine Sonderration zur knappen Feldverpflegung zugewiesen worden sein: „Jedem Mann ein Ei, dem frommen Schweppermann zwei“.

Sprache

Damit sind wir schon bei den Möglichkeiten angelangt, wie Sprache, Redewendungen und Sprichwörter für ein Heranführen an Heimatgeschichte genutzt werden kann. Lokal festzumachen ist dies zum Beispiel in Roth bei Nürnberg. Hier fanden im 16. Jahrhundert aus Lyon vertriebene Hugenotten Zuflucht. Bekannt wurden sie durch ihre Fertigkeiten bei der Verarbeitung von versilberten oder vergoldeten Drähten - sie stellten Borten, Tressen und Bänder her - für die sich der Begriff leonische Waren entwickelt hat. Wörter wie Firlefanz, Kinkerlitzchen, Etepetete oder pingelig kamen unter gleichen Umständen aus Frankreich nach Bayern, sind verballhornt und werden heute immer noch gerne verwendet. Sie illustrieren die vielfältigen kulturellen, politischen, nicht immer friedlichen Verbindungen zwischen Frankreich und Bayern, die in napoleonischer Zeit einen Höhepunkt fanden und bis in unsere Tage reichen.

Sagen

Sagen haben im Gegensatz zu Märchen immer einen historisch wahren Kern. Sie eignen sich damit ganz besonders, um das Interesse an der Geschichte der unmittelbaren Umgebung zu wecken. Folgende Sage stammt aus Giebelstadt im Landkreis Würzburg:

„Das Ritterheer des Schwäbischen Bundes unter Führung des Truchsessens von Waldburg hatte am 4. Juni 1525 das Bauernheer unter Florian Geyer zwischen Sulzdorf und Ingolstadt vernichtend geschlagen. Viele Bauern versuchten zu fliehen und verschanzten sich in den Häusern und Höfen von Giebelstadt; aber sie wurden darin verbrannt oder beim Herausflüchten niedergestochen. Etliche hatten sich in ein

Gestrüpp am Schlossgraben des zerstörten Schlosses verkrochen. Da die Reiter nicht zu ihnen kommen konnten, schrien sie hinüber, dass man dem das Leben schenke, der die anderen niedermache. Einer von ihnen entschloss sich dazu und erstach fünf seiner Brüder. Der sechste aber wehrte sich so heftig, dass beide im Ringen in den mit Wasser gefüllten Schlossgraben fielen, worin sie ertranken. Als man nach vielen Jahren einmal das Wasser abließ, fand man zwei Gerippe, die sich noch eng umklammert hielten.“

Diese schaurige Geschichte bietet einen spannenden Anknüpfungspunkt, um an den Themenkomplex „Reformation und Bauernkrieg“ heranzuführen, zumal Franken eines der Zentren der Auseinandersetzungen war.

Pflanzen

Sogar über Pflanzen und ihre Verbreitung kann ein Interesse an bayerischer Landesgeschichte geweckt werden. Als Beispiel sei hier der Salbei genannt. Ursprünglich aus dem südeuropäischen Raum stammend, war er wohl über Gärten, die die Römer in Germanien angelegt hatten, in unsere Breiten gekommen. Die Landgüterordnung (Capitulare de villis) Karls des Großen - um 795 - jedenfalls nimmt sich der Kräutergärten eigens an. Sie sollte sicherstellen, dass bei der Einrichtung von Gütern und Gärten im Reich auch an einen Kräutergarten für die Küche und an einen Heilkräutergarten für die Kranken gedacht wird. Salbei war schon zu dieser Zeit nicht nur als Küchenkraut, sondern auch als Heilpflanze von Nutzen.

Karl der Große war es auch, der Tassilo III. – den letzten Agilolfingerherzog – 788 absetzte und Bayern damit unter fränkische Oberhoheit zwang. Was liegt näher, als diese Begebenheit, die für Bayern von höchster Bedeutung war, einmal an einem kleinen Pflänzchen festzumachen?

Diese Aufzählung ließe sich beliebig erweitern. Die Beispiele zeigen, dass unser Leben und unser Alltag in Bayern von Geschichte durchdrungen sind. Sie zeigen aber auch – und dies ist eine Erfahrung, die sich für die politische Erwachsenenbildung verallgemeinern lässt – dass es vor allem die persönlichen Anknüpfungspunkte sind, die den Einzelnen dazu bewegen, sich mit einem Thema vertieft zu beschäftigen. Dieser Grundgedanke liegt den nun folgenden Abschnitten des Leitfadens als roter Faden zugrunde. Er möchte sich möglichst nah an die lokale Geschichte der bayerischen Landesteile annähern und versucht dies auf verschiedenen Wegen. Zunächst einmal in einen Abriss zur Entwicklung Bayerns seit seiner Ethnogenese. Soweit Besonderheiten die altbayerischen,

fränkischen oder schwäbischen Territorien betreffen, werden sie hier im Zusammenhang, durch eine Überschrift jedoch deutlich gekennzeichnet, eigens behandelt.

Großen Raum wird im Anschluss daran die Zeittafel einnehmen, die es ermöglicht, den geschichtlichen Ablauf zu verfolgen. Auf den ersten Blick mag dies für den Leser ungewohnt sein, erfüllt jedoch einen besonderen Zweck. Auch ohne Kenntnis der genauen Daten gibt diese Übersicht eine sofortige Orientierung zur jeweils angesprochenen Station im historischen Prozess. Dies erspart Ihnen nicht nur das Auswendiglernen von Jahreszahlen. Der Leitfaden kann dadurch auch als Nachschlagewerk verwendet werden und ist unabhängig vom konkreten Seminarthema als Begleitmaterial einsetzbar. Hier sind für die in Bayern auf gegangenen Reichskreise ebenfalls eigene Einheiten vorgesehen.

Da wir hoffen, dass Ihr Interesse an bayerischer Landesgeschichte ausreichend geweckt worden ist, fahren wir mit einem Sachwörterbuch fort. Es erläutert die wichtigsten Begriffe, die bei Publikationen über bayerische Landesgeschichte immer wieder auftauchen. Standardliteratur, die sich zum Nachschlagen eignet, finden Sie in einem eigenen Abschnitt in alphabetischer Reihenfolge. Mit einem Adressenteil schließen wir diesen Leitfaden ab. Dort finden Sie Hinweise und Ansprechpartner, die Ihnen auch bei den Erkundungen zu Ihrer lokalen Geschichte hilfreich sein können.

II. BAYERNS GESCHICHTE IM ÜBERBLICK

Von Reinhard Heydenreuter

Die Anfänge des bayerischen Stammesherzogtums gehen in die erste Hälfte des 6. Jahrhunderts zurück. Die seit dem 6. Jahrhundert nachweisbaren Herzöge aus dem Geschlecht der Agilolfinger standen von Anfang an unter fränkischem Einfluss. Zu schweren Auseinandersetzungen zwischen dem Karolingerreich und dem nach Selbstständigkeit strebenden „regnum“ Bayern kam es in der Regierungszeit der letzten beiden Agilolfinger Herzöge Odilo (736/37-748) und Tassilo (748-788). Um 740 wurden durch Bonifatius die bayerischen Bistümer organisiert, gleichzeitig entstand auch die Endfassung der Lex Baiuvariorum.

Mit der Entmachtung des Herzogs Tassilo III. durch Karl den Großen 788 verlor das Herzogtum seine Selbständigkeit und wurde in der Folgezeit als fränkische Provinz oder als Teilreich verwaltet. Ein einheimisches Herzogsgeschlecht findet sich erst wieder zu Beginn des 10. Jahrhunderts mit den Luitpoldingern. Zu dieser Zeit war Bayern im Osten in Abwehrkämpfe mit den Ungarn verstrickt. Als Führer des bayerischen Aufgebots fiel Markgraf Luitpold 907 im Kampf gegen die Ungarn. Luitpolds Sohn Arnulf (gest. 937) gelang es, Bayern weitgehende Selbständigkeit zu verschaffen, doch wurde das Land in der Folgezeit wieder ins Reich eingegliedert: 948 belehnte König Otto I (seit 962 Kaiser) seinen Bruder Heinrich mit dem Herzogtum Bayern. 952 hatte das Herzogtum seine größte Ausdehnung erreicht, als die Markgrafschaften Istrien, Aquileia, Verona und Trient angegliedert wurden. 976 trennte Kaiser Otto II. Kärnten (mit den 952 angegliederten Gebieten) und die Ostmark, das spätere Österreich, wieder von Bayern ab. Der bayerische Herzog Heinrich (IV.) wurde 1002 nach dem plötzlichen Tode des Kaisers Otto III. als Heinrich II. deutscher König und 1014 Kaiser (gest. 1024). Heinrich II., in Bayern geboren und in Bayern aufgewachsen, gründete 1007 das Bistum Bamberg, das damals noch ganz selbstverständlich als Teil des Herzogtums galt.

Auch unter den salischen Kaisern war Bayern zunächst Reichsprovinz. 1070 belehnte Kaiser Heinrich IV. die Welfen mit Bayern, das diese mit Unterbrechungen bis zur Absetzung Heinrichs des Löwen 1180 innehatten. 1180 belehnte Kaiser Friedrich I. Barbarossa Otto I. von Wittelsbach (1180-1183) mit dem Herzogtum (ohne die zum Herzogtum erhobene Steiermark). Ein erster bedeutender Machtzuwachs gelang den Wittelsbachern 1214 unter Herzog Ludwig I. dem Kelheimer (1183-1231)

mit dem Erwerb der Pfalzgrafschaft bei Rhein. Er und sein Sohn Otto II. (1231-1253) bauten das Herzogtum durch den Erwerb von Grafschaften und Vogteien zu einem bedeutenden Reichsterritorium aus. Begünstigt wurde diese Entwicklung durch das Aussterben zahlreicher Adelsfamilien (Grafen von Bogen, Wasserburg, Ortenburg, Falkenstein, Herzöge von Andechs-Meranien). Die Bischöfe von Augsburg, Passau, Freising, Regensburg und Salzburg konnten sich der Landesherrschaft der Wittelsbacher entziehen und bildeten eigene Reichsterritorien aus.

Die Söhne Ottos II. Ludwig und Heinrich teilten nach dem Tode ihres Vaters im Jahre 1255 das Herzogtum Bayern. Ludwig II. der Strenge (1253-1294) erhielt Oberbayern und die Pfalzgrafschaft bei Rhein, sein Bruder Heinrich XIII. (1253-1290) Niederbayern. Aus dem Erbe der Staufer gewann Ludwig II. 1263/68 bedeutende Gebiete um Lech und Donau und in der Oberpfalz.

Der bedeutendste Herrscher Bayerns im Mittelalter war Kaiser Ludwig der Bayer, (Herzog 1294-1347, deutscher König 1314, Kaiserkrönung 1328), der sich als jüngerer Sohn Ludwigs II. zunächst mit seinem Bruder Rudolf (1294-1319) auseinandersetzen musste. Dessen Nachkommen erhielten 1329 im Hausvertrag von Pavia von Ludwig die Pfalzgrafschaft bei Rhein und Gebiete im Nordgau (Oberpfalz). Beide Linien vereinbarten ein gegenseitiges Erbrecht und einen Wechsel bei der Ausübung der Kurwürde. Die goldene Bulle von 1356 übertrug das Königswahlrecht jedoch allein der Pfalzgrafschaft bei Rhein.

Ludwig der Bayer vereinigte 1340 nach dem Aussterben der niederbayerischen Linie des Hauses wieder Oberbayern und Niederbayern. Bedeutende Verdienste erwarb sich Ludwig auch als Gesetzgeber. Er verlieh zahlreiche Stadtrechte (München 1340), Oberbayern erhielt mit dem Landrecht 1346 ein fortschrittliches Gesetzbuch.

Nach dem Tode des Kaisers 1347 wurde das durch Erwerbungen und Erbschaften (etwa Holland und Brandenburg) stark vergrößerte Land aufgeteilt. Die 1340 erworbene Grafschaft Tirol ging schon 1363 wieder verloren. In der Folgezeit entstanden mehrere Teilherzogtümer wie Bayern-Straubing, Bayern-Ingolstadt, Bayern-Landshut und Bayern-München. Im Teilherzogtum Bayern-Landshut wurde 1472 von Herzog Ludwig dem Reichen die Universität Ingolstadt gegründet (1800 in Landshut, seit 1826 in München).

Mit dem Tode des letzten Landshuter Herzogs Georg des Reichen 1503 endete die Epoche der Teilherzogtümer. Herzog Albrecht IV. von Bayern-München (gest. 1508) konnte sein erheblich geschmälertes Erbe erst nach einem blutigen Erbfolgekrieg antreten. Im Kölner Schiedsspruch des Königs Maximilian von 1505 wurde für die pfälzischen Mitbewerber ein eigenes Fürstentum Pfalz-Neuburg („Junge Pfalz“) geschaffen, darüber hinaus behielt Maximilian als Entgelt für seine Hilfe die Gerichte Kufstein, Rattenberg und Kitzbühel. 1506 erlässt Albrecht IV. ein Primogeniturgesetz, in dem festgelegt wird, dass nur der jeweils älteste in der landesherrlichen Familie das (ungeteilte) Herzogtum erben soll. Seine Söhne Wilhelm IV. (gest. 1550) und Ludwig X. (gest. 1545) regierten auf Druck Ludwigs jedoch ab 1514/16 gemeinsam. Die Herzöge versuchten durch eine umfangreiche Gesetzgebung die Rechtseinheit in ihrem wiedervereinigten Land herzustellen: Bemerkenswert sind vor allem die Landesordnung von 1516, die Landrechtsreform von 1518 und die Gerichtsordnung von 1520.

Ludwig X. starb kinderlos, sodass nach seinem Tode sein Bruder Wilhelm wieder die Alleinherrschaft über Bayern übernehmen konnte. Nach dessen Tod trat sein Sohn, Herzog Albrecht V. (1550-1579) die Nachfolge an. Ihm gelang es 1563/64 die Macht der adeligen Landstände einzuschränken. Damit begann der Niedergang der Landstände (Adel, Prälaten, Städte und Märkte), die seit dem 14. Jh. als eigene Körperschaft (Landschaft) mit den Herzögen (auf Landtagen) verhandelten und die seit der (zunächst nur für Niederbayern geltenden) Ottonischen Handveste von 1311 (= 1. Freibrief) eine Reihe von bedeutenden Privilegien erworben hatten (Widerstandsrecht, Niedergerichtsbarkeit und Verwaltungskompetenzen in ihren Hofmarken).

Herzog Albrecht V. und vor allem dann sein Sohn Herzog Wilhelm V. der Fromme (1579-1598) verschafften mit Unterstützung der Jesuiten der Gegenreformation Eingang im Herzogtum. Beide Herzöge waren große Kunstliebhaber und stürzten mit ihren Hofausgaben und politischen Unternehmungen das Land in riesige Schulden. Immerhin gelang es Wilhelm V., im Kölnischen Krieg 1583 seinem jüngeren Bruder Ernst das Erzstift und Kurfürstentum Köln zu verschaffen, in dem die Wittelsbacher bis 1761 die erzbischöfliche Würde bekleideten. 1598 musste Wilhelm V. wegen seiner Finanzprobleme zugunsten seines Sohnes Maximilian I. (1598-1651) abdanken.

Herzog (seit 1623 Kurfürst) Maximilian war einer der bedeutendsten Fürsten seiner Zeit. Innerhalb kürzester Zeit sanierte er die Finanzen des Herzogtums und gab mit dem Landrecht von 1616 Bayern eine vollständige

Kodifikation seines gesamten Rechts. Als Gründer der Liga 1609 wurde Maximilian bald zum wichtigsten Bundesgenossen des Kaisers im Reich (Sieg über den pfälzischen Wittelsbacher Friedrich V., dem „Winterkönig“, in der Schlacht am Weißen Berg 1620). 1623 erhielt er die pfälzische Kurwürde und 1628 die Oberpfalz.

Unter seinem Sohn Kurfürst Ferdinand Maria (1651-1679) fand 1669 der letzte Landtag im Kurfürstentum Bayern statt. Seit dieser Zeit verhandelten die bayerischen Kurfürsten nur noch mit der Landschaftsverordnung.

Kurfürst Max II. Emanuel (1679-1726) machte sich als Türkensieger bei der Befreiung Wiens 1683 und bei der Eroberung von Belgrad 1688 einen Namen. Seit 1692 im Auftrag Spaniens als Statthalter in Brüssel tätig, erfüllten sich die Hoffnungen auf das spanische Erbe nach dem Tode des letzten spanischen Habsburgers (1700) nicht. Als Verbündeter Frankreichs im Spanischen Erbfolgekrieg stellte sich der Kurfürst gegen den Kaiser und musste nach der Niederlage in der Schlacht von Höchstädt 1704 für zehn Jahre sein Land verlassen, das von den Österreichern besetzt wurde.

Als 1740 mit Kaiser Karl VI. die männliche Linie der Habsburger ausstarb, machten die Wittelsbacher erfolglos Ansprüche auf das österreichische Erbe geltend. Kurfürst Karl Albrecht wurde zwar 1742 in Frankfurt zum deutschen Kaiser gekrönt, doch musste er die meiste Zeit seines Kaisertums in Frankfurt verbringen, da Bayern von den Österreichern besetzt war.

Nach dem Tode von Karl Albrecht 1745 blieb seinem Sohn Kurfürst Max III. Joseph (1745-1777) nichts anderes übrig, als mit Maria Theresia Frieden zu schließen (Vertrag von Füssen 1745). Er verzichtete auf alle Rechte und begann sich den inneren Reformen seines Landes zu widmen. Das bayerische Recht ließ der Kurfürst 1751-1756 durch seinen Kanzler W. A. Frh. v. Kreittmayr kodifizieren. Dessen Zivilgesetzbuch von 1756 sollte in Bayern bis zur Einführung des BGB gelten.

Besondere Verdienste erwarb sich der „Friedensfürst“ Max III. Joseph mit der Gründung der Bayerischen Akademie der Wissenschaften im Jahre 1759.

Mit Max III. Joseph starb die ludovizianische Linie des Hauses aus. Der nach den Hausverträgen erbberechtigte pfälzische Kurfürst Karl Theodor (1777-1799), musste sich mit österreichischen Erbansprüchen auseinandersetzen, das im Frieden von Teschen 1779 das Innviertel erhielt.

Zum ersten Mal nach dem Hausvertrag von Pavia 1329 waren nun alle wittelsbachischen Gebiete (mit Ausnahme von Zweibrücken-Birkenfeld) in einer Hand vereint.

Die Welt des Alten Reichs und die nach 1802/03 in Bayern aufgegangenen fränkischen und schwäbischen Territorien

Zwischen 1802 und 1806 brach die Welt des Alten Reichs zusammen und mit ihr ein kompliziertes aber erstaunlich gut funktionierendes Gerichts- und Verwaltungssystem, an dessen Spitze der Kaiser stand. Das „Heilige Römische Reich deutscher Nation“, wie das Alte Reich seit dem Spätmittelalter genannt wurde, war seit dem Religionsfrieden von 1555 von religiöser Toleranz geprägt, was es von allen anderen damaligen Staaten und staatsrechtlichen Gebilden Europas (mit Ausnahme Polens) unterschied. Freilich war die Durchsetzung der religiösen Toleranz nicht immer einfach, wie der Dreißigjährige Krieg zeigt, doch ist es erstaunlich, dass bis in die napoleonische Zeit hinein selbst völlig unbedeutende Staatsgebilde, wie etwa kleine Reichsstädte oder Ritterherrschaften ihre staatliche und religiöse Unabhängigkeit gegenüber mächtigen Nachbarn bewahren konnten.

Ein Blick auf die in der napoleonischen Zeit zum großen Teil verschwundenen Territorien und Städte des Alten Reichs zeigt uns eine erstaunliche Vielfalt. Hochstifte, Reichsklöster, Reichsstädte, Reichsgrafschaften und Reichsritter behaupteten sich unter dem Schutz des Reiches neben den großen Territorien. Ein genauerer Blick auf die Verfassungen dieser Staatsgebilde zeigt uns, dass hier vielfach vordemokratische Modelle entwickelt wurden, etwa in den unglaublich diffizilen Regierungsmechanismen der Reichsstädte, die man durchaus zu den „Wiegen der Demokratie“ zählen darf. Die in der napoleonischen Zeit gerade in Bayern verschüttete jahrhundertalte Tradition der kommunalen Selbstverwaltung, wie sie etwa in den Reichsstädten praktiziert worden war, sollte erst ein Jahrhundert später wiederentdeckt werden. Aber auch in den 1803 ausgelöschten Hochstiften, die in Bayern aufgegangen sind, gab es Regierungsmodelle, die den Untertanen, die „unter dem Krummstab“ gut gelebt hatten, noch als erstrebenswert erschienen, als sie schon ein halbes Jahrhundert bei Bayern waren. Nicht ganz zu Unrecht konnte im Revolutionsjahr 1848 ein liberaler Bamberger Journalist schreiben, dass man im Hochstift Bamberg vor 1803 freier und demokratischer gelebt hätte als im späteren Königreich Bayern, das unter König Ludwig I. die schärfsten Zensurbestimmungen im ganzen Deutschen Bund hatte. Den ehemaligen Untertanen eines geistlichen Fürstentums mag auch der Unterschied schmerzlich bewusst

geworden sein, der zwischen einer dynastischen Erbfolge in einem Königreich wie Bayern und einer Bischofswahl durch ein Domkapitel bestand. Bei der Erbfolge innerhalb einer Herrscherdynastie wurde auch ein wenig befähigtes oder regierungsunfähiges Familienmitglied zwingend Staatsoberhaupt, während bei der Wahl eines Fürstbischofs durch ein Domkapitel das Risiko eines unfähigen Staatsoberhauptes eher gering war.

Ein untergegangenes „grenzüberschreitendes“ Staatsphänomen stellte der Deutsche Orden dar, dessen Besitzungen im fränkischen und schwäbischen Raum reichsunmittelbar und im Kurfürstentum der bayerischen Landeshoheit unterworfen waren. Auch der Deutsche Orden praktizierte eine exklusive Art von Wahl der jeweiligen Hoch- und Deutschmeister, die seit 1311 volle landesherrliche Gewalt ausübten und auf dem Reichstag auf der Reichsfürstenbank saßen. Seit 1525 hatten sie ihren Sitz in Mergentheim. Ihnen unterstanden die Balleien, die in Kommenden gegliedert waren und von Komturen verwaltet wurden. An Bayern kamen nach der Aufhebung des Ordens 1809 von der Ballei Franken im fränkischen Kreis die Kommenden Ellingen, Virnsberg, Nürnberg, Würzburg und Münnerstadt, im schwäbischen Kreis die Kommenden Oettingen, im bayerischen Kreis die Kommenden Donauwörth, Blumenthal bei Aichach, Gangkofen (Niederbayern) und Regensburg.

Besonders deutlich wird der Verlust an demokratischer Kompetenz bei der Auslöschung der Reichsstädte nach 1802. Sicherlich war die finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit besonders der kleineren Reichsstädte eher bescheiden und auch eine ehemals so bedeutende Reichsstadt wie Nürnberg brachte 10 Millionen Schulden mit, als es zu Bayern kam. Das lag aber nur zum kleinen Teil an den Verfassungen der Stadt, die vielfach durch religiöse Toleranz geprägt waren, wie die komplizierten Regelungen zeigen, die im Westfälischen Frieden für Augsburg vorgesehen waren (paritätische Besetzung aller wichtigen Ämter). Typisch ist, dass die von Minister Montgelas geführte Regierung des Kurfürstentums und Königreichs Bayern sofort alle demokratischen Einrichtungen und das historische Selbstbewusstsein der jeweiligen Städte vernichtete, alle Städte unter staatlicher Vormundschaft und unter die Aufsicht staatlicher Polizeikommissare stellte. Die ehemalige Zugehörigkeit zum Alten Reich musste überall auch optisch durch Beseitigung der alten Wappen ausgelöscht werden. Ein solches intolerantes Verfahren erklärt sich nur aus einer elementaren Angst der monarchischen, hierarchischen und zentralistischen Verwaltung vor demokratischen Selbstverwaltungseinrichtungen. Begründet und beschönigt wurde dieses Vorgehen durch die

üblichen Hinweise auf die Effizienz und Wirtschaftlichkeit einer zentralen Verwaltung. Verschwiegen wurde dabei freilich, dass sowohl das Kurfürstentum als auch das Königreich wegen seiner hoffnungslosen finanziellen Lage vor allem an der finanziellen Nutzung seiner neuen Besitzungen interessiert war. Die erstaunliche Bereitwilligkeit der führenden Schichten in den Reichsstädten, Bayern als neuen Landesherrn anzuerkennen, sind vor allem wirtschaftlich und finanziell zu erklären: Die vermögenden Bürger der Reichsstädte hatten nämlich in den letzten Jahren des 18. Jh., als durch die Koalitionskriege riesige Kontributions- und Kriegskosten auf die Städte zukamen, keine zusätzlichen Steuern oder Sonderausgaben entrichtet, sondern verzinsliche Anleihen gezeichnet. Diese hätten die Städte unter normalen Bedingungen nicht mehr ihren Bürgern zurückzahlen können, aber ein neuer Landesherr wie Bayern schon. Dieses wenig patriotische Verhalten der vermögenden Schichten erklärt einerseits die hohe Schuldenlast beim Übergang an Bayern und andererseits das sehr verhaltene Murren bei den um ihre Zinsen fürchtenden reichsstädtischen Anleihehabern, als sie zwischen 1802 und 1806 „Fürstenknechte“ Bayerns wurden. Trotz der reichsstädtischen Schulden am Ende des 18. Jahrhunderts gewann das agrarisch geprägte Bayern mit den Reichsstädten eine auf alte Traditionen aufbauende Wirtschafts- und Finanzkompetenz. So war etwa das Banken- und Finanzwesen der größeren fränkischen Reichsstädte Nürnberg, Rothenburg, Schweinfurt, der schwäbischen Reichsstadt Augsburg oder der altbayerischen Reichsstadt Regensburg im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit weit höher entwickelt als das in den Territorien oder in den Fürstbistümern der Fall war.

Die zu Bayern in der napoleonischen Zeit gekommenen zahlreichen Reichsstädte, Hochstifte und weltlichen Territorien des fränkischen und schwäbischen Kreises, mussten erst „innerlich erworben werden“ und stellten daher die Regierung in München vor schwere Aufgaben. Der Versuch, in den neugewonnenen Ländern ein bayerisches „übergeordnetes“ Staatsbewusstsein zu verbreiten, war zu abstrakt und aufklärerisch und überzeugte niemand. Vor allem versuchte die Regierung in München die Erinnerung an die ehemalige Selbständigkeit und an die Zugehörigkeit zum Reich zu tilgen. Seit 1808 wurden die neuen Gebiete durch eine gleichmäßige Kreiseinteilung und durch gleichmäßige Verwaltungsstrukturen vereinheitlicht und zentralisiert. Konnte man diese Vereinheitlichung noch hinnehmen, so waren die anderen Maßnahmen weit weniger geeignet, die neuen Provinzen über den „neuen Geist“ frohlocken zu lassen. Vor allem waren es jetzt die erhöhte Steuerlast und die seit 1805 in Bayern einheitlich geltende Wehrpflicht (Konskription), die in den neubayeri-

schen Gebieten für Unruhe sorgten. Kein Einwohner oder einer seiner Vorfahren in den zu Bayern gekommenen Reichsstädten oder Hochstiften hatte jemals freiwillig außerhalb seiner heimatlichen Mauern zur Waffe greifen müssen. Jetzt aber musste man auf den Schlachtfeldern Europas für Napoleon kämpfen. Die zahlreichen Desertionen und die Sympathien, die man 1809 in Schwaben und Franken mit den aufständischen Tirolern hatte, machen deutlich, dass man mit Ausnahme von einigen Profiteuren im Wirtschaftssektor der alten Selbständigkeit nachtrauerte.

Das besserwisserische und oft allzu bürokratische Auftreten der Altbayern wurde als Kolonisierung empfunden. Die Entmachtung der einstigen Zentren Nürnberg und Augsburg, beide älter und bedeutender als München, und die Abschaffung jeder Art von Selbstverwaltung hat bei den dortigen Einwohnern seine Spuren bis heute hinterlassen.

Bayerischer Reichskreis und die Oberpfalz

Am problemlosesten gestaltete sich in der napoleonischen Zeit die Angliederung derjenigen Gebiete, die als Enklaven im Kurfürstentum oder an den Grenzen lagen und zum bayerischen Reichskreis gehörten, wie etwa die Hochstifte Freising, Regensburg oder Passau. Während in den Hochstiften Freising und Regensburg die Wittelsbacher und die bayerischen Adelsgeschlechter dominierten, gelang es im Hochstift Passau den Habsburgern und dem österreichischen Adel seit dem 16. Jahrhundert Fuß zu fassen.

Reichsunmittelbare weltliche Herrschaften konnte sich als Enklaven innerhalb des Herzogtums kaum entwickeln. Die Grafschaft Haag fiel 1567, die Grafschaft Hohenwaldeck 1734 an Bayern. Die Grafschaft Ortenburg bei Passau konnte sich jedoch bis 1805 selbständig erhalten und wurde dann von Bayern gegen oberfränkisches Gebiet um Tambach bei Coburg eingetauscht. Die bedeutendsten Landesherrn außerhalb der Wittelsbacher im altbayerischen Gebiet waren die Landgrafen von Leuchtenberg, deren Gebiet in der Oberpfalz 1650 an das Kurfürstentum kam.

Nicht zum Herzogtum Bayern gehörte bis ins 17. Jahrhundert das „Fürstentum der oberen Pfalz“, das Gebiet, das 1329 im Hausvertrag von Pavia der pfälzischen (rudolfinischen) Linie als „Zubrot“ gegeben worden war. Das Gebiet entwickelte sich im Unterschied zum südlichen Bayern wegen seiner Eisenvorkommen zu einem industriellen, städtisch geprägten Zentrum. Der Anteil der Stadt- und Marktbevölkerung war in der Ober-

pfalz im 16. Jahrhundert, als der Bergbau blühte, vergleichsweise hoch und ein Blick auf die ländliche Bevölkerung zeigt eine andere Struktur als etwa in den niederbayerischen Gebieten. Die ländliche Bevölkerung war in großer Anzahl in das Industriegeschehen eingebunden, wie uns die Landschaft des 16. Jahrhunderts mit Erzgruben, Hammerwerken, Stauweihern, Wäldern (für die Eisenverhüttung) und mit den verkehrsgerecht ausgebauten Straßen und Flüssen (Naab und Vils) lehrt. In vielen Dörfern war die Landwirtschaft zur Nebensache geworden, da sich im Bereich der Eisengewinnung, der Eisenverhüttung und des Eisentransportes viel einfacher Geld verdienen ließ. Das erklärt vielleicht auch den vergleichsweise hohen Grad an Selbstverwaltung in den Dörfern (mit Bürgern und Bürgermeistern) und die spezifischen Formen der Landwirtschaft, die mit umfangreicher Waldweide und Schafhaltung die gegebenen Verhältnisse, d.h. den Vorrang des Waldes als Energielieferant zu respektieren hatte. Der vergleichsweise begrenzte Ackerbau war also nicht unbedingt ein Ergebnis von schlechten Klima- und Bodenverhältnissen, sondern die Konsequenz der oberpfälzischen Wirtschaftsentwicklung.

Die schwäbischen Territorien

Nach dem Untergang der Staufer 1268 versuchten die Herzöge von Bayern vergebens, sich größere Gebiete im Bereich des Herzogtums Schwaben zu sichern, geblieben ist im Wesentlichen nur Schwabegg, Türkheim und Wertingen. Nach langwierigen Auseinandersetzungen vor allem mit der Reichsstadt Augsburg konnten des Weiteren als Vorposten Bayerns im Westen die Städte Friedberg und Schongau behauptet werden. Augsburg, das sich 1260 militärisch gegen Herzog Ludwig den Strengen und dessen Besitzansprüche durchsetzen konnte, trat zwar 1292 unter den Schutz des Herzogs, konnte sich aber später sowohl vom Bischof als auch vom Herzog vollständig emanzipieren. Auch die Reichsstadt Donauwörth, die schon Mitte des 13. Jh. von Bayern okkupiert war, musste an das Reich zurückgegeben werden. 1342 kam die Grafschaft Marstetten (mit Weißenhorn) an Bayern; der Erwerb größerer Gebiete in Schwaben durch den Aufkauf vorderösterreichischer Gebiete und Städte vom Tiroler Landesfürsten Sigmund den Münzreichen wurde Ende des 15. Jh. durch König Maximilian verhindert, der nach dem Bayerischen Erbfolgekrieg auch die wenigen bayerischen Herrschaften in Schwaben (Kirchberg, Weißenhorn) einzog und an die Fugger weitergab. Somit gehörten zu den ersten dauerhaften Erwerbungen des Herzogtums Bayern im Schwäbischen Reichskreis die Herrschaften Hohenschwangau 1567, Donauwörth (ab 1607) und Mindelheim 1612/16. Erst 1802/03 konnte das Kurfürsten-

tum Bayern flächendeckend im Schwäbischen Reichskreis Fuß fassen und sich das seit dem Untergang der Stauer in zahlreiche Reichsstände zersplitterte Gebiet im Wesentlichen mit den beiden wichtigsten Mächten im Südwesten des Reichs, mit der Markgrafschaft Baden (Großherzogtum seit 1806) und vor allem mit dem Herzogtum Württemberg (Königreich seit 1806) teilen. Österreich, das mit der Markgrafschaft Burgau oder mit Freiburg über bedeutende Gebiete im Südwesten des Reichs verfügte (Vorderösterreich) behielt im Wesentlichen nur noch Vorarlberg, das kurzzeitig (1805-1814) im Besitz von Bayern war.

Die bedeutendste Erwerbung Bayerns im Schwäbischen Reichskreis nach 1803 war das Hochstift Augsburg, das von Dillingen im Norden bis Füssen im Süden reichte, sowie die Reichsstadt Augsburg.

Stadt und Bistum haben eine alte und große Tradition, erinnert sei nur an das Jahr 955, als unter dem hl. Bischof Ulrich vor den Toren Augsburgs mit der Schlacht auf dem Lechfeld durch König Otto I. die Ungarngefahr gebannt wird. Die Stadt, die sich zwischen der Bischofskirche und dem Stift St. Ulrich und Afra entwickelte, errang ihre Selbständigkeit seit dem 12. Jahrhundert. Der Bischof sah sich gezwungen, seine Residenz nach Dillingen zu verlegen, wo schließlich durch den bedeutendsten Augsburger Bischof der Gegenreformation, Otto Truchseß von Waldburg (1543-1573) im Jahre 1554 eine Universität eröffnet wurde. Das erste Augsburger Stadtrecht von 1156, ein Schiedsspruch des Kaisers Friedrich I., räumt den Bewohnern der Stadt ein Mitbestimmungsrecht bei der Ernennung des Burggrafen, des Münzmeisters und des Leutpriesters am Dom ein. Die Gemeinde erhielt spätestens 1237 ein Stadtsiegel und schließlich 1276 die Bestätigung ihres eigenen Stadtrechts durch König Rudolf I. von Habsburg. 1316 ist die letzte Stufe der Emanzipation vom Bischof erreicht. Diesem bleiben noch gewisse Rechte in der Stadt, etwa die Ernennung des Burggrafen und das Münzrecht. Einen besonderen Status hatte in der Stadt die Benediktinerabtei St. Ulrich und Afra. Die unblutige Zunfrevolution von 1368 beendet das Patrizierregiment. Im 16. Jahrhundert wird Augsburg, das die Gunst der Habsburger genießt, zum Tagungsort wichtiger Reichstage. Die auf dem Reichstag von 1530 vorgelegte Augsburger Konfession wird die reichsrechtliche Grundlage des protestantischen Bekenntnisses. Auf dem „geharnischten“ Reichstag 1548 nach dem Schmalkaldischen Krieg beseitigt Kaiser Karl V. die Zunftverfassung und setzt die Patrizier wieder in die Stadtregierung ein. Wenig später wird im Augsburger Religionsfrieden von 1555 den protestantischen Reichsständen vom Kaiser die freie Religionsausübung zuge-

standen. Die Reichsstadt Augsburg behält seine Patriziatsverfassung und entwickelt sich zur paritätischen Stadt. Im Westfälischen Frieden 1648 wird diese Parität (paritätische Besetzung des Rates und der Ämter) ausführlich festgeschrieben. Als wichtigster Geldhandelsplatz Süddeutschlands besaß Augsburg ab 1665 eine eigene Wechselordnung, die 1778 erneuert wurde und später auch richtungsweisend für das Königreich Bayern war.

Die fränkischen Territorien

Im Fränkischen Reichskreis, der seit 1803 fast vollständig an Bayern kam, stritten sich vor allem die Burggrafen von Nürnberg, die späteren Markgrafen von Ansbach und Bayreuth, sowie die Hochstifte Würzburg, Bamberg und Eichstätt sowie die Reichsstadt Nürnberg um Einfluss und Landgebiete. Die Errichtung eines einheitlichen Herzogtums Franken gelang nicht, auch wenn die Fürstbischöfe von Würzburg seit 1168 durch die Titulatur Herzöge von Franken entsprechende Ansprüche geltend machten. Das Herzogsschwert, das die Würzburger Bischöfe auch auf ihren Wappen und Grabmälern immer an prominenter Stelle zeigten, ist bis heute ein historisch kontroverses Objekt geblieben. Der Rechen des Herzogtums Franken, den die Würzburger Bischöfe seit dem 15. Jh. in ihrem Wappen führen, ist seit 1835 im Wappen des Königsreichs und des Freistaats Bayern Symbol für Franken. Größte Gegner der Würzburger Bischöfe bei ihrem Anspruch auf das Herzogtum Franken waren die Burggrafen von Nürnberg aus dem Hause Hohenzollern, die sich ein umfangreiches Territorium um Kulmbach-Bayreuth einerseits und Ansbach andererseits aufbauten. Seitdem die Hohenzollern seit dem 15. Jahrhundert auch Markgrafen und Kurfürsten von Brandenburg sind, erhalten auch ihre Gebiete in Franken eine „Titelverbesserung“ als Markgrafschaft, später sogar als „Markgraftum“. Die beiden aggressiven Markgrafen Albrecht Achilles im 15. Jh. und Albrecht Alkibiades im 16. Jh. machen dem Würzburger Bischof den Titel eines Herzogs von Franken streitig und überziehen das Land mit Brand und Zerstörung.

Unter dem Schutz des Reiches können seit dem 16. Jahrhundert auch kleinere Reichsterritorien im fränkischen Kreis ihre Selbständigkeit bewahren. Verpfändungen von Reichsstädten oder Reichsdörfern, die vor allem im 14. Jh. noch üblich waren, sind nun ausgeschlossen. Durch das seit 1495 tätige Reichskammergericht wurden gerade im fränkischen Raum Streitfälle auf einer juristischen Ebene ausgetragen und dadurch militärische Auseinandersetzungen weitgehend vermieden. Selbst das sich seit

dem 16. Jh. ausbildende Nebeneinander religiöser Bekenntnisse, das gerade für den fränkischen Raum typisch ist, konnte das weitgehend friedliche Zusammenleben nicht beeinträchtigen.

Mit dem Erwerb der fränkischen Gebiete und Reichsstädte seit 1803 kamen an das Kurfürstentum und Königreich Bayern im großen Umfang auch protestantische Untertanen. Trotz einer Toleranzgesetzgebung kam es zu Spannungen, als etwa mit dem Konkordat von 1817 die Protestanten im Königreich befürchteten, dass der katholische Glaube wieder Staatsreligion werden würde. Die Integration Frankens gelang vor allem durch die Verfassung von 1818. Als die in der Verfassung vorgesehene Ständeversammlung 1819 eröffnet wurde, in der sich sehr schnell die fränkischen Abgeordneten mit wichtigen Beiträgen zu Wort meldeten, meinten viele Beobachter, dass die Integration Frankens nun endgültig gelungen sei.

1920 kam als letztes fränkisches Gebiet noch Coburg durch Volksabstimmung zu Bayern, das von der Geschichte her als Wettiner Besitz nach Thüringen orientiert war und daher auch nie zum Fränkischen Reichskreis gehörte.

Das moderne Bayern: vom Kurfürstentum zum Königreich und Freistaat

Der Regierungsantritt Maximilians IV. Josephs (1799-1825, seit 1806 König von Bayern) bildete den „Markstein, der das alte Bayern von dem neuen scheidet“. Am Ende seiner Regierung war Bayern ein Staat mit einem dreimal größeren Staatsgebiet, das aus altbayerischen, fränkischen, schwäbischen und rheinpfälzischen Gebieten zusammengesetzt war. Seit 1818 besaß das Land eine eigene Verfassung.

Der neue Kurfürst brachte einen leitenden Minister mit sich, Maximilian Freiherr von Montgelas, der dem Kurfürstentum eine moderne Verwaltungsorganisation gab. Nach dem Frieden von Luneville 1801 verlor der Kurfürst seine linksrheinischen Gebiete und wurde 1802/3 mit den Hochstiften Würzburg, Bamberg, Augsburg, Freising, Teilen von Eichstätt und Passau, sowie mit Reichstädten und Reichsstiften entschädigt. Schmerzlich für das Haus Wittelsbach war der Verlust der rechtsrheinischen Pfalz (Heidelberg, Mannheim), die 1803 an Baden fiel.

Wichtig war auch die auf Wunsch Bayerns im Reichsdeputationshauptschluss 1803 enthaltene Befugnis, die landsässigen Klöster zu säkularisieren. Damit brach ein wichtiger Pfeiler der landständischen Verfassung weg.

Im 3. Koalitionskrieg 1805 kämpfte Bayern auf der Seite Frankreichs gegen Österreich, gewann mit dem Frieden von Preßburg 1805 neue Gebiete und wurde am 1. Januar 1806 zum Königreich erhoben. Als Mitglied des Rheinbunds (1806) kämpfte Bayern in der Folgezeit an der Seite Napoleons.

Die damals gewonnenen Gebiete (vor allem die Markgrafschaften Ansbach und Bayreuth 1806/1810) konnte Bayern auch nach dem Ausscheiden aus dem Bündnis mit Frankreich 1813 (Vertrag von Ried) im Wiener Kongress 1815 behaupten. Die größten Teile des ehemaligen Erzstifts Salzburg fielen jedoch an Österreich, auch auf Tirol musste Bayern verzichten. Bayern erhielt dafür Würzburg und als Ersatz für die pfälzischen Gebiete der Wittelsbacher wurde die auf linksrheinische Gebiete beschränkte Rheinpfalz geschaffen (Münchener Vertrag 1816). Die Rheinpfalz konnte die während der Franzosenzeit übernommenen Gesetze (Code Napoleon) beibehalten. Die ehemals wittelsbachischen Gebiete am Niederrhein (Jülich und Berg) fielen an Preußen. Den im Jahr 1816 definitiv festgelegten Gebietsumfang sollte Bayern im Wesentlichen bis 1945 behalten.

Nach dem Ende des Alten Reichs 1806 wurden 1807 in Bayern die landständische Steuerverwaltung und die Steuerprivilegien aufgehoben. Am 1. Mai 1808 verkündete der König die „Konstitution für das Königreich Baiern“. Gleichzeitig hob man alle „landschaftlichen Korporationen“ auf. Die Vertretung des Landes sollte in Zukunft von einer in der Konstitution vorgesehenen „Nationalrepräsentation“ wahrgenommen werden, die freilich nie zusammentrat. Die Konstitution und die gleichzeitigen Verfassungs- und Organisationsgesetze brachten den Höhepunkt der Verwaltungsreformen des Ministers Montgelas. Folter und Leibeigenschaft wurden abgeschafft, garantiert wurden die religiöse Toleranz, die Gleichheit der Besteuerung, die Sicherheit von Person und Eigentum, die Gewissensfreiheit und im gewissen Rahmen auch die Pressefreiheit. Ergänzt wurde diese Gesetze 1813 durch das Strafgesetzbuch Feuerbachs, eines der modernsten seiner Zeit.

Nach dem Sturz des allmächtigen Ministers Montgelas 1817 kam es unter der juristischen Leitung des Staatsrats Friedrich von Zentner zu neuen Verfassungsberatungen. Es war vor allem der von Finanzminister Lerchenfeld

beschworene Staatsbankrott und die Tatsache, dass sich kein Bankhaus mehr fand, das dem König Geld lieh, die zur Einrichtung einer Ständeversammlung führte, die für die Staatsschuld haftete und damit die Kreditwürdigkeit des Landes wiederherstellte. Die Verfassung wurde am 26. Mai 1818 verkündet. Zusammen mit den zehn Beilagen und zwei Anhängen bildete sie ein umfangreiches Gesetzeswerk. Kernstück waren die Bestimmungen über die Ständeversammlung, die aus zwei gleichberechtigten Kammern bestand, der Kammer der Reichsräte und der Kammer der Abgeordneten. Diese übernahmen nun die Schulden des Königreichs. Nach dem Vorbild der französischen Charte constitutionelle von 1814 enthielt die bayerische Verfassung, die bis 1918 gelten sollte, einen Katalog der allgemeinen Rechte und Pflichten. Unter den Beilagen ist besonders das Gemeindefreiherrn-Erbschaftsgesetz zu nennen, das den Kommunen nach ihrer vollständigen Entmündigung 1803/8 wieder eine beschränkte Selbstverwaltung einräumte. 1819 trat die Ständeversammlung erstmals zusammen, die bald eine fruchtbare Gesetzgebungstätigkeit entfaltete; wichtig war beispielsweise das Hypothekengesetz von 1822, mit dem erstmals Hypothekenbücher als Vorläufer der Grundbücher eingeführt wurden. Im kirchlichen Bereich schuf das Konkordat von 1817 die Voraussetzungen für eine dem Staatsgebiet angepasste neue Bistumseinteilung (Erzbistümer München-Freising und Bamberg).

König Ludwig I. (1825-1848) begann seine Regierung mit Sparmaßnahmen. Sein persönliches Interesse galt der Kunst und dem griechischen Freiheitskampf (1832 bestieg sein jüngerer Sohn Otto den griechischen Thron).

Nach der französischen Julirevolution 1830 und dem Hambacher Fest von 1832 entwickelte sich der König, der in seiner Kronprinzenzeit noch ein Freund der Verfassungsbewegung war, nun endgültig zu einem autoritären Herrscher und Verfassungsfeind und geriet dabei bald in Konflikte mit der Ständeversammlung. Mit Straf-, Überwachungs- und Zensurmaßnahmen versuchte Ludwig I. vor allem in der Zeit der konservativen Regierung des Ministers Abel (1837-1847) alle demokratischen Regungen zu unterdrücken, musste dann aber im März 1848 zugunsten seines Sohnes König Maximilian II. (1848-1864) abdanken.

Dieser verwirklichte nun unter dem Druck der revolutionären Bewegung die Reformen, die sein Vater versäumt hatte. Das Landtagswahlgesetz beseitigte die Bevorzugung des Grundbesitzes; die Wahl der Abgeordneten erfolgte nun ausschließlich nach Wahlbezirken, nicht mehr nach Ständen und Klassen. Die Kammer der Abgeordneten war zu einer wirklichen Volksvertretung geworden (Landtag). Die Gerichtsprivilegien des Adels

wurden beseitigt (Abschaffung der Patrimonialgerichtsbarkeit 1848), die Bauernbefreiung (Grundablösung 1848) endgültig durchgeführt, das Vereins- und Versammlungsrecht liberalisiert (Vereinsgesetz 1850) und Schwurgerichte und Staatsanwaltschaften (im rechtsrheinischen Bayern) eingeführt (1850). Zur Trennung von Justiz und Verwaltung auf der unteren Ebene kam es freilich erst 1861 (Schaffung von Bezirksämtern für die Verwaltungsaufgaben). Im gleichen Jahr wurde auch das Notariat eingeführt und ein neues Straf- und Polizeigesetzbuch erlassen. Politisch versuchte Bayern in der Regierungszeit des Königs Maximilian II. als Wortführerin der kleineren Mächte des Deutschen Bundes den preußisch-österreichischen Gegensatz zu entschärfen (Triasidee).

Als es nach dem Regierungsantritt des jungen Königs Ludwig II. (1864-1886) 1866 zur entscheidenden Auseinandersetzung zwischen den zwei deutschen Großmächten kam, votierte Bayern für Österreich und damit auch für die großdeutsche Lösung der deutschen Frage. Nach der Niederlage gegen Preußen blieb der territoriale Bestand Bayerns zwar weitgehend erhalten, doch musste es ein geheimes Schutz- und Trutzbündnis abschließen und erhebliche Entschädigungen zahlen. Bei der Kaiserproklamation 1871 in Versailles ließ sich König Ludwig II. zwar vertreten, er hatte aber durch seinen „Kaiserbrief“ dem preußischen König die Kaiserkrone angeboten und damit die Voraussetzungen für die Gründung des Deutschen Reiches geschaffen. Im bayerischen Landtag war der Beitritt Bayerns zum Deutschen Reich heftig umstritten (1871). Als Mitglied des Deutschen Reiches konnte Bayern noch einige Reservatrechte, wie etwa die eigene Post und Eisenbahn behaupten.

Die Absetzung Ludwig II. und sein mysteriöser Tod 1886 und die anschließende Regentschaft seines Onkels Prinzregent Luitpold (1886-1912) für den regierungsunfähigen König Otto (1886-1916) schwächten das Ansehen der Monarchie, vor allem nachdem sich Prinzregent Ludwig (1912-1918) 1913 nach einer Verfassungsänderung zum König (Ludwig III.) krönen ließ, obwohl König Otto noch lebte.

Der Beginn des Ersten Weltkriegs läutete das Ende des alten Bayern ein. Mit den ausbleibenden Erfolgen an den Fronten seit 1916, mit der Hungersnot im Winter von 1916 auf 1917, der greifbaren Not des Mittelstandes, den kriegsbedingten Einschränkungen, die man dem allzu engen Bündnis Bayerns mit dem militärischen Preußen zuschrieb, begann in Bayern auf dem Land und in den großen Industriestädten die Stimmung zu kippen. Revolutionäre und antimonarchische Gedanken waren im übrigen

auch in Bayern nichts Fremdes. Schon vor dem 1. Weltkrieg wurde in den Münchner Gasthäusern und Cafes revolutionäres, anarchistisches und kommunistisches Gedankengut verbreitet. Erinnert sei daran, dass ein Lenin 1900-1902 in München lebte, wo er seine Schrift „Was tun?“ verfasste. Die Sozialdemokratie konnte in Bayern unter ihrem klugen Führer Georg von Vollmar eine beachtliche Stellung erringen.

1918 kommt es zu Streiks der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) in München. Als König Ludwig III. am 2. November 1918 bestimmte, dass neue Minister nur nach vorgängigem Benehmen mit den beiden Kammern vorgeschlagen werden sollten, war es zu spät. Am 7. November 1918 rief Kurt Eisner, Führer der USPD in Bayern, die Republik aus und erklärte das Haus Wittelsbach für abgesetzt.

Bei den ersten Landtagswahlen im Januar 1919 erlitt Eisner eine vernichtende Niederlage. Auf dem Weg zur Eröffnung des Landtags wurde er durch Graf Anton von Arco-Valley am 21. Februar 1919 erschossen. In den folgenden Unruhen gewannen die radikalen Kräfte die Oberhand. Die rechtmäßig gewählte Regierung Hofmann war nach Bamberg ausgewichen. Am 7. April 1919 wurde in München eine bayerische Räterepublik und am 13. April 1919 eine kommunistische Räterepublik ausgerufen. Am 1. und 2. Mai eroberten Regierungstruppen und Freikorps („Weiße Garden“) gegen heftigen Widerstand München zurück. Die Regierung blieb zunächst in Bamberg. Dort entstand die erste republikanische Verfassung Bayerns (12. August 1919). Im August 1919 kehrten das Ministerium und der Landtag nach München zurück. Die Weimarer Verfassung vom August 1919 degradierte Bayern zu einem völlig unbedeutenden Gliedstaat eines Deutschen Reiches, dessen alte und neue Hauptstadt Berlin nun an Bedeutung gewaltig gewonnen hatte. Die bayerischen Reservatrechte mit eigener Post, eigener Bahn und eigener Armee gehörten der Vergangenheit an. Bayerns Selbständigkeit war nun völlig dahin, das bayerische Selbstbewusstsein gewaltig erschüttert. Die Schuldigen für das nationale Unglück suchte man nach kurzer Zeit bei den revolutionären Kräften des Jahres 1918, besonders aber bei den „Erfüllungspolitikern“ in Berlin. 1920 wurde Coburg dem Freistaat Bayern angegliedert.

Der an der Münchner Feldherrnhalle gescheiterte Putsch Adolf Hitlers war der bekannteste aller Versuche, von der „Ordnungszelle“ Bayern aus auf Berlin einzuwirken. Von 1924 bis zur Machtergreifung durch die NSDAP 1933 führte Ministerpräsident Heinrich Held (Bayerische Volkspartei) die Regierung.

Mit dem Gesetz über den „Neuaufbau des Reiches“ vom 30. Januar 1934 hatte Bayern zu existieren aufgehört.

Nach dem Zusammenbruch wurde Bayern (mit Ausnahme der Pfalz und des Landkreises Lindau) Teil der amerikanischen Besatzungszone. Die Amerikaner setzten schon im September 1945 eine eigene bayerische Regierung ein und im Februar 1946 ordnete sie Verfassungsberatungen an. Mit der durch Volksabstimmung vom 1. Dezember 1946 angenommenen Verfassung machte Bayern „angesichts des Trümmerfeldes“, das die Nationalsozialisten hinterlassen hatten und „eingedenk seiner mehr als tausendjährigen Geschichte“ (Präambel) einen demokratischen Neuanfang.

Die geschichtliche Entwicklung Bayerns



Quelle:

Unsere bayerische Heimat, Hrsg. Bayer. Sparkassen- und Giroverband, 1964, Grafik: Alfred Beron

III. ZEITTADEL ZUR GESCHICHTE BAYERNS UND DER IN BAYERN AUFGEANGENEN TERRITORIEN

Von Reinhard Heydenreuter

1. Herzogtum, Kurfürstentum, Königreich und Freistaat Bayern

Herzogtum und Kurfürstentum (seit 1623) Bayern

540-550 Einwanderung der Bajuwaren in das Land zwischen Donau und Alpen

550-590 Herzog Garibald

568 Einwanderung der Langobarden in Norditalien. Zentrum des langobardischen Reiches wird Pavia

589 Garibalds Tochter Theodolinde heiratet den Langobardenkönig Authari und bekehrt die arianischen Langobarden zum Katholizismus

590-604 Papst Gregor der Große beschenkt Theodolinde (Domschatz von Monza). Auf Papst Gregor, der die Missionierung der Angelsachsen anordnet, geht der päpstliche Titel servus servorum Dei (Knecht der Knechte Gottes) zurück

591 Friedensschluss zwischen Franken und Langobarden

592 Einsetzung des Herzogs Tassilo I. durch den Frankenkönig; Bajuwaren besiegen die Slawen bei Toblach

600-700 die bayerische Einwanderung im Alpenraum erreicht das Etschgebiet. Grenzgrafen in Bozen. Freundschaftliche Beziehungen zu den Langobarden

ca. 670 Bajuwaren dringen über die Enns bis zum Wienerwald vor

ca. 690 St.-Georgs-Basilika auf dem Boden der späteren St.-Emmerams-Kirche in Regensburg

vor 700 Rupert, Sohn des Grafen von Worms, kommt zu Herzog Theodo und missioniert als Bischof von Salzburg; Emmeram von Poitiers missioniert in Herzog Theodos Auftrag von Regensburg aus als Bischof

ca. 700 Herzog Theodo teilt Bayern zwischen sich und seinen drei Söhnen

nach 700 Korbinian von Arpajon bei Melun missioniert als Bischof von Freising

716 Papst Gregor II. vereinbart mit Herzog Theodo in Rom die Organisation der Kirche Bayerns

723-783 Arbeo, Bischof von Freising, schreibt Biographien der Heiligen Emmeram und Korbinian

725 Karl Martell stößt nach Bayern vor

727-737 Herzog Hucbert

732 der fränkische Hausmeier Karl Martell (gest.741) besiegt ein muslimisches Heer zwischen Tours und Poitiers und bringt die arabische Expansion in Europa damit zum Stehen

736-748 Herzog Odilo

738/739 der Angelsachse Bonifatius organisiert die bayerische Kirche

zwischen 739 u. 743 Lex Baiuvariorum (Bayerisches Volksrecht) in lateinischer Sprache mit bayerischen Ausdrücken niedergeschrieben, letzte Fassung um 800

741/742 Geburt von Tassilo III. (Herzog von Bayern): sein Vater ist Herzog Odilo (736-748), seine Mutter Hiltrud (gest.754) ist die Schwester des fränkischen Hausmeiers und Königs Pippin III. (König 751-768)

zwischen 741 u. 745 Bistum Eichstätt unter Willibald geschaffen

743 Pippin und Karlmann besiegen den Herzog Odilo am Lech

745/747 der Angelsachse Bonifatius (gest.754), „Apostel der Deutschen“, wird persönlicher Missionserzbischof von Mainz, das später dank seiner Autorität zum Metropolitansitz im Osten des Frankenreichs aufsteigt

745-784 Bischof Virgil von Salzburg

748-788 Herzog Tassilo III.

751 der fränkische Hausmeier Pippin III. der Jüngere (gest.768) setzt den letzten Merowingerkönig mit Billigung des Papstes ab und wird an seiner Stelle selbst zum König gesalbt. Damit beginnt die Herrschaft der Karolinger im Frankenreich

zwischen 755 u. 760 Landessynode mit Landtag in Aschheim

757 Tassilo schwört in Compiègne Pippin und seinen Söhnen den Lehenseid

763 Tassilo verlässt Pippins Heer in Aquitanien und verweigert ihm die Heeresfolge; Gründung von Kloster Scharnitz

765 Tassilo heiratet die langobardische Königstochter Liutbirga

769 Tassilo gründet das Kloster Innichen im Pustertal; Landessynode mit Landtag in Dingolfing

772 Tassilo besiegt die Alpenslawen (Slowenen)

774 der Frankenkönig Karl der Große (768-814) erobert Pavia. Untergang des Langobardenreichs. Karl auch als König der Langobarden gekrönt. Seinem erweiterten Titel fügt er die Formel Gratia Dei („von Gottes Gnaden“) bei

777 Tassilo gründet das Kloster Kremsmünster

778 Teilnahme von Bayern am Spanienfeldzug Karls

778 die Nonne Hugeburc schreibt die Biographie des Bischofs Willibald von Eichstätt

781 Herzog Tassilo erneuert seinen Lehenseid in Worms

782 Karl der Große unterwirft Sachsen, das Gebiet zwischen Hellweg und Elbe, und verleibt es dem Frankenreich ein

783 Karl der Große besiegt die Sachsen an der Haase

787 erneuter Vorwurf des Treubruchs gegenüber Tassilo: Auf dem Lechfeld erkennt Tassilo zum dritten Mal die fränkische Oberhoheit an und stellt seinen Sohn und Mitregenten Theodo als Geisel

788 Karl der Große setzt Herzog Tassilo III. ab; Reichversammlung zu Ingelheim: Tassilo wird zitiert und wegen des Vorfalles von 763 und wegen Konspiration mit den heidnischen Awaren zum Tode verurteilt. Das Urteil wird vom König für die gesamte Familie in lebenslange Klosterhaft umgewandelt (Exil Tassilos wohl Jumièges an der Seine)

794 Synode von Frankfurt: Tassilo muss erneut erscheinen und nochmals förmlich auf sein Herzogtum verzichten

Seit 788 Bayern ist fränkische Provinz, regiert von fränkischen Grafen

vor 800 Wessobrunner Gebet

800 Karl der Große, König der Franken und Langobarden (768-814), wird vom Papst in Rom zum Kaiser gekrönt. Damit entsteht erneut ein westliches Kaisertum, das mehr als 1000 Jahre Bestand haben wird. Wegen der Konkurrenz mit Byzanz gibt es fortan für Jahrhunderte das Zwei-Kaiser-Problem

805 Nordgrenze der bayerischen Siedlung bei Premberg (Landkreis Burglengenfeld). Der bis nach Eger und im Westen bis Fürth reichende "Nordgau" wird Grenzmark gegen Böhmen

814 Kaiser (seit 800) Karl der Große (König seit 768) stirbt in Aachen und wird in der dortigen Pfalzkapelle beigesetzt. Nachfolger ist sein Sohn Ludwig I. der Fromme (gest.840)

817-876 Ludwig der Deutsche, „König der Bayern und der angrenzenden Gebiete“ (Titel nachweisbar 817-833)

842 Ludwig der Deutsche und Karl der Kahle erneuern ihr Bündnis gegen ihren Bruder, Kaiser Lothar (840-855), im Straßburger Vertrag. Die zu dessen Bekräftigung abgelegten Eide der Vasallen gelten als ältestes Zeugnis der französischen und eines der ältesten der deutschen Sprache

843 im Vertrag von Verdun einigen sich die Söhne Ludwigs des Frommen auf eine Teilung des Frankenreiches. Kaiser Lothar (gest.855) erhält das Mittelreich von der Provence bis zur Nordsee, Ludwig der Deutsche

(gest.876) Ostfranken (später Deutschland), Karl der Kahle (gest.877)
Westfranken (später Frankreich)

845 Taufe von 15 böhmischen Stammesfürsten in Regensburg

nach 850 Muspilli, niedergeschrieben in St. Emmeram in Regensburg

856 Ludwig der Deutsche verleiht die „Marca orientalis“ seinem Sohn Karlmann

870 Denkschrift der Salzburger Kirche über die Bekehrung der Bayern und der Karantanen

876-880 Karlmann, König der Bayern und Italiens

887-899 Arnulf von Kärnten, Kaiser seit 896

898 Kaiser Arnulf gründet Kloster Ranshofen

900 Markgraf Luitpold besiegt die Ungarn

900-911 Ludwig das Kind, der letzte ostfränkische Karolinger

905 Nordgrenze der bayerischen Siedlung in der Gegend Nabburgs, an der Luhe

906 Zollordnung von Raffelstetten; das gesamte 9. Jh. treibt Regensburg Handel mit Kiew und Russland (Honig, Sklaven)

907 Markgraf Luitpold und viele Bayern fallen bei Preßburg gegen die Ungarn

907-937 Luitpolds Sohn, Herzog Arnulf

908 u. 918 Herzog Arnulf siegt über die Ungarn

911-918 Herzog Konrad von Franken zum König gewählt von Franken, Sachsen, Schwaben und Bayern

914-916 König Konrad vertreibt Herzog Arnulf

916 auf der Synode von Hohenaltheim spricht sich die ostfränkische Geistlichkeit gegen Herzog Arnulf aus

917 Herzog Arnulf erobert Bayern zurück und vertreibt Eberhard von Franken

919 der Sachsenherzog Heinrich wird von den Franken und Sachsen zum König gewählt. Die Bayern wählen Herzog Arnulf zum deutschen König

921 Herzog Arnulf verständigt sich mit König Heinrich (gest.936) und erkennt ihn an

935 Herzog Arnulf lässt seinem Sohn Eberhard als Nachfolger huldigen

936 Herzog Arnulf versieht bei der Krönung König Ottos I. (bis 973) das Erzamt des Marschalls

938 König Otto verbannt Arnulfs Sohn Eberhard

938-947 Arnulfs Bruder Berthold wird als Herzog eingesetzt

947-955 der sächsische König Otto (Kaiser 962) ernennt seinen Bruder Heinrich I. zum Herzog von Bayern, dieser ist mit Judith aus der Familie der Luitpoldinger verheiratet

952 auf dem Reichstag von Augsburg erreicht Bayern durch die Angliederung der Markgrafschaften Istrien, Aquileja, Verona und Trient seine größte mittelalterliche Ausdehnung

955 die Bayern nehmen nur beschränkt an der Schlacht König Ottos gegen die Ungarn auf dem Lechfeld teil. Die Luitpoldinger paktieren mit den Ungarn

955-976 Herzog Heinrich II. (der Zänker) steht zunächst unter der Vormundschaft seiner Mutter Judith aus dem Hause Luitpoldinger

971-991 Bischof Pilgrim von Passau

972-994 Bischof Wolfgang von Regensburg, unter ihm wird 973 das Bistum Prag von Regensburg abgetrennt

974-976 Herzog Heinrich II. der Zänker erhebt sich gegen seinen Vetter Kaiser Otto II.; 976 wird er abgesetzt; Kärnten mit den 952 zu Bayern gekommenen Gebieten sowie die Ostmark werden aus dem Herzogtum ausgegliedert

976-982 Herzog Otto, zugleich von 973-982 Herzog von Schwaben

976-1156 die Babenberger Markgrafen der Ostmark

983-985 Herzog Heinrich III. aus dem Geschlecht der Luitpoldinger

985-995 Wiedereinsetzung von Herzog Heinrich II. (der Zänker)

991 Herzog Heinrich II. (der Zänker) besiegt die Ungarn; Bayern dehnt sich bis zum Kamm des Wienerwaldes aus

vor 995 Herzog Heinrich der Zänker erlässt ohne königliche Mitwirkung auf dem Landtag zu Ranshofen Gesetze

10. Jahrhundert Regensburg treibt Handel mit Kiew und Russland (Honig, Sklaven)

um 1000 Bayerns Nordgrenze an der Waldnaab

1002-1024 Kaiser Heinrich II., Sohn Heinrichs II. des Zänkers wird 995 bayerischer Herzog (Heinrich IV.), 1007 Gründung des Bistums Bamberg, 1014 Kaiserkrönung in Rom; heiliggesprochen 1146, verheiratet mit Kunigunde, Gräfin von Luxemburg

1004-1009 der Bruder Kunigundes, Graf Heinrich von Luxemburg, wird von König Heinrich II. zum Herzog von Bayern (Herzog Heinrich V.) ernannt, wird aber wegen eines Aufstands gegen den König 1009 wieder abgesetzt und 1017 wieder eingesetzt

1024-1039 Kaiser Konrad II., setzt seinen Sohn Heinrich, den späteren Kaiser Heinrich III. 1027 zum Herzog von Bayern ein (Heinrich VI.), dies bleibt er auch nach seiner Wahl zum deutschen König bis 1042

zwischen 1030 u. 1050 „Ruodlieb“-Roman

1040 Kaiser Heinrich III. ernennt Suitger zum Bischof von Bamberg. Er wird 1046 zum Papst gewählt. Heinrich, der oft in Bayern auch als Herzog regiert, gilt als der mächtigste deutsche König des Mittelalters. Sein Sohn Heinrich IV. folgt ihm 1056 im Alter von 6 Jahren

1042-1047 Herzog Heinrich VII., Graf von Luxemburg, Neffe der Kaiserin Kunigunde wird von Kaiser Heinrich III. (1039- 1056) zum Herzog ernannt

1047-1049 Kaiser Heinrich III. übernimmt wieder selbst das Herzogtum Bayern

1049-1053 Herzog Konrad, Graf von Zütphen

um 1050 Gründung von Markgrafschaften um Cham und Nabburg durch Kaiser Heinrich III.

11. Jahrhundert die Grafen von Andechs sind Grafen im Inntal mit Sitz in Amras (comes de Omeras)

1053-1055 für den späteren Kaiser Heinrich IV. (als bayerischer Herzog Heinrich VIII.), dem älteren Sohn Heinrichs III. und für Herzog Konrad II., dem jüngeren Sohn König Heinrichs III. regiert in Bayern Bischof Gebhard von Eichstätt (Papst Viktor II. 1055-1057)

1055-1061 Herzogin Agnes, Witwe Kaiser Heinrichs III.

um 1060 „Hohes Lied“ des Abtes Williram von Ebersberg

1061-1070 Herzog Otto, Graf von Northeim, schlägt 1064 bei Wieselburg die Ungarn

1069 Wilhelm von St. Emmeram wird Abt von Hirsau

um 1070 Otloh von St. Emmeram

1070-1077 Herzog Welf I.; gründet 1073 Kloster Rottenbuch

1077-1096 König Heinrich IV. (1050-1106, König ab 1056, Kaiser ab 1084) wieder als bayerischer Herzog (Heinrich VIII.)

1094 1. Bayerischer Landfriede

1096-1102 wieder Herzog Welf I.

1100 bayerische Siedler erreichen die Grenze des Vogtlandes, ziehen in das Regnitzland und bis Hof

1102-1120 Herzog Welf II.

1113 Markgraf Diepold von Vohburg stiftet das Zisterzienserkloster Waldsassen

1120-1126 Herzog Heinrich IX. der Schwarze, beteiligt sich 1125 an der Wahl Lothars von Supplinburg zum deutschen König

1120-1208 Wittelsbacher üben das Pfalzgrafenamt im Herzogtum Bayern aus

1126-1138 Herzog Heinrich X. der Stolze

1132-1169 Gerhoh, Abt von Reichersberg, Schriftsteller und Kirchenreformer

1139-1141 Herzog Leopold IX. von Babenberg; Markgraf der Ostmark
1136-1141

1142 König Konrad III. auch bayerischer Herzog

1143-1156 Herzog Heinrich XI. Jasomirgott, seit 1141 Markgraf, seit 1156 Herzog von Österreich (bis 1177); Bayerns Hauptstadt Regensburg wächst durch Wirtschaft und Handel

1147 Herzog Welf VI. gründet das Prämonstratenserkloster Steingaden

um 1150 Regensburger Kaiserchronik

um 1150 „Rolandslied“ des Pfaffen Konrad von Regensburg

1156 der Babenberger Heinrich Jasomirgott verzichtet zugunsten Heinrichs des Löwen auf Bayern. Zum Ausgleich trennt Kaiser Friedrich Barbarossa (deutscher König 1152, Kaiser 1155, gest. 1190) auf einem Hoftag in Regensburg die Ostmark und das Dreigrafschaftsgebiet um Mautern, Wels und Lorch von Bayern ab und erhebt sie zum Herzogtum mit besonderen Vorrechten für die Babenberger (Österreich)

ab 1155/1156 Herzog Heinrich XII. der Löwe

1158 „Augsburger Schied“: Kaiser Friedrich Barbarossa bestätigt die Verlegung des Marktes Föhring durch Herzog Heinrich den Löwen nach München; Otto von Freising, Bischof von Freising und Geschichtsschreiber stirbt

um 1160 Lied vom „König Rother“, verfasst von einem in Bayern wirkenden Geistlichen aus dem Rheinland

1165 Amberg erhält von Friedrich Barbarossa nach dem Vorbild Nürnbergs Zollfreiheit im ganzen Reich

1168 „Antichrist“ (Ludus de Antichristo) aus dem Kloster Tegernsee

1180 Herzog Heinrich der Löwe aufgrund eines Prozesses nach Land- und Lehenrecht durch Kaiser Friedrich Barbarossa abgesetzt; Die Steiermark von Bayern abgetrennt; Otto I., Graf von Wittelsbach, Pfalzgraf für Bayern, wird vom Kaiser Friedrich Barbarossa zu Altenburg (Thüringen) mit dem Herzogtum Bayern belehnt (16.9.1180); Das Servatiuslied des Heinrich von Veldeke wird auf Anregung der Herzogin Agnes, geb. Gräfin von Loon (Niederlande) im Kloster Indersdorf ins Bayerische übertragen; das Gebiet der Altstadt von Innsbruck wird von Markgraf Berthold III. von Andechs-Meranien vom Kloster Wilten gekauft und mit seinem Markt links des Inns durch eine Brücke verbunden. 1187 taucht der Name Innsbruck zum ersten Mal auf. Anlässlich des Kaufes erhält das Kloster den Wiltener Kelch, eine Augsburger Goldschmiedearbeit des 12. Jahrhunderts

1183 Tod Herzog Ottos I.; sein Bruder, Erzbischof Konrad von Salzburg, wird Erzbischof von Mainz

1183-1231 Herzog Ludwig I. der Kelheimer (genannt nach dem Ort seiner Ermordung)

um 1200 „Nibelungenlied“ in der heutigen Fassung, wahrscheinlich in Passau entstanden

nach 1200 „Carmina Burana“ (Vagantenlieder, in Kärnten niedergeschrieben, lagen später in Benediktbeuern)

1204 Herzog Ludwig I. wird aus der bisherigen Hauptstadt Regensburg verdrängt, wo er gegen Bischof und Stadt nur das Burggrafenamt behaupten kann. Er erbaut in Landshut an der Isar Burg und Stadt. Herzogliche Kanzlei seit 1209/13 nachweisbar. Seit 1257 ist ein Viztum als Stellvertreter des Herzogs in Gericht und Verwaltung tätig. Herzogliche Landrichter üben in den Landgerichten die Gerichtsbarkeit an Stelle der Grafen aus

1205 Aus dem Erbe der Landgrafen von Steffling erhält Ludwig I. Kufstein, Rattenberg und Kitzbühel als Regensburger Lehen

1208 König Otto IV. erkennt das Erbrecht der Wittelsbacher am Herzogtum Bayern an

1214 Herzog Ludwig I. wird für seinen Sohn Otto, den Verlobten der Pfälzer Erbtochter Agnes, mit der Pfalzgrafschaft bei Rhein belehnt

1218 Stadtgründung v. Straubing

1218/19 aus dem Erbe der Grafen von Peilstein erwirbt Ludwig I. Reichenhall und erhält vom König 1219 das Bergregal

um 1220 Wolfram von Eschenbach stirbt (geb. um 1172)

1221 Ludwig I. nimmt am Kreuzzug teil, scheitert aber mit dem Kreuzzugsheer vor Kairo

1226 Ludwig I. wird von Kaiser Friedrich II. zum Reichsverweser und Vormund des Kaisersohnes Heinrich (VII.) ernannt

1228 Herzog Ludwigs Sohn Otto (illustis = der Erlauchte) wird mit der Regierung der Pfalzgrafschaft betraut, deren Erbin er vor 1224 geheiratet hatte; er nimmt den Pfälzer Löwen in sein Wappen auf

um 1230 Walther von der Vogelweide stirbt (geb. um 1165)

1231 Herzog Ludwig wird auf der Donaubrücke in Kelheim von einem Unbekannten erstochen. Angeblich war der Mörder, der im kaiserlichen Auftrag gehandelt haben soll, ein Mitglied der mohammedanischen Sekte der Assasinen. Ludwigs Witwe, die böhmische Königstochter Ludmilla, stiftete als Sühnekloster ein Jahr nach der Tat die Zisterzienserinnenabtei Seligenthal bei Landshut.

1231-1253 Herzog Otto II. der Erlauchte; Rat des Herzogs nachweisbar

1239 Herzog Otto von Andechs-Meranien verleiht dem Markt Innsbruck das Stadtrecht. Er erbaut dort eine Burg

1242 nach dem Tode des letzten Grafen Albert IV. von Bogen fiel dessen Erbe an seinen Stiefbruder Herzog Otto II., da Ludmilla (†1240), die verwitwete Mutter Alberts, 1204 Herzog Ludwig I. den Kelheimer geheiratet hatte. Zum Erbe der Grafen gehörte neben Bogen vor allem Straubing, Deggendorf und Mitterfels. Nun kommt auch das Rautenwappen der Grafen von Bogen in das bayerische Wappen (nachweisbar ab 1247)

1242 Landfriede

1246 Herzog Otto II. bemüht sich nach dem Aussterben der Babenberger vergebens, die Ostmark wiederzugewinnen; Verlobt seine Tochter Elisabeth mit König Konrad IV.

1248 die Herzöge von Andechs-Meranien sterben aus. Ihre Besitzungen im Inntal fallen an Graf Albert von Tirol. In Oberbayern gewinnt Herzog Otto II. einen Teil des Besitzes der Herzöge von Andechs-Meranien. Mit dem Tod Rapotos III. von Ortenburg erlischt das bedeutungslos gewordene Amt der Pfalzgrafen in Bayern

um 1250 Werner der Gärtner schreibt die Bauernnovelle „Meier Helmbrecht“; Neidhart von Reuenthal gestorben; Minnesänger Tannhäuser, wohl aus der Gegend von Neumarkt in der Oberpfalz; Herzog Otto II. gewinnt fast den gesamten Besitz der Grafen von Ortenburg

1253-1255 die Herzöge Ludwig II. und Heinrich XIII. regieren gemeinsam

1255 Landesteilung: Ludwig erhält Pfalz und Oberbayern (von Schwandorf bis Kufstein), Heinrich Niederbayern (von Cham über Landshut bis Reichenhall)

1255-1294 Herzog Ludwig II. der Strenge von Oberbayern

1255-1290 Herzog Heinrich XIII. von Niederbayern

Seit **1255** beschränkt Herzog Heinrich die Westentwicklung des Passauer Bistums unter Bischof Otto von Lonsdorf

1258 Judenpogrom in München

1268 Ludwig II. gewinnt beachtlichen Besitz aus dem Staufererbe an der Donau, Heinrich XIII. erhält Anteile. In Schwaben verbleibt den bayerischen Herzögen vor allem Lauingen, Höchstädt a.d. Donau, Schwabegg und Türkheim

1272 der Minoritenprediger Berthold von Regensburg stirbt

1273 Ludwig II. verkündet als Pfalzgraf bei Rhein die Wahl des Grafen Rudolf von Habsburg zum deutschen König. Auch sein Bruder Herzog Heinrich XIII. von Niederbayern stimmt für Rudolf von Habsburg

1275 König Rudolf bestätigt, dass die Wittelbacher Brüder Ludwig und Heinrich auf Grund des Herzogtums im Kurkollegium eine Stimme führen sollen

1275 Abt Hermann von Niederaltaich, Verfasser einer dynastischen Landesgeschichte, stirbt

1276 Herzog Heinrich XIII., vermählt mit Elisabeth, Tochter König Belas IV. von Ungarn, verlobt seinen Sohn Otto III. mit Katharina, Tochter König Rudolfs, und nimmt das Land ob der Enns als Pfand für das Heiratsgut in Besitz

1278 Herzog Heinrich XIII. teilt die Niederlage seines Bundesgenossen Ottokar von Böhmen

1279 Herzog Heinrich XIII. gibt Landshut ein ausführliches Stadtrecht

1282 Ottos III. Gattin Katharina stirbt; Tirol scheidet wie die Hochstifte Regensburg, Freising, Passau und Augsburg allmählich aus dem Herzogtum Bayern aus

1285-1315 Bau des zweiten Münchner Mauerringes

1290-1312 Herzog Otto III. von Niederbayern, 1305 König von Ungarn; 1294 niederbayerische Hofordnung

1294 in Oberbayern und in der Pfalz folgt Rudolf, der Sohn Herzog Ludwigs II. und erlässt für München ein Stadtrecht

1302 Herzog Rudolf und sein Bruder Ludwig, Mitregent seit 1301, gewähren in der Schnaittbacher Urkunde den Rittern bestimmte Rechte

1305 Grafschaft Hirschberg an Bayern; Stadt und Amt Hirschau in der Oberpfalz kommen an Bayern

1310-1313 Oberbayern unter Ludwig und Rudolf geteilt

1311 Herzog Otto III., vertriebener und verschuldeter König von Ungarn, gibt den Landständen als Gegenleistung für Steuerbewilligungen die „Ottonische Handfeste“ als erste umfangreiche Verfassungsurkunde des Herzogtums, in der dem Adel und der Geistlichkeit die niedere Gerichtsbarkeit in den Hofmarken eingeräumt wird

1313 Herzog Ludwig siegt bei Gammelsdorf über die in Niederbayern eingefallenen Österreicher unter Friedrich dem Schönen und verdrängt seinen Bruder

1314 Herzog Ludwig wird König

1314/22 Verpfändung von Eger an König Johann von Böhmen für dessen Hilfe bei der Königswahl

1319 Herzog Rudolf stirbt, nachdem er 1317 auf seine Herrschaftsrechte befristet verzichtet hatte

1322 König Ludwig siegt bei Mühldorf über den Habsburger Gegenkönig Friedrich den Schönen

1323 König Ludwig belehnt seinen Sohn Ludwig (den Brandenburger) mit der Mark Brandenburg

1324 König Ludwig wird von Papst Johannes XXII. in Avignon gebannt

1327 Stadtbrand München

1328 König Ludwig wird in Rom zum Kaiser gekrönt; bedeutende Männer wie Johannes von Jandun begleiten ihn. In den folgenden Jahren wirken in München, das sich zur Hauptstadt des Reiches entwickelt, im Franziskanerkloster neben der Residenz Marsilius von Padua, William Occam und Michael von Cesena

1329 Hausvertrag von Pavia: die Pfalzgrafschaft bei Rhein geht an die Söhne Rudolfs, dazu ein Teil des Nordgaus (die obere Pfalz), wo das Viztumamt Lengenfeld aufgeteilt wird: die rudolfinsche Linie erhält neben 24 Burgen 6 Städte und 19 Märkte, nämlich Amberg, Nabburg, Neumarkt, Neunburg v. W., Neustadt und Sulzbach sowie die Märkte Auerbach, Erbdorf, Eschenbach, Floß, Hersbruck, Hirschau, Hohenstein, Kemnath, Lauterhofen, Nittenau, Pegnitz, Plech, Pressath, Roding, Velden, Oberviechtach, Vohenstrauß und Weiden. Dieser an die Kurpfalz gefallene Grundbestand an Städten und Märkten verringerte sich bis 1628 durch die Erwerbungen Kaiser Karls IV. 1353 (etwa Neustadt an der Waldnaab, seit 1575 Eigentum der Lobkowitz oder Sulzbach, das zunächst an Böhmen, dann an die niederbayerischen Herzöge und schließlich an Pfalz-Neuburg fiel). Weitere Verluste für das Fürstentum der oberen Pfalz brachte nach 1503 der bayerische Erbfolgekrieg (etwa Hersbruck). Die oberpfälzischen Gebiete kommen 1623/28 wieder an die Münchner Linie. Bis 1777 gibt es eine bayerische und eine Pfälzer Linie der Wittelsbacher

1330 Kaiser Ludwig stiftet das Kloster Ettal; die bayerischen Prälatenklöster bekommen die Niedergerichtsbarkeit in ihren Hofmarken

1335 mit Graf Heinrich stirbt die Tiroler Linie des Hauses Görz aus. Er hinterlässt eine Erbtöchter Margarethe (Maultasch)

1338 Kurverein von Rhense: man einigt sich, dass der von den Kurfürsten gewählte König auch ohne Zustimmung des Papstes rechtmäßiger deutscher König ist

1340 die niederbayerische Linie erlischt mit Herzog Heinrich XIII. Niederbayern fällt an Kaiser Ludwig als Herzog von Oberbayern

1340 Kaiser Ludwig lässt das Recht der Stadt München aufzeichnen, bestätigt es und verleiht der Stadt das Recht, Satzungen zu erlassen. München ist die Hauptstadt des Reiches, in der von Ludwig gestifteten Lorenzkapelle im Alten Hof wird der Reichsschatz aufbewahrt.

1342 Ludwig der Brandenburger, der Sohn Kaiser Ludwig des Bayern heiratet Margarethe Maultasch. Erbliche Belehnung Markgraf Ludwigs von Brandenburg mit Tirol. Ludwig der Brandenburger sichert in einem Freiheitsbrief den Tiroler Ständen ihre alten Freiheiten zu und verspricht, Margarethe nicht aus dem Lande zu bringen. Die Grafschaft Graisbach-Lechsgemünd kommt nach Aussterben der Grafen von Marstetten-Neufen an Bayern

1346 Kaiser Ludwigs Gattin Margarethe wird mit Holland, Seeland und Friesland belehnt; das oberbayerische Landrecht von 1336 erhält seine endgültige Fassung und bleibt Grundlage der Rechtsreformen von 1518, 1616 und 1756. Seit dem 16. Jh. gilt es auch in Niederbayern

1347 Kaiser Ludwig stirbt

nach 1348 europäische Pestepidemie, Wirtschafts- und Agrarkrise, Judenverfolgungen

1349 zweite Teilung Bayerns: München und Oberbayern sowie Tirol kommen an den mit der Erbin Tirols (Margarethe Maultasch) verheirateten Ludwig den Brandenburger (gest.1361), Ludwig der Römer (gest.1365) und Otto V. (gest.1379) erhalten Brandenburg; Stephan II. (gest.1375), Wilhelm (gest.1379) und Albrecht (gest.1404) erhalten Niederbayern und die niederländischen Gebiete (Holland, Seeland, Friesland und Hennegau)

Herzogtum Straubing-Holland

1353 Gründung eines Herzogtums Straubing-Holland für die Gebrüder Wilhelm und Albrecht. Stephan II. beschränkt sich auf das südwestliche Niederbayern mit Landshut. Die Hauptstädte des Herzogtums Straubing-Holland sind Straubing und Den Haag. Dort regiert seit 1358 Herzog Albrecht (gest.1404) für seinen regierungsunfähigen Bruder Wilhelm

1353 Beginn des Schlossbaus in Straubing, der eine von holländischen Zimmermeistern gebaute gewölbte Holzdecke erhält

1404-1417 Herzog Wilhelm II.

nach 1417 Herzog Johann III., Sohn Albrechts I., erwählter Bischof von Lüttich, erkennt die von den holländischen Landständen gebilligte Erbfolge Jakobäas, der Tochter seines 1417 verstorbenen Bruders Wilhelms II. nicht an. Nach Verzicht auf sein Bistum und Heirat übernimmt er die Regierung. Als Kunstfreund fördert er den Maler Jan van Eyck

1425 Herzog Johann III. stirbt. Er vermacht seine Länder an Herzog Philipp den Guten von Burgund. Dieser verdrängt Jakobäa (gest.1435)

1429 der Straubinger Landesteil wird auf dem Reichstag von Preßburg auf die Herzöge von Bayern-München (die Hälfte mit der Stadt Straubing) und Bayern-Landshut (ein Viertel) und Bayern-Ingolstadt (ein Viertel) aufgeteilt

1351 die Stadt Cham wird zusammen mit dem westlichen Teil des Gerichts Cham an die Kurpfalz verpfändet und nicht mehr eingelöst. 1623/28 an die Münchner Linie zurück

1361 Ludwig der Brandenburger stirbt, Herzog Meinhard III. (gest.1363) regiert bis zu seinem Tod in Oberbayern und Tirol

1362 kaiserliches Evokationsprivileg für das Herzogtum Bayern

1363 nach dem Tode Meinhards III. regiert Herzog Stephan II. auch in Oberbayern. Übergabe Tirols durch Margarethe Maultasch an Erzherzog Rudolf IV. von Österreich

1369 die Wittelsbacher verzichten im Vertrag von Schärding mit Erzherzog Rudolf IV. von Österreich gegen eine Geldabfindung auf ihre Ansprüche auf Tirol

1370 Einwohnerzahl Münchens: um 10.000

1373 Kurfürst Otto V. von Brandenburg verzichtet im Vertrag von Fürstenwalde auf Brandenburg und verkauft es für 300.000 fl. an Kaiser Karl IV.

1374 „Großer Brandbrief“. Unter Beteiligung zahlreicher Adelliger erlässt Herzog Stephan II. einen Landbrief, in dem u.a. die Fehdeführung durch Niederbrennen von Dörfern verboten wird

1475-1392 die Söhne Stephans II. (gest.1475) Stephan III., Friedrich und Johann II. regieren gemeinsam

1392 dritte Teilung Bayerns; Bayern-München kommt an Herzog Johann II. (regiert 1392-1397), Bayern-Landshut an Herzog Friedrich (regiert 1392-1393) und Bayern-Ingolstadt an Herzog Stefan III., dem „Kneißl“ (der Prächtige)

Linie Bayern-Ingolstadt (1392-1447)

1392-1413 Regierungszeit Herzog Stephan III. der Kneißl. Seine Tochter Elisabeth (Isabeau) heiratet 1385 den französischen König Karl VI.

1413-1443 Herzog Ludwig im Bart, vertritt seinen Schwager, den kranken König von Frankreich, auf dem Konzil von Konstanz. Mitglied des französischen Staatsrats

seit 1416 Reformen im Steuerwesen, Verbesserung der Stadtrechte, Juristen im Rat des Herzogs

seit 1420 wegen der aggressiven Territorialpolitik des Herzogs Krieg mit Herzog Heinrich dem Reichen von Bayern-Landshut

1422 in der Schlacht von Alling wird Ludwig mit Hilfe der Münchner Bürger von Herzog Ernst von Bayern-München besiegt

1425 Baubeginn des nach französischen Vorbildern gestalteten Ingolstädter Münsters

1438 Herzog Ludwig der Bucklige, der Sohn Ludwigs im Bart, führt Krieg gegen seinen Vater

1425-1434 Herzog Ludwig erhält einen Teil des bayerischen Gebiets des Herzogtums Straubing-Holland

1443 Herzog Ludwig der Bucklige, der 1441 Margarete von Brandenburg gegen den Widerstand seines Vaters geheiratet hat, erobert Neuburg und nimmt seinen Vater gefangen. Er stirbt 1445.

1443-1445 Herzog Ludwig der Bucklige nimmt seinen Vater gefangen. Dieser stirbt 1447 in der Gefangenschaft

1446 Die Witwe Ludwigs des Buckligen und deren Bruder Markgraf Albrecht Achilles von Ansbach (seit 1470 Kurfürst von Brandenburg) verkaufen den 80jährigen Ludwig im Bart für 100.000 Gulden an Herzog Heinrich den Reichen von Bayern-Landshut, der ihn in Burghausen gefangenhält, wo er 1447 stirbt.

1447 nach dem Tode Ludwigs im Bart kommt der Großteil des Herzogtums an die Linie Bayern-Landshut

Linie Bayern-Landshut (1392-1503)

1392-1393 Herzog Friedrich

1393-1450 Herzog Heinrich der Reiche, bis 1404 unter Vormundschaft der Ingolstädter und Münchner Herzöge

1408/10 Aufstand der Landshuter Bürger wegen Steuererhöhungen. Der Herzog lässt die Führer des Aufstands hinrichten.

1413 Herzog Heinrich der Reiche hilft dem Hochmeister des Deutschen Ordens in Ostpreußen Heinrich von Plauen im Kampf gegen die Polen. Der Feldzug scheitert, da Heinrich von Plauen erkrankt und abgesetzt wird. Da der Deutsche Orden Heinrich die Kosten für seine Hilfe nicht bezahlt, wird die Deutschordenskommende Gangkofen besetzt.

1417 der Streit zwischen Herzog Heinrich und Herzog Ludwig von Bayern-Ingolstadt vor dem Hofgericht des Königs Sigismund auf dem Konstanzer Konzil führt zu einem Überfall Heinrichs auf Ludwigs, der schwer verletzt wird. Der Friedensbruch bleibt ungesühnt.

1429 bei der Aufteilung des Straubinger Erbes erhält Heinrich u.a. Vilshofen und Landau an der Isar

1437 der Baumeister Hans von Burghausen, Erbauer der Landshuter Hallenkirche St. Martin, stirbt

1438 der Geschichtsschreiber Andreas von Regensburg stirbt

1447 Heinrich zieht nach dem Tod des von ihm in Burghausen gefangen gehaltenen Herzogs Ludwig im Bart ohne Berücksichtigung der Linie Bayern-München das gesamte Herzogtum Bayern-Ingolstadt ein.

1450-1479 Herzog Ludwig der Reiche

- 1462** Herzog Ludwig der Reiche besiegt den Markgrafen Albrecht Achilles bei Giengen
- 1463** Herzog Ludwig der Reiche verbündet sich mit Graf Ulrich von Württemberg
- 1467** Kauf der Stadt Wemding von den Grafen von Oettingen
- 1472** Herzog Ludwig der Reiche gründet die Universität Ingolstadt
- 1474** Landesordnung; Herzog Ludwig vermählt seine Tochter Margarete mit dem späteren Kurfürsten Philipp von der Pfalz
- 1475** Landshuter Hochzeit zwischen dem späteren Herzog Georg dem Reichen und der polnischen Königstochter Hedwig
- 1479-1503** Herzog Georg der Reiche
- 1486** Erdinger Vertrag mit dem Münchner Herzog Albrecht IV. über Rechtsangleichung ; Erzherzog Sigmund von Tirol verkauft die Markgrafschaft Burgau an Herzog Georg
- 1487** Herzog Georg und Herzog Albrecht IV. von Bayern-München erwerben von Erzherzog Sigmund die Anwartschaft auf Tirol und Vorarlberg. Der Landerwerb scheitert später am Widerstand des Königs Maximilian
- 1496** Gründung der Studentenstiftung Georgianum für Theologen in Ingolstadt
- 1499** Herzog Georg der Reiche verheiratet seine Tochter Elisabeth mit Ruprecht dem Tugendhaften, Sohn des Pfälzer Kurfürsten Philipp des Aufrichtigen
- 1501** Landesordnung
- 1503** mit dem Tode Georgs des Reichen stirbt die Linie Bayern-Landshut aus

Linie Bayern München

- 1392-1397** Herzog Johann

1397-1435 in München regieren die Söhne Herzog Johanns, Ernst und Wilhelm III., gemeinsam

1403 Vertrag zwischen der Stadt München und den Herzögen

1412 München zählt etwa 10.000 Einwohner

1422 Schlacht bei Alling: Herzog Ernst siegt über Ludwig im Bart von Bayern-Ingolstadt

1425-1434 Bayern-München erhält mit dem Gebiet um Straubing einen beträchtlichen Anteil am bayerischen Gebiet der ausgestorbenen Linie Bayern-Holland

1426-1428 Petrus von Rosenheim versucht die Benediktinerklöster nach den Vorgaben der Melker Reform zu erneuern. Besonders Tegernsee wird in der Folgezeit unter den Äbten Kaspar Ayndorffer (1426-1461) und Konrad Airinschmalz (1461-1492) zu einem Zentrum der Klosterreform und des Frühhumanismus

1431-1433 Herzog Wilhelm ist in der Zeit der Abwesenheit des Kaisers Sigismund Protektor des Konzils in Basel

1433 Tod des Herzogs Wilhelm III. Herzog Ernst lässt Agnes Bernauer, die aus Augsburg stammende Geliebte (Ehefrau?) seines Sohnes Albrecht nach einem kurzen Prozess während der Abwesenheit des Sohnes in der Donau bei Straubing ertränken

1435-1438 Herzog Ernst regiert gemeinsam bis zu seinem Tod mit seinem unmündigen Neffen Adolf, dem Sohn Herzog Wilhelms III.

1438-1460 Herzog Albrecht III., regiert gemeinsam mit Herzog Adolf (gest.1441)

1440 Herzog Albrecht III. lehnt die ihm angebotene böhmische Königskrone ab

1444 Herzog Albrecht III. schließt mit den benachbarten Fürsten einen Landfrieden

1458 Andechs wird von Herzog Albrecht III. als Benediktinerkloster wiederhergestellt; eine der Grablegen der Landesfürsten

1460 nach dem Tode Albrechts III. (gest.1460) regieren seine Söhne Johann (1460-1463) und Sigmund (1460-1467) zunächst gemeinsam

1465 Herzog Sigmund legt den Grundstein zur Frauenkirche

1467 Herzog Sigmund dankt ab und zieht sich in die Blütenburg an der Würm zurück, die von ihm ausgebaut wird (Ausstattung der Kapelle durch Jan Pollack)

1465/67-1508 Herzog Albrecht IV. der Weise

1468-1488 Jörg von Halsbach erbaut die Münchner Frauenkirche, die zwar von den Münchner Bürgern finanziert wird, aber zugleich als herzogliche Grablege dient und in der Folgezeit als Stiftskirche von den Herzögen reich ausgestattet wird. Aus den geistlichen Stiftsherren der Frauenkirche rekrutiert der Landesherr einen Teil seiner Räte

1485 Herzog Albrecht IV. der Weise von Bayern-München und Herzog Georg der Reiche von Bayern-Landshut, die dem Tiroler Herzog Sigmund den Münzreichen Darlehen geben, verbinden sich zur Erwerbung Tirols; Herzog Albrecht erwirbt nach dem Tode des letzten Grafen von Abensberg die Reichsherrschaft Abensberg

1485-1492 Herzog Albrecht IV. im Besitz von Regensburg, wo er 1487 eine Universitätsgründung versucht

1487 Herzog Albrecht IV. vermählt sich mit Kunigunde, der Tochter Kaiser Friedrichs III. und Schwester des späteren Kaisers Maximilian. Herzog Sigmund der Münzreiche gibt Befehl, den bayerischen Herzögen Albrecht und Georg als Landesherren in Tirol und Vorderösterreich zu huldigen. Die Venezianer verlegen ihren Markt von Bozen nach Mitlenwald

1491/92 Herzog Albrecht IV. geht mit Waffengewalt gegen die Steuerweigerung des adeligen Löwlerbundes im Straubinger Landesteil vor

1492 Herzog Albrecht der Weise verzichtet auf Druck Kaiser Friedrich III. gegen entsprechende Zahlungen auf seine Rechte in Tirol. Frauenkirche in München wird Kollegiatskirche (Verlegung der Stifte St. Sixtus in Schliersee und St. Arsadius in Ilimünster nach München)

1493 der von Albrecht IV. als Mitregent verdrängte Herzog Christoph stirbt auf der Insel Rhodos

1503 Tod des Herzogs Georg von Bayern-Landshut; mit ihm stirbt die Landshuter Linie aus. Beginn des Landshuter (bayerischen) Erbfolgekriegs

1503-1505 Landshuter Erbfolgekrieg. Das niederbayerische Erbe wird neben dem Herzog Albrecht IV. von Bayern-München auch von Pfalzgraf Ruprecht beansprucht, der mit der Tochter Elisabeth des Herzogs Georg des Reichen verheiratet ist. Auf der Seite des Münchner Herzogs steht neben König Maximilian auch die Reichsstadt Nürnberg; beide erhalten für ihre Hilfe reichen Landgewinn

1504 erfolglose Belagerung Münchens durch den Pfälzer Feldhauptmann Wißpeck. München ist die Hauptstadt des wiedervereinigten Herzogtums Ober- und Niederbayern; die Landgerichte Kufstein, Rattenberg und Kitzbühel kommen aus dem Erbe der „reichen“ Herzöge von Bayern-Landshut an Tirol. Sie bilden das „Interesse“ König Maximilians für seine Hilfe und Vermittlung im Bayerischen Erbfolgekrieg. Der Humanist Angelus Rumpfer von Vornbach (1462-1513) schreibt 1504-1506 die Geschichte des Landshuter Erbfolgekriegs

1505 Kölner Schiedsspruch Kaiser Maximilians beendet den Bayerischen Erbfolgekrieg: für die Söhne des Pfalzgrafen Ruprecht, Ottheinrich und Philipp wird ein eigenes Fürstentum, die „Junge Pfalz“ geschaffen, das aus einem Kerngebiet um Neuburg (heute Oberbayern) und zwei weiteren räumlich getrennten Gebieten um Hilpoltstein, Allersberg und Heideck (heute in Mittelfranken) sowie um Sulzbach (heute Oberpfalz) bestand

1506 Primogeniturgesetz Herzog Albrechts IV. des Weisen (das Recht der Erstgeburt wird festgelegt); Münzreform: erstmalige Prägung von Goldgulden (mit Salzburger Gold) in Bayern

1507 Nova ordinatio für die Universität Ingolstadt

1508 der Geschichtsschreiber Johann Turmair, genannt Aventin, wird Erzieher der Prinzen Ludwig und Ernst; Tod des Herzogs Albrecht IV. des Weisen

1508 Landesfreiheitserklärung (1. Fassung); in ihr werden vor allem die Rechte des oberbayerischen und niederbayerischen Adels festgeschrieben, insbesondere der Umfang der in den adeligen Hofmarken ausgeübten Niedergerichtsbarkeit

1508-1550 Herzog Wilhelm IV. zunächst unter Vormundschaft, dann unter dem Druck der Landstände und der Herzogsmutter Kunigunde entgegen der Bestimmungen der Primogeniturordnung von 1508 ab 1514 gemeinsame Regierung mit seinem Bruder Ludwig X. (gest.1545), der seine Residenz in Landshut hat

1514 Landesfreiheitserklärung (2. Fassung)

1516 Landesfreiheitserklärung (3. Fassung); der Rat Leonhard Eck (gest.1550) wird zum wichtigsten politischen Berater der Landesherren

1516 in der Bayerischen Landesordnung wird u.a. das Reinheitsgebot für Bier festgelegt

1517 Grafschaft Hals erworben

1518 Reformation des oberbayerischen Landrechts. Anwendung für Niederbayern

1519 Tod des Kaisers Maximilian. Nachfolger wird sein Enkel Karl V.. Herzog Wilhelm IV. zieht als Feldherr des Schwäbischen Bundes gegen seinen ungeliebten Schwager Herzog Ulrich von Württemberg, der die Reichsstadt Reutlingen besetzt und seine bayerische Frau vertrieben hatte, zu Felde und vertreibt ihn. Württemberg kommt ab 1520 unter kaiserliche Verwaltung; Professor Johannes Eck aus Ingolstadt disputiert in Leipzig mit Luther und erwirkt bei Papst Leo X. die Bannbulle gegen den Reformator

1520 römisch-rechtlich beeinflusste Gerichtsordnung für Ober- und Niederbayern

1522 die bayerischen Herzöge erklären sich in entsprechenden Mandaten gegen den auf dem Reichstag zu Worms 1521 verurteilten Martin Luther. Papst Hadrian VI. gewährt den bayerischen Herzögen das Recht, die bayerischen Klöster zu visitieren

1523-1543 der Komponist Ludwig Senfl Leiter der Münchner Hofkapelle

1525 der Bauernkrieg greift nicht auf das Herzogtum Bayern über; kleinere Aufstände im niederbayerischen Rottal

1526 Herzog Wilhelm IV. gibt dem Regensburger Maler Albrecht Altdorfer erste Aufträge, Anfänge der Wittelsbacher Bildersammlungen

1527 erste Hinrichtung eines Wiedertäufers in München

1530 Kaiser Karl V. besucht München vor dem Augsburger Reichstag und gewährt den Herzögen Zollprivilegien (Erhöhung der Getreidezölle)

1531 die beiden Herzöge schließen in Saalfeld mit Kurfürst Johann von Sachsen, Landgraf Philipp von Hessen und anderen evangelischen Fürsten ein Bündnis gegen die Königswahl des Erzherzogs Ferdinand, des Bruders des Kaisers

1532 die beiden Herzöge lassen in Scheyern durch Gesandte ein Bündnis mit König Franz I. von Frankreich schließen

1533 in Landshut, der Residenz des Herzogs Ludwig X. stirbt der Maler Hans Wertinger

1534 Ausgleich mit den Habsburgern durch den Vertrag von Linz, der vom herzoglichen Rat Leonhard von Eck zustandegebracht wird

ab 1536 Errichtung der Stadtresidenz in Landshut durch Herzog Ludwig X., die 1543 vollendet wird. Vorbild für den von Baumeistern und Mauern aus Mantua errichteten Bau ist der Palazzo de Te in Mantua (Giulio Romano)

1542 Einführung des Aufschlages (Umsatzsteuer) auf Wein im Herzogtum Bayern

1545-63 Konzil von Trient

1545 Tod des Herzogs Ludwig X.

1546 durch einen in Regensburg unterzeichneten Vertrag gewährt Herzog Wilhelm IV. den Habsburgern Unterstützung. Kronprinz Albrecht, der spätere Herzog Albrecht V. wird mit Anna, der Tochter des späteren Kaisers Ferdinand I. verheiratet. Im Ehevertrag werden den

Wittelsbachern Erbaussichten auf Österreich im Falle des Aussterbens der männlichen Linie der Habsburger eröffnet. Die Bestimmungen werden 1547 einseitig ohne Wissen der Wittelsbacher durch ein Testament Ferdinands geändert

1548 ein zusätzlicher „Neuzoll“ für die Ausfuhr von Getreide wird auf Grund des kaiserlichen Privilegs von 1534 eingeführt; erste landesherrliche Schulordnung Bayerns

1549 Jesuiten an die Universität Ingolstadt berufen

1550-1579 Herzog Albrecht V.

1550 die neugegründete Hofkammer des Herzogtums Bayern erhält die Zuständigkeit für sämtliche Fragen des herzoglichen Kammerguts

1553 Landesordnung

1555 Augsburger Religionsfriede

1556 Gründung des Landsberger Bundes durch den Herzog unter Teilnahme katholischer und protestantischer Landesherren und Städte zur Wahrung des Friedens

1557 Albrecht V. macht den Adeligen aus finanziellen Gründen religiöse und politische Zugeständnisse; Gewährung der sogenannten Edelmansfreiheit, durch die dem alten Adel des Herzogtums das Recht gewährt wird, die niedere Gerichtsbarkeit auch auf seinen Gütern außerhalb der Hofmarken auszuüben

1558 Anfänge der Hofbibliothek (Bücher- und Handschriftensammlung)

1563 Landtag in Ingolstadt, die Rechte der Landstände werden beschränkt. Philipp Apian vollendet die vom Herzog in Auftrag gegebene Landkarte Bayerns, die 1568 in Ingolstadt gedruckt wird

1563-1567 Bau des alten Marstallgebäudes mit Kunstkammer (später Alte Münze), erstes Museum nördlich der Alpen

ab 1565 Herzog Albrecht V. wird in Fragen der Kunst und Wissenschaft von Hans Jakob Fugger (1516-1575) beraten, der seine Antikensammlung und seine Bibliothek dem Herzog verkauft

1567 die Grafschaft Haag und die Herrschaft Hohenschwangau kommen an Bayern

1568 Hochzeit des späteren Herzogs Wilhelm V. mit Renate von Lothringen. Turnier auf dem Marienplatz; Der aus Mantua stammende Kunstagent Jacobo Strada (1510-1588) macht Vorschläge für den Bau des Antiquariums, das die Antikensammlung und die Bibliothek (im 1. Stock) beherbergen soll. Der Thronfolger Wilhelm residiert bis 1579 auf der Burg Trausnitz über Landshut, wo er Renaissancekünstler beschäftigt

1570 Geistlicher Rat als Kollegialbehörde begründet, der die landesherrlichen Rechte gegenüber der Geistlichkeit sichern soll

1570-1571 Bau des Antiquariums durch den Hofbaumeister Wilhelm Egckl (1525-1588) nach Plänen des Augsburger Baumeisters Simon Zwitzel

1571 Albrecht V. legt eine Münzsammlung an

1573 Johann Jacob Fugger wird Präsident der 1550 gegründeten Hofkammer. Fugger war mit seinem eigenen Familienunternehmen in Augsburg in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Durch den Verkauf seiner Bibliothek von 12.000 Büchern an Herzog Albrecht V. legt er den Grundstock für die Bayerische Staatsbibliothek

1578 der Dominikanerbischof Felician Ninguarda wird Nuntius für Süddeutschland

1579-1598 Herzog Wilhelm V. „der Fromme“

1581 Gründung des Geheimen Rats als oberstes Beratungsgremium vorwiegend in politischen Angelegenheiten; Beginn der Bauarbeiten am Grottenhof der Residenz (Baumeister Friedrich Sustriis)

1583 Kölner Krieg. Herzog Ernst, der Bruder des bayerischen Herzogs Wilhelm V. wird Kurfürst von Köln. Dort bis 1761 Kurfürsten aus dem bayerischen Herrscherhaus, Gründung des Hofkriegsrates; Felician Ninguarda, Nuntius für Süddeutschland, vermittelt das Konkordat mit dem Erzbistum Salzburg und dessen Suffraganbistümern Freising, Regensburg, Passau und Chiemsee; Einführung des Gregorianischen Kalenders (auf den 4. folgt der 15. Oktober)

- 1586** Herzog Wilhelm V. beruft den Maler Peter Candid nach München
- 1587** Landesherrliches Salzhandelsmonopol in Bayern
- 1589** Gründung des Münchner Hofbräuhauses
- 1589-1593** Schongauer Hexenprozesse durch den dortigen Pfleger Herwarth, Hinrichtung von 63 Hexen
- 1591** Hinrichtung des italienischen „Goldmachers“ Marcantonio Bragadin auf dem Münchner Marienplatz
- 1592** Hubert Gerhard schafft den hl. Michael an der Fassade der Michaelskirche
- 1594** Kronprinz Maximilian wird Mitregent
- 1597** Vollendung der Michaelskirche in München, eine Renaissance-schöpfung des Niederländers Friedrich Sustris, Schüler des Michelangelojüngers Giorgio Vasari
- 1598** Herzog Wilhelm V. dankt zugunsten seines Sohnes Maximilian ab
- 1598-1651** Herzog (seit 1623 Kurfürst) Maximilian von Bayern
- 1600** in München wird das erste Kapuzinerkloster Bayerns gegründet, es folgen Rosenheim (1606), Landshut (1610) und viele andere. Der Maler Adam Elsheimer kommt nach Rom
- 1602** Markus Welser publiziert den ersten Teil einer im herzoglichen Auftrag verfassten bayerischen Geschichte; Herrschaft Degenberg im bayerischen Wald erworben
- 1605** Landtag
- 1605-1621** Papst Paul V. aus dem Hause Borghese fördert die Häuser Habsburg und Wittelsbach zu Beginn des 30jährigen Krieges
- 1607** Herzog Maximilian von Bayern führt die Reichsexekution gegen Donauwörth durch; die Jesuiten führen in München den „Belisar“ von Jakob Bidermann auf

1608 Gründung der protestantischen Union

1609 die Reichsstadt Donauwörth wird vom Kaiser als Pfand an Herzog Maximilian als Ersatz für die Exekutionskosten übergeben; Gründung der katholischen Liga durch Herzog Maximilian (10. Juli); Majestätsbrief Kaiser Rudolfs II. für die böhmischen Stände (Religionsfreiheit)

1609-1614 Kampf um Jülich-Kleve-Berg

1611 Maximilian marschiert im Erzstift Salzburg ein und setzt den Erzbischof Wolf Dietrich von Raitenau gefangen, der sich in den Besitz von Berchtesgaden gesetzt hatte. Salzburg muss mit Bayern günstige Salzlieferungsverträge über das Halleiner Salz abschließen; Erlass eines Mandats gegen Hexerei und Aberglauben, das nie zur öffentlichen Verlesung kommt, sondern 1612 an die Beamten verschickt wird

ab 1611 Bau der Residenz und Ausbau des Hofgartens; 1616 werden durch Hans Krumper aus Weilheim die Madonna sowie die Löwen an der Residenzfront (Residenzstraße) geschaffen

1612 Landtag; nach dem Tode Rudolfs II. wird sein Bruder Matthias deutscher Kaiser

1613 der Kapuziner Hyazinth von Casale auf dem Reichstag von Regensburg, später als Botschafter im Dienste des bayerischen Herzogs

1614-1614 Erwerb der Herrschaft Mindelheim von den konkurrierenden Erben, den Herren von Maxlrain und den Grafen Fuggern

1615-1627 der Jesuit Matthäus Rader schreibt mit der „Bavaria Sancta“ eine Geschichte der bayerischen Heiligen

1616 Landrechtskodifikation, eines der bedeutendsten Gesetzgebungswerke des Alten Reichs, das das gesamte bürgerliche und öffentliche Recht für Ober- und Niederbayern zusammenfasst

1617-1619 nachdem im Jahre 1613 in Reichenhall neue Salzvorkommen entdeckt wurden, wird eine 21 Kilometer lange Soleleitung von Reichenhall nach Traunstein gebaut, wo ausreichend Holz zum Versieden der Sole zur Verfügung stand. Entworfen wurde das technische Meisterwerk vom Hofbaumeister Reifenstuel

1618-1623 Böhmisches-Pfälzischer Krieg

1618 Aufstand in Böhmen gegen den zum böhmischen König gekrönten Erzherzog Ferdinand von Innerösterreich. Prager Fenstersturz. Die böhmischen Stände unter Graf Thurn bilden eine eigene Regierung

1619 nach dem Tode des Kaisers Matthias wird Ferdinand II. (gest. 1637) deutscher Kaiser

1619 Oktober 8 Münchner Beistandsvertrag zwischen Herzog Maximilian und Kaiser Ferdinand II.. Maximilian verspricht militärisch gegen den böhmischen Aufstand und den zum König von Böhmen gewählten Kurfürst Friedrich V. von der Pfalz vorzugehen und erhält die Oberpfalz und die Kurwürde zugesichert

1620 Maximilian schließt mit dem Vertreter der Union, dem Markgrafen Joachim Ernst von Ansbach ein Friedensabkommen. Die Truppen der Liga unter dem Feldherrn Tilly marschieren wenig später nach Böhmen, wo der 1619 zum König von Böhmen gekrönte Kurfürst Friedrich V. von der Pfalz („Winterkönig“) in der Schlacht am Weißen Berg (8. November) geschlagen wird. Das protestantische Sachsen kämpft auf kaiserlicher Seite und erobert die Lausitz. Spanische Truppen unter Spinola greifen die Pfalz an; kaiserliches „privilegium de non appellando illimitatum“ verbietet alle Berufungen bayerischer Untertanen an das Reichskammergericht

1622 Tilly erobert Heidelberg. Die Bibliotheca Palatina wird nach Rom geschenkt. Tilly siegt bei Wimpfen über Georg Friedrich von Baden

1622/1623 Neuordnung des Münzwesens nach der Inflation der „Kipper- und Wipperzeit“, in der es auch in Bayern zu Ausprägungen geringwertiger Münzen kam. Mit zwei Mandaten vom 23. September 1622 wurden die im Umlauf befindlichen minderwertigen Münzensorten um die Hälfte abgewertet und in neuer Beziehung zu den guten vollwertig ausgeprägten Reichsmünzen gesetzt

1623 Sieg Tillys bei Stadtlohn über Christian von Braunschweig. Besetzung Westfalens und Niedersachsens. Bayern erhält die pfälzische Kurwürde mit dem Erztruchsessnamt (Wichtigste Befugnis: Reichsvikariat nach dem Tode des Kaisers !) und vorläufig die Oberpfalz. Strafgericht in Böhmen. Die Hälfte des adeligen Grundbesitzes wird enteignet. Reka-tholisierung

1625 Revisorium als höchste Justizstelle in Bayern eingerichtet

1625-1630 Niedersächsisch-Dänischer Krieg. König Christian IV. von Dänemark greift in den Krieg ein. Albrecht von Wallenstein (Waldstein) (1583-1634) stellt dem Kaiser ein Heer zur Verfügung

1626 König Christian IV. wird von Tilly bei Lutter am Barenberg geschlagen

1627-1635 Kurfürst Maximilian gelingt es, die Reichsstadt Nürnberg zur Herausgabe der „Vier Apostel“ von Albrecht Dürer an seine Kunstsammlungen zu bewegen

1628 nachdem Wallenstein (zusammen mit Tilly) bis auf Stralsund ganz Norddeutschland unterworfen hat, erhält er Mecklenburg zum Herzogtum; die Oberpfalz kommt endgültig an Bayern

1629 Friede von Lübeck. Dänemark scheidet aus dem Krieg aus. Restitutionsedikt Kaiser Ferdinands II. ordnet Rückgabe der nach 1552 von den Protestanten eingezogenen Kirchengüter an

1630 Kurfürstentag von Regensburg: Absetzung Wallensteins; Gustav Adolf landet an der Küste Pommerns

1630-1635 Schwedischer Krieg

1631 Zerstörung Magdeburgs durch Tilly; Niederlage Tillys gegen König Gustav Adolf von Schweden bei Breitenfeld. Gustav Adolf durchzieht Thüringen und Franken, befreit die Pfalz und überwintert in Mainz

1632 Tilly kann den Donauübergang des Schwedenkönigs nicht verhindern. Stirbt in der Schlacht bei Rain. Gustav Adolf in München; Wallenstein wird vom Kaiser als Oberbefehlshaber zurückberufen. Schlacht an der alten Schanze in Nürnberg; Schlacht bei Lützen, in der Gustav Adolf und General Heinrich von Pappenheim fallen

1633 Heilbronner Bund der protestantischen Reichsstände mit Schweden. Bernhard von Weimar erhält das Herzogtum Franken und erobert die Oberpfalz sowie Bayern bis zur Donau

1634 Ermordung Wallensteins in Eger; Schlacht bei Nördlingen: Sieg der kaiserlichen Truppen über die Schweden

1635 Prager Frieden zwischen Sachsen, Brandenburg und Kaiser Ferdinand II., dem sich fast alle Reichsstände anschließen. Frankreich tritt in den Krieg ein

1635-1648 Schwedisch-Französischer Krieg

1637 nach dem Tode Ferdinands II. wird Ferdinand III. deutscher Kaiser

1638 Bernhard von Weimar erobert Breisach und das Elsass

1638-1645 neuer Befestigungsgürtel um München vollendet

1638 der neulateinische Lyriker und Jesuit Jakob Balde wird Hofprediger

1639 Monita paterna, politisches Testament Maximilians, mitverfasst von seinem Beichtvater Johannes Vervaux

1640 die Hofkammer erhält eine umfangreiche Instruktion, in der die Grundlinien der landesherrlichen Wirtschafts- und Finanzpolitik beschrieben sind

1642 die Herrschaft Wiesensteig in der Schwäbischen Alb kommt von den Grafen von Helfenstein zu 2/3 an Bayern, 1753 der Rest, 1810 an Württemberg

1643 Kriegserklärung Dänemarks; Schlacht bei Tuttlingen, der bayerische General Mercy besiegt die Franzosen

1644 Beginn der Friedensverhandlungen in Münster und Osnabrück; Matthäus Merian gibt die Topographie von Bayern heraus

1646/1650 nach dem Tode des letzten Landgrafen von Leuchtenberg fällt die Landgrafschaft zunächst an den Bruder des Kurfürsten, Albrecht VI. (den Leuchtenberger), dann 1650 im Tausch an den Kurfürsten

1647 der Kurfürst versucht durch einen Waffenstillstand mit Frankreich und Schweden sein Land vor der Verwüstung zu retten und den Kaiser zum Frieden zu zwingen

1648 Schlacht von Zusmarshausen. Letzte große Schlacht des 30jährigen Kriegs. Niederlage der kaiserlichen Truppen

1648 Oktober 24 Unterzeichnung des Westfälischen Friedens im Rathaus von Münster

1649-1650 Friedensexekutionskongress in Nürnberg; Abzug der schwedischen Truppen im Reich gegen Zahlung einer Entschädigungssumme

1651 September 27 Tod des Kurfürsten Maximilian

1651-1679 Kurfürst Ferdinand Maria

1652 Prinzessin Henriette Adelaide (Adelheid) von Savoyen (1636-1676) zieht als Gemahlin des Kurfürsten Ferdinand Maria in München ein und bringt viele Adelige und Künstler aus Savoyen mit

1656-1674 Johann Kaspar Kerll als Leiter der Hofkapelle

1657 Oberpfälzisches Landrecht (Verfasser Kaspar von Schmid); Kurfürst Ferdinand Maria weist Pläne zurück, ihn zum Kaiser zu machen

1662 Annales boicae gentis in drei Teilen, verfasst vom Jesuiten Johannes Vervaux (gest. 1661), herausgegeben von Kanzler Johann Adlzreiter; Der Venezianer Francesco Santurini konstruiert für den Kurfürsten nach venezianischem Vorbild das Prunkschiff Bucintoro, das auf dem Starnberger See kreuzt

1663 Baubeginn der 1675 geweihten Theatinerkirche (Gelöbnis für die Geburt des Prinzen Max Emanuel), Architekt Agostino Barelli aus Bologna. Vorbild ist die römische Theatinerkirche San Andrea della Valle. Barelli baut auch Schloss Nymphenburg (borgo delle Ninfe) für die Kurfürstin Adelaide nach italienischem Vorbild

1663 Januar 20 Eröffnung des „Immerwährenden Reichstags“ in Regensburg. Der erste Vertreter Bayerns bei diesem Reichstag, der bis zur Auflösung des Deutschen Reichs 1806 als Gesandtenkongress tagte, ist der Geheime Ratskanzler Dr. Johann Öxl (1605-1675)

1664 das kurbayerische Postwesen kommt in die Hände von Thurn und Taxis

1667 Vizekanzler Kaspar von Schmid löst den geheimen Rat Johann Georg Öxl als Ratgeber des Kurfürsten ab. Abwendung von den Habsburgern und Wechsel zu einer frankreichfreundlichen Politik

1669 letzter Landtag im Kurfürstentum Bayern; in Zukunft verhandelt der Landesherr wegen Steuerbewilligungen nur noch mit Landtagsausschüssen; die 1556 säkularisierten Oberpfälzer Klöster (etwa Speinshart und Waldsassen) werden mit Hilfe des Regensburger Bischofs Albrecht Sigmund von Bayern wiederhergestellt und später im barocken Stil ausgebaut

1670 erste bayerische Stadt- und Marktordnung; Subsidien- und Beistandsvertrag mit Frankreich, Abmachungen für den Fall des Aussterbens der Wiener oder Madrider Habsburger

1672 nach dem Ausbruch von Grenzstreitigkeiten zwischen Savoyen und Genua bittet Herzog Karl Emanuel II. von Savoyen seinen Schwager, den bayerischen Kurfürsten um Truppenhilfe. Die bayerischen Truppen wurden in Turin vom Herzog von Savoyen mit hellblauen Leibröcken eingekleidet und kehrten Anfang 1673 zurück. Hellblau sollte seit dieser Zeit bis zum Ende der bayerischen Armee 1918 die Uniformfarbe der bayerischen Infanterie bleiben; adelsfreundliche Gesetzgebung; Erleichterung der Bildung von Adelsfideikommissen und Beschränkung des Grunderwerbs durch geistliche Institutionen („tote Hand“), insbesondere durch Klöster; der im Jahre 1671 heiliggesprochene Cajetan de Thiene (1480-1547) wird mit päpstlicher Genehmigung zum Patron des Hauses Wittelsbach und des Kurfürstentums erklärt. Kurfürstin Adelaide setzt sich für die Verehrung ihres Landsmannes Franz von Sales (1567-1622) und für den Orden der Salesianerinnen ein

1674 Brand in der Residenz

1679-1680 kurze Regentschaft des Herzogs Maximilian Philipp bis zur Volljährigkeit Max Emanuels

1679-1726 Kurfürst Max Emanuel

1680 Marianne Christine (1660-1690), die Schwester von Max Emanuel, heiratet Ludwig, Grand Dauphin von Frankreich (1661-1711), den Sohn Ludwig XIV. Sie wird damit zur Großmutter von König Ludwig XV.

1682 Gründung eines Zucht- und Arbeitshauses in München

1683 Defensivallianz mit dem Kaiser: Max Emanuel kämpft unter dem Oberbefehl des Königs Johann III. Sobieski von Polen mit den Reichstruppen vor Wien und befreit die Stadt

1684 nach Plänen Enrico Zuccallis wird Jagdschloss Lustheim bei Schleißheim erbaut. Erstmals wird in Bayern nach italienischem Vorbild der Freskomalerei auf gewölbten Decken die beherrschende Rolle bei der Ausstattung zugeschrieben. (Bis dahin sind Flachdecken mit eingefügten Leinwandbildern üblich)

1685 Max Emanuel vermählt sich mit der Kaisertochter Marie Antonie; dadurch Anspruch für seine Nachkommen auf das spanische Erbe; die Brüder Domenico und Casparo Mauro bauen das Opernhaus am Salvatorplatz um. Mit diesem Theater kommt die in Italien entwickelte Kulissenbühne nach München

1689 Violante Beatrix (gest. 1731), Tochter des Kurfürsten Ferdinand Maria und der Adelaide von Savoyen heiratet Prinz Ferdinand von Toskana (gest. 1713), Sohn des Großherzogs Cosimo III. Die Ehe bleibt kinderlos

1687 der am Hof tätige Komponist Ercole Bernabei stirbt

1688 Eroberung Belgrads durch Max Emanuel

1689 Gründung eines Kommerzkollegiums zur Wirtschaftsförderung

1691 Max Emanuel Statthalter in den spanischen Niederlanden

1692 Geburt des Kurprinzen Joseph Ferdinand; Tod der Kurfürstin Marie Antonie

1695 Max Emanuel vermählt sich mit Therese Kunigunde, Tochter des Königs Johann III. Sobieski von Polen

1696 Vereinbarung mit Kurfürst Friedrich III. von Brandenburg über gegenseitige Unterstützung beim Erwerb der Königswürde

1698 König Karl II. von Spanien macht den Kurprinzen Joseph Ferdinand zum Universalerben der spanischen Monarchie; Johann Baptist Graf von Arco (1650-1715), Begründer der bayerischen Linie der aus Arco (nördlich des Gardasees) stammenden Familie wird Hofkriegsratspräsident; der Kurfürst sammelt als Statthalter des spanischen Königs in Brüssel die Gemälde flämischer, holländische und spanischer Künstler (van Dyck, Rubens, Murillo u.a.)

1700 nach dem Tod der spanischen Habsburger bricht der Spanische Erbfolgekrieg aus. Kurfürst Max Emanuel kämpft seit 1703 auf der französischen Seite; Baubeginn der von Giovanni Antonio Viscardi als Zentralbau entworfenen und 1710 geweihten Wallfahrtskirche Maria Hilf in Freystadt. Stuck von Pietro Francesco Appiani; Michael Wening beginnt mit dem Band „Rentamt München“ die Veröffentlichung seiner „Historico-topographica descriptio Bavarica“. Es folgen Burghausen 1721, Landshut 1723 und Straubing 1726

1701 Baubeginn Schloss Schleißheim durch Enrico Zuccalli

1702 der bayerische Kurfürst Max Emanuel schließt ein Bündnis mit Frankreich und besetzt am 8. September die Reichsstadt Ulm, am 1. Oktober die Reichsstadt Memmingen. Am 28. September wird der Reichskrieg gegen Frankreich und Max Emanuel erklärt

1703 Max Emanuel erobert das kurpfälzische Neuburg an der Donau am 3. Februar, die Reichsstadt Regensburg am 8. April, missglückter Einfall Max Emanuels in Tirol („Bayerischer Rummel“). Max Emanuel muss sich wegen des Widerstands des bäuerlichen Landsturms wieder zurückziehen. Einfälle Tiroler Schützen in Bayern. Österreichischer Einfall ins südliche Bayern. In der 1. Schlacht bei Höchstädt schlagen Max Emanuel und Marschall Villars die Reichstruppen

1704 August 13 Niederlage der Franzosen (Marschälle Marsin und Tallard) und Max Emanuels bei Höchstädt gegen die Reichstruppen und die englischen Truppen unter Herzog John Churchill von Marlborough

1704-1714 Kaiserliche Truppen besetzen Bayern

1705 Erhebung der bayerischen Bauern gegen die österreichischen Besatzer. Die oberbayerischen Aufständischen werden am Weihnachtsabend vor München bei Sendling, die niederbayerischen 1706 bei Aidenbach in der Nähe von Passau niedergemetzelt

1711-1714 Dreifaltigkeitskirche von Giovanni Antonio Viscardi in München nach dem Vorbild von S. Agnese an der Piazza Navona in Rom

1713 der nach dem Tode seines Vaters Hans Georg Adam (gest.1711) zum Studium nach Rom gezogene Cosmas Damian Asam gewinnt den ersten Preis in der Malklasse der Accademia di San Luca. 1714 Ausma-

lung der Kuppel der Münchner Dreifaltigkeitskirche (Himmelsvision) nach dem Vorbild des Kuppelfreskos von S. Agnese in Rom, das der Cortona-Schüler Ciro Ferri geschaffen hat

1714 Freundschafts- und Subsidienvvertrag mit König Ludwig XIV. von Frankreich; der Kurfürst kehrt nach 10jährigem Exil nach Bayern zurück

1716 Joseph Effner baut an Nymphenburg weiter. Bau der Pagodenburg im Nymphenburger Park

1717 Herdstättenanlage; landesherrliche Abgabe (Hofanlage) in Höhe von 25 Kreuzer pro Haushalt als Ersatz für die Freigabe des Tabakhandels (Aufhebung des Tabakmonopols), alle selbständigen Haushalte werden besteuert

1722 Max Emanuel lässt die Straße über Kochel-Walchensee-Mittenwald als Poststraße und für den Fernverkehr sperren; Vermählung des Kurprinzen Karl Albrecht mit Amalie Maria (1701- 1756), zweiter Tochter Kaiser Josephs I.

1724 Hausvertrag; die pfälzer und bayerischen Wittelsbacher vereinbaren gegenseitige Beerbung. Francois Cuvilliers, den Max Emanuel hatte ausbilden lassen, kommt nach München. Enrico Zuccalli (geb.1642), der am Ausbau der Residenz, der Theatinerkirche sowie der Schlösser Nymphenburg und Schleißheim mitgewirkt hatte, stirbt

1726-1745 Kurfürst Karl Albrecht (1742-1745 deutscher Kaiser)

1727 Bayerisch-französischer Vertrag

1729 nach Kinderpockenerkrankung des Kurfürsten Gründung des St. Georg-Ritterordens (Ordo St. Georgii et defensorum immaculatae Conceptionis Beatae Virginis Mariae) mit dem Wahlspruch: „In fide, iustitia et fortitudine“. Großmeister ist der Kurfürst. Residenzbrand

1730 März 11 Kurfürstenwitwe Theresia Kunigunde stirbt in Venedig

1731 der Kaiser erlässt an den Reichstag ein Kommissionsdekret wegen Anerkennung der Pragmatischen Sanktion. Bayern erhebt Einspruch

1732 Januar 11 der Reichstag erlässt mehrheitlich (mit den Stimmen Böhmens im Kurfürstenrat und den Stimmen Österreichs und Burgunds im Fürstenrat) ein positives Reichsgutachten über die Anerkennung der Pragmatischen Sanktion. Bayern, Pfalz und Sachsen protestieren

1732 Juli 4 Freundschaftsvertrag zwischen Bayern und Sachsen

1733 Karl Albrecht wird (verspätet) vom Kaiser mit dem Kurfürstentum Bayern belehnt

1733 Februar 11 König August III. von Polen, Kurfürst von Sachsen (August der Starke) stirbt. Beginn des Polnischen Erbfolgekriegs

1734 nach dem Einfall Frankreichs (Kehl und Philippsburg) erklärt das Reich Frankreich den Krieg. Bayern verhält sich neutral (14. April); nach dem Aussterben der Grafen von Maxlrain fällt die Grafschaft Hohenwaldeck (Hauptstadt Miesbach) an Bayern

1734-1739 Francois de Cuvillies d.Ä. baut die Amalienburg im Nymphenburger Park (Ausstattung: J.B. Zimmermann und J. Dietrich)

1735 Wiener Präliminarfrieden zwischen Österreich und Frankreich beendet den polnischen Erbfolgekrieg. Stanislaus Leszczynski erhält Lothringen; im Kurfürstentum Bayern wird zur Erhöhung der Staatseinnahmen das Lotto eingeführt

1737 Karl Albrecht macht eine Wallfahrt nach Loreto in Italien

1738 Bereitstellung bayerischer Hilfsvölker für den Türkenkrieg

1739 der Maler und Architekt Cosmas Damian Asam (geb.1686) stirbt in Weltenburg, wo er mit dem Georgsaltar eines seiner Meisterwerke geschaffen hat

1740/68 nach dem Aussterben der Grafen von Wolfstein fällt die Herrschaft Sulzburg-Pyrbaum an Bayern und bleibt als erstes bayerisches Territorium evangelisch

1740 Oktober 20 Tod Kaiser Karls VI. Die Habsburger sterben in männlicher Linie aus

1741 Wieskirche bei Steingaden durch Dominikus Zimmermann vollendet. Österreichischer Erbfolgekrieg: Bayerische Truppen besetzen Passau (31. Juli) und marschieren am 11. September bei Schärding in Oberösterreich zusammen mit den französischen Truppen unter Marschall Bellisle (Gesamtstärke 50.000 Mann) ein. Am 2. Oktober Huldigung der oberösterreichischen Landstände in Linz, im November Vormarsch bis St. Pölten, dann Weigerung der Franzosen auf Wien zu marschieren, Böhmen wird angegriffen, am 25. November Eroberung von Prag, am 19. Dezember wird Karl Albrecht zum König von Böhmen gekrönt

1742 Preußen und Frankreich unterstützen die Wahl Karl Albrechts zum Kaiser, der von den Kurfürsten einstimmig gewählt (Kaiser Karl VII.) wird (24. Januar), Krönung in Frankfurt (12. Februar), die Österreicher erobern bis Ende Februar Ober- und Niederbayern. Friedrich II. von Preußen schließt im Juni den Frieden von Breslau und lässt Bayern und Franzosen allein weiterkämpfen. Im Oktober Rückeroberung Bayerns, aber Verlust Böhmens im Dezember

1743 Karl Albrecht kehrt nach München zurück (19. April), am 9. Juni wird München wieder von den Österreichern eingenommen. Der Kaiser flieht nach Augsburg. In der Konvention von Niederschönenfeld erklärt Marschall Seckendorf die Neutralität der bayerischen Truppen (26. Juni 26). In der Schlacht von Dettingen werden die Franzosen von der „pragmatischen Armee“ unter König Georg II. von England geschlagen

1744 Frankfurter Union zwischen Bayern, Preußen, Kurpfalz und Hessen-Kassel gegen Österreich. Unterstützung durch Frankreich, im August neuer Angriff Friedrichs II. von Preußen auf Böhmen, am 23. Oktober zieht Karl Albrecht wieder in München ein

1745-1777 Kurfürst Max III. Joseph

1745 nach dem Tod des Kurfürsten und Kaisers am 20. Januar beendet der neue Kurfürst am 22. April mit dem Frieden von Füssen den Österreichischen Erbfolgekrieg

1746 Subsidienvvertrag mit England und Frankreich

1747 Gründung einer Porzellanmanufaktur in Neudeck, 1761 nach Nymphenburg verlegt

- 1749** Reichspflege Donauwörth wird für das Kurfürstentum erworben
- 1750** Egid Quirin Asam (geb. 1692), Bildhauer und Stukkateur, stirbt in Mannheim; das Residenztheater wird durch Francois de Cuvillies d. Ä. gebaut
- 1751** Münz- und Bergwerkskollegium; Frh. Wiguläus Alois von Kreittmayr verfasst im Auftrag Max III. ein Straf- und Strafprozessrecht, das bis 1813 gültig ist
- 1753** Zivilprozessordnung Kreittmayrs, gültig bis 1869
- 1756** Kreittmayrs Landrecht (Zivilrecht), gültig im rechtsrheinischen Bayern bis 1900. Kreittmayr verfasst zu allen seinen Gesetzen von 1751, 1753 und 1756 gleichzeitig auch Kommentare; Bayern beteiligt sich am Siebenjährigen Krieg an der Seite Österreichs, Herrschaft Illertissen kommt an Bayern
- 1757** erste päpstlich genehmigte Dezimation (Abgabe) des Klerus in Bayern
- 1759** Gründung der Akademie der Wissenschaften in München
- 1765** Bayerische Zollgesetzgebung
- Seit 1765** Regelmäßige Aufführungen deutscher Schauspiele in München
- 1766** der Baumeister Johann Michael Fischer stirbt
- 1768/69** staatskirchenrechtliche Reformen durch den Direktor des Geistlichen Rats Peter von Osterwald
- 1769** Sponsalienmandat, das Verlöbnisse (Sponsalien) zum zivilrechtlichen Vertrag erklärte, für die Gültigkeit Protokollierung verlangte und die kirchliche Gerichtsbarkeit ausschloss
- 1770** Hungerjahr in Bayern und Deutschland; Schulordnung von Heinrich Braun; Bischofskongress in Salzburg
- 1772** Papst Clemens XIV. genehmigt die Abschaffung von Feiertagen in Bayern
- 1773** Aufhebung des Jesuitenordens durch Papst Clemens XIV.

1775 der Bildhauer Ignaz Günther stirbt

1776 Adam Weishaupt gründet an der Universität Ingolstadt den Illuminatenorden

1777 Tod des Kurfürsten Max III. Joseph am 30. Dezember. Bayern fällt an den Kurfürsten Karl Theodor von der Pfalz

1777-1799 Kurfürst Karl Theodor aus der Linie Pfalz-Sulzbach, seit 1742 Pfälzer Kurfürst

1778 mit dem Regierungsantritt des Kurfürsten Karl Theodor fallen die bayerischen und pfälzischen Kurwürden zusammen. Karl Theodor übt als Kurfürst nur die Stimme des Erztruchsessenamtes (mit dem Reichsvikariat) aus. Die 1648 für die Pfalz geschaffene Kurwürde fällt weg. Das mit der Kurpfalz und dem Herzogtum Neuburg vereinigte Bayern erhält die Bezeichnung „Pfalzbaiern“; Erbansprüche Österreichs: am 10. Januar beginnen österreichische Truppen in Niederbayern einzumarschieren

1777/1778 Preußen tritt militärisch für Bayerns Staatsexistenz gegen die Tauschpläne an (Einmarsch in Böhmen am 5. Juli 1778), die Kaiser Joseph II. dem Kurfürsten Karl Theodor machte. Mozart in Mannheim

1779 Frieden von Teschen vom 13. Mai, mit dem der Bayerische Erbfolgekrieg beendet wird (Abtretung des bayerischen Innviertels: 115.000 Einwohner an Österreich). Russland tritt gegenüber Österreich, Preußen und Bayern mit Katharina II. erstmals als Garantmacht auf. Bayerns Staatsexistenz wird international (durch Frankreich und Russland) garantiert; Preußen erhält die Zusicherung der Erbfolge in den Fürstentümern Ansbach und Bayreuth, Sachsen erhält 6 Millionen Gulden Entschädigung. Versuch einer Bauernbefreiung und einer Behördenreform durch Karl Theodor; in Mannheim wird am 7. Oktober das deutsche Hof- und Nationaltheater eröffnet

1782 Papst Pius VI. in München, Uraufführung der „Räuber“ im Mannheimer Nationaltheater. Gründung einer bayerischen Zunge des Malteserordens aus dem Vermögen des 1773 aufgelösten Jesuitenordens

1783 Säkularisation der Klöster Indersdorf und Osterhofen

1784 Errichtung einer Nuntiatur in München. Titularerzbischof Zoglio wird 1785 erster Nuntius. Der 1753 in Nordamerika geborene Benja-

min Thompson (Graf Rumford) wird auf Empfehlung des kurbayerischen Gesandten in London nach München berufen, wo er die Verbesserung des Heeres in Angriff nimmt

1785 Errichtung einer ständigen Nuntiatur in München. Alexander von Savioli-Corbelli, Direktor der Belletristischen Klasse der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Hof- und Kommerzienrat, wird wegen seiner Mitgliedschaft im verbotenen Illuminatenorden (Ordensnamen „Brutus“) vom bayerischen Kurfürsten Karl Theodor des Landes verwiesen. Die Belletristische Klasse der Bayerischen Akademie der Wissenschaften wird als ein Zentrum der Illuminatenbewegung aufgelöst, die Auflösung der gesamten Akademie durch den Kurfürsten kann knapp verhindert werden. Mit Mozarts „Entführung aus dem Serail“ wird in München eine erste deutsche Oper aufgeführt. Deutscher Fürstenbund zum Schutz der Reichsverfassung, von König Friedrich II. v. Preußen (gest.1786) angeregt, sichert Bayern gegen die neuen Tauschpläne Karl Theodors

1786 die drei geistlichen Kurfürsten und mehrere Fürstbischöfe nehmen auf einem Kongress in Ems Stellung gegen die Münchner Nuntiatur

1788 Karl Theodor verlegt wegen Differenzen mit der Stadt München seine Residenz nach Mannheim zurück, kehrt auf Bitten der Bürgerschaft aber 1789 wieder nach München zurück

1789 Gründung des exemten Münchner Hofbistums. Anlage des Englischen Gartens, dem ersten Volksgarten des Kontinents. Die Idee dazu stammt von Karl Theodors amerikanischer Mitarbeiter Benjamin Thomson (ab 1792 Graf von Rumford), der in München ein bisher in dieser Form einmaliges Programm der Beschäftigungspolitik (Anlage von Militärgärten) und Sozialfürsorge (Einrichtung von Beschäftigungsanstalten für Bettler, Rumfordsuppe) verwirklicht. Nach den Plänen des Gärtners Friedrich Ludwig von Sckell, der mit der Anlage Englischer Gärten schon Erfahrung hat (Aschaffenburg) wird jetzt im kurfürstlichen Jagdgebiet Hirschanger ein Landschaftsgarten angelegt.

1790 Heeresreform durch Rumford; Aufhebung der Münchener Stadtverfassung; später dafür „Urkonstitution“; Herzogin Maria Anna, die gegen die Tauschpläne des Kurfürsten gekämpft hatte, stirbt; Geistliche Schulaufsicht statt der weltlich-geistlich gemischten Schulaufsicht

1791 Teile des Nürnberger Pflegamts Velden werden von Bayern gewaltsam in Besitz genommen

1791-1793 Trockenlegung des Donaumooses durch Adrian von Riedl

1792 Herrschaften Breitenegg und Parsberg an Bayern

1793 die linksrheinische Pfalz wird von den Franzosen besetzt. Das Schloß Karlsberg des Herzogs Karl II. von Zweibrücken wird von den Franzosen zerstört. Der Englische Garten („Theodorpark“) in München wird nach seiner Fertigstellung zusammen mit dem (seit 1780 schon öffentlich zugänglichen) Hofgarten dem Publikum zugänglich gemacht

1795 nach dem Tod seiner Frau Elisabeth Auguste am 17. August 1794 heiratet der 70jährige Karl Theodor die jugendliche Maria Leopoldine, Tochter des Erzherzogs Ferdinand von Österreich-Este in Modena. Mannheim wird von den Franzosen besetzt. Preußen scheidet mit dem Frieden von Basel aus dem Reichskrieg gegen Frankreich aus. Alois Senefelder erfindet – zunächst zur Vervielfältigung von Musiknoten – die Lithographie.

1796 General Moreau besetzt Bayern. Waffenstillstand von Pfaffenhofen am 7. September, Plünderungen und Kontributionen richten große Schäden an

1797 auf 1796 zurückdatierter Hausvertrag zwischen den Zweibrückern Max Joseph und Wilhelm (Stammvater der Herzöge in Bayern); Reformprogramm für Pfalz-Bayern (Ansbacher Memoire des Ministers Maximilian v. Montgelas). Friede von Campo Formio (17. Okt.) zwischen Frankreich und Österreich. Abtretung des linken Rheinufer an Frankreich

1798 Papst Pius VI. genehmigt eine Abgabe von 15 Millionen Gulden durch den pfalz-bayerischen Klerus und damit eine teilweise Säkularisation

1799 Der neue Kurfürst Max IV. Joseph bringt aus der Pfalz den aus Leimen bei Heidelberg stammenden „Oberhofagent“ Aaron Elias Seligmann mit. Dieser finanziert die Heereslieferungen der bayerischen Armee im 2. Koalitionskrieg, organisiert eine Bank in München und gibt dem Herrscher in der Folgezeit zusammen mit anderen jüdischen Bankiers (z. B. Spiro, Hirsch) große Darlehen. In den Jahren 1801 bis 1808 vermittelt Seligmann Darlehen in Höhe von 7 ½ Millionen Gulden

1799-1825 Kurfürst Max Joseph IV., seit 1806 König Max I. Graf Montgelas Leitender Minister

1799-1802 2. Koalitionskrieg gegen Frankreich

1800 Mai 17 Professoren und Studenten der Universität Ingolstadt erhalten den Befehl, wegen der Kriegsgefahr (2. Koalitionskrieg) nach Landshut umzuziehen. Aus der zunächst zeitlich begrenzt gedachten Evakuierung wird eine Verlegung der Universität. Ihre Räume bezieht sie in Landshut im ehemaligen Dominikanerkloster. 1826 wird die Universität von Landshut nach München verlegt.

1800 Dezember 3 Schlacht bei Hohenlinden, Bayerisch-österreichische Truppen unter dem Oberbefehl des Erzherzogs Johann erleiden gegen die französischen Truppen der Rheinarmee unter General Moreau. Nach dieser Niederlage ist der Vormarsch der französischen Truppen nicht mehr aufzuhalten, Kaiser Franz II. muss einen Waffenstillstand vereinbaren

1801 Friedensvertrag von Lunéville vom 9. Februar; die linksrheinische Pfalz kommt an Frankreich. Bayerisch-französisches Abkommen. Errichtung eines Topographischen Büros. Weinwirt Johann Balthasar Michel aus Mannheim erhält als erster Protestant das Münchner Bürgerrecht (30. Juni)

1801 August 26 Toleranzedikt: Die Ansässigmachung in Bayern ist nicht mehr vom katholischen Bekenntnis abhängig. Strittig ist, ob das Edikt auch für jüdische Glaubensgenossen Geltung hat. Der Kurfürst genehmigt aber gegen den Willen seiner Beamten die Ansässigmachung von jüdischen Bürgern, etwa des Juden Bomeisl, der die Pachmayer'sche Fabrik in München gekauft hatte (9. Oktober 1801)

1801 Der Jude Raffael Kaula wird zum Hoffaktor ernannt. Seine Tochter wird später für die Schönheitengalerie Ludwig I. gemalt

1802 Neuorganisation der Finanzverwaltung: Schaffung von einheitlichen Rentämtern an Stelle der Kastenämter. Französische Besatzung

1803 Reichsdeputationshauptschluss (25. Februar). Bayern erwirbt als Entschädigung für seine linksrheinischen Verluste die Fürstbistümer Würzburg, Bamberg, Augsburg, Freising und Teile von Passau und Eichstätt, sowie 13 Reichsstifte und 15 Reichsstädte. Säkularisation der landständischen Klöster, der Gewinn darf zur Deckung der Schulden verwendet werden

1804 August 10 Kaiser Franz II. proklamiert sich zum Kaiser von Österreich (Franz I.). Krönung Napoleons zum Kaiser (2. Dezember)

1805 im Januar Verhandlungen zwischen Bayern und Frankreich; Kurfürst Max IV. Joseph sichert Napoleon zu, im Konfliktfall auf der Seite Frankreichs zu stehen. Bündnis zwischen England und Russland gegen Napoleon (11. April). Am 26. Mai wird Napoleon im Dom zu Mailand mit der lombardischen Krone zum König von Italien gekrönt; trotz Erklärungen, dass der französische Machtbereich nicht mehr erweitert werden wird, kommt die Ligurische Republik (Genua) zu Frankreich; mit dem Kantonsreglement vom 7. Juni wird in Bayern die Wehrpflicht eingeführt. Am 9. August tritt Österreich dem englisch-russischen Bündnis bei. Preußen bleibt trotz starker russischer Pressionen (Zar Alexander I.) abseits, da es hofft, das von den Franzosen besetzte englische Hannover zu gewinnen. Vertrag von Bogenhausen zwischen Minister Montgelas und dem französischen Gesandten Otto (in der Privatwohnung Montgelas). Bayern verpflichtet sich zur Stellung von 20.000 Mann, Frankreich verzichtet auf weitere Erwerbungen links des Rheins (25. August). Fürst Schwarzenberg als österreichischer Sondergesandter mit 200 Husaren in Nymphenburg (6. September). Am 8. September rückt General Mack mit den österreichischen Truppen in Bayern ein; die bayerischen Truppen begeben sich unter dem Vorwand der Neutralität und unbehelligt von den österreichischen Truppen nach Amberg; Der Kurfürst verlässt am Abend heimlich München in Richtung Würzburg. Am 14. Oktober schlagen die Franzosen (General Ney) die Österreicher in Elchingen und werfen sie nach Ulm zurück, wo sie am 20. Oktober kapitulieren. Am 2. Dezember Schlacht bei Austerlitz (bei Brünn). Die österreichischen und russischen Truppen werden geschlagen. Preußen verzichtet im Schönbrunner Vertrag vom 15. Dezember gegenüber Frankreich u.a. auf Ansbach und erhält dafür das Kurfürstentum Hannover. Ansbach wird im März 1806 an Bayern übergeben. Am 17. Dezember ratifiziert Bayern den Vertrag von Brünn vom 10. Dezember. Napoleon verpflichtet sich, im zukünftigen Friedensvertrag eine Klausel aufzunehmen, die Bayern von der Lehenshoheit des Reiches befreit. Das Herzogtum Berg mit Düsseldorf wird Napoleon überlassen, dafür soll Ansbach an Bayern kommen

1805 Januar 1 Erlass einer von Minister Montgelas entworfenen Dienstpragmatik, ein für die Entwicklung des Beamtentums in Bayern und Deutschland grundlegendes Gesetz. Erstmals haben nun die (höheren) Beamten eine gewisse finanzielle Sicherheit: Sie erhalten eine defini-

tive Anstellung (Richter sofort, andere Beamte nach drei Jahren), einen Anspruch auf Ruhegehalt und auf Versorgung der Hinterbliebenen. Eine Entlassung oder „Quieszierung“ zieht nicht automatisch den Verlust der Bezüge nach sich, vielmehr haben nun die Beamten einen Rechtsanspruch auf Alimentierung gegenüber ihren Dienstherrn. Das Gehalt wird unterschieden in Dienstgehalt, das bei Beendigung des Dienstes wegfiel und dem Standesgehalt, das einen immer blieb. Erreichte man das 70. Lebensjahr oder erreichte 40 Dienstjahre, durfte man auch das Dienstgehalt weiter beziehen.

1805 Dezember 25 Friede von Preßburg, Bayern gewinnt 1, 2 Millionen Einwohner und vergrößert sich um 2/3 des bisherigen Umfangs (Erwerbung von Tirol und Vorarlberg, der Reste der Hochstifte Eichstätt und Passau, der Markgrafschaft Burgau, der Reichsstädte Lindau und Augsburg)

1805 Dezember 30 Napoleon in München, bleibt bis 17. Januar 1806

1806 Januar 1 Erhebung Bayerns zum Königreich

1806 Januar 13/14 Eheschließung zwischen dem Vizekönig von Italien und Stiefsohn Napoleons Eugene Beauharnais und der Tochter Auguste Amalie des bayerischen Königs in der Münchner Residenz

1806 Juli 12 Rheinbund in Paris. Die unter dem Protektorat Napoleons zusammengeschlossenen Rheinbundmitglieder sagen sich vom Reich los. Dalberg als Fürstprimas erhält das Großherzogtum Frankfurt, Bayern erhält Nürnberg und weltliche Fürstentümer

1806 August 1 die Rheinbundstaaten erklären gem. Art. III des Rheinbunds die Trennung vom Deutschen Reich

1806 August 6 Franz II. legt die Kaiserkrone des Deutschen Reiches nieder

1806 Dezember 20 Das zweite bayerische Königswappen zeigt im Herzschild Schwert und Zepter gekreuzt, darüber eine Krone

1807-1810 neue Soleleitung von Siegsdorf nach Rosenheim mit den hydraulischen Wassersäulenmaschinen des Münchner Salinenrats und Technikers Georg von Reichenbach 1808

1807 Aufhebung der landschaftlichen Steuerkassen (8. Juni). Im Frieden von Tilsit (9. Juli) muß Preußen das Fürstentum Bayreuth an Frankreich abtreten. Einführung der gesetzlichen Pockenschutzimpfung am 26.8.1807. Joseph von Utzschneider (1763-1840) verlegt sein mathematisch-mechanisches Institut (Utzschneider, Reichenbach und Liebherr), in dem auch Joseph Fraunhofer (1787-1826) mitarbeitet, nach Benediktbeuern

1808 die Maut- und Zollordnung tritt am 1. Januar in Kraft. Die innerbayerischen Zollschranken werden beseitigt. Beginn der Steuerrektifikation (27. Januar), gerechte Besteuerung durch Vermessung und „Bonitierung“. Konstitution vom 1. Mai: Gleichheit aller vor dem Gesetz, Aufhebung der Landschaft (Landstände), der Staat übernimmt exklusiv das Besteuerungsrecht. Allgemeines Steuerprovisorium vom 13. Mai: An Stelle der unterschiedlichen bisherigen Abgaben und Steuern werden vier direkte Steuern gesetzt, die Grund- oder Rustikalsteuer, die Haussteuer, die Dominikalsteuer und die Gewerbesteuer. Die Post, bisher in den Händen des mit Österreich sympathisierenden Hauses Thurn und Taxis, wird vom Staat übernommen; Gründung der Akademie der bildenden Künste; Aufhebung der Leibeigenschaft; Gemeindeedikt; Adelsmatrikel, Heroldenamts als Sektion des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten eingerichtet, zuständig für die Wappen- und Adelstitelüberprüfungen und die Führung der Adelsmatrikel. Kompetenzen gehen 1919 an das Hauptstaatsarchiv über

1809 Österreich erklärt Frankreich am 9. April den Krieg. Erzherzog Karl überschreitet bei Schärding und Braunau den Inn und beginnt mit der Besetzung Bayerns, Beginn des Tiroler Aufstands, die Aufständischen nehmen am 11/12. April Innsbruck. Am 20. April schlägt Napoleon Erzherzog Karl bei Abensberg und am 22. April bei Eckmühl. Erzherzog Karl geht mit seinen Truppen über Regensburg nach Böhmen. Missglückter Donauübergang Napoleons bei Wien. In der Schlacht von Aspern wird Napoleon auf die Insel Lobau zurückgeworfen. Die bayerischen Truppen in Tirol geschlagen. 5./6. Juli Schlacht bei Wagram; Erzherzog Karl bricht die Schlacht ab. 18. Juli Gefecht bei Znaim. Waffenstillstand. Am 13. August werden die bayerischen Truppen in Tirol unter Marschall Lefebvre in der 4. Bergiselschlacht geschlagen

1809 Oktober 14 Friede von Schönbrunn; 1. November: Militärische Niederschlagung des Tiroler Aufstands

1810 Februar 28 Bayern übernimmt im Pariser Vertrag für 15 Millionen Francs das Fürstentum Bayreuth

1810 Erwerb von Salzburg, Inn- und Hausruckviertel, Berchtesgaden, Regensburg und Bayreuth; Landesaustausch mit Württemberg (die Reichsstadt Ulm kommt an Württemberg); Abtretung des südlichen Tirols an Italien und Illyrien. Anlässlich der Hochzeit des Kronprinzen Ludwig mit Prinzessin Therese von Sachsen-Hildburghausen wird erstmals das Oktoberfest in München gefeiert. Fortsetzung seit 1811 als Oktoberfest und Zentrallandwirtschaftsfest. Der Kronprinz wird Statthalter des Inn- und Salzachkreises in Innsbruck

1811 Errichtung des Kgl. Bayerischen Hof- und Nationaltheaters (Baumeister Karl von Fischer). Allgemeine Brandversicherungsanstalt; Gründung der Staatsschulden Tilgungskommission. Das eng mit dem Reich verbundene Postunternehmen der Thurn und Taxis wird gegen Entschädigung enteignet

1812 Russlandfeldzug mit Beteiligung von 30.000 bayerischen Soldaten. Niederlage Napoleons. Fast alle bayerischen Soldaten kommen ums Leben. Gründung des Obersten Rechnungshofes; Kronprinz Ludwig erwirbt über seinen Kunstagenten Johann Martin von Wagner die 1811 entdeckten Giebelfiguren des Aphaia-Tempels von Aegina. Sie werden 1815 nach Rom gebracht, wo sie der dänische Bildhauer Bertel Thorvaldsen ergänzt. 1826 erfolgt ihre Aufstellung in der Glyptothek in München

1813 durch den Vertrag von Ried (8. Oktober) tritt Bayern noch vor der Leipziger Völkerschlacht (16.-19. Oktober) auf die Seite der Verbündeten gegen Napoleon; der bayerische General von Wrede kämpft bei Hanau gegen Napoleon. Strafrecht des Paul Johann Anselm von Feuerbach; das Judenedikt bringt teilweise Gleichberechtigung. Einsturz der Isarbrücke in München

1814 die Bayern unter Wrede siegen bei Brienne, Bar-sur-Aube und Arcis-sur-Aube

1814/1815 Wiener Kongress; Tirol und Vorarlberg kommen an Österreich, Würzburg und Aschaffenburg an Bayern

1815 Wiener Bundesakte, Beginn des Systems Metternich. Bayern bis 1866 Mitglied des Deutschen Bundes. Die Schrift des Münchner Bergrats und Philosophen Franz von Baader (1765-1841) „Über das durch die Französische Revolution herbeigeführte Bedürfnis einer neuen und innigeren Verbindung der Religion mit der Politik“ regt Zar Alexander I. zur Gründung der „Heiligen Allianz“ an, einem Bündnis der konservativen

Großmächte. Auf Wunsch des für geistliche Angelegenheiten zuständigen Fürsten Alexander Golizyn wird Baader Korrespondent des russischen Kultusministeriums

1816 Erwerb der linksrheinischen Pfalz (u.a. auch mit Gebieten der Reichsstadt Speyer und des Hochstifts Speyer und Teilen der hessischen Grafschaft Hanau-Lichtenberg (Pirmasens)); die Pfalz behält das dort eingeführte französische Recht und die sonstigen "pfälzischen Institutionen" (Trennung von Gericht und Verwaltung, Zivilehe, Geschworenengerichte); Salzburg und das Inn- und Hausruckviertel kommen an Österreich; Gründung des polytechnischen Vereins

1816 November 5 Eröffnung der Bundesversammlung des Deutschen Bundes im Frankfurter Palais der Thurn- und Taxis, wo man bis zum Ende des Deutschen Bundes 1866 zur Miete wohnte. Der Deutsche Bund ist ein Produkt des Wiener Kongresses. Seine Organisation wird in der Deutschen Bundesakte vom 8. Juni 1815 und in der Wiener Schlussakte vom 15. Mai 1820 niedergelegt. Zentrales Organ ist der Bundestag in Frankfurt, ein Gesandtenkongress der souveränen Fürsten und der freien Städte Deutschlands. Das Königreich Bayern hat Sitz und Stimme nicht nur im Plenum, sondern auch im „Engeren Rat“, der über laufende Geschäfte zu entscheiden hatte. Der erste Gesandte Bayerns beim Bundestag ist Alois Graf Rechberg (1766-1849), der letzte Gesandte Bayerns bei dem 1806 aufgelösten Immerwährenden Reichstag

1817 Sturz des Ministers Montgelas. Abschluss des Konkordats mit dem Hl. Stuhl, als Verfassungsbeilage 1818 (Religionsedikt) publiziert; Bistumsorganisation: München und Bamberg werden Erzbistümer, die Frauenkirche in München wird Metropolitankirche. Schaffung des Staatsrats; Leo v. Klenze baut das Leuchtenbergpalais; Hungerjahr; Rechberg wird Außenminister

1818 Erlass der im Wesentlichen vom Staatsrechtler Georg Friedrich Frh. v. Zentner (1752-1835) erarbeiteten Verfassung, deren Religionsedikt sich aber nicht mit dem Konkordat deckt. Eröffnung des Nationaltheaters

1819 der erste Landtag (Ständeversammlung) tritt zusammen. Er besteht aus zwei Kammern, der Kammer der Abgeordneten und der Kammer der Reichsräte; Wittelsbacher Hausgesetz. Karlsbader Beschlüsse gegen Presse und Universitäten

1821 Tegernseer Erklärung des Königs über den Verfassungseid; Landau i. d. Pfalz wird Festung des Deutschen Bundes. Gaibacher Verfassungsfeier; Beginn des griechischen Aufstands. In München wirbt vor allem der Altphilologe Prof. Friedrich Wilhelm von Thiersch (1784-1860), dem Bayern das humanistische Gymnasium zu verdanken hat, für die Aufständischen. Unterstützt wird er und die sonstigen „Philhellenen“ dabei vom Kronprinzen Ludwig, dessen Vater für die Griechenlandleidenschaft des Sohnes kein Verständnis hat.

1822 Verordnung über die Schaffung von Landräten in Bayern nach Pfälzer Muster; Hypothekengesetz

1823 Gründung der Münchner Stadtparkasse als eine der ersten Sparkassen Bayerns; Brand des Nationaltheaters

1824 Kunstverein in München (1829 in Würzburg) zur Förderung zeitgenössischer Kunst und Künstler

1825 Gesetzgebung zur Ansässigmachung und Verehelichung (Heimatrecht), sowie zum Gewerberecht. Am 12. Oktober Tod von Max I. Joseph

1825-1848 König Ludwig I. (gest. 1868)

1825 Peter Cornelius übernimmt die Leitung der Akademie der bildenden Künste; Ludwig I. ordnet die Schreibweise Bayern statt Baiern an

1826 der Maler Wilhelm v. Kaulbach kommt nach München; der König saniert den Staatshaushalt; Finanzminister von Armannsparg. Beginn des Baues der Pinakothek für die Wittelsbacher Bildersammlungen, die von Ludwig I. vor allem durch die Sammlung Boisseree (altdeutsche Meister) wesentlich bereichert wird ; Gründung der Kgl. Erzgießerei

1826 November 15 die aus Landshut nach München verlegte Universität wird eröffnet

1827 Kgl. EntschlieÙung über polytechnische Zentralschule; der Wiener Maler und Zeichner Moritz von Schwind in München, der sich mit Carl Spitzweg und Eduard Schleich d.Ä. befreundet

1828 Bayern und Württemberg schließen einen süddeutschen Zollverein, der sich im März 1833 mit dem preußisch-hessischen Zollverein zusammen-

schließt. Landratsgesetz nach pfälzischem Vorbild (Vorgänger des heutigen Bezirkstags); Odeon vollendet; Zehnjahresfeier der bayerischen Verfassung in Gaibach (Unterfranken) mit 30 000 Teilnehmern; die Kirche St. Salvator wird von König Ludwig I. der griechischen Gemeinde zur Verfügung gestellt. Sie dient auch der russischen Gemeinde als orthodoxe Kirche.

1828/1829 der bayerisch-württembergische Zollverein schließt sich gleichberechtigt mit dem preußisch-hessischen zusammen; Beginn des wirtschaftlichen Kleindeutschlands

1829/1830 Ordnung für Lateinschulen und Gymnasien, Gründung zahlreicher höherer Schulen

1829 Staatsvertrag mit Österreich über die Nutzung von Wäldern auf österreichischem Gebiet für die bayerischen Salinen, vor allem für die in Rosenheim. Der Vertrag ist heute noch gültig. Er ist der älteste noch wirksame Staatsvertrag Bayerns

Seit 1829 wirkt der Architekt Friedrich Gärtner in München

1830 Julirevolution in Frankreich; Eröffnung der Glyptothek in München, erbaut durch Leo v. Klenze (seit 1816 in München)

1831 kurze Wiedereinführung der Zensur, heftige Landtagsdebatten. Innenminister Schenk gestürzt; Beginn zahlreicher Klostergründungen aus Privatmitteln des Königs (Benediktiner, Franziskaner, Kapuziner, Englische Fräulein)

1832 Mai 7 König Ludwig nimmt für seinen zweiten Sohn Otto die ihm angebotene Krone Griechenlands an (Otto 1832-1862 König von Griechenland, gestorben 1867 in Bamberg); der König ernennt für seinen minderjährigen Sohn eine Regentschaft aus dem Staatsrat und ehemaligen Finanzminister Joseph Ludwig Graf von Armansperg als Präsidenten, dem Reichsrat und Juraprofessor Georg Ludwig von Maurer und dem Generalmajor Karl Wilhelm von Heideck. Professor Ludwig Thiersch wird übergangen. In einem Staatsvertrag mit Griechenland vom 1. November verpflichtet sich Bayern zur Stellung von 3500 Mann Truppen, die von Griechenland zu besolden waren. Am 6. Dezember bricht Otto bricht von München auf und fährt über das später so genannte Ottobrunn (Abschied vom Vater), über Aibling (Abschied von der Mutter) und Kiefersfelden (Abschied von Bayern) zunächst nach Rom und Italien. Am 3. Februar 1833 landet er in Griechenland (Nauplia).

1832 Mai 26 Bei Verfassungsfeier an der am 26. Mai 1828 eingeweihten Verfassungssäule in Gaibach bei Volkach am Main (Grundsteinlegung am 26. Mai 1821) spricht der Würzburger Bürgermeister und Staatsrechtsprofessor Wilhelm Joseph Behr. Seine Rede ist weit gemäßigter als das, was einen Tag später auf dem Hambacher Fest zu hören ist. Trotzdem zieht er sich den Hass des Königs zu, der ihn verhaften und 1835 wegen versuchten Hochverrats verurteilen lässt. Behr kommt erst 1847 wieder frei.

1832 Mai 27 bis 30 Hambacher Fest. Bei dem als Verfassungsfeier angekündigten Fest auf dem Hambacher Schloss, an der bis zu 30.000 Personen aus der Pfalz und ganz Deutschland teilnehmen, werden vor allem von den beiden Hauptveranstaltern, den Juristen und Journalisten Philipp Jakob Siebenpfeiffer (1789-1745) und Johann Georg August Wirth (1798-1848) Reden gehalten, die eine zukünftige deutsche Republik verherrlichen. Sie proklamieren die Volkssouveränität, die „vereinigten Freistaaten Deutschlands“ in einem „konföderierten republikanischen Europa“ (Wirth). Neben der französischen Trikolore wird von den Teilnehmern auch die Flagge Schwarz-Rot-Gold gezeigt. Das Zeigen beider Flaggen in Bayern wird später ausdrücklich verboten. Siebenpfeiffer und Wirth werden verhaftet, aber 1833 vor dem Geschworenengericht in Landau zum großen Verdruss des Königs freigesprochen.

1832-1837 Fürst Ludwig von Oettingen-Wallerstein Innenminister (liberal)

1833 Neugestaltung des Volksschulwesens; Kgl. Lyzeen in den Bistümern als theologische Hochschulen; anstatt der Bürgerschulen Landwirtschafts- und Gewerbeschulen

1834 Deutscher Zollverein tritt in Kraft (1. Januar); Landtag verabschiedet zahlreiche Regierungsvorlagen als Gesetze; Franz von Kobell (1803-1882), der bis heute vor allem als Dialektdichter (Brandnerkaspar) bekannt ist, wird mit 31 Jahren Professor für Mineralogie an der Münchner Universität; Gesetz über die Zivilliste gewährt dem König ein festes Einkommen (auch zum Unterhalt des Hofes)

1835 Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank gegründet; erste deutsche Eisenbahn zwischen Fürth und Nürnberg; Johann von Lamont aus Schottland wird nach Studium auch im Regensburger Schottenkloster Direktor der Sternwarte in Bogenhausen und Professor der Astronomie an der Universität München; Neues Wappen des Königreichs Bayern mit den

Zeichen „der im Staat vereinigten vier Volksstämme.“ Neben Raute (Herzschild) und Löwen finden sich im 2. Feld der Würzburger Rechen für Franken und im 3. Feld das Wappen der Markgrafschaft Burgau für Schwaben. Der blaue Löwe der Grafschaft Veldenz im 4. Feld steht als Wittelsbacher Familienzeichen. Der König nennt sich auch Pfalzgraf bei Rhein, Herzog von Bayern, Franken und in Schwaben; der von Leo von Klenze im florentinischen Stil (Palazzo Pitti) entworfene Königsbau der Residenz am Max-Joseph-Platz (Baubeginn 1826) wird von König Ludwig bezogen; der von Leo von Klenze entworfene Festsaalbau der Residenz in München am Hofgarten wird begonnen (Fertigstellung 1842). Der Thronsaal Ludwig I. wird nach Kriegszerstörungen als Konzertsaal (Herkulesaal) neu gebaut.

1836 der Ludwig-Donau-Main-Kanal wird begonnen; technischer Unterricht in den Landwirtschafts- und Gewerbeschulen; Alte Pinakothek fertiggestellt

1837 der von Kronprinz Max begonnene Wiederaufbau von Hohenschwangau wird abgeschlossen; König Ludwig beginnt die Dome in Würzburg, Speyer und Bamberg zu restaurieren; Kreisreform: die neugebildeten Kreise (heute Regierungsbezirke) erhalten historische Namen (Ober-Niederbayern, Pfalz, Oberpfalz u. Regensburg, Ober-, Mittel-, Unterfranken und Aschaffenburg., Schwaben und Neuburg). Maschinenfabrik Maffei in der Hirschau (Englischer Garten) gegründet; Beginn der kirchlich-konservativen Regierung des Innenministers Karl von Abel (-1847). Eröffnung der zweiten privaten Eisenbahnstrecke zwischen Augsburg und München; Der Münchner Professor Johann Joseph von Görres (der 1814-1816 in Koblenz den „Rheinischen Merkur“ herausgegeben hatte) greift wegen der Kölner Ereignisse (Mischehenstreit; Internierung des Kölner Erzbischofs Klemens August Freiherr von Droste zu Vischering) die preußische Regierung in seiner Flugschrift „Athanasius“ scharf an. Seit 1838 wirkt Görres an der Herausgabe der „Historisch-politischen Blätter“ mit

1838 Kniebeugeerlass: Kniebeuge vor dem Allerheiligsten auch für nicht-katholische Soldaten in Formation befohlen, 1844 zurückgenommen; „Historisch-politische Blätter für das katholische Deutschland“ durch J. Görres begründet; Thorwaldens Reiterstandbild des Kurfürsten Maximilian I; Zar Nikolaus I. und Zarin Alexandra von Russland sind zur Kur in Wildbad Kreuth. Die Eheschließung (1839) zwischen der Zarentochter Maria und dem Herzog Max von Leuchtenberg (gest. 1852) wird vereinbart. Max ist der Sohn von Napoleons Stief- und Adoptivsohn Eugen Beauharnais (Herzog von Leuchtenberg) und der Auguste Amalie, Toch-

ter des Königs Max I.. Die Kinder von Max werden nach seinem Tod russifiziert (neuer Name: Romanoff), die Gemäldegalerie der Leuchtenbergs kommt nach Russland; Fjodor Iwanowitsch Tjutschew (1803-1873), einer der bedeutendsten Lyriker Russlands, verlässt München, wo er bei der russischen Gesandtschaft tätig war. Zu seinem 200. Geburtstag wird im Finanzgarten in München ein Denkmal aufgestellt

1839 Franz v. Kobell und Carl August v. Steinheil entwickeln ein Verfahren, das zu den ersten Photographien mit Papiernegativen führt, im April machen sie mit eigenen Kameras erste Aufnahme der Münchner Frauentürme; Ludwig I. macht mit dem Architekten Friedrich Gärtner eine Reise nach Rom, Pompeji und Sizilien. In Pompeji wird gerade das Haus des Kastor und Pollux ausgegraben, das dann Vorbild war für das 1840 bis 1850 in Aschaffenburg (für Ludwig „das bayerische Nizza“) gebaute Pompejanum

1840 Gründung der späteren MAN in Augsburg. Das vom Architekten Friedrich von Gärtner erbaute neue Universitätsgebäude, heute noch das Hauptgebäude der Münchener Universität, wird eingeweiht. Verordnung zur Einschränkung der Kinderarbeit in Fabriken

1841 Ausbau der Festung Germersheim; Peter Cornelius verlässt München

1841-1844 Feldherrnhalle in München durch Gärtner erbaut; sie schließt die Ludwigstraße im Süden ab

1842 Vollendung der Walhalla bei Regensburg durch Klenze zur Erinnerung an berühmte Deutsche; König Ludwig gründet Ludwigshafen am Rhein; nach dem Vorbild der Pfalz werden auch rechts des Rheins Handelskammern eingerichtet

1842-1863 Ludwig I. baut die Befreiungshalle bei Kelheim zur Erinnerung an die Befreiungskriege von 1813 gegen Napoleon

1843 Verfassungsverständnis: Vereinbarung zwischen Ständeversammlung und Regierung, nach der über die Erübrigungen (Überschuss beim Staatshaushalt) in Zukunft nicht mehr der König, sondern die Ständeversammlung zu verfügen hat: Sie gelten als Teil der Staatseinnahmen

1844 Ferdinand Miller wird Nachfolger des Erzgießers Johann Baptist Stigl Mayer; „Fliegende Blätter“ von Kaspar Braun und Friedrich Schneider gegründet

1846 Ludwig-Donau-Mainkanal vollendet; Kgl. Musikschule gegründet; der Erzbischof von München-Freising, Graf Karl August von Reisach, holt keine Genehmigung für Ausschreibung des Jubiläumsablasses ein, der Streit führt zur Gründung des Kultusministeriums; Lola Montez tritt als Tänzerin auf

1846-1853 Neue Pinakothek in München durch Ludwig I. erbaut

1847 Innenminister von Abel gestürzt; Ministerium Maurer-Zu-Rhein nimmt die liberalen Reformen von 1848 im Prinzip vorweg; Eisenbahn Ludwigshafen-Bexbach (Kohlengruben). Der Schweinfurter Abgeordnete und Industrielle Wilhelm Sattler fordert im Landtag die Einführung von Briefmarken nach englischem Vorbild; der aus dem oberpfälzischen Tirschenreuth stammende Johann Andreas Schmeller (1785-1852), Bibliothekar an der Münchner Staatsbibliothek und Verfasser eines bayerischen Wörterbuchs, veröffentlicht die erste Gesamtausgabe der „Carmina Burana“, einer 1803 im Kloster Benediktbeuern gefundenen Liedersammlung

1848 Februar-Revolution in Paris; 3.-6. März Revolutionäre Unruhen in München; 3. März Märzforderungen der Bürger Münchens; 6. März Märzproklamation Ludwigs I.; 20. März König Ludwig I. dankt zugunsten seines Sohnes Maximilian ab

1848-1864 König Max II.

1848 Eröffnung des Reformlandtags am 22. März. Im Dezember: Wahl eines „linken“ Landtags und Vertagung durch den König; Grundlagengesetz (über die Grundlagen der Gesetzgebung, die Gerichtsordnung, das Verfahren in Zivil- und Strafsachen und über das Strafrecht); Gesetz über die Aufhebung der standes- und gutsherrlichen Gerichtsbarkeit, dann die Aufhebung, Fixierung und Ablösung von Grundlasten (jeweils 4. Juni); neues Ministerium für Handel und öffentliche Arbeiten seit 1. Dezember

1849 am 18. April 1849 wird Bray-Steinburg als Außenminister von Ludwig Freiherr von der Pfordten abgelöst. Ablehnung der Reichsverfassung durch die bayerische Regierung; nach der Ablehnung der Reichsverfassung durch die bayerische Regierung wird zum Vollzug der Reichsverfassung in der Pfalz am 2. Mai ein provisorischer Reichsverteidigungsausschuss gewählt. Nach der Anerkennung der Erhebung durch einen Kommissar aus Frankfurt wird eine provisorische pfälzische Landesregierung eingesetzt, zu der u.a. der schon 1832 beim Hambacher Fest her-

vorgetretene Journalist und Landtagsabgeordnete Georg Friedrich Kolb (1808-1884) gehörte. Diese Pfälzer Regierung sagte sich am 17. Mai von Bayern los und verbündete sich mit den badischen Aufständischen. Der pfälzische Aufstand wurde mit Hilfe von preußischen Truppen unter Führung des späteren Kaiser Wilhelm I. niedergeschlagen.

1850 Vereinsgesetz (26. Februar) unterwirft politische Vereine und deren Versammlungen besonderen Genehmigungspflichten. Teilnahme von Frauen an politischen Vereinen bzw. an deren Versammlungen war (mit Ausnahme gewisser Vereinstypen) untersagt. Gerichtsverfassungsgesetz (25. Juli), erste Gasbeleuchtung in München (1. November)

1852 Gründung der Stiftung Maximilianeum; Josef Anton Ritter von Maffei, Mitbegründer der Hypotheken- und Wechselbank (1835) liefert in seinem Lokomotivenwerk in München die 100. Lokomotive aus. Die Maffei sind im 18. Jahrhundert als Tabakproduzenten und Tabakhändler von Trient nach München gekommen. Die Familie der Herzöge von Leuchtenberg verlässt Bayern nach dem Tode des Herzogs Max von Leuchtenberg (siehe 1838). Die Witwe und Zarentochter Maria verkauft alle bayerischen Besitzungen, vor allem Eichstätt, Ismaning und das Palais Leuchtenberg. Die Gemäldegalerie der Leuchtenberg (jetzt Romanowsky) mit bedeutenden italienischen Meistern kommt 1853 in die Eremitage nach St. Petersburg. Dort war 1852 die seit 1839 von Leo von Klenze nach dem Vorbild der Galerie im Palais Leuchtenberg erbaute Neue Eremitage eröffnet worden. Das Palais Leuchtenberg kommt an Prinz Luitpold (den späteren Prinzregent).

1853 Stiftung des Maximilians-Ordens für Wissenschaft und Kunst

1854 allgemeine deutsche Kunst- und Industrieausstellung im neu erbauten Glaspalast; Choleraepidemie; Eingemeindung von Giesing, Au und Haidhausen; nach Eröffnung der Schrannehalle endet der Getreidemarkt am Schrannenplatz, der in Marienplatz umbenannt wird; Elisabeth (Sissi), Herzogin in Bayern (gest.1898), heiratet Kaiser Franz Joseph von Österreich (gest.1916)

1857 angebliches „Geburtsjahr“ der Weißwurst; Grundsteinlegung für das Maximilianeum

1858 die Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften wird von König Max II. ins Leben gerufen

1859 Grundsteinlegung zum Bayerischen Nationalmuseum (Eröffnung 1867); Kronprinz Franz von Neapel (Königreich beider Sizilien) heiratet Herzogin Marie Sophie (gest. 1925) in Bayern, Schwester der Kaiserin Elisabeth von Österreich, im gleichen Jahr wird Franz König als Nachfolger von Ferdinand II; Entlassung des Ministeriums von der Pfordten. König Max II. gibt den liberalen Forderungen nach („Ich will Frieden haben mit meinem Volk“). Der aus Österreich stammende Ludwig von der Pfordten (1811-1880) hat seit 1849 die bayerische Politik als Ministerpräsident entscheidend mitbestimmt. Gegner der preußischen Hegemonie und Verfechter der Trias-Politik, im Inneren Gegner aller Reformen.

1860 Dezember 15 in der Münchner Bürger-Sänger-Zunft wird das von Michael Öchsner 1860 ohne konkreten Anlass gedichtete und im Herbst des Jahres von Konrad Max Kunz vertonte Lied „Für Bayern“ erstmals gesungen

1861 Gesetz über die Gerichtsverfassung; Gesetz zur Einführung des Strafgesetzbuches und des Polizeigesetzbuches; Notariatsgesetz; Gesetz zur Einführung des allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuches; Aufhebung des Lottos durch Beschluss des Landtags mit Wirkung zum 1. Januar 1862; letzte öffentliche Hinrichtungen in Bayern; am 10. November werden die Beschränkungen des Judenedikts von 1813 (Judenmatrikel) aufgehoben. Den jüdischen Glaubensgenossen wird nun auch der bisher verbotene Betrieb von Brauereien und Gastwirtschaften erlaubt

1862 Trennung von Justiz und Verwaltung auf der unteren Ebene (Amtsgericht, Bezirksamt); Fertigstellung der Propyläen. Noch vor seiner Abdankung am 20. März 1848 hat König Ludwig I. dem Architekten Leo von Klenze den Auftrag zum Bau dieses einzigen großen Denkmals für den griechischen Befreiungskrieges in Europa gegeben, Grundsteinlegung 1854. König Otto muss nach einer Militärrevolte vom 23. Oktober 1862 Griechenland verlassen und nimmt im Schloss in Bamberg seine Residenz

1863 Bayerische Fortschrittspartei gegründet

1864 Schleswig-Holstein-Krise; 10. März: Tod von König Maximilian II.

1864-1886 König Ludwig II. (geb. am 25. August 1845)

1864 Bestellung von drei neue Ministern für Kultus, Justiz und Äußeres; Schrenck wird durch von der Pfordten ersetzt

1865 Ludwig hilft dem Komponisten Richard Wagner aus seinen finanziellen Schwierigkeiten; Uraufführung der Oper „Tristan und Isolde“ in München; Ende des Jahres muss Wagner München verlassen; Bayern fügt sich Preußens Zollpolitik, kämpft aber für die Selbständigkeit der Elbherzogtümer; Gründung der Badischen Anilin- und Sodafabrik (BASF) in Ludwigshafen, vorbereitet noch durch Max II.. Eröffnung des Gärtnerplatztheaters

1866 Schlacht von Königgrätz (3. Juli) entscheidet den deutschen Bruderkrieg zugunsten Preußens. Niederlage Bayerns an der Seite Österreichs. Bayern muss 30 Millionen Taler Kriegschädigung zahlen und tritt das Bezirksamt Orb (Spessart) an Preußen ab. 22. August: (Geheimes) Schutz- und Trutzbündnis zwischen Preußen und Bayern; der ab Dezember 1864 von König Ludwig II. als Ministerpräsident und Ministerpräsident berufene Ludwig von der Pfoldten wird entlassen und am 31. Dezember durch Fürst Chlodwig von Hohenlohe-Schillingsfürst ersetzt; Ludwig von der Pfoldten, Vorsitzender des Ministerrats, wird entlassen und am 31. Dezember durch Fürst Chlodwig Hohenlohe-Schillingsfürst ersetzt

1867 Wahl eines konstituierenden Norddeutschen Reichstages und Annahme der Verfassung des Norddeutschen Bundes

1868 Zollparlament des Deutschen Zollvereins, das sich aus Vertretern des Norddeutschen Bundes und der süddeutschen Staaten (Bayern, Württemberg, Baden und Hessen-Darmstadt) zusammengesetzt. Die Vertreter der süddeutschen Staaten werden in allgemeinen, gleichen und direkten Wahlen gewählt. Niederlage der kleindeutschen Parteien; Liberale Sozialgesetzgebung in Bayern, Heimatgesetz; Gründung des katholischen Bauernvereins Tuntenhausen

1869 Sieg der Patriotenpartei in den Maiwahlen; Lutz neuer Kultusminister; König Ludwig II. beginnt mit seinen Schlossbauten; Gründung der bayerischen Vereinsbank; bayerische Gemeindeordnung; Zirkulardepesche des bayerischen Außenministers Hohenlohe an die europäischen Höfe über das bevorstehende Konzil und die möglichen Eingriffe in staatliche Hoheitsrechte

1870 Außenminister Hohenlohe wird durch Bray-Steinburg ersetzt; Deutsch-Französischer Krieg, am 2. September Gefangennahme Kaiser Napoleons III. (Sedan). Bayerische, süddeutsche und preußische Truppen kämpfen gemeinsam (Siege von Weißenburg, an den Spicherer Höhen, Wörth, Sedan und im Dezember Orleans). Nach der Niederlage Frankreichs tritt Bayern am 23. November dem Norddeutschen Bund bei

und erhält einige Sonderrechte (Reservatrechte): Die bayerische Armee bleibt selbständig und steht im Frieden unter dem Oberkommando des bayerischen Königs. Bayern behält seine Post und seine Eisenbahn und darf auswärtige Vertretungen unterhalten. Es darf weiterhin die Bier- und Branntweinsteuer selbständig erheben und sein eigenständiges Ansässigmachung- und Verehelichungsrechts (Heimatrecht) behalten; mit dem „Kaiserbrief“ bietet im Dezember Ludwig II. dem preußischen König die Kaiserkrone (und den Titel „Deutscher Kaiser“) an. 1. Vatikanisches Konzil. Dogma von der päpstlichen Unfehlbarkeit „ex cathedra“. Ablehnung des politischen Liberalismus. Kirchenstaat wird nach dem Abzug der Franzosen von italienischen Truppe besetzt

1871 Kaiserproklamation im Spiegelsaal von Versailles (18. Januar), am 21. Januar stimmt die bayerische Kammer der Abgeordneten den Novembervträgen zu. Verfassung des Deutschen Reiches vom 16. April auf der Grundlage der Verfassung des Norddeutschen Bundes: Zentrales Verfassungsorgan und Träger der Souveränität ist der Bundesrat. Von dessen 58 Stimmen führt Preußen 17, Bayern (6), Württemberg (6), Sachsen (4) und Baden (3) führen zusammen ebenfalls 17 Stimmen. Die Stimmen eines Staates müssen geschlossen abgegeben werden. Ohne Zustimmung des Bundesrats ist kein Reichstagsbeschluss gültig. Der Reichstag wird in allgemeiner, gleicher, geheimer und direkter Wahl nach dem Mehrheitssystem gewählt. Gesetzinitiative beim Bundesrat und beim Reichstag. Zuständigkeit des Reiches in Art. 4: Staatsbürgerrecht, Zoll- und Handelsfragen, Eisenbahn, Wasserstraßen und Post, Strafrecht, Handelsrecht und Gerichtsverfahren (seit 1873 auch Zivilrecht), Militärwesen, Presse- und Vereinsrecht; Juli: Ministerium Lutz (bis 1890); November: Beginn des Kulturkampfes (Kanzelparagraph)

1872 Strafgesetzbuch des Deutschen Reiches tritt am 1. Januar in Kraft und ersetzt das bayerische Strafgesetzbuch von 1861

1873 Gesetzgebungskompetenz des Reichs für das gesamte Bürgerliche Recht (20. Januar). Wirtschaftskrise. Einführung der Gewerbefreiheit im Deutschen Reich

1874 Juli 13 Attentat auf Reichskanzler Bismarck in Bad Kissingen wegen dessen katholikenfeindlicher Haltung im Kulturkampf

1875 Einführung der obligatorischen Zivilehe

1875-1878 Bau des Schlacht- und Viehhofes in München

1876 die Mark ersetzt die Guldenwährung (Ein Gulden wird in der Regel mit einer Mark gerechnet); erste Straßenbahn (Pferdebahn). Verein der Steuer- und Wirtschaftsreformer (für Schutzzölle); Festspielhaus in Bayreuth durch König Ludwig II. in Anwesenheit Richard Wagners eröffnet; der aus einer italienischen Familie stammende bayerische Oberstkämmerer und „Kasperlgraf“ Franz von Pocci stirbt

1877 das Reichsgerichtsverfassungsgesetz vom 27. Januar gibt dem Deutschen Reich eine einheitliche Gerichtsverfassung mit Amtsgerichten, Landgerichten und Oberlandesgerichten. Bayern behält ein Oberstes Landesgericht. Gleichzeitig auch Zivilprozessordnung, Strafprozessordnung, Konkursordnung. Alle Gesetze treten 1879 in Kraft

1878 Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober. Am 12. Mai 1878 wird der Grundstein zum neuen Schloss Herrenchiemsee gelegt

1881 Fertigstellung der zentralen Wasserversorgung Münchens aus dem Mangfalltal; erste kaiserliche Botschaft zur sozialen Frage; Karl Grillenberger erster bayerischer Sozialdemokrat im Reichstag

1883 Reichsrankenversicherung; Gründung des ersten bayerischen Trachtenvereins in Bayrischzell. Bau des Löwenbräukellers in München am Stiglmaierplatz

1884 Reichsunfallversicherung

1886 Ludwig II. droht dem Innenminister Freiherrn von Feilitzsch, sich zu töten oder das Land zu verlassen, wenn es zu einem „Vergreifen am Königlichen Eigentum“ käme; aufgrund eines ärztlichen Gutachtens wird der König ohne Beteiligung des Landtags entmündigt; Prinz Luitpold übernimmt am 10. Juni die Regentschaft; Ludwig II. findet am 13. Juni mit dem Irrenarzt Dr. von Gudden im Starnberger See den Tod

1886-1912 Prinzregent Luitpold, geboren 1821 in Würzburg, regiert auch für den kranken König Otto, der 1916 stirbt

1887 Alters- und Invalidenversicherung in Reich; Umbenennung der Patriotenpartei in Bayerisches Zentrum

1888 Dreikaiserjahr: Tod Kaiser Wilhelms II., 90 Tage-Regierung Kaiser Friedrichs III., Kaiser Wilhelm II. (ab 15.Juni)

1890 Entlassung Bismarcks

1892 Gründung der Sozialdemokratischen Partei Bayerns

1894 Oktober 30 in Fuchsmühl bei Tirschenreuth werden holzsammelnde Bauern auf Veranlassung des Waldeigentümers und Gutsbesitzers, eines Freiherrn von Zoller, durch eine 50 Mann starke Einheit des 6. Infanterieregiments aus Amberg mit Waffengewalt vertrieben. Dabei werden zwei ältere Bewohner durch Bajonettstiche getötet. Dieser „Fuchsmühler Holzschlacht“ waren mehrere Prozesse um die Holzrechte der Dorfbewohner vorausgegangen. Der Vorfall fand im ganzen Deutschen Reich ein großes publizistisches Echo. 144 Bewohner von Fuchsmühl wurden wegen Landfriedensbruch verurteilt, später aber vom Prinzregenten, dessen Leiter der Geheimkanzlei Freiherr Friedrich von Zoller war, begnadigt. Für die Bewohner von Fuchsmühl und für die armen Bewohner der Oberpfalz setzte sich im Landtag vor allem der „Bauerdokter“ Georg Heim ein, einem der bedeutendsten Politiker des bayerischen Zentrums (später Bayerische Volkspartei). Vor allem durch die Gründung von Genossenschaften versuchte Heim die Not der ärmeren Volksschichten zu lindern.

1895 Bayerischer Bauernbund gegründet

1896 In München erscheinen erstmals die Zeitschriften "Jugend" und "Simplicissimus"

1898 Bayerischer Christlicher Bauernverein gegründet

1899 Wahlbündnis zwischen Zentrum und Sozialdemokratischer Partei

1900 Das Bürgerliches Gesetzbuch (BGB), am 18.8.1896 erlassen, tritt in Kraft

1900-1902 lebt Lenin in München, wo er seine Schrift „Was tun?“ verfasst

1901 Einweihung der russisch-orthodoxen Kirche in Bad Kissingen, wo sich zahlreiche russische Badegäste aufhielten. Der an der Münchner Universität lehrende Physiker Wilhelm Conrad Röntgen erhält den Nobelpreis

1903 Ministerium Podewils-Dürnitz

1904 Aufhebung der Franckensteinschen Klausel und finanzielle Abhängigkeit der Länder vom Reich

1906 Reform des Landeswahlgesetzes

1910 der in München und Italien (Gardone am Gardasee) lebende Dichter Paul Heyse (1830-1914) erhält als erster deutscher Schriftsteller den Literaturnobelpreis. Gleichzeitig wird er Ehrenbürger von München. Heyse, den König Max II. nach München geholt hat, gründet 1856 zusammen mit Emanuel Geibel den Dichterklub „Die Krokodile“. Heyse schrieb insgesamt 150 Novellen, viele Gedichte, Romane und Dramen. Er gehörte zu den meistvertonten Lyrikern Deutschlands und gilt als der letzte große Dichturfürst der deutschen Literatur. Seine Werke wurden in alle europäischen Hauptsprachen übersetzt. Heyse förderte junge Autoren wie Joachim Ringelnatz, Frank Wedekind oder Isolde Kurz

1912 „Großblock“ im Landtag aus SPD, Zentrum und Bauernbund; Ministerium Hertling; am 12. Dezember Tod des Prinzregenten; Ludwig zunächst Prinzregent

1912-1918 Prinzregent, ab 1913 König Ludwig III.

1913 Verfassungsänderung: Ludwig III. wird König; der Russe Wassily Kandinsky (1855-1939), seit 1896 in München, lebt zusammen mit seiner Lebensgefährtin Gabriele Münter seit 1908 in Murnau und gründet 1911 mit Marc die Künstlergruppe „Blauer Reiter“; malt um 1913 das erste abstrakte Gemälde der Kunstgeschichte. Mit ihm wirken in München auch Alexej Jawlensky und Marianne Werefkin

1913 September im Werk Oppau (heute Stadt Ludwigshafen) der Badischen Anilin- & Sodafabrik in der bayerischen Pfalz beginnt die industrielle Herstellung von Ammoniak. Das Verfahren zur Direktsynthese von Ammoniak (Haber-Bosch-Verfahren) wurde 1908 von der Badischen Anilin- & Sodafabrik zum Patent angemeldet. Damit wurde Deutschland unabhängig von der Lieferung von Natriumnitrat (Chilesalpeter), das als Düngemittel benötigt wurde. Während des 1. Weltkriegs spielte das in Oppau produzierte Ammoniumnitrat eine bedeutende Rolle bei der Munitionsproduktion

1914 Juni 28 Attentat auf Thronfolger Franz Ferdinand in Sarajewo

1914 August 1 Beginn des Ersten Weltkrieges

1915 Annexionsforderungen Ludwigs III.

1916 Dominanz der Obersten Heeresleitung; Tod des entmündigten Thronfolgers Otto; Friedensbemühungen des Ministerpräsidenten Hertling

1917 September 18 Antrag Auer-Süßheim zur Verfassungsreform; 1. November: Hertling Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident

1918 Januar 8 Präsident Wilson stellt seine 14 Punkte vor („Weltfriedensprogramm“)

1918 Januar 28 Beginn der Streiks von Rüstungsbetrieben in Augsburg, der bald auf andere Städte Bayerns (Nürnberg, BMW in München) und der Pfalz (BASF) übergriff. Die bis 3. Februar anhaltende Streikbewegung wurde von USPD (Kurt Eisner) und MSPD (Erhard Auer) organisiert. Verhaftung von Kurt Eisner (USPD)

1918 Februar 2 Kundgebung auf der Theresienwiese gegen eine Verlängerung des Krieges

1918 März 9 das Deutsche Reich schließt einen Sonderfrieden mit der Ukraine und erkennt sie als unabhängigen Staat an

1918 März 16 Ratifizierung des am 10. März von Feldmarschall Prinz Leopold für die deutsche Seite abgeschlossenen für Russland harten Friedensvertrags von Brest-Litowsk durch die sowjetische Regierung (Lenin und Trotzki)

1918 März 21 Beginn der letzten großen deutschen Offensive in Frankreich, die im Juli scheitert. Der Angriff auf die Briten in der Picardie (Arras) wurde vor allem von der Heeresgruppe „Kronprinz Rupprecht“ getragen. Am 25. April stürmt das Alpenkorps den schwer umkämpften Kemmelberg

1918 Mai 13 König Ludwig III. besucht den Kaiser im Großen Hauptquartier in Spa und trägt wie schon 1914 seinen Wunsch auf Angliederung des Elsaß vor, dem der Kaiser grundsätzlich zustimmt

96 **1918 Juli 18** Angriff der Alliierten und Rückzug des deutschen Westheeres

1918 August 7 Hungerdemonstration der Frauen vor dem Münchner Rathaus (wiederholt am 12. August)

1918 August 8 schwarzer Tag der deutschen Armee. Einbruch der alliierten Truppen bei Amiens. Fast vollständige Vernichtung der bayerischen 14. Division. Am 14. August erklärte die Oberste Heeresleitung die Fortsetzung des Krieges für „aussichtslos“

1918 August Rudolf Freiherr von Sebottendorf (1875-1945) übernimmt den „Münchner Beobachter“ und gestaltet ihn zum Organ seiner im Münchner Hotel „Vier Jahreszeiten“ tagenden und aus dem deutschvölkischen „Germanenorden“ heraus gegründeten völkischen „Thule-Gesellschaft“ um

1918 September 30 Kapitulation von Bulgarien (Waffenstillstand von Saloniki), das als erste der vier Mittelmächte den Krieg beendete. Der aus der Dynastie Sachsen-Coburg-Koháry stammende Zar Ferdinand dankt am 3. Oktober zugunsten seines Sohnes ab. Die Oberste Heeresleitung fordert einen sofortigen Waffenstillstand.

1918 Oktober 1 Errichtung des für das gesamte Deutsche Reich zuständigen Reichsfinanzhofs in München als Berufungsinstanz (ab 1. September 1950: Bundesfinanzhof)

1918 Oktober 3 Prinz Max von Baden wird Reichskanzler (Beteiligung der SPD, Reformprogramm)

1918 Oktober 4 Waffenstillstandsangebot

1918 Oktober 14 der am 1. Februar 1918 wegen Streitagitacion verhaftete Kurt Eisner (USPD) wird auf Weisung des Reichsgerichts als USPD-Kandidat für eine Nachwahl zum Reichstag aus der Haft entlassen

1918 Oktober 29 der aus Weilheim in Oberbayern stammende Admiral Franz Ritter von Hipper, seit August Chef der Hochseestreitkräfte, gibt der Flotte, darunter auch das jüngste Großkampfschiff „Bayern“, bei Wilhelmshaven den Befehl zum Auslaufen. Daraufhin Meuterei der Matrosen, die befürchten, sinnlos geopfert zu werden. Beginn der allgemeinen Revolution in Deutschland

1918 November 1 nach der zunehmenden Auflösung der österreichi-

schen Armee und der K. u. k. Monarchie kursieren in München Gerüchte über die Bedrohung Bayerns durch Truppen der Entente und durch Banden aus Böhmen und Tirol

1918 November 2 Einigung zwischen Regierung und Parteien auf Verfassungsreform mit Parlamentarisierung, Einführung des Verhältniswahlrechts, Erweiterung der Reichsratskammer durch gewählte Vertreter der Gemeinden und anderer Bevölkerungsgruppen, Parlamentarisierung (Ernennung nur von solchen Ministern, die das Vertrauen des Landtags haben). Neubildung der Regierung mit Beteiligung der MSPD soll am 6. November erfolgen, Regierungsbildung durch den bisherigen Ministerpräsidenten Otto von Dandl

1918 November 4 Matrosenaufstand in Kiel; MSPD und USPD beschließen, am 7. November eine Friedenskundgebung auf der Theresienwiese abzuhalten

1918 November 7 Innenminister Brettreich lässt einen Aufruf an die Bevölkerung Bayerns bekanntmachen, in dem der Beginn der Waffenstillstandsverhandlungen angekündigt wird; am 1. Jahrestag der von Lenins Oktoberrevolution findet auf der Münchner Theresienwiese am Spätnachmittag eine Friedenskundgebung der MSPD (Auer), der USPD sowie des Bauernbundes (Gandorfer) statt. 12 Redner sprechen gleichzeitig. Forderungen nach Waffenstillstand und Rücktritt des Kaisers. Etwa 40.000 bis 60.000 Teilnehmer. Nach dem Ende der Kundgebung marschiert der größte Teil der Teilnehmer zum Friedensengel und löst sich dann auf. Absprachewidrig ziehen Anhänger der USPD durch München, insbesondere zu den Kasernen. Entscheidung in der Marsfeldkaserne des 1. Infanterieregiments „König“, wo sich die Soldaten ohne Eingreifen von Offizieren der Demonstration anschlossen. Das gleiche passiert in der Innenstadt in der Türkenkaserne (Leibregiment) und in anderen Kasernen. Um 19 Uhr löst sich die Residenzwache auf; Kriegsminister Philipp von Hellingrath muss eingestehen, dass er in München völlig machtlos sei. Flucht König Ludwigs III. aus München in Zivilkleidern mit der Familie in drei Mietautos. Ankunft in Rosenheim gegen 22. 30 und Weiterfahrt nach Schloss Wildenwart. Um 20 Uhr sind der Hauptbahnhof und die wichtigsten Regierungsgebäude, wenig später das Generalkommando, das Kriegsministerium und die Stadtkommandatur besetzt. Um 22 Uhr wird der Landtag besetzt. Eisner zieht mit seinen Anhängern zum Mathäserbräu, wo unter Beteiligung von Matrosen ein Soldatenrat und ein Arbeiterrat gebildet wird. Zum Vorsitzender dieses provisorischen Arbeiter- und

Soldatenrats wird der SPD-Abgeordnete Franz Schmitt gewählt. Gleichzeitig gründet Ludwig Gandorfer einen Bauernrat. Gegen Mitternacht hält Eisner im Sitzungssaal der Abgeordnetenkommission des Landtags die erste Beratung des Arbeiter- und Soldatenrats ab

1918 November 8 in der ersten Morgenstunde ruft Kurt Eisner im Landtag die Republik Bayern aus und erklärt die Dynastie Wittelsbach für abgesetzt. Um 1 Uhr wird die Besetzung des Polizeipräsidiums nachgeholt. Polizeipräsident Beckh erklärt, er unterstelle sich den Befehlen des Arbeiter- und Soldatenrats. Am Morgen erscheint die auf 23 Uhr des Vorabends zurückdatierte Proklamation (rotes Plakat), die wie folgt endet: Die Dynastie Wittelsbach ist abgesetzt. Hoch die Republik! Der Arbeiter- und Soldatenrat. Kurt Eisner. Es folgen noch weitere Aufrufe Eisners. Die um 9.00 im Landtag zur Plenarsitzung erschienenen Landtagsabgeordneten werden von bewaffneten Matrosen und Soldaten abgewiesen. Nach 15.30 Zusammentritt des Arbeiter- und Soldatenrats zu einer Sitzung im Landtag. Bildung einer neuen Regierung: Kurt Eisner (USPD) Ministerratsvorsitzender und Außenminister, Erhard Auer (MSPD) Innenminister, Johannes Hoffmann (MSPD) Kultusminister, Albert Roßhaupter (MSPD) Militärminister, Hans Unterleitner (USPD), der Schwiegersohn Eisners, Minister für soziale Angelegenheiten, Johannes Timm (MSPD) Justizminister, Heinrich von Frauendorfer (parteilos) Verkehrsminister und schließlich Prof. Edgar Jaffé (parteilos) Finanzminister. Ankündigung von Parlamentswahlen, an denen erstmals auch Frauen wählen dürfen. Konstituierung eines von Eisner zusammengestellten „Provisorischen Nationalrats“, der am Nachmittag zu seiner ersten Sitzung im Landtag zusammenkommt.

1918 November 9 Revolution in Berlin. Thronverzicht Kaiser Wilhelms II. Ausrufung der deutschen Republik durch Philipp Scheidemann. In fast allen bayerischen Städten und Märkten werden revolutionäre Räte gebildet

1918 November 10 Tödlicher Autounfall Ludwig Gandorfers. Kaiser Wilhelm II. geht ins Exil nach Holland

1918 November 11 Waffenstillstand von Compiègne. Die auf deutscher Seite auf Veranlassung der obersten Heeresleitung von Staatssekretär Erzberger unterzeichnete Vereinbarung über die Einstellung der bewaffneten Auseinandersetzung sah bis zur Unterzeichnung eines Friedensvertrags folgende deutsche Vorleistungen und Bedingungen vor, die bis zur Unterzeichnung des Versailler Vertrags am 28. Juni 1919 in Kraft blieben: Annullierung der Friedensverträge von Brest-Litowsk und Bukarest,

Beibehaltung der Blockade des deutschen Reichs, Räumung des französischen Staatsgebiets, Elsaß-Lothringens und Belgiens, Räumung des linken Rheinufers binnen 25 Tagen, Schaffung einer 35 km breiten entmilitarisierten Zone rechtsrheinischen Zone, Besetzung der Städte Köln, Koblenz und Mainz durch alliierte Truppen, umfangreiche Ablieferungen von Waffen, Flugzeugen, Kriegsschiffen und der gesamten U-Boot-Flotte. Lieferung von 150.000 Eisenbahnwaggons und 5000 Lokomotiven sowie von Lastkraftwagen.

1918 November 12 Gründung der Bayerischen Volkspartei (BVP) in Regensburg durch Georg Heim und Sebastian Schlittenbauer

1918 November 13 der nach Anif bei Salzburg geflohene König Ludwig III. entbindet alle Beamten, Offiziere und Soldaten vom Treueid, verzichtet aber nicht auf den Thron; Zweite Sitzung des nun fest etablierten „Provisorischen Nationalrats“. Er besteht aus 50 Mitgliedern des Arbeiter-, Soldaten und Bauernrats, ehemaligen Landtagsabgeordneten sowie Vertretern der Gewerkschaften und anderer Berufs- und Interessenverbänden. Unter den 256 Mitgliedern sind auch acht Frauen

1918 November 15 Eisners Regierungsprogramm

1918 November 21 zwei Tage nach seiner Entlassung aus dem Lazarett in Pasewalk kommt Adolf Hitler in München an

1918 November 23 Eisner veröffentlicht die „Urkunden über den Ursprung des Krieges“. Sie sollen die deutsche Kriegsschuld beweisen

1918 Dezember der im Juli 1914 abgeschlossene Roman „Der Untertan“ von Heinrich Mann (1871-1950), dem älteren Bruder von Thomas Mann, erscheint in Buchform und wird ein großer Erfolg. Heinrich Mann, der seit 1893 in München lebt, geht 1928 nach Berlin und muss 1933 emigrieren. 1950 stirbt er in den Vereinigten Staaten

1918 Dezember 6 die französische Armee marschiert in der bayerischen Pfalz ein

1918 Dezember 16 Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht

1918 November 20 die Verwaltung der vormaligen königlichen Zivilliste wird unter der Amtsbezeichnung „Verwaltung des ehemaligen Kronguts“

dem Staatsministerium der Finanzen unterstellt (Spätere Bezeichnung: Schlösserverwaltung)

1919 Januar 5 Gründung der Deutschen Arbeiterpartei (DAP) durch den Werkzeugschlosser Anton Drexler und dem Sportredakteur des Münchner Beobachters (Zeitschrift der Thule-Gesellschaft) Karl Harrer. Drexler und Harrer haben sich zunächst im Auftrag des Leiters der Thule-Gesellschaft Sebottendorf in einem so genannten „Freien Arbeiterausschuß“ engagiert, aus dem sich dann die Deutsche Arbeiterpartei entwickelte. Erster Vorsitzende wird Harrer

1919 Januar 5-12 kommunistischer Aufstand in Berlin. Niederschlagung durch den Wehrbeauftragten der vorläufigen Reichsregierung Gustav Noske mit Hilfe von Freikorps

1919 Januar 7 Veröffentlichung des „Vorläufigen Staatsgrundgesetzes“, in dem Kurt Eisner unabhängig von kommenden Wahlen sozialistische Grundsätze festschreiben will

1919 Januar 12 Wahlen zum bayerischen Landtag (Verfassungsgebenden Nationalversammlung). An den Wahlen beteiligen sich 87% der wahlberechtigten Männer und 87,9% der wahlberechtigten Frauen. Niederlage der USPD des Ministerpräsidenten Kurt Eisner, die nur 3 Mandate erringt. Die Bayerische Volkspartei (BVP) erhält 66 Sitze, die Mehrheitssozialisten (MSPD) 61 Sitze, die linksliberale Deutsche Demokratische Partei (DDP) 25 Sitze, der Bauernbund kommt auf 16 Sitze, das Wahlbündnis aus der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) und der nationalliberalen Deutschen Volkspartei (DVP) erhält 9 Sitze. Unter den 180 Abgeordneten waren acht Frauen

1919 Januar 15 Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg werden in Berlin ermordet.

1919 Januar 19 Wahlen zur Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung

1919 Februar 6 Zusammentritt der Nationalversammlung in Weimar

1919 Februar 11 Friedrich Ebert wird zum vorläufigen Reichspräsident gewählt

1919 Februar 13 Reichskabinett Scheidemann (SPD) (bis 21. Juni 1919)

1919 Februar 21 Ermordung Kurt Eisners durch Graf Anton von Arco-Valley. Eröffnung und Sprengung des Landtags. Errichtung eines „Zentralrats der Bayerischen Republik“ durch sozialistische Gruppen. Gustav Noske wird Reichswehrminister

1919 März 17 Neubildung einer Regierung unter Ministerpräsident Johannes Hoffmann (MSPD) (bis 14. März 1920)

1919 März 18 der Bayerische Landtag und das Bayerische Gesamtstaatsministeriums flüchten sich nach Bamberg

1919 März 28 Annahme des 2. Staatsgrundgesetzes. Gesetz über die Ermächtigung der Regierung zu gesetzgeberischen Maßnahmen

1919 April 7 Ausrufung einer bayerischen Räterepublik unter Ernst Toller durch die USPD. Verbrüderung mit den Bolschewisten in Russland und Ungarn.

1919 April 12 erste Sitzung der Regierung Hoffmann in der Neuen Residenz Bamberg

1919 April 13 kommunistische Räterepublik unter Eugen Leviné und Max Levien. Übernahme der Macht durch kommunistische Arbeiter- und Soldatenräte. Absetzung des Zentralrats

1919 April 15 Hilfesuch der bayerischen Regierung an Reichswehrminister Gustav Noske

1919 April 19 die bayerische Regierung verhängt den Kriegszustand

1919 April 20 Besetzung Augsburgs durch bayerische und württembergische Truppen. Mit der Besetzung von Lechhausen am 23. April ist der Widerstand beendet

1919 April 29 Diktatur der „Roten Armee“.

1919 April 30 Erschießung von 10 Geiseln durch die „Rote Garde“ (darunter sechs Mitglieder der Thule-Gesellschaft)

1919 Mai 1/2 gewaltsame Eroberung Münchens durch Regierungstruppen unter dem Oberbefehl des preußischen Generals von Oven („Weiße Garden“). Sie setzen sich zusammen aus preußischen (darunter die

Marinebrigade Ehrhardt), württembergischen und nur zum kleinen Teil aus bayerischen Verbänden, darunter das Freikorps Epp und das Freikorps Oberland. Letzteres ging aus dem Kampfbund Thule hervor, der am 10. November 1918 von Rudolf Freiherr von Sebottendorf gegründet wurde

1919 Mai 10 das Bayerische Ministerium für Militärangelegenheiten für das rechtsrheinische Bayern befiehlt die Errichtung einer Wehrmacht auf der Grundlage des Reichsgesetzes vom über die Bildung einer vorläufigen Reichswehr vom 6. März 1919

1919 Mai 11 das für die Entsetzung Münchens gebildete „Oberkommando von Möhl“ wird in das „Bayerische Reichswehrgruppenkommando 4“ umgewandelt. Ihm werden die in Bayern stationierten Einheiten des im Übergang befindlichen Reichsheers unterstellt. In der Folgezeit kümmert sich wegen Abwesenheit der Regierung in Bamberg das Reichswehrgruppenkommando neben der militärischen Sicherung auch um die verwaltungsmäßige Betreuung Münchens, soweit sie Sicherheitsaspekte berührte (etwa Kontrolle von Vereinen und politischen Parteien)

1919 Mai 15 Eröffnungssitzung des am 12. Januar gewählten Landtags im Kaisersaal der Neuen Residenz Bamberg. 1. Arbeitssitzung in der Harmonie. Vorlage des „Entwurfs einer Verfassungsurkunde für den Freistaat Bayern“. Gesetz über die Aufhebung des Ermächtigungsgesetzes

1919 Mai 22 Selbstverwaltungsgesetz bringt Veränderungen in den kommunalen Verfassungen: an Stelle des bisherigen Zweikammersystems bei Städten ist nun der von Ersten Bürgermeister geleitete Stadtrat das einzige Verwaltungsorgan und die zuständige Ortspolizeibehörde. Erst jetzt gibt es ein allgemeines Bürgerrecht

1919 Mai 31 2. Kabinett Hoffmann unter Beteiligung der BVP und Demokraten

1919 Juni 21 die Einwohnerwehren werden unter der Führung des Forstrats Dr. Georg Escherisch zusammengefasst (Organisation Escherich - ORGE SCH). Sein Stellvertreter ist Rudolf Kanzler, der Gründer des Freikorps Chiemgau und der österreichischen Heimwehren (Organisation Kanzler – ORKA): Reichskabinett Gustav Bauer (SPD) mit Beteiligung des Zentrums (Erzberger) (bis 27. März 1920)

1919 Juni 28 Friedensvertrag von Versailles unterzeichnet (am 9. Juli von der Nationalversammlung ratifiziert; tritt am 10. Januar 1920 in Kraft).

1919 Juli 12 Gesetz über die Einsetzung von Volksgerichten bei inneren Unruhen

1919 Juli 31 Annahme der Reichsverfassung („Weimarer Verfassung“)

1919 August 9 Der zweimal in der Woche erscheinende Münchner Beobachter wird in „Völkischer Beobachter“ umbenannt. Seit Oktober 1919 wird er im Münchner „Buchgewerbehaus M. Müller & Sohn“ gedruckt

1919 August 12 Annahme der Bayerischen Verfassung („Bamberger Verfassung“)

1919 August 17 Rückkehr des Gesamtministeriums und des Landtags nach München

1919 September 10 Gesetz über die Reichsfinanzverwaltung, Verreichlichung der Finanzen; Wegfall der Reservatrechte im Bereich der Steuer (Malzaufschlag). Aus Rentämtern werden Finanzämter

1919 September 12 Hitler besucht erstmals eine Versammlung der Deutschen Arbeiterpartei im Leiberzimmer des Sterneckerbräus; Gastredner war Gottlieb Feder. Adolf Hitler, „Bildungsoffizier“ in Reichswehrgruppenkommando 4 beteiligt sich an der Diskussion und wird vom Parteigründer Anton Drexler angesprochen

1919 September 15 Veröffentlichung der Bayerischen Verfassung

1919 November 30 Volksabstimmung in Coburg zugunsten eines Anschlusses an Bayern

1920 Januar 9 die am 12. November 1918 gegründete Bayerische Volkspartei beschließt die Auflösung der Arbeitsgemeinschaft mit dem Zentrum im Reichstag

1920 Januar 10 laut Vertrag von Versailles werden die linksrheinischen Gebiete durch die Siegermächte des 1. Weltkrieges (bis 1. Juli 1930) besetzt und durch Paß- und Zollgrenzen vom Deutschen Reich getrennt

1920 Januar 12 allgemeines Verbot öffentlicher Versammlungen in Bayern (bis 9. Februar)

1920 Januar Hauptmann und Generalstabsoffizier Ernst Röhm bildet aus Männern der 19. Minenwerferkompanie der VII. Bayerischen Reichswehrdivision einen ersten Saalschutz für die DAP und spätere NSDAP

1920 Februar 1 die Deutsche Arbeiterpartei (DAP) wird in Nationalsozialistische Deutschen Arbeiterpartei umbenannt

1920 Februar 24 erste Massenversammlung (2000 Zuhörer) der DAP, jetzt Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) im Hofbräuhaus. Hauptreferent ist Johannes Dingfelder („Was uns not tut“). Das im Dezember 1919 ausgearbeitete 25 Punkte-Programm der Partei, verfasst von Anton Drexler, Dietrich Eckart, Gottfried Feder und vom „Propagandachef“ der Partei Adolf Hitler, wird vorgestellt. Wer welche Passagen verfasst hat, bleibt ungeklärt. Der Parteiführer Karl Harrer wird isoliert und verlässt die Partei. Neuer Vorsitzender wird Anton Drexler. In der Versammlung wird die Umbenennung in Nationalsozialistisch Deutsche Arbeiterpartei bekanntgegeben

1920 März 13 Kapp-Putsch in Berlin. Der nach dem Generallandschaftsdirektor Dr. Wolfgang Kapp genannten Putsch richtete sich gegen die sozialdemokratische Regierung und wurde von Teilen der Reichswehr unter General Walther Freiherr von Lüttwitz (Chef des Reichswehrgruppenkommandos I) unterstützt. Grund war die bevorstehende Reduzierung der Reichswehr und die Auflösung der Marinebrigade des Korvettenkapitäns Ehrhardt. Angestrebt war zunächst eine Militärdiktatur. Der Putsch scheitert schließlich an der Haltung der Reichswehr und dem von der Regierung und den Gewerkschaften angeordneten Generalstreik, der das Wirtschaftsleben lahmlegte. In Folge des Kapp-Putsches kommt es zu kommunistischen Aufständen im Ruhrgebiet und in Sachsen

1920 März 14 (Sonntag) Ministerpräsident Hoffmann tritt zurück

1920 März 16 als Ergebnis von Besprechungen zwischen Heim und Escherich am Vortag wird der Regierungspräsident von Oberbayern Gustav von Kahr zum Ministerpräsidenten gewählt. Kahr bleibt bis 11. September 1921 Ministerpräsident und gleichzeitig Innenminister

1920 April 23 die bayerische Staatsregierung unter Gustav von Kahr verfügt die Ausweisung sämtlicher aus Osteuropa eingewanderten Juden, das waren damals 1500 Personen (300 Familien). Die Verordnung wird nach heftigen Protesten der sozialistischen Presse nicht durchgeführt, aber es kommt zu zahlreichen polizeilichen Schikanen

1920 Juni 6 erste Reichstagswahl. Gegenüber der „Weimarer Koalition“ (SPD, Zentrum, Demokratische Partei) machen die radikale Linke (USPD) und die Rechte (Deutschnationale und Deutsche Volkspartei) Boden gut. Landtagswahl in Bayern. Parlamentarische Grundlage für die Regierung Kahr durch BVP, Demokratische Partei und Deutschnationale Partei (Mittelpartei)

1920 Juli 1 Coburg kommt zu Bayern

1921 Januar 21.-28 Pariser Konferenz bestimmt die deutschen Reparationsleistungen auf 269 Millionen Goldmark (in 42 Jahresraten) und setzt eine 42jährige Exportabgabe von 12% fest. Die Auflösung der Einwohnerwehren wird auf den 30. Juni 1921 festgelegt

1921 Februar 3 Protestversammlung gegen die Pariser Beschlüsse im Zirkus Krone vor 5000/6000 Zuhörern. Hitler spricht über den Versailler Friedensvertrag

1921 März 8 Duisburg-Ruhrort und Düsseldorf werden von Alliierten Truppen besetzt

1921 März 20 Volksabstimmung in Oberschlesien. 59,6% der Stimmen werden für Deutschland, 40,4 % für Polen abgegeben, obwohl 1910 nur 40% der Bewohner deutsch, dagegen 57% polnisch als Muttersprache angegeben hatten. Daraufhin Aufstand der Polen und Einfall polnischer Freischaren, um ganz Oberschlesien zu annektieren. Eingreifen alliierter Truppen und deutscher Freikorps. Letztere besiegen die Polen (Anna-berg). Im Oktober 1921 wird Oberschlesien aufgeteilt

1921 April 27 Ermäßigung der Reparationen auf 132 Milliarden Reichsmark

1921 Mai 5 Londoner Ultimatum wegen Entwaffnung der Einwohnerwehren und wegen der Reparationsleistung mit Androhung der Besetzung des Ruhrgebiets

1921 Mai 14 Ministerpräsident von Kahr empfängt eine von Hitler geführte Delegation der NSDAP

1921 Juni 9 der USPD-Führer und bayerische Landtagsabgeordnete Karl Gareis wird in München von Mitglieder der Organisation Consul ermordet

1921 Juni 13 Staatsvertrag zwischen Bayern und dem Deutschen Reich über „Ausführung der Main-Donau-Wasserstrasse“, in dem sich die Vertragspartner verpflichten, sobald es die Finanzlage erlaubt, das Projekt zu verwirklichen. Am 31. Dezember wird die Rhein-Main-Donau AG mit Sitz in München gegründet. Sie erhält das Recht, die Wasserkraft zur Energieerzeugung bis zum Jahre 2050 zu nutzen.

1921 Juni 30 die Einwohnerwehren und damit auch das Freikorps Oberland werden auf Befehl der Reichsregierung vom 29. Juni aufgelöst. Viele Mitglieder werden von Ernst Röhm in die im August 1921 neu organisierte „Turn- und Sportabteilung“ der NSDAP gebracht

1921 Juli 11 Hitler erklärt seinen Austritt aus der NSDAP und stellt drei Tage später ein Ultimatum an die Partei. Bedingung für seinen Wiedereintritt sei die Übertragung des Postens des ersten Vorsitzenden mit unbeschränkten Vollmachten

1921 Juli 26 und 29 in zwei Mitgliederversammlungen wird Hitler zum ersten Vorsitzenden der Partei mit unbeschränkten Vollmachten gewählt. Der Ausschuss der Partei wird aufgelöst. Drexler wird als Ehrenvorsitzender abgeschoben

1921 September 21 der parteilose Diplomat Hugo Graf von Lerchenfeld-Köfering wird als Nachfolger Kahrs bayerischer Ministerpräsident. Er bemüht sich erfolgreich um den Abbau der Spannungen zwischen Bayern und dem Reich

1921 September 21 in Oppau (heute Stadt Ludwigshafen) in der bayerischen Pfalz explodieren in einem Werk der Badischen Anilin- & Sodafabrik 400 Tonnen Ammoniumsulfatnitrat. 559 Menschen kommen ums Leben, 1977 werden verletzt. Es handelt sich um das größte Unglück in der Geschichte der deutschen chemischen Industrie (siehe auch 1913 September)

1921 August 26 Mord an dem ehemaligen Finanzminister Matthias Erzberger (Zentrum), der seine Rückkehr in die Politik angekündigt hatte.

Die Reichsregierung setzt den Art. 48 der Reichsverfassung in Kraft und fordert von der bayerischen Regierung das Verbot des Völkischen Beobachters und des Miesbacher Anzeigers. Die Regierung Kahr ignoriert die Anweisungen aus Berlin.

1921 August 29 Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz der Republik auf Grund Art. 48 der Weimarer Reichsverfassung (Verbot von periodischen Druckschriften auf 14 Tagen; Verbot von Versammlungen)

1921 September 14 Adolf Hitler stürmt zusammen mit Hermann Esser, Oskar Körner und anderen NSDAP-Anhängern eine Versammlung des Bayernbundes im Löwenbräukeller, um den Vorsitzenden des Bayernbunds Otto Ballerstedt, den er als Separatist und Söldling Frankreichs betrachtet. Dabei wird Ballerstedt schwer verletzt. In dem folgenden Prozess (27. bis 29. Januar 1922) wird Hitler wegen Landfriedensbruch und Körperverletzung zu 100 Tagen Freiheitsstrafe und 1000 RM Geldstrafe verurteilt.

1921 September 21 Graf Hugo von und zu Lerchenfeld auf Köfering und Schönberg (1871-1944) (BVP) löst Kahr als bayerischen Ministerpräsident ab (Lerchenfeld bleibt Ministerpräsident bis 2. November 1922). Innenminister wird Franz Schweyer, der dieses Amt bis 5. Mai 1924 bekleidet

1921 September 28 zweite Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz der Republik, mit der auf bayerischen Protest hin die 1. VO vom 29. August 1921 aufgehoben wurde. Statt des Reichsinnenministers sind nun für die Anordnung von Druckschriften- und Versammlungsverboten die Landeszentralbehörden zuständig. Der Münchner Polizeipräsident Pöhner tritt zurück

1921 Oktober 5 die Ordnungsabteilung (Turn-und Sportabteilung) der NSDAP erhält den Namen Sturmabteilung. Sie wird dem Befehl von Johann Ulrich Klintzsch (1898-1959) unterstellt, einem ehemaligen Unterführer der Brigade Ehrhardt

1921 November 5 die Trauerfeier für den am 18.10. auf Schloss Sárvár in Ungarn verstorbenen letzten bayerischen Königs Ludwig III., der im Münchner Frauendom beigesetzt wird, gestaltet sich zu einer Demonstration für die Monarchie

1922 Juni 24 Mord an Reichsaußenminister Walther Rathenau durch Angehörige der Organisation Consul in Berlin-Grunewald

1922 Juni 26 Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz der Republik (RGBl. I, S. 521), wiederholt im Wesentlichen die Bestimmungen der Verordnung vom 28. September 1921: zuständig für Verbotsanordnungen (Druckschriften, Versammlungen) sind zwar grundsätzlich die Landeszentralbehörden, doch kann der Reichsinnenminister um Maßnahmen „ersuchen“. Im Streifall entscheidet der mit der Verordnung geschaffene „Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik“ in Leipzig. Dieser erhält auch die Zuständigkeit für die Aburteilung der Straftaten gegen die Republik nach dem Republikenschutzgesetz

1922 Juni 27 die Organisation Pittinger wird in „Bayern und Reich“ umbenannt

1922 Juni 28 Kundgebung der nationalen Verbände auf dem Königsplatz gegen das Republikenschutzgesetz und gegen die Schuldlüge. Erstmals tritt die SA, die zu einer Stärke von sechs Hundertschaften angewachsen war, öffentlich auf

1922 Juli 21 Republikenschutzgesetz des Reichs

1922 Juli 24 bayerische Verordnung zum Schutze der Verfassung der Republik. Sie suspendiert die Anwendung des Republikenschutzgesetzes vom 21. Juli 1922 für Bayern und ordnet eigene bayerische Schutzmaßnahmen an

1922 August 11 im „Berliner Protokoll“ wird der Streit zwischen Bayern und dem Reich um das Republikenschutzgesetz beigelegt. Der mit dem Gesetz geschaffene Staatsgerichtshof soll einen süddeutschen Senat erhalten. Bayern verpflichtet sich, seine Verordnung vom 24. Juli aufzuheben

1922 September 29 in den Münchner Kammerspielen wird das Theaterstück „Trommeln in der Nacht“ des in Augsburg geborenen Berthold Brecht (1898-1956) uraufgeführt. Nach Regiearbeiten in München geht Brecht 1924 nach Berlin, wo seine von Kurt Weill vertonte Dreigroschenoper seit 1928 Triumphe feierte. 1933 musste er emigrieren, seine Bücher werden verboten und am öffentlich verbrannt (siehe 10. Mai 1933). 1935 wurde ihm die deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt. 1938 entstand in Dänemark „Das Leben des Galilei“ und 1940 in Finnland „Herr Puntila und sein Knecht Matti“, 1941 konnte er in die USA emigrieren, wo er bis 1947 blieb, um dann über die Schweiz in die Sowjetische Besatzungszone zu

gehen. Die Einreise in die amerikanische Besatzungszone wurde ihm verweigert. Beim Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953 solidarisierte er sich mit der Staatsführung. In Ostberlin, wo er 1956 starb, konnte er sein eigenes Theaterensemble aufbauen(Theater am Schiffbauerdamm)

1922 Oktober 14./15. beim 3. Deutschen Tag in Coburg kommt Hitler mit einem Sonderzug von etwa 800 SA-Leuten nach Coburg und marschiert trotz Verbot als Formation durch die Stadt. Es kommt zu Ausschreitungen

1922 Oktober 20 die Deutschsozialistische Partei (DSP) von Julius Streicher (Nürnberg) schließt sich der NSDAP an

1922 November 2 Hugo Graf von Lerchenfeld tritt als Ministerpräsident zurück (Heftige Angriffe von Seiten der Nationalsozialisten – Hermann Esser – gegen den Ministerpräsidenten) und wird am 8. November von Eugen Knilling, seit 1910 Ritter von Knilling (1865-1927) abgelöst (Ministerpräsident bis 30. Juni 1924).

1923 Januar 11 mit dem Einmarsch französischer und belgischer Truppen ins Ruhrgebiet beginnt die Ruhrbesetzung und der Ruhrkampf (passive Widerstand)

1923 Januar 14 Kundgebung der „Vereinigten Vaterländischen Verbände Bayerns“ (VVVB) auf dem Königsplatz. Hitler weigert sich als Redner teilzunehmen und trennt sich von den VVVB, da diese sich zur „Nationalen Einheitsfront“ gegen die Ruhrbesetzung bekennen, da an dieser auch die Sozialdemokraten (die „Novemberverbrecher“) teilnehmen

1923 Januar 24 Vertrag zwischen dem Freistaat Bayern und dem vormaligen Königshaus, der dann Teil des Gesetzes vom 9. März 1932 wird. Gründung eines Wittelsbacher Ausgleichsfonds und einer Wittelsbacher Landesstiftung. Die Liegenschaften und Kunstschatze der Zivilliste, des Nachlasses König Otto I. und der Hausfideikomisse werden zwischen Freistaat Bayern und den Stiftungen aufgeteilt

1923 Wappen mit vier Feldern des Freistaats Bayern von Otto Hupp. Im ersten Feld stehen die bayerischen Rauten, im 2. Feld der Pfälzer Löwe (ohne rote Krone!), im 3. Feld drei aus dem Spalt hervorbrechende, herschauende, rot bewehrte schwarze Löwen (für Schwaben) und im 4. Feld für Franken der Rechen.

1923 September 26 bayerische Notverordnung. Die vollziehende Gewalt wird einem „Generalstaatskommissar“, dem ehemaligen Ministerpräsidenten und jetzigen Regierungspräsidenten von Oberbayern, Dr. Gustav von Kahr übertragen

1923 September 1 und 2 „Deutscher Tag“ in Nürnberg, in Erinnerung an den „Sedanstag“ (2. September). Bei einer Teilnehmerzahl von etwa 100.000 Personen (Offiziersbünde, Kriegervereine, Wehrverbände) waren neben vielen Ehrengästen (Prinz Ludwig Ferdinand, Ludendorff) alle Führer der vaterländischen Verbände anwesend: Pittinger (Bund Bayern und Reich), Hauptmann Heiß (Reichsflagge), Hitler (NSDAP), Dr. Weber (Oberland), Schäfer (Blücherbund), Kautter (Wikingbund, Pfarrer Johnson (Jungdeutscher Orden). Gründung des Deutschen Kampfbundes, einem Zusammenschluss von rechten Wehrverbänden (SA, Reichsflagge, Stahlhelm, Bund Oberland), dessen militärische Führung Ludendorff übernimmt.

1923 September 25 Hitler übernimmt die politische Führung des Deutschen Kampfbundes

1923 September 26 die Regierung Stresemann beendet den passiven Widerstand im Ruhrkampf. Gleichzeitig wird der Ausnahmezustand verhängt und dem Reichswehrminister die vollziehende Gewalt über das Reichsgebiet übertragen. General Ritter von Epp wird verabschiedet, Röhm verlässt aus eigenem Antrieb die Reichswehr

1923 September 26 durch Ministerratsbeschluss wird die vollziehende Gewalt einem „Generalstaatskommissar“, dem Regierungspräsidenten von Oberbayern, Dr. Gustav von Kahr übertragen. Bayerische Notverordnung als Reaktion auf Hitlers Ernennung zum Führer des Kampfbundes und auf die Ereignisse in Berlin.; Die Verordnung ermächtigt den Generalstaatskommissar zur Verhängung von „Schutzhaft“

1923 September 29 die für diesen Tag von Hitler angesetzten 14 Massendemonstrationen gegen die „Ruhrverräter“ werden von Kahr verboten

1923 September 29 die Geltung des Republikenschutzgesetz wird (für Bayern) durch Generalstaatskommissar Kahr aufgehoben

1923 Oktober 6 2. Reichskabinett Stresemann (Deutsche Volkspartei) (bis 30. November 1923)

1923 Oktober 13 1. Reichsermächtigungsgesetz

1923 Oktober 20 das bayerische Kabinett beschließt die Übernahme der in Bayern stationierten Reichswehrabteilungen in bayerische Dienste

1923 November 6 Franz Josef Heinz aus Orbis (Heinz-Orbis) proklamiert in Kaiserslautern die „Pfälzische Republik im Verband der Rheinischen Republik“

1923 November 8 Präsidialverordnung: der Oberbefehl über die Wehrmacht und die Ausübung der vollziehenden Gewalt wird dem Chef der Heeresleitung General von Seeckt übertragen

1923 November 8./9 Hitlerputsch. Adolf Hitler nutzt am Abend des 8. Novembers 1923 eine „Vaterländische Kundgebung“ im Bürgerbräukeller, um die „nationale Revolution“ und zum Marsch nach Berlin auszurufen. Die bayerische Regierung Knilling, die Regierung Stresemann und der Reichspräsident werden von ihm abgesetzt. Noch in der Nacht distanzieren sich Generalstaatskommissar Kahr, Reichswehrgeneral Lossow und Landespolizeichef Seisser die Hitler mit vorgehaltener Pistole zur Billigung des Putsches erpresst hat, von ihren Zusagen. Hitler und der beteiligte General Ludendorff beschließen daraufhin am nächsten Tag, durch einen großen Demonstration die Bevölkerung für ihre Sache zu begeistern. Als sich gegen 13 Uhr der Demonstrationzug durch die Residenzstraße Richtung Odeonsplatz bewegt, wird der Zugang zum Odeonsplatz von der bayerische Landespolizei abgesperrt. Bei einem Feuerwechsel kommen drei Polizisten, ein unbeteiligter Zuschauer und 13 Hitleranhänger ums Leben. Hitler flüchtete und wurde später verhaftet. Nach dem gescheiterten Putsch wird in München vom 26. Februar bis 27. März 1924 ein Hochverratsprozess durchgeführt

1923 November 15 Besprechung im Reichsjustizministerium über die Zuständigkeit im Strafverfahren wegen des Hitler-Putsches

1924 die Gebrüder Adolf und Rudolf Dassler gründen in Herzogenaurach die „Gebrüder Dassler Schuhfabrik“

1924 Januar 9 der Präsident der „Autonomen Pfalz“ Franz Josef Heinz-Orbis wird (auf Anweisung des bayerischen Staatskommissars für die Pfalz Regierungsdirektor Lorenz Wappes) in Speyer von Mitgliedern der Organisation des Kapitäns Ehrhardt erschossen

1924 Januar 24 die Turbinen des Walchenseekraftwerks liefern erstmals Strom. Der Bau des Kraftwerks, das den Höhenunterschied zwischen Walchensee und Kochelsee (200m) nutzt, geht auf Planungen von Oskar von Miller aus dem Jahr 1897 zurück. Dieser wollte vor allem die Elektrifizierung der bayerischen Eisenbahnen voranbringen. 1914 wurde der Plan erstmals im bayerischen Landtag besprochen. Im Juni 1914 stimmen Regierung und Parlament zu. Im 1. Weltkrieg werden die Planungen fortgesetzt und sind bis Ende 1916 beendet. 1918 beginnen die Bauarbeiten

1924 Februar 26 Eröffnung der Verhandlung im Hitlerprozess vor dem Volksgericht München durch Landgerichtsdirektor Neithardt. Urteilsverkündung am 1. April

1924 März 27 Aufhebung des Volksgerichts München I mit Wirkung vom 15. Mai und der übrigen Volksgerichte mit Wirkung vom 1. April 1924

1924 März 29 Konkordat zwischen Bayern und dem Heiligen Stuhl (Papst Pius XI.). Nachdem der Abschluss eines Reichskonkordats nicht zu realisieren war, kam der Regelung der kirchlichen Angelegenheiten durch Bayern und der Kurie Modellcharakter für weitere Länderkonkordate zu. Die Reichsregierung stellte fest, dass dieser erste völkerrechtliche Vertrag des Freistaats nicht im Widerspruch zur Weimarer Verfassung stehe. Das Konkordat beseitigte die alten Aufsichtsrechte des Staates und seine Beteiligung bei der Besetzung der Bischofssühle. Diözesangrenzen konnten nur noch mit Zustimmung des Staates verändert werden. Die finanziellen Ansprüche der Kirche wurden neu geregelt

1924 April 1 Urteilsverkündung im Hitlerprozess: Hitler erhält 5 Jahre Festungshaft

1924 Mai 4 Neuwahlen für den Reichstag

1924 Juni 28 Heinrich Held (1868-1938), Fraktionsvorsitzender der BVP wird als Nachfolger für den am 5. Mai zurückgetretenen Knilling bayerischer Ministerpräsident. Held bildet eine Regierung aus einer Koalition von BVP, Bauernbund und Deutschnationalen

1924 September 25 das Landgericht München bewilligt die vorzeitige Entlassung Hitlers auf Bewährung. Diese erfolgt trotz Widerspruch der Staatsanwaltschaft durch einen Beschluss des Obersten Landesgerichts vom 19. Dezember

1924 November 15 Verträge des Freistaats Bayern mit der Evangelisch-lutherischen Kirche rechts des Rheins und der Vereinigten protestantisch-evangelisch-christlichen Kirche in der Pfalz

1924 Dezember 20 Hitler wird aus der Haft in Landsberg entlassen

1925 das Schleusenwerk Kachlet an der Donau bei Passau wird in Betrieb genommen. 1928 folgt nach dem Aufstauen das Elektrizitätswerk; der Schuhfabrikant Friedrich Baur (1890-1965) gründet in Burgkunstadt, einem Zentrum der deutschen Schuhindustrie, einen Schuhversandhandel.

1925 Januar 15 der Landtag billigt das Konkordat und die zwei Verträge mit der evangelischen Kirche

1925 April 26 Paul von Hindenburg als Nachfolger des am 28. Februar 1925 verstorbenen Friedrich Ebert neuer Reichspräsident

1925 Mai 7 Eröffnung des von Elektropionier Oskar von Miller (1855-1934) geplanten (Grundsteinlegung 1906) „Deutschen Museums“ an seinem 70. Geburtstag. In der Folgezeit weist das Museum jährlich fast 1 Million Besucher auf . Bis heute ist es das größte Wissenschafts- und Technikmuseum der Welt

1926 Januar die bayerische Regierung legt eine Denkschrift über „die fortschreitende Aushöhlung der Eigenstaatlichkeit der Länder unter der Weimarer Verfassung“ vor

1927 Oktober 26 Gründung des Versandhauses “Quelle“ in Fürth durch Gustav Schickedanz (1895-1977).

1928 Mai 20 Reichstags- und Landtagswahlen. Bei den Landtagswahlen (BVP 46 Sitze, SPD 34 Sitze, Bayerischer Bauern- und Mittelstandsbund 17 Sitze, Deutschnationale 13 Sitze, NSDAP und Völkisch nationaler Block 9 Sitze, KPD 5 Sitze) wird die Regierung Held, eine Koalition aus BVP und Bauernbund, bestätigt. NSDAP und KPD verlieren Sitze. Bei den Reichstagswahlen erhält die NSDAP in Bayern 6,8 %, im Reich dagegen nur 2,6 %. Seit 1930 erzielt die NSDAP im Reich immer bessere Ergebnisse als in Bayern. Bei dieser Reichstagswahl zieht der kurz vorher in die NSDAP eingetretene letzte Befehlshaber des Infanterie-Leibregiments Franz Xaver Ritter von Epp (1868-1946) mit einem glänzenden Wahler-

gebnis in den Reichstag ein. Der Übertritt des streng katholischen und hoch angesehenen Münchner Bürgers und Militärexperten zur NSDAP, war für die weitere Entwicklung der Partei von großer Bedeutung

1929 der seit 1894 in München lebende Schriftsteller Thomas Mann (1875-1955) erhält den Literaturnobelpreis; der 60jährige Komponist Hans Pfitzner (1869-1949) verlegt seinen Wohnsitz nach München und erhält einen Lehrauftrag an der Staatlichen Akademie für Tonkunst. 1917 war in München seine Oper Palestrina, sein bis heute bekanntestes Werk, unter Bruno Walter uraufgeführt worden

1929 August 2/4 Reichsparteitag der NSDAP in Nürnberg mit 25.000 SA- und SS-Mitgliedern. Ritter von Epp, der inzwischen als Mitglied der NSDAP Reichstagsabgeordneter ist, veranstaltet mit Stahlhelm eine Heldengedenkfeier. Ehrengast ist der Kaisersohn Dr. Prinz August Wilhelm von Preußen. Heinrich Himmler tritt als neu ernannter „Reichsführer SS“ auf. Übergang der Hitlerpartei zur Massenorganisation. Bei anschließenden Schlägereien in der Nürnberger Innenstadt gibt es zwei Tote

1929 Oktober 24 New Yorker Börsenkrach. Weltwirtschaftskrise, verbunden mit dem Zusammenbruch vieler bayerischer Industrieunternehmen und hohen Arbeitslosenzahlen

1930 der aus München stammende Schriftsteller Lion Feuchtwanger (1884-1958) veröffentlicht seinen Roman „Der Erfolg. Drei Jahre Geschichte einer Provinz“, in dem er die von ihm selbst erlebten Jahre 1921-1924 in München schildert und in der Gestalt eines Robert Kutzner auch Hitler porträtierte

1930 Juni 30 Räumung des Rheinlandes durch die Franzosen

1930 Juli 30 das Kabinett Held verliert seine parlamentarische Mehrheit, nachdem der Bauernbund sich wegen des Streits um die Schlachtsteuer aus der Regierung zurückzieht. Am 20. August muss die Regierung, nachdem sie wegen der Schlachtsteuer die Vertrauensfrage gestellt hat, zurücktreten, bleibt aber geschäftsführend im Amt. Beginn des Systems der mit Notverordnungen arbeitenden permanenten Geschäftsregierung auch in Bayern

1930 September 14 Reichstagswahlen. Auf Grund der Weltwirtschaftskrise erhält die NSDAP aus dem Nichts 18% der Stimmen und wird mit 107 Abgeordneten zweitstärkste Fraktion

1931 Brand des Glaspalastes mit Verlust einer unersetzlichen Ausstellung deutscher romantischer Malerei; Hitler und die Parteizentrale der NSDAP ziehen in im Mai das 1930 gekaufte Barlow-Palais in der Münchner Brienerstrasse („Braunes Haus“) ein, am 4. Juli lässt die Staatsregierung das „Braune Haus“ von Landespolizei besetzen und beschlagnahmt Akten. Am 10. Juli wird durch Innenminister Karl Stützel (1872-1944; Innenminister seit 1924) ein allgemeines Umzugsverbot und Uniformverbot erlassen

1932 Werner Heisenberg (*1901 Würzburg, †1976 München) erhält den Physiknobelpreis.

1932 April 10 Wiederwahl von Hindenburgs zum Reichspräsidenten

1932 April 13 Verbot von SA und SS durch Notverordnung des Reichspräsidenten

1932 April 24 Landtagswahlen. Die NSDAP erringt 43 Sitze. Die BVP bleibt mit 45 Sitzen stärkste Partei. Ministerpräsident Held muss mangels Koalitionspartner geschäftsführend weiter mit Notverordnungen regieren

1932 Juli 31 Reichstagswahlen (Im Reich erhält die NSDAP 37,3 % der Stimmen, in Bayern 32,9 %). Mit 230 Sitzen wird die NSDAP die weitaus stärkste Fraktion im Reichstag. In Pirmasens erhielt die NSDAP über 60% der Stimmen, in Coburg und Rothenburg ob der Tauber über 58%

1932 November 6 nachdem der Reichstag dem Reichskanzler Papen das Misstrauen ausgesprochen hat, kommt es wieder zu Reichstagswahlen (Im Reich erhält die NSDAP 33,1 der Stimmen, in Bayern 30,5 %). Wegen des Rückgangs der NSDAP-Stimmen wird die BVP in Bayern wieder erste Kraft in Bayern. Mit der Ernennung des Reichswehrministers Kurt von Schleichers (1934 im Zusammenhang mit dem Röhmputsch von den Nationalsozialisten ermordet) am 2. Dezember 1932 zum Reichskanzler durch Hindenburg beginnt der Todeskampf der Weimarer Republik

1932 November 22 Tod von Ellen Ammann (BVP), Gründerin der katholischen Bahnhofsmision sowie des bayerischen Zweigs des Deutschen katholischen Frauenbunds. Mitglied des Verfassungsausschusses 1919 in Bamberg. Seit 1919 ununterbrochen im Landtag

1932 Dezember 19 Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung des inneren Friedens

1932/33 Winter die Verschuldung der Industrie, des Staates und der Kommunen wächst. Die (meist kurzfristigen) amerikanischen Darlehen werden auf Grund der Weltwirtschaftskrise seit 1929 gekündigt. Hohe Arbeitslosenzahlen. In Augsburg beträgt sie etwa 22% der Erwerbspersonen (im Baugewerbe 50%, im Maschinen- und Fahrzeugbau über 40%)

1933 Januar 30 Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler

1933 Februar 10 Thomas Mann hält im Audimax der Münchner Universität anlässlich des 50. Todestags von Richard Wagner einen Vortrag. Einen Tag danach machte er eine Vortragsreise ins Ausland und schließlich einen Winterurlaub in Arosa in der Schweiz. Er kehrte nicht mehr zurück. Als er von der Preußischen Akademie der Künste im März aufgefordert wurde, eine Treueerklärung gegenüber dem nationalsozialistischen Regime abzugeben, erklärte er seinen Austritt. Am 10. Mai, am Tag der Bücherverbrennung auf dem Königsplatz, wurde er aus dem Münchner Literaturbeirat ausgeschlossen. 1938 emigrierte Mann von der Schweiz in die Vereinigten Staaten. 1952 kehrte er in die Schweiz zurück, wo er 1955 starb

1933 Februar 27 Reichstagsbrand

1933 Februar 28 Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat („Reichstagsbrandverordnung“)

1933 März 9 der aus der bayerischen Pfalz stammende seit 30. Januar 1933 amtierende nationalsozialistische Reichsinnenminister Dr. Wilhelm Frick (1877-1946) übernimmt für die Reichsregierung wegen angeblicher „Beunruhigung der Bevölkerung“ und angeblicher „Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ nach § 2 der Verordnung zum Schutz von Volk und Staat für die Reichsregierung per Telegramm an Ministerpräsident Held alle Befugnisse zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Diese Befugnisse werden General Franz Ritter von Epp als Reichskommissar für Bayern übergeben. Dieser setzt noch am gleichen Tag den Gauleiter von München-Oberbayern Adolf Wagner zum kommissarischen Innenminister, Dr. Hans Frank zum kommissarischen Justizminister und den Reichsführer SS Heinrich Himmler zum kommissarischen Präsidenten der Polizeidirektion München ein

1933 März 14 der kommissarische Innenminister Adolf Wagner ernennt Heinrich Himmler zum Kommandeur der neu aufzubauenden „Bayerischen Politischen Polizei“. Diese rekrutiert sich zunächst aus der

politischen Abteilung (Abt. VI) der Polizeidirektion München, von der der überwiegende Teil der damals 194 Mitarbeiter übernommen wurde. Zum Leiter dieser Abteilung wird der Leiter des Sicherheitsdienstes (SD) der SS Reinhard Heydrich ernannt

1933 März 15 Held, der zunächst sowohl die im Telegramm vom 9. März angesprochene Gefährdungslage verneint und sich weigert, die Geschäfte an Epp zu übergeben, tritt auf massiven Druck hin als Ministerpräsident zurück. Der als Reichskommissar eingesetzte General Franz Ritter von Epp übernimmt am 16. März kommissarisch das Amt des bayerischen Ministerpräsidenten

1933 März 20 Heinrich Himmler kündigt die Einrichtung eines Konzentrationslagers bei Dachau an

1933 März 24 Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich (1. Ermächtigungsgesetz. Reichsgesetze können auch von der Reichsregierung beschlossen werden

1933 März 31 Gleichschaltung Bayerns mit dem Reich; Auflösung des bisherigen Bayerischen Landtags, in dem die NSDAP eine Minderheit bildete

1933 April 1 Ernennung Himmlers zum Kommandeur der Politischen Polizei Bayerns. Vom „Reichspropagandaleiter“ der NSDAP Joseph Goebbels organisierte SA-Leute hindern die Bevölkerung am Einkauf in jüdischen Geschäften. Der Boykott wird mit der „Greuelhetze“ der Juden im Ausland gegen das Deutsche Reich begründet

1933 April 7 Reichsgesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamten­tums. Nichtarische Beamte (nach der Durchführungsverordnung vom 11. April waren das alle, die einen jüdischen Großelternteil besaßen, also auch sogenannte Vierteljuden) sind in den Ruhestand zu versetzen. Auf Intervention des Reichspräsidenten von Hindenburg wurden diejenigen Beamte ausgenommen, die bereits vor dem 1. August 1914 verbeamtet waren oder die im Weltkrieg für Deutschland oder seine Verbündeten gekämpft hatten oder deren Väter oder Söhne im Weltkrieg gefallen waren. In der Folgezeit wurden ähnliche Beschränkungen auch für andere Berufsgruppen, Ehrenämtern, Ausbildungen u.s.w. angeordnet. Zahlreiche Vereine schließen nun jüdischen Mitglieder aus

1933 April 10 auf der Grundlage des 2. Gesetzes zur Gleichschaltung der Länder vom 7.4.1933 (Statthaltergesetz) wird Ritter von Epp vom Reichspräsidenten zum Reichsstatthalter in Bayern ernannt. Den Reichsstatthaltern oblag die Ernennung und Entlassung der Landesregierungen

1933 April 12 der von Epp zum Ministerpräsidenten ernannten Jurist Ludwig Siebert (1874-1942) bildet eine Regierung, behält das Finanzministerium. Das Außenministerium wird aufgelöst, Staatsrat Hermann Esser übernimmt die Leitung der neu errichteten Staatskanzlei. Adolf Wagner wird Staatsminister des Innern und Stellvertreter des Ministerpräsidenten. Dr. Hans Frank wird Staatsminister der Justiz und Hans Schemm Staatsminister für Unterricht und Kultus. Ministerpräsident Siebert war seit 1908 Bürgermeister der Stadt Rothenburg ob der Tauber und seit 1919 Oberbürgermeister von Lindau. Durch seinen Eintritt in die NSDAP im Jahre 1931 wurde er der erste Oberbürgermeister der NSDAP in Bayern

1933 April 28 einzige und letzte Versammlung des Bayerischen Landtags zur Annahme eines Landesermächtigungsgesetzes

1933 Mai 2 nach dem erstmals als staatlichen Feiertag gefeierten 1. Mai Verhaftung aller Gewerkschaftsführer

1933 Mai 10 Verbrennung von Büchern regimekritischer und jüdischer Autoren auf dem Münchner Königsplatz. Viele Schriftsteller und Intellektuelle, insbesondere jüdische Schriftsteller wie etwa Karl Wolfskehl (1869-1948), der Schwabinger Statthalter des Dichters und Denkers Stefan George (1868-1933) müssen emigrieren. Der am 17. Februar nach Österreich geflohene in Berg am Starnberger See geborene Schriftsteller Oskar Maria Graf (1894-1967), dessen Bücher (wie die des emigrierten Thomas Mann) nicht verbrannt wurden, fordert von Wien aus öffentlich in der „Arbeiterzeitung“ seine Bücher ebenfalls zu verbrennen

1933 Juni Verbot bzw. Auflösung aller nicht-nationalsozialistischen Parteien

1933 Juli 11 der SPD-Landtagsabgeordnete und spätere Ministerpräsident Wilhelm Hoegner (1887-1980), den die Nationalsozialisten seit 9. März mit Haftbefehl suchen, flieht über das Karwendelgebirge nach Österreich und später weiter in die Schweiz, von wo er 1945 nach München zurückkehrt

1933 September 29 Verkündung des Reichserbhofgesetzes

1934 Januar 30 endgültige Gleichschaltung der Länder mit dem Gesetz zum Neuaufbau des Reiches; Aufhebung der bayerischen Gesandtschaft in Berlin

1934 Februar 14 Aufhebung des Reichsrats. Das Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933, durch das der Reichstag die Gesetzgebungsgewalt für vier Jahre an die Reichsregierung abtrat, machte den Reichsrat und seine Teilnahme an der Gesetzgebung gemäß Art. 69 Reichsverfassung überflüssig. Vollständig funktionslos wurde der Reichsrat mit dem Gesetz über den Neuaufbau des Reichs vom 30. Januar 1934, das den Übergang der Hoheitsrechte an das Reich bewirkte. Der stimmführende Vertreter Bayerns beim Reichsrat (seit 1. Dezember 1932) und letzte bayerische Gesandte in Preußen, der Berufsoffizier und Ministerialrat Franz Sperr verlässt den Staatsdienst. In München, wo er als Privatunternehmer tätig ist organisiert er den Widerstand gegen den Nationalsozialismus (Sperr-Kreis) und wird 1945 hingerichtet

1934 April 20 Ernennung Himmlers zum Leiter der Geheimen Staatspolizei (Gestapo);

1934 Juni 11 vorläufige Entlassung des Landesbischofs der evangelischen Kirche Hans Meiser durch Reichsbischof Ludwig Müller

1934 Juni 30 Verhaftung der SA-Führung („Röhm-Putsch“) und Ermordung des SA-Führers Ernst Röhm in Stadelheim (Juli). Im Zusammenhang mit dem Putsch wurden neben zahlreichen SA-Führern auch Gustav von Kahr und der Staatsarchivrat Gerlich erschossen. In Berlin erschoss man Streicher, Gregor Strasser brachte sich selbst um. Ein am 3. Juli publiziertes Gesetz erklärte alle vollzogenen Maßnahmen (insgesamt wurden 85 Personen getötet) als Staatsnotwehr für rechtmäßig. Während die SA von der Landespolizei entwaffnet wurde, begann jetzt der Aufstieg der SS. Die SS-Leibstandarte sollte nun als selbständiges Regiment neben der Reichswehr aufgestellt werden. Der Führer des SS-„Totenkopf“-Wachbataillon des Konzentrationslagers Dachau Theodor Eicke, der bei den Erschießungen eine führende Rolle gespielt hatte, wurde Inspekteur aller Konzentrationslager und Führer der KZ-Wachverbände („Totenkopfverbände“) und SS-Gruppenführer. Die von Röhm eingerichteten SA-Sonderbevollmächtigten bei den Verwaltungsbehörden wurden von Reichsinnenminister Frick am 10. Juli abgeschafft

1934 August 2 Reichspräsident Hindenburg stirbt mit 86 Jahren. Hitler reißt das Reichspräsidentenamt an sich und macht sich zum „Führer und Reichskanzler“. Die Reichswehr wird auf ihn vereidigt

1934 Heiligsprechung des Altöttinger Kapuziners Konrad von Parzham (geb.: 1818 in Griesbach); Schließung der bayerischen Gesandtschaft beim Hl. Stuhl, die seit 1803 als ständige Einrichtung bestand

1935/36 Carl Orff komponiert die szenische Kantate „Carmina Burana“

1935 Juni 26 Einführung der Arbeitsdienstpflicht (Gesetz für den Reichsarbeitsdienst). Der aus Parsberg in der Oberpfalz (bei Neumarkt) stammende ehemalige Generalstabsoffizier Konstantin Hierl (1875-1955), der Hitler schon seit 1920 kannte und 1929 in die Partei eintrat, wird „Reichsarbeitsführer“ und Leiter des „Reichsarbeitsdienstes“ (RAD). Hierl ist von Hitler 1933 zunächst zum Staatssekretär im Reichsarbeitsministerium und dann ein Jahr später zum „Reichskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst“ ernannt worden

1935 August München erhält den Titel „Hauptstadt der Bewegung“

1935 September 13 auf dem Nürnberger „Reichsparteitag der Freiheit“ werden die berüchtigten „Nürnberger Gesetze“ beschlossen, nämlich das „Reichsbürgergesetz“ und das „Gesetz zum Schutz des deutschen Bluts und der deutschen Ehre“ (Blutschutzgesetz). Im Reichsbürgergesetz, das neben der Staatsangehörigkeit noch die Staatsbürgerschaft einführt, sowie in der ergänzenden Verordnung vom 14. November 1935 wird festgelegt, dass Juden keine Bürger des Reichs sein konnten. Alle politischen oder ehrenamtlichen Betätigungen werden untersagt. Das Blutschutzgesetz untersagte alle „rassischen Mischehen“ sowie den „außerehelichen Geschlechtsverkehr zwischen Juden und deutschen Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes“. Juden dürfen keine Hausangestellte unter 45 Jahren mehr beschäftigen. In ergänzenden Verordnungen wird festgelegt, dass Juden keine öffentlichen Verkehrsmittel, keine Schwimmbäder oder Bibliotheken und keine öffentlichen Konzerte mehr besuchen dürfen. Das Einkaufen wird auf bestimmte Geschäfte und auf bestimmte Zeiten beschränkt. In München waren die Schüler schon ab 14. Mai 1933 vom Besuch der städtischen Schulen ausgeschlossen. Das Reichsbürgergesetz und das Blutschutzgesetz sowie die folgenden Ausführungsverordnungen machen bei den Rechtsfolgen einen Unterschied zwischen den grundsätzlich von allen Sanktionen betroffenen Volljuden

und Dreivierteljuden (Geltungsjuden) auf der einen Seite und den Vierteljuden (eine jüdische Großmutter) und den Halbjuden (Mischlingen mit einem jüdischen Elternteil) auf der anderen Seite

1935 das 1919 aus preußischen und bayerischen Gebietsteilen gebildete Saarland kommt an das Reich zurück

1935 März 5 der Volksschullehrer Hans Schemm, Gauleiter von Oberfranken, der Oberpfalz und Niederbayern (Ostmark) und bayerischer Kultusminister, Gründer des nationalsozialistischen Lehrerbundes, stirbt bei einem Flugzeugabsturz

1935 August 1 auf Betreiben von Fritz Reinhardt, seit 1933 Staatssekretär im Reichsfinanzministerium wird in Herrsching eine Reichssteuerschule gegründet. Reinhardt betrieb schon seit 1924 in Herrsching eine Deutsche Fernhandelsschule, die dann 1929 in eine Rednerschule der NSDAP umgewandelt wurde. 1928-1930 war Reinhardt Gauleiter von Oberbayern. Die dann in im Kasernenstil errichtete Reichsfinanzschule als Nachfolgeinstitution der Reichssteuerschule wurde am 15. September 1937 nach nur einjähriger Bauzeit eröffnet

1936 Februar Eröffnung der IV. Olympischen Winterspiele in Garmisch Partenkirchen

1936 Juni 20 das kirchenfeindliche bayerische Gesetz über die Senkung der Staatsleistungen für kirchliche Zwecke, das auf die Initiative Wagners zurückgeht, begrenzt den staatlichen Zuschuss auf einen bestimmten Betrag pro „Bekennnisgenosse“. Dieser Betrag sollte jährlich sinken

1936 August 15 Gauleiter und Innenminister Adolf Wagner richtet eine „Oberste Theaterbehörde in Bayern“ beim Innenministerium ein, nachdem er sich vorher von Hitler die Zuständigkeit für Kunst und Theater in Bayern, die beim Kultusministerium lag, hatte übertragen lassen. Mit Führererlass vom 28.11.1936 wurde Wagner ab 1.12.1936 mit der Leitung des Ministeriums für Unterricht und Kultus beauftragt. Das Ministerium war vakant, seit am 5.3.1935 der bayerische Kultusminister Schemm bei einem Flugzeugabsturz ums Leben gekommen war

1937 In München findet in der Galeriestrasse die Ausstellung „Entartete Kunst“ statt

1937 April 1 der Rechnungshof des Deutschen Reichs nimmt an Stelle des Bayerischen Obersten Rechnungshofs seine Prüfungstätigkeit in der Außenabteilung München auf

1937 Juli 7 Nürnberg erhält den Titel: „Stadt der Reichsparteitage“

1937 Dezember 1 Gleichschaltung der Jugendorganisation mit dem Gesetz über die Hitlerjugend; Entlassung klösterlicher Lehrkräfte an staatlichen Volksschulen

1937 März 4 die in Bayern unter der Hand verbreitete päpstlichen Enzyklika „Mit brennender Sorge“ wendet sich gegen das NS-Regime

1937 September 25 Empfang Mussolinis in München bei seinem Staatsbesuch

1938 März 13 „Anschluss“ Österreichs, Angliederung österreichischer Gemeinden an Bayern

1938 Mai bei den Granitsteinbrüchen im oberpfälzischen Flossenbürg wird ein Konzentrationslager eingerichtet

1938 Juni 9 die Münchner „Neue Hauptsynagoge“ (beim Kaufhaus Oberpollinger in der Herzog-Max-Straße) wird „aus verkehrstechnischen Gründen“ abgerissen

1938 Juni 13 Abriss der evangelischen Münchner Matthäuskirche, angeblich wegen Ausbaus der Sonnenstraße

1938 August 10 auf Befehl des Gauleiters Julius Streicher wird die große Nürnberger Synagoge und das angrenzende Gemeindehaus zerstört

1938 September 29 Unterzeichnung des „Münchner Abkommens“ zwischen Hitler, Mussolini, Chamberlain und Daladier über die Besetzung des Sudetenlandes. Gebietsgewinne für den Regierungsbezirk Niederbayern-Oberpfalz (Landkreise Bergreichenstein, Markt Eisenstein und Prachatitz; 1945 wieder zurück)

1938 November 9/10 „Reichskristallnacht“ (Ausschreitungen gegen jüdische Institutionen und Personen), von Reichspropagandaminister Joseph Goebbels von München aus organisiert

1938 November 12 „Verordnung über die Sühneleistung der Juden deutscher Staatsangehörigkeit“, die allen Juden einen Sühnebetrag von insgesamt 1 Milliarde Mark auferlegte. Begründet wird diese Sühneleistung mit dem Attentat des Juden Herschel Grünspan auf den deutschen Legationssekretär vom Rath am 7. November. Die Juden müssen zunächst 20%, dann 25% ihres Vermögens abgeben

1938 Dezember 3 Verordnung über den Einsatz jüdischen Vermögens. Dient der Eindämmung der wilden Arierisierungen. (“Dem Inhaber eines jüdischen Gewerbebetriebs kann aufgegeben werden, den Betrieb binnen einer bestimmten Frist zu verkaufen oder abzuwickeln...Der Nutzen aus der Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben kommt allein dem Reiche zu“)

1939 Januar 1 auf Grund einer Verordnung des Reiches vom 17. August 1938 müssen alle Juden im Rechts- und Geschäftsverkehr und in ihren Ausweisdokumenten die Vornamen Israel bzw. Sarah führen

1939 Februar 21 Reichsverordnung : Innerhalb von zwei Wochen müssen die Juden alle Gegenstände in Gold und Silber (außer Eheringen) sowie Edelsteine und Perlen an öffentliche Stellen abliefern

1939 März Schließung der katholisch-theologischen Fakultät der Universität München durch Gauleiter und Kultusminister Adolf Wagner

1939 März 4 dem aus einer Karlsruher jüdischen Familie stammenden Chemiker, Münchner Universitätsprofessor (1916-1924) und Nobelpreisträger von 1915 Richard Willstätter (1912-1942) gelingt angesichts einer drohenden Verhaftung die Flucht in die Schweiz. Er verliert seinen gesamten Besitz

1939 September 1 Beginn des Zweiten Weltkriegs mit dem deutschen Einmarsch in Polen

1939 Oktober 25 Einweihung des Flughafens München-Riem; er löst den bisherigen Münchner Verkehrsflughafen auf dem Oberwiesenfeld ab

1939 November 8 das Bombenattentat des Schreinermeisters Georg Elser (am 9. April 1945 im KZ Dachau ermordet) auf Hitler und die NS-Elite im Münchner Bürgerbräukeller scheitert

1940 März 10 erster Angriff britischer Bomber auf München

1940 November 15 Zerstörung der englischen Industriestadt Coventry als „Vergeltung“ für einen Angriff auf München am 8. November

1941 April 25 Erlass des Gauleiters von München-Oberbayern und bayerischen Ministers für Unterricht, Adolf Wagner, Kreuzfixe aus Schulräumen zu entfernen. Später wieder auf Druck Hitlers zurückgenommen

1941 September Juden müssen in der Öffentlichkeit einen gelben Judenstern tragen

1941 Oktober Beginn der Deportation der bayerischen Juden

1941 November 20 Aus der „Judensiedlung Milbertshofen“ werden 1000 Juden nach Litauen deportiert und dort erschossen. Weitere Deportationen nach Theresienstadt und Auschwitz folgen. Von den über 10.000 Münchner Juden überleben nur 300 das 3. Reich

1942 März 22 in einem Hirtenbrief kritisiert Kardinal Faulhaber den staatlichen „Kampf gegen Christentum und Kirche“

1942 Juni für den erkrankten Adolf Wagner wird Paul Giesler (1895-1945), Gauleiter von Westfalen-Süd geschäftsführender, nach Wagners Tod 1944 offizieller Gauleiter in München-Oberbayern, geschäftsführender Innen- und Kultusminister sowie Reichsverteidigungskommissar. Nach dem Tode des Gauleiters Adolf Wagner am 12.4.1944 tritt er auch dessen Nachfolge als Gauleiter und Innenminister an

1942 November 2 Paul Giesler übernimmt alle Regierungsämter nach dem Tod (1. November) des bayerischen Ministerpräsidenten, Finanz- und Wirtschaftsminister Ludwig Siebert. Am 10.4.1944 wird er offiziell zum Ministerpräsidenten und zum Finanzminister ernannt

1943 Februar/April Verurteilung und Hinrichtung der Mitglieder der Widerstandsgruppe „Weiße Rose“

1944 Februar 25/26 Angriff amerikanischer Bomberverbände auf die Augsburgers Messerschmittwerke, am nächsten Tag zwei Angriffe britischer Bomberverbände auf die Stadt selbst. Der Angriff fordert 730 Tote und viele Verletzte. Das Rathaus und damit der Goldene Saal werden vernichtet

1944 Juli 12 der Gauleiter des „Traditionskaus“ München-Oberbayern und bayerischer Innen- und Kultusminister Adolf Wagner (*1899), Teilnehmer am Hitlerputsch, stirbt

1944 Juli Verhaftungswelle nach dem gescheiterten Bombenattentat von Oberst Graf Claus von Stauffenberg vom 20. Juli. Die Familie des Kronprinzen Rupprecht wird in Sippenhaft genommen. Der Kreisauer Kreis (Widerstandsgruppe um Helmuth James Graf Moltke, die im Christentum die Basis für die sittliche und politische Erneuerung Deutschlands nach dem Sturz des Regimes sieht, benannt nach dem Gut Kreisau), der in München Verbindung zum Jesuitenpater Alfred Delp hat, bricht zusammen. Delp wird verhaftet und am 2. Februar 1945 hingerichtet. Zu Delps Gesprächskreis in Bogenhausen gehörte der am 23. Januar 1945 hingerichtete ehemalige bayerische Gesandte in Berlin Franz Sperr, der am 14. September 1944 hingerichtete Kaplan Hermann Josef Wehrle und der am 20. Oktober 1944 hingerichtete Legationsrat Eduard Brücklmeier. Als Mitverschwörer von Claus Schenk Graf von Stauffenberg wird in Berlin-Plötzensee am 26. August Ludwig Freiherr von Leonrod erhängt. Stauffenberg und Leonrod waren ehemals Mitglieder des in Bamberg stationierten 17. Reiterregiments, zu dem auch Roland von Hösslin, Rudolf Graf von Marogna-Redwitz und Karl Freiherr von Thüngen gehörten, die ebenfalls hingerichtet werden

1945 März 16 Weitgehende Zerstörung Würzburgs durch einen Bombenangriff

1945 April Einheiten der amerikanischen 3. und 7. Armee besetzen Bayern.

1945 April 24 nach dem Fall Ulms überqueren Einheiten der 7. amerikanischen Armee die Donau und stoßen ohne größere Widerstände nach Süden vor. Am 26. April erreichen die Amerikaner Memmingen und Mindelheim, am 27. April Kempten und Landsberg, am 28. April Augsburg und Füssen, am 29. April Weilheim und Garmisch-Partenkirchen und schließlich am 30. April München. München ist zu 70% zerstört

1945 April 25 der Obersalzberg mit Hitlers Berghof wird bombardiert und zerstört

1945 April 26 10.000 Häftlinge werden vom KZ Dachau aus nach Süden getrieben. Davon kommen etwa 1000 ums Leben

1945 April 27/28 die „Freiheitsaktion Bayern“, eine Gruppe von etwa 430 Soldaten und Zivilisten unter Führung des Hauptmanns Rupprecht Gerngroß besetzt kurzzeitig die Sender Freimann und Erding im Norden Münchens und verkündet, dass die Freiheitsaktion die Regierungsgewalt in Bayern übernommen habe. Sie ruft die Bevölkerung zum Aufstand gegen die nationalsozialistischen Funktionäre auf („Fasanenjagd“). Der Freiheitsaktion gelingt es nicht, wie geplant, Reichsstatthalter Ritter von Epp zur Verkündung einer Sonderkapitulation zu bewegen oder Gauleiter Giesler auszuschalten, der die Niederschlagung des Putsches veranlasst

1945 April 28 „Penzberger Mordnacht“. 16 Penzberger Frauen und Männer werden durch Wehrmachts- und Werwolveinheiten erschossen oder aufgehängt, nachdem einige von ihnen einem Aufruf der „Freiheitsaktion Bayern“ folgend, den NS-Bürgermeister abgesetzt hatten; in Altötting läßt der Landrat Josef Kehrer Parteifunktionäre festnehmen. Nach dem Eingreifen von Wehrmachts- und SS-Einheiten werden der Landrat und mehrere Altöttinger Bürger erschossen

1945 April 29 Kapitulation der deutschen Italienarmee.

1945 April 30 Truppen der 7. U.S.-Armee besetzen München; Selbstmord Hitlers in Berlin, der Reichsadmiral Dönitz als seinen Nachfolger einsetzt

1945 Mai 4 Teilkapitulation der Deutschen Wehrmacht für Bayern und Süddeutschland, das „Führersperrgebiet“ am Obersalzberg wird kampfflos den amerikanischen Truppen übergeben

1945 Mai 8 bedingungslose Kapitulation Deutschlands

1945 Mai 10 Radio München nimmt unter amerikanischer Leitung seine Sendungen wieder auf.

1945 Mai 11 der Jesuit Pater Rupert Mayer stirbt, nachdem er während einer Predigt in der Michaelskirche einen Gehirnschlag erlitten hatte. Der schwer kriegsbeschädigte Rupert Mayer, Präses der Marianischen Männerkongregation, gehörte zu den schärfsten Kritikern des Nazi-Regimes und wurde mehrfach verhaftet und 1939 nach einer nochmaligen Verhaftung und Verbringung in das Konzentrationslager Sachsenhausen bei Berlin wegen seines Gesundheitszustands entlassen und in Kloster Ettal interniert

1945 Mai 28 die Amerikaner ernennen den letzten BVP-Vorsitzenden Dr. Fritz Schäffer zum vorläufigen Ministerpräsidenten

1945 Juni 17 bis August 2 Potsdamer Konferenz der Siegermächte

1945 Juni 29 Beginn des Aufbaus einer bayerischen Polizei (Landpolizei unter Präsident Michael Freiherr von Godin)

1945 September 19 in der Proklamation Nr. 2 der U.S.-Militärregierung wird die Staatlichkeit Bayerns anerkannt. Innerhalb der amerikanischen Zone werden noch die „Staaten“ Großhessen, Württemberg-Baden gegründet, zu Bayern gehört jetzt auch die bisherige thüringische Enklave Ostheim vor der Rhön. Lindau und die Pfalz gehören zur französischen Besatzungszone

1945 September 28 die U.S.-Militärregierung setzt Schäffer ab und ernennt den Sozialdemokraten Dr. Wilhelm Hoegner zum Ministerpräsidenten

1945 Oktober 6 die „Süddeutsche Zeitung“ erhält als eine der ersten deutschen Zeitungen in der amerikanischen Besatzungszone die Druck-erlaubnis. Inhaber der Lizenz und Verleger sind Edmund Goldschagg (1866-1971), Franz Josef Schoeningh (1902-1960) und August Schwingenstein (1881-1968). In einem Festakt wird der Bleisatz von Hitlers „Mein Kampf“ eingeschmolzen und daraus die ersten Druckplatten für die Zeitung gegossen. Wegen Papiermangels erscheinen zunächst nur zwei bis drei Ausgaben pro Woche. Ab 19. September 1949 erscheint die „Süddeutsche Zeitung“, die sich zu einer der größten Nachrichtenblätter Deutschlands entwickelt, täglich

1945 Oktober 9 General George S. Patton (*1885) wird als Oberkommandierender der 3. Armee und Militärgouverneur von Bayern durch General Muller abgelöst. Am 9. Dezember 1945, einen Tag vor seiner geplanten Rückkehr in die USA, wird er bei einem Verkehrsunfall schwer verletzt und starb am 21. Dezember

1945 Oktober 10 erste Sitzung des auf Initiative der amerikanischen Besatzung geschaffenen Länderrats der Ministerpräsidenten der zur amerikanischen Besatzungszone gehörenden Ländern Bayern, Groß-Hessen, Württemberg-Baden (später kam noch Bremen dazu) in der Villa Reitzenstein in Stuttgart

1945 Oktober/November der seit 28. September amtierende Ministerpräsident Wilhelm Hoegner gibt Prof. Eduard Ege den Auftrag zur Gestal-

tung eines neuen Staatswappens. Die amerikanische Militärregierung untersagt die offizielle Verwendung

1945 November Beginn der Nürnberger Prozesse gegen die Hauptbeschuldigten des NS-Regimes (bis 1. Oktober 1946; siehe 16. Oktober)

1946 Januar 8 nach einer ersten Gründung in München am 14. August 1945 schließen sich die lokalen Gründungen der CSU zu einem Landesverband zusammen. Erster Landesvorsitzender (bis 1949) wird der aus Oberfranken stammende Josef Müller („Ochsensepp“) (1898-1979), Anführer des liberal-konservativen-nationalen Flügels der CSU

1946 Januar 27 erste Kommunalwahlen in Bayern seit 1929 (in Gemeinden unter 20.000 Einwohnern)

1946 Februar 5 die U.S.-Militärregierung erteilt Ministerpräsident Hoegner den Auftrag, einen Verfassungsausschuss zur Erarbeitung einer Verfassung zu berufen

1946 Februar 21 ein von Hoegner mit Gesetz vom 1. Februar 1946 berufener „Bayerischer Beratender Landesausschuss“ mit 80, später 130 Mitgliedern als repräsentativer Querschnitt der Bevölkerung tritt zusammen. Trotz zweier weiterer Sitzungen bleibt das Gremium ohne Bedeutung und wird später durch die Verfassungsgebende Landesversammlung abgelöst

1946 März 3 der von den Amerikanern gewünschte und von Hoegner berufene „vorbereitende Verfassungsausschuss“ zur Ausarbeitung eines Verfassungsvorschlags tritt erstmals zusammen. Ihm gehören neben Hoegner die SPD-Staatsminister Seifried und Roßhaupter, der Minister Schmitt (KPD), die Staatssekretäre Hans Ehard und Anton Pfeiffer (jeweils CSU), der Münchner Oberbürgermeister Karl Scharnagl (CSU) sowie der Münchner 2. Bürgermeister Thomas Wimmer (SPD) an. Als besonderer Sachverständiger wirkte noch der Professor für Verfassungsrecht Hans Nawiasky mit. Hoegner legt dem Ausschuss einen eigenen Entwurf vor. Daraus entsteht in 14 Sitzungen bis zum 3. Mai ein Vorentwurf mit 140 Artikeln

1946 April 28 Kreistagswahlen

1946 Frühjahr die Gebrüder Wilhelm und Georg Schaeffler gründen in Herzogenaurach mit zwei Partner die Industrie-GmbH, aus der sich nach der Erfindung des Nadelkäfigs durch Georg Schaeffler die Indu-

strie Nagellager (INA) und einer der größten Automobilzulieferungsfirmen Deutschlands entwickelte. 2001 übernahm die Schaeffler AG die FAG Kugelfischer Schweinfurt. Durch die kostspielige Übernahme der Continental-AG im Jahre 2008 kam der Konzern in Schwierigkeiten

1946 Mai 11 Errichtung eines Landeserkennungsamtes (seit 1952 Landeskriminalamt)

1946 Juni 11 mit der Ernennung von Felix Buttersack zum Chefredakteur geht die Programmgestaltung beim Bayerischen Rundfunk im Wesentlichen von den Amerikanern in deutsche Hände über

1946 Juni 30 Wahlen zur Verfassungsgebenden Landesversammlung (die ersten freien landesweiten Wahlen seit 1932), CSU 109 Sitze, SPD 51, KPD 8, Wirtschaftliche Aufbauvereinigung 8, FDP 4

1946 Juli 15 die Verfassungsgebende Landesversammlung tritt erstmals zusammen. Sie wählt einen Verfassungsausschuss mit 21 Mitgliedern, der in 37 Sitzungen dem Verfassungsentwurf seine endgültige Gestalt gibt. In beratender Funktion ist auch der Staatsrechtsprofessor Hans Nawiasky, der 1933 in die Schweiz emigrieren musste, im Ausschuss tätig

1946 September 12 im Plenum der Verfassungsgebenden Landesversammlung wird das Amt eines bayerischen Staatspräsidenten mit 85 zu 84 Stimmen abgelehnt. Innerhalb der CSU stimmt die Gruppe um Dr. Josef Müller gegen eine entsprechende Verfassungsbestimmung

1946 September 20 das Plenum der Verfassungsgebenden Landesversammlung nimmt den Verfassungsentwurf mit großer Mehrheit an

1946 Oktober 16 nach den 12 Todesurteilen des internationalen Militärgerichtshofes im Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vom 1. Oktober werden im Nürnberger Justizgefängnis 10 verurteilte Personen hingerichtet. Der verurteilte Göring hatte kurz vorher durch eine Zyankalikapfel Selbstmord begangen. Martin Bormann war in Abwesenheit verurteilt worden. Hingerichtet werden mit dem Strang der aus der bayerischen Pfalz stammende ehemalige Reichsinnenminister Dr. Wilhelm Frick, der ehemalige bayerische Justizminister (1933/34) und späterer Chef des Generalgouvernements Hans Frank, der Generaloberst im Oberkommando der Wehrmacht Alfred Jodl, der Chef der Sicherheitspolizei der SS Ernst Kaltenbrunner, der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel,

der ehemalige Reichsaußenminister Joachim von Ribbentrop, der „Ideologe“ der NSDAP und seit 1941 Reichsminister für die besetzten Ostgebiete Alfred Rosenberg, der aus Haßfurt stammende Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz (seit 1942) Fritz Sauckel, der Reichsstatthalter in Österreich (1938/39) und seit 1940 Reichskommissar für die besetzten niederländischen Gebiete Arthur Seyß-Inquart sowie der Gauleiter des Gaus Mittelfranken (seit 1935 Franken) und 1940 von allen Parteiämtern abgesetzte glühende Antisemit (Zeitschrift „Der Stürmer“) Julius Streicher

1946 November 11 Errichtung einer Landeszentralbank in München (in Kraft seit 1. Januar 1947). 1957 wird sie zur unselbständigen Hauptverwaltung der Bundesbank für Bayern

1946 Dezember 1 Landtagswahlen in Bayern (180 Abgeordnete: CSU 104 Sitze, SPD 54, Wirtschaftliche Aufbauvereinigung 13, FDP 9) und Abstimmung über die Verfassung

1946 Dezember 2 die von den Beratern der amerikanischen Besatzungsmacht stark beeinflusste Bayerische Verfassung tritt in Kraft. Sie sieht neben dem Landtag noch einen Senat mit beratenden Funktionen vor. Sie lässt die Popularklage gegen verfassungswidrige Normen zu und sieht vor, dass nur die Parteien Sitze im Landtag erhalten sollen, die in einem der Regierungsbezirke mindestens 10% der Stimmen haben (seit 1973: 5% bezogen auf das gesamte Staatsgebiet)

1946 Dezember 21 der neue Landtag wählt den CSU-Politiker Hans Ehard (1887-1980) zum Ministerpräsidenten, Kultusminister wird Alois Hundhammer (1900-1974). In seiner Schulpolitik begünstigt er die Konfessionsschulen und kommt so in Konflikt mit der amerikanischen Besatzungsmacht

1946/47 Hungerwinter. Die Kältewelle beeinträchtigt die Versorgung der Bevölkerung, insbesondere mit Heizmittel

1947 Erlangen wird Sitz der Siemens-Reiniger-Werke

1947 Juni 5/6 Konferenz der Ministerpräsidenten aller deutscher Länder bzw. deren Stellvertreter in München. Die auf Anregung von Ministerpräsident Hans Ehard einberufene Konferenz scheiterte schon an der Tagesordnung. Die Ministerpräsidenten der Sowjetischen Besatzungszone reisten schon am 6. Juni wieder ab

1947 September 20 bis 1950 Dezember 18 2. Kabinett Ehard (CSU) nur mit Ministern der CSU

1948 Rudolf Dassler gründet in Herzogenaurach die Sportschuhfabrik Puma

1948 Februar 26 in München wird (als Nachfolgerin der 1911 gegründeten Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften) die Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften begründet (Präsident Otto Hahn). Die Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft (2019: 86 rechtlich nicht selbständige Institute) hat ihren Sitz in München, juristischer Sitz ist seit 1992 Berlin

1948 Juni 20 Währungsreform. In den westlichen Besatzungszonen wird die Reichsmark durch die deutsche Mark ersetzt. Das Umtauschverhältnis beträgt 10 zu 1. Jeder Bürger erhält einen „Kopfbetrag“ von 40 DM gegen 40 Reichsmark. Löhne, Mieten und Renten werden 1:1 umgestellt. Die Rationierung wichtiger Güter und die Preisbindung werden zum größten Teil aufgehoben. Durch die Währungsreform (Abwertung von festverzinslichen Wertpapieren) werden viele Stiftungen, die schon in der Inflation 1923 schwer getroffen wurden, vernichtet. Damit werden den Kommunen neue Fürsorgeaufgaben aufgebürdet

1948 Juli 1 die alliierten Militärgouverneure überreichen den westdeutschen Ministerpräsidenten die so genannten „Frankfurter Dokumente“, die den Auftrag zur Bildung eines Weststaates und zur Erstellung einer Verfassung enthielten. Diese war das Ergebnis der Londoner Konferenz (23. Februar bis 2. Juni 1948), an der neben den westlichen Alliierten USA, Englands und Frankreichs auch Vertreter der Beneluxstaaten teilnahmen

1948 August 10-23 Verfassungskonvent auf der Insel Herrenchiemsee. Nachdem am 1. Juli 1948 die Ministerpräsidenten und regierenden Bürgermeister der drei westlichen Besatzungszonen durch die Frankfurter Dokumente der Besatzungsmächte den Auftrag erhalten hatten, eine verfassungsgebende Versammlung einzuberufen, versammelte sich nach Einladung durch Ministerpräsident Ehard im alten Schloss Herrenchiemsee ein Gremium von Sachverständigen, das den Entwurf eines Grundgesetzes erarbeiten sollte. Die Vertreter Berlins nahmen in beratender Form teil. Der damals beschlossene Entwurf war die Grundlage der Beratungen des am 1. September 1948 in Bonn zusammengetretenen Parlamentari-

schen Rats, der am 8. Mai 1949 das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland verabschiedete

1948 Oktober 10 Verabschiedung des bayerischen Rundfunkgesetzes. Am 23. Januar 1949 geht die Verwaltung des Bayerischen Rundfunks vollständig in deutsche Hände über

1949 die Auto Union GmbH (vorher Auto Union AG Chemnitz) in Ingolstadt neu gegründet. Produktion von Fahrzeugen mit der Marke DKW; das Institut für Zeitgeschichte mit Sitz in München als Gemeinschaftseinrichtung von Bund und mehreren Ländern gegründet

1949 Februar München wird Zentrale und wichtigster Standort des Siemenskonzerns (Siemens & Halske), der wegen der Berlin-Blockade Berlin verlässt. In der Folgezeit wird Siemens zum wichtigsten Arbeitgeber in München

1949 April 1 Erlangen wird wegen der Berlin-Blockade Verwaltungshauptsitz der Siemens-Schuckertwerke. In der Folgezeit entwickelt sich Erlangen zum größten Siemensstandort weltweit (23.000 Mitarbeiter 2020). Bedeutend ist dort vor allem die Medizintechnik.

1949 Mai 8 das Grundgesetz (in Kraft getreten am 23. Mai) wird im Parlamentarischen Rat angenommen. Trotz des auf bayerischen Druck hin eingeführten Bundesrats war für die bayerische Regierung unter Hans Ehard das Grundgesetz nicht föderalistisch genug, insbesondere was die Finanzverfassung betraf („Nein zum Grundgesetz, ja zu Deutschland“)

1949 Mai 10 der Bayerische Landtag lehnt das Grundgesetz ab (Von 174 Abgeordneten stimmten 64 mit Ja, 101 mit Nein). Gleichzeitig wurde die Rechtsverbindlichkeit des Dokuments für Bayern festgestellt. Juristisch war die Ablehnung des Grundgesetzes bedeutungslos, da durch die Zustimmung von 2/3 der Länder das Grundgesetz auch für Bayern in Kraft treten konnte (23. Mai)

1949 August 18 Adolf Dassler (†1978) gründet in Herzogenaurach die Sportschuhfabrik Adidas

1949 September 8 in seinem Landhaus in Garmisch stirbt der 1864 in München geborene Komponist und Dirigent Richard Strauß. Seine Opern, wie etwa „Salome“ (Uraufführung 1905) machten ihn weltberühmt. Meh-

rere Libretti seiner Opern stammen von Hugo von Hofmannsthal (Elektra 1909, Rosenkavalier 1911, Ariadne auf Naxos 1912, Die Frau ohne Schatten 1919, Arabella 1933). Unter seinen Tondichtungen sind vor allem „Also sprach Zarathustra“ (1896) und „Eine Alpensymphonie“ (1911-1915) zu nennen

1949 Oktober 1 das 1877 in Berlin gegründete Reichspatentamt wird als „Deutsches Patentamt“ in München wieder eröffnet. 1959 erhält es ein eigenes Gebäude

1949 November 16 zwei Monate nach der Konstituierung der Bundesorgane, beruft Ministerpräsident Ehard Ernst Rattenhuber (1887-1951) zum Bevollmächtigten bei der Bundesregierung. Rattenhuber war 1945 Mitbegründer der CSU und des Bayerischen Bauernverbandes. 1945 baute er aus eigener Initiative die genossenschaftliche Milchversorgung Münchens auf und wurde schon am 9. Mai 1945 von der amerikanischen Militärregierung zum Direktor des Bayerischen Landesamts für Ernährung und Landwirtschaft ernannt. Zusammen mit Schäffer wird er von der amerikanischen Militärregierung am 28. September 1945 entlassen, 1947-1949 ist er Vorsitzender der Arbeitgeberverbände in der Bizone

1950 Landesanstalt für Aufbaufinanzierung (LfA) zur finanziellen Förderung von Betrieben gegründet; nach dem Verlust ihrer 1805 im schlesischen Langenbielau und dann an anderen Standorten gegründeten Werke in Schlesien verlegt 1945 die zu einem großen Teil der Familie Dierig gehörende Dierig AG (heute Dierig Holding AG) ihren Hauptsitz nach Augsburg. Vor dem 2. Weltkrieg war die Dierig AG das größte Baumwollunternehmen Europas. In Augsburg, wo man schon seit 1918 tätig war, arbeiteten 1950 schon wieder 3500 Beschäftigte. In der Folgezeit entwickelt sich die Dierig AG zum größten Textilunternehmen Deutschlands

1950 November 26 Landtagswahlen (204 Abgeordnete: CSU 64, SPD 63, FDP 12, Bayernpartei 39, BHE/DG 26)

1950 Dezember 18 - 1954 Dezember 14 drittes Kabinett Ehard (CSU) unter Beteiligung der SPD

1951 Mai 31 Gründung der Bayerischen Bereitschaftspolizei

1952 Januar 25 Bayerische Gemeindeordnung tritt in Kraft

1952 März 10 Bundesgesetz über die Errichtung einer Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in Nürnberg (seit 1969: Bundesanstalt für Arbeit).

1952 die Firma Grundig (Fürth) stellt den millionsten Rundfunkempfänger her

1953 die Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg (MAN) beschäftigt im Werk Augsburg über 8000 Mitarbeiter mit wachsender Tendenz (Dieselmotorenbau)

1953 September 9 Bundestagswahl. Anschließend wird Franz Josef Strauß als Bundesminister für besondere Aufgaben in das Kabinett Adenauer II berufen, der bis dahin jüngste Bundesminister

1954 Juli „Jahrhunderthochwasser“ an der Donau. Der Pegel in Passau steigt auf 12,20 m

1954 Oktober 1 die Polizei wird in den meisten bayerischen Städten verstaatlicht

1954 November 28 Landtagswahlen (204 Abgeordnete: CSU 83, SPD 61, FDP 13, Bayernpartei 28, GB/BHE 19)

1954 Dezember 14 - 1957 Oktober 8 zweites Kabinett Hoegner (SPD) (Viererkoalition) unter Beteiligung der Bayernpartei, GB/BHE und der FDP

1955 Errichtung von Spielbanken in Bad Reichenhall, Garmisch-Partenkirchen und Bad Kissingen. Ein Untersuchungsausschuss des Landtags befasst sich mit den Vorgängen bei der Vergabe der Konzessionen. Vertrag zwischen der Bundesrepublik und Italien über die Anwerbung von Gastarbeitern. Der Hauptbahnhof in München wird der zentrale Sammel- und Verteilungspunkt für Deutschland.

1955 Januar 22 in einer Kampfabstimmung setzt sich Hanns Seidel (mit 53%) gegen Franz Josef Strauß als Landesvorsitzender der CSU durch

1955 März 24 in Lindenberg im Allgäu stirbt der ehemalige Reichswehrminister (1920-1928) Otto Geßler (*1875), ab 1910 Bürgermeister in Regensburg und von 1914-1919 Oberbürgermeister in Nürnberg. Er gehörte der Deutschen Demokratischen Partei an und war ein enger Freund des Kronprinzen Rupprecht

1955 August 2 auf Schloss Leutstetten bei Starnberg stirbt der 1869 geborene Kronprinz Rupprecht, als Generalfeldmarschall im 1. Weltkrieg Kommandant der Heeresgruppe „Kronprinz Rupprecht“. Rupprecht war Gegner der Nationalsozialisten und musste nach 1939 nach Italien ins Exil gehen, seine Familie kam 1944 ins Konzentrationslager Dachau und Flossenbürg

1955 September 1 der selbständige Kreis Lindau wird wieder nach Bayern eingegliedert

1955 Oktober 12 Franz Josef Strauß wird Bundesminister für Atomfragen

1956 Januar 31 die Regierung Hoegner macht in einem „Pfalz-Manifest“ entsprechende Zugeständnisse für den Fall der Wiedereingliederung der Rheinpfalz. Ein entsprechendes Volksbegehren in der Pfalz im April 1956 erhält nicht das notwendig Quorum

1956 Oktober 16 Franz Josef Strauß wird Verteidigungsminister

1957 München hat 1 Million Einwohner.

1957 Oktober 10 Zerfall der Vierkoalition. Hoegner tritt zurück.

1957 Oktober 16 – 1958 Dezember 9 erstes Kabinett Hanns Seidel (CSU) unter Beteiligung von GB/BHE und FDP

1958 der Luftfahrpionier Ludwig Bölkow verlagert sein Unternehmen Bölkow-Entwicklungen KG auf das ehemalige Gelände der Luftfahrtforschungsanstalt München in Ottobrunn und Umgebung. Daraus entwickelt sich im Laufe der Zeit das größte Unternehmen der Luft-, Raumfahrts- und Rüstungsindustrie Deutschlands (1965 Bölkow GmbH, 1969 Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH (MBB), 1989 Deutsche Aerospace AG – DASA, 1994 Daimler – Benz Aerospace AG – Dasa, 2000 EADS Deutschland, 2014 Airbus Defence and Space – DS)

1958 Februar 6 bei einem Flugzeugabsturz einer englischen Maschine in München-Riem kommen 23 Menschen ums Leben. 20 überleben. Unter den Toten sind 8 Spieler des englischen Fußballklubs Manchester United

1958 November 23 Landtagswahlen (204 Abgeordnete: CSU 101, SPD 64, FDP 8, Bayernpartei 14, GB/BHE 17)

1958 Dezember 9 - 1960 Januar 22 zweites Kabinett Seidel (CSU) unter Beteiligung von GB/BHE und FDP

1959 August 8 Urteil im Spielbankenprozess. Der ehemalige Vorsitzende der Bayernpartei Baumgartner wurde wegen Meineids zu zwei Jahre Zuchthaus, der ehemalige Innenminister Geislhöringer wegen Meineids zu 15 Monaten Gefängnis verurteilt.

1960 Januar 21 Hanns Seidel tritt aus gesundheitlichen Gründen als Ministerpräsident zurück. Bis zur Wahl von Hans Ehard am 26. Januar führt er das Amt kommissarisch weiter. Im Februar 1961 gibt er auch den CSU-Parteivorsitz ab

1960 Januar 26 – 1962 Dezember 11 viertes Kabinett Ehard (CSU) unter Beteiligung von GB/BHE und FDP

1960 Gründung des Instituts für Plasmaphysik in Garching (seit 1971 Eingliederung in die Max-Planck-Gesellschaft). 2020 ist das Institut mit 700 Mitarbeitern in Garching und 400 in Greifswald eines der größten Zentren für Fusionsforschung in Europa

1960 Juni Baubeginn des Main-Donau-Kanals. An der Rhein-Main-Donau AG war der Bund zu 2/3, Bayern zu 1/3 beteiligt (Duisburger Vertrag 1966)

1960 Dezember 17 beim Absturz einer Maschine der US-Streitkräfte in München sterben 52 Menschen

1961-1968 In München-Freimann wird die größte Studentenstadt Deutschlands gebaut. 1970-1977 erweitert.

1961 der Münchner Rudolf Mößbauer (1929-2011), erhält zusammen mit Robert Hofstadter den Nobelpreis für Physik

1961 März 18 Franz Josef Strauß wird nach dem krankheitsbedingten Rückzug von Hanns Seidel CSU-Parteivorsitzender und bleibt es bis zu seinem Tod am 3. Oktober 1988

1961 August 5 Tod von Hanns Seidel

1961 August 13 Errichtung der „Berliner Mauer“

1961 November im 5. Kabinett Adenauer (bei der Bundestagswahl vom 17. September 1961 erhielt die CSU in Bayern 54,9% der Stimmen) stellt die CSU vier Minister: Innenminister wird Hermann Höcherl (1912-1989), Verteidigungsminister (bis 1962) wieder Franz Josef Strauß, Postminister wieder Richard Stücklen (1916-2002) und Atomminister (bis 1962) wieder Siegfried Balke (1902-1984)

1962 Schwabinger Krawalle; preisgekrönter Werbeslogan für München: „Weltstadt mit Herz“

1962 Juli 18 Gründung der Universität Regensburg durch Landtagsbeschluss, Beginn des Lehrbetriebs 1967 (Erste staatliche Universitätsgründung in Bayern nach dem Krieg)

1962 September 8 am fünften Tag seiner Deutschlandreise besucht der französische Staatspräsident Charles de Gaulle München. Kranzniederlegung am Kriegerehrenmal vor dem Armeemuseum. In seiner in deutscher Sprache gehaltenen Rede am Odeonsplatz (Feldherrnhalle) betont er die besonderen historischen Beziehungen zwischen Bayern und Frankreich

1962 September 25 mit der Eröffnung des Hafens Bamberg ist die Kanalisierung des Mains im Rahmen des Baus des Main-Donau-Kanals fertiggestellt. Insgesamt hat die RMD AG 29 Kraftwerke entlang des Mains errichtet

1962 November 25 Landtagswahlen (204 Abgeordnete: CSU 108, SPD 79, FDP 9, Bayernpartei 8); die CSU erreicht 47,5% der Stimmen und stellte mit 108 von 204 Sitzen die absolute Mehrheit im Landtag

1962 November 30 Franz Josef Strauß muss wegen der Spiegel-Affäre als Verteidigungsminister zurücktreten

1962 Dezember 11 – 1966 Dezember 5 1. Kabinett Goppel (CSU) unter Beteiligung der Bayernpartei (tätig ab 1. Januar 1963). Der neue Ministerpräsident Alfons Goppel ernennt im Rahmen der Regierungsbildung erstmals einen eigenen Staatsminister für Bundesangelegenheiten, nämlich den bisherigen Fraktionsvorsitzenden und Staatssekretär in der Staatskanzlei Fritz Heubl in der Form eines Staatsministers für Sonderaufgaben. Heubl gehörte allen vier Kabinetten Goppels (bis 7. November 1978) an. Als Staatsminister für Bundesangelegenheiten hatte er seinen Dienstsitz

in der Staatskanzlei und in der Bayerischen Vertretung in Bonn. Zu den Aufgaben Heubls gehörten u.a. die Vertretung der Interessen des Freistaats Bayern beim Bund, insbesondere die Stärkung der Stellung Bayerns im föderativen Aufbau der Bundesrepublik sowie die Stimmführung im Bundesrat

1963 Der aus Fürth stammende Ludwig Erhard wird Bundeskanzler; Die SEPL (Societe du Pipeline Sud-Europes) von Marseille nach Karlsruhe, als RDO (Rhein-Donau-Ölleitung) für die Verlängerung nach Ingolstadt bezeichnet, versorgt erstmals die neu gebauten Raffinerien der Shell AG und Esso AG bei Ingolstadt sowie ab 1964 die Raffinerien der ERN bei Neustadt.

1964-1966 Die Volkswagen AG in Wolfsburg kauft die Auto Union GmbH in Ingolstadt

1964 Feodor Lynen (*1911 München, †1979 München), einer der bedeutendsten Biochemiker des 20. Jahrhunderts, seit 1954 Direktor des Instituts für Zellchemie in München (seit 1956 Max-Planck-Institut für Zellchemie), seit 1957 Ordinarius für Biochemie an der Universität München, erhält zusammen mit Konrad Bloch den Nobelpreis für Physiologie und Medizin

1964 Juli 9 der Staatsrechtsprofessor und bayerischer Staatsminister für Unterricht und Kultus (seit 1957) Prof. Dr. Theodor Maunz (CSU) (1901-1993) tritt von seinem Amt zurück, nachdem in einem Artikel in der Neuen Juristischen Wochenschrift über seine Tätigkeit im Dritten Reich berichtet wurde

1965 Staatsbesuch von Königin Elisabeth II.; Friedrich Baur (Burgkunstadt) stirbt. Das von ihm gegründete Versandhaus ist zu diesem Zeitpunkt der größte Versender Deutschlands. Erbe wird im Wesentlichen die 1953 gegründete Friedrich-Baur-Stiftung und seine Frau Kathi Baur (†1984)

1965 Juni 12 Jahrhunderthochwasser an der Donau (vor allem um Neuburg). Bayern ruft den „Wassernotstand“ aus

1966 April 26 Das IOC vergibt die Olympischen Sommerspiele 1972 an München (gegen die Konkurrenz von Montreal, Madrid und Detroit)

1966 der Siedewasserreaktor Grundremmingen bei Günzburg, das erste große Atomkraftwerk der Bundesrepublik Deutschlands, geht ans Netz

1966 Juli 20 Innenminister Wehgartner, einziges Kabinettsmitglied der Bayernpartei, tritt zur CSU über

1966 September 30 Schließung des Bergwerks Penzberg. Von der Schließung sind 1300 Bergleute betroffen. 700 Bergleute finden im gleichen Jahr wieder Arbeit im neu eröffneten MAN-Omnibuswerk

1966 November 7 Gründungsversammlung der Hanns-Seidel-Stiftung als CSU-nahe Bildungs- und Förderungseinrichtung. Benannt ist sie nach dem Ministerpräsidenten und CSU-Vorsitzenden Hanns Seidel (1901-61). Erster Vorsitzender wird Fritz Pirkl, Staatsminister für Arbeit und Soziales

1966 November 20 Landtagswahlen (204 Abgeordnete: CSU 110, SPD 79, NPD 15)

1966 Dezember 1 im ersten Bundeskabinett des Bundeskanzlers Kurt Georg Kiesinger (große Koalition) wird Franz Josef Strauß Finanzminister, gute Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsminister Karl Schiller. Das Kabinett endet (nach der Bundestagswahl am 28. September) am 22. Oktober 1969

1966 Dezember 5 – 1970 Dezember 8 zweites Kabinett Alfons Goppel (CSU)

1967 Januar 25 Ministerpräsident Alfons Goppel kündigt in seiner Regierungserklärung die Gebietsreform als die wichtigste innenpolitische Maßnahme seiner Regierung an. Durchgeführt wurde sie von Innenminister (von 1966-1977) Bruno Merk, abgeschlossen von seinem Nachfolger Alfred Seidl

1967 April 12 Der Siedewasserreaktor Grundremingen geht ans Netz

1967 Oktober 3 Über die vor allem vom bayerischen Wirtschaftsminister Otto Schedl (1912-1995; Wirtschaftsminister 1957-1970) geförderte Transalpine Ölleitung (TAL) von Triest fließt das erste Öl in die Tanks von Lenting bei Ingolstadt. Die TAL versorgte alle damals bestehenden 5 Raffinerien an der Donau mit Erdöl. Die 464 km lange Ölleitung (Durchmesser fast 1m) überwindet auf ihrem Weg von Triest nach Ingolstadt 1550 Höhenmeter in den Felbertauern. Der Bau dieser Pipeline stellte mit einem Kostenaufwand von rund 800 Millionen DM eines der größten privatwirtschaftlichen Projekte jener Jahre dar. Der Plan einer direkten Ölleitung

vom Mittelmeer nach Bayern wurde von der Staatsregierung seit 1957 verfolgt. Zunächst wurde unter Beteiligung der italienischen ENI (Ente Nazionale Idrocarburi) mit dem Planungen und dem Bau einer Pipeline von Genua über die Schweiz und den Bodensee nach Ingolstadt begonnen (Central European Line - CEL). Der Bau verzögerte sich bis 1966. Die Pipeline aus Genua wurde 1997 wegen Umweltproblemen und hoher Sanierungskosten wieder geschlossen. Seitdem wird Bayern zu 100% über die TAL mit Rohöl versorgt

1968 Münchner Fernsehturm fertiggestellt; Studentenunruhen (Frühjahr) gegen die Notstandsgesetze. Ende der Bekenntnisschule in Bayern, Vertrag zwischen Bayern und dem Hl. Stuhl

1968 August 21 Truppen des Warschauer Pakts marschieren in der Tschechoslowakei ein und beenden den „Prager Frühling“

1969 die Auto Union fusioniert mit der NSU AG in Neckarsulm.

1969 Februar 13 Ein Ärzteteam unter Rudolf Zenker führt in München die erste Herztransplantation in Deutschland durch. Der Patient bleibt nur einen Tag am Leben

1970-1972 In Martinsried, in der Nähe des Uniklinikums Großhadern, wird das Max-Planck-Institut für Biochemie und Neurobiologie errichtet

1970 Januar 1 das Gründungsgesetz vom 18. Dezember 1969 für die Universität Augsburg tritt in Kraft. Gründungsrektor ist der Münchner Ordinarius für Betriebswirtschaftslehre Prof. Dr. Louis Perridon

1970 Juli 15 Gesetz über die Privatisierung der Bayerischen Staatsbank

1970 November 22 Landtagswahlen (204 Abgeordnete: CSU 124, SPD 70, FDP 10)

1970 Dezember 8 -1974 November 12 drittes Kabinett Alfons Goppel (CSU)

1970 Dezember 8 der Bayerische Landtag beschließt die Errichtung eines Bayerischen Staatsministeriums für Landesentwicklung und Umweltfragen. Es ist das erste Umweltministerium in Deutschland, Europa und weltweit. Erster Minister wird Max Streibl

1971 auf der Grundlage des Hochschulrahmengesetzes des Bundes von 1969 werden in Bayern in der Folgezeit mehrere Fachhochschulen gegründet. Sie knüpfen teilweise an ältere Einrichtungen (Ingenieurschulen, Fachschulen, Akademien) an und haben vor allem den Zweck, die Universitäten zu entlasten. Zunächst reine Lehranstalten, werden sie seit 1976 mehr und mehr mit den Universitäten gleichgestellt (Freiheit von Forschung und Lehre). Seit den 90er Jahren heißen die meisten Fachhochschulen Hochschulen für angewandte Wissenschaften. 1971 werden die Fachhochschulen in München, Nürnberg, Augsburg, Coburg und Würzburg-Schweinfurt, Weihenstephan-Triesdorf und Rosenheim, 1977 in Kempten und Regensburg, 1978 in Landshut, 1994 in Amberg-Weiden, Deggendorf, Ingolstadt, Hof und Neu-Ulm (zunächst als Zweigstelle von Kempten) gegründet, 1995 dann die in Aschaffenburg. 1974/75 wird die Beamtenausbildung in einer Beamtenfachhochschule mit den unterschiedlichsten Standorten (vor allem Hof; die Finanzbeamten wie bisher in Herrsching) zusammengefasst

1971 April 30 das Penzberger Bundesbahnkraftwerk stellt seinen Betrieb ein. Es wurde noch bis Oktober 1968 mit Haldenbeständen der Penzberger Kohle befeuert, dann mit Kohle aus Peißenberg und aus dem Saarland

1971-1978 Gebietsreform: Mit dem Gesetz vom 15. Dezember 1971 wurde die Neugliederung von Landkreisen und kreisfreien Städten beschlossen. Das Gesetz trat am 1. Juli 1972 in Kraft: Aus ehemals 173 Landkreisen wurden 71, aus ehemals 48 kreisfreien Städten wurden 25. Diejenigen Städte, die ihre Kreisfreiheit verloren, erhielten gegenüber den anderen Landkreisgemeinden erweiterte Befugnisse und den Titel „Große Kreisstadt“. Die Gemeindegebietsreform zwischen 1970 und 1978 verringerte die Zahl der kreisangehörigen Gemeinden von 6962 auf 2051. Mehr als 900 Gemeinden wurden Mitglieder von Verwaltungsgemeinschaften. In Kraft trat die Gemeindegebietsreform dort, wo vorher kein freiwilliger Zusammenschluss/Anschluss erfolgte, am 1. Mai 1978. Abgeschlossen wurde die Gebietsreform mit dem Gesetz vom 1. Januar 1980, in dem noch kleinere Korrekturen vorgenommen wurden. Viele der Eingemeindungen erfolgten unter heftigen Widerstand der betroffenen Gemeindeangehörigen. Manche Eingemeindungen wurden später wieder rückgängig gemacht: so erklärte beispielsweise am 29. April 1981 der Bayerische Verfassungsgerichtshof die Eingemeindung der Gemeinde Edling in die Stadt Wasserburg auf Grund einer Popularklage für nichtig

1972 erster Spatenstich auf dem zukünftigen Werksgelände von Boehringer-Mannheim in Penzberg. Die Pharmafirma wird bald der größter

Arbeitgeber in Penzberg.1999 wird Boehringer Mannheim von Roche Diagnostics übernommen. Die Firma Roche entwickelt sich zum größten Unternehmen südlich von München. Penzberg wird damit zu einem der bedeutendsten Biotechnologie-Standorte in Europa

1972 die Pädagogische Hochschule und die Philosophisch-theologische Hochschule Bamberg werden zu einer Gesamthochschule zusammengefasst. Daraus entwickelt sich dann 1979 die Otto-Friedrichs-Universität Bamberg; gleiches geschieht in Eichstätt, wo die dortige Pädagogische Hochschule und die Philosophisch-theologische Hochschule unter kirchlicher Trägerschaft zu einer Gesamthochschule zusammengefasst werden. Daraus entwickelt sich 1980 die Katholische Universität Eichstätt

1972 Januar 1 das am 14. Dezember 1971 beschlossene Gesetz über die Gründung der Universität Bayreuth (7. Landesuniversität) tritt in Kraft

1972 April/Mai Eröffnung der S-Bahn-Stammstrecke in München und der U-Bahnlinie 3 zwischen Münchner Freiheit und Olympiagelände. Die S-Bahn-Stammstrecke ist heute die am dichtesten befahrene Eisenbahnstrecke Europas

1972 Juli 1 im Rahmen der Gebietsreform werden auch der oberbayerische Landkreis Aichach und der bayerisch-schwäbische Landkreis Friedberg zusammengelegt und dem Regierungsbezirk Schwaben zugewiesen, eine der umstrittensten Maßnahmen der Gebietsreform, da bei Aichach die Burg Oberwittelsbach, die dem altbayerischen Herrschergeschlecht der Wittelsbacher den Namen gegeben hat. Der Landkreis wirbt deswegen auch mit der Bezeichnung „Wittelsbacher Land“

1972 August 26 bis September 11 20. Olympische Sommerspiele in München. Am 5. und 6. September Attentat auf die israelische Olympiamannschaft. 11 Israelis, ein bayerischer Polizeibeamter und 5 palästinensische Terroristen kommen ums Leben

1972 September 23 mit der Eröffnung des Hafens Nürnberg ist die Nordstrecke des Main-Donau-Kanals vollendet.

1972 Dezember 21 Grundlagenvertrag zwischen den Regierungen der Bundesrepublik Deutschland (SPD/FDP Koalition unter Bundeskanzler Willi Brandt) und der DDR. Die Unterzeichner verpflichten sich, die Unverletzlichkeit der zwischen ihnen bestehenden Grenze und die Unabhängigkeit

gigkeit jedes der beiden Staaten zu respektieren. Beim Sitz der anderen Regierung sollten „ständige Vertretungen“ eingerichtet werden. Gegen den Grundlagenvertrag, durch den die Bundesrepublik auf ihren Alleinvertragsanspruch verzichtete, klagte die bayerische Staatsregierung vor dem Bundesverfassungsgericht, das in seinem Urteil vom 31. Juli 1973 den Vertrag als grundsätzlich mit dem Grundgesetz vereinbar bezeichnete, aber darauf hinwies, dass das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetz für alle Verfassungsorgane verpflichtend sei

1972/73 Gründung des Deutschen Herzzentrums an der TU München

1973 Januar 1 Gründung der Universität Passau.

1973 der aus Fürth stammende Henry Kissinger wird US-Außenminister; das Verwaltungsgebäude von BMW (BMW-“Vierzylinder“) wird eingeweiht

1973 Konrad Lorenz, einer der Väter der Verhaltensbiologie und Direktor des Max-Planck-Instituts für Verhaltensphysiologie (später für Ornithologie) in Seewiesen erhält zusammen mit Karl von Frisch und Nikolaas Tinbergen den Nobelpreis für Physiologie und Medizin. Seit 1957 war Lorenz Honorarprofessor für Zoologie in München. 1963 hat der aus Österreich stammende Lorenz sein populärstes Buch“ Das sogenannte Böse. Zur Naturgeschichte der Aggression“ veröffentlicht. Der Bienenforscher Karl von Frisch (1886-1982) war von 1950 bis zu seiner Emeritierung 1958 wie schon vor dem Krieg Direktor und Professor am Zoologischen Institut in München

1973 Juni 25 Bayerisches Denkmalschutzgesetz

1973 Juli 27 Bayerisches Naturschutzgesetz. Das Gesetz ist damals das fortschrittlichste Naturschutzgesetz Europas

1974 Oktober 27 Landtagswahlen (204 Abgeordnete: CSU 132, SPD 64, FDP 8)

1974 November 12 – 1978 November 6 viertes Kabinett Alfons Goppel (CSU)

1975 Gründung der Universität Bayreuth

1975 Januar 16 Franz Josef Strauß trifft als erster westdeutscher Politiker mit dem chinesischen Staatschef Mao Tse-tung zusammen

1975 Oktober 1 mit der Verstaatlichung der Stadtpolizei München ist die gesamte bayerische Polizei verstaatlicht

1976 November 19 Kreuther Trennungsbeschluss. Im Bildungszentrum der Hanns-Seidel-Stiftung in Wildbad Kreuth beschließt die CSU-Landesgruppe die Fraktionsgemeinschaft mit der CSU im Bundestag zu kündigen. Der Beschluss führt zu Bestrebungen sowohl die CSU als auch die CDU bundesweit auszudehnen. Am 12. Dezember wird auf einem Sonderparteitag der Beschluss wieder rückgängig gemacht

1977 November 1 Eröffnung des Europäischen Patentamts in München

1978 Gründung der Universität Passau

1978 Oktober 15 Landtagswahlen (204 Abgeordnete: CSU 129, SPD 65, FDP 10)

1978 November 6 – 1982 Oktober 26 Franz Josef Strauß wird bayerischer Ministerpräsident. Erstes Kabinett Franz Josef Strauß (CSU)

1979 Der Atomreaktor Isar I (Siedewasserreaktor) bei Landshut geht ans Netz

1980 Besuch von Papst Johannes Paul II. Siemens hat allein in München 40.000 Mitarbeiter. Gründung der katholischen Stiftungsuniversität Eichstätt. Ausstellungstrilogie (Landesausstellung) „Wittelsbach und Bayern“ in Landshut (Trausnitz) und München (Residenz und Völkerkundemuseum) zum Wittelsbacherjubiläum unter der Leitung des Historikers Hubert Glaser (1928-2019), der schon 1976 in Schleißheim eine Ausstellung zu Kurfürst Max Emanuel veranstaltet hat

1980 September 26 Oktoberfestattentat. Unter den 13. Toten befindet sich auch der Attentäter. 213 Personen werden verletzt, 68 davon schwer. Es handelt sich um den schwersten Terroranschlag der deutschen Nachkriegsgeschichte. Ob es sich um die Tat eines rechtsextremistisch orientierten Einzeltäters handelt oder ob andere daran beteiligt waren, ist bis heute umstritten

1980 Oktober 5 Bundestagswahl. Der als Kandidat der CDU/CSU als Kanzlerkandidat angetretene bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauss unterliegt der Koalition von SPD und FDP

1980 Dezember 3 die bayerische Staatsregierung erklärt sich bereit im Freistaat eine Aufbereitungsanlage für Atombrennstäbe zu bauen

1981 die Residenz in Würzburg wird in die Weltkulturerbe-Liste der UNESCO aufgenommen

1981 April 28 Eröffnung des vom Architekten Alexander Freiherr von Branca entworfenen Neubaus der Neuen Pinakothek in München

1981 Mai 7 Fritz Sebening führt am Deutschen Herzzentrum in München die erste erfolgreiche Herztransplantation durch

1981 Dezember 9 der Druckwasserreaktor Grafenrheinfeld (bei Schweinfurt) geht in Betrieb (2015 abgeschaltet)

1982 Juni 10 in München stirbt der 1945 in Bad Wörishofen geborene Regisseur, Schauspieler, Drehbuchautor, Komponist und Dramatiker Rainer Werner Fassbinder. Während seines Lebens drehte Fassbinder über 40 Spielfilme und schrieb 24 Theaterstücke. Er gilt als einer der wichtigsten Vertreter des Neuen Deutschen Films. Seine Hauptdarstellerin war Hanna Schygulla, etwa in den Filmen Effi Briest (1974), Die Ehe der Maria Braun (1979) und Lili Marleen (1981)

1982 Oktober 10 Landtagswahlen (204 Abgeordnete: CSU 133, SPD 71)

1982 Oktober 26 – 1986 Oktober 23 zweites Kabinett Franz Josef Strauß (CSU)

1983 die Hanns-Seidel-Stiftung bezieht das Bildungszentrum Kloster Banz; die von 1981 bis 1983 produzierte zehnteilige Fernsehserie Monaco-Franze unter der Regie von Helmut Dietl (1944-2015) und nach Drehbücher von Helmut Dietl, Patrick Süskind und Franz Geiger wird bundesweit ausgestrahlt und mehrfach wiederholt. Sie wird zu einer der erfolgreichsten Fernsehserien der Nachkriegszeit. Die Hauptrolle spielt Helmut Fischer; die Bundesgartenschau in München (Westpark) zieht über 11 Millionen Besucher an

1983 November 26/27 Gründung der Partei „Die Republikaner“ durch die beiden CSU-Bundestagsabgeordneten Franz Handlos und Ekkehard Voigt sowie dem ehemaligen Abteilungsleiter im Bayerischen Rundfunk Franz Schönhuber (Vorsitzender bis 1994). Die Gründung war u.a. eine

Reaktion auf die Einfädelung eines Milliardenkredits für die DDR durch den CSU-Parteivorsitzenden und Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß

1984 der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen wird als Staatsziel in die Verfassung aufgenommen

1985 Baubeginn für die in der ehemaligen Braunkohlengrube Wackersdorf (Landkreis Schwandorf in der Oberpfalz) vorgesehene Wiederaufbereitungsanlage (WAA) für Brennstäbe. Heftige Proteste der schon 1981 gegründeten Bürgerinitiativen bis zur Einstellung des Projekts 1989. Ingolstadt wird Hauptsitz der Audi AG; der Roman „Das Parfüm“ von Patrick Süskind (*1949 in Ambach am Starnberger See) erscheint; er wird ein Welterfolg und 2006 verfilmt

1985 November 10 Eröffnung des Gasteig-Kulturzentrums in München

1986 die 1893 gegründete „Bayerische Raiffeisen Zentralbank (BRZ)“ wird nach finanziellen Schwierigkeiten (Bauträgerkredite bei abnehmender Baukonjunktur) von dem genossenschaftlichen Spitzeninstitut auf Bundesebene, der DG Bank (später DZ Bank) übernommen, in der Folgezeit wurden erstmals in der deutschen Bankengeschichte Vorstände, Aufsichtsräte und für das Kreditgeschäft Verantwortliche vor Gericht gestellt, was wahrscheinlich politische Hintergründe hatte; Sportartikelhersteller Puma (Herzogenaurach) wird von einer KG zu einer AG; die sechsteilige Fernsehserie „Kir Royal (Aus dem Leben eines Klatschreporters)“ von Helmut Dietl wird ausgestrahlt. Es handelt sich um eine Persiflage auf die Abendzeitung und ihren Klatschreporter Michael Graeter. Die Hauptrolle des Baby Schimmerlos spielte der Dramatiker Franz Xaver Kroetz (Theaterstück und Film „Wildwechsel“ 1971/72)

1986 April 26 in Tschernobyl in der Ukraine (damals Sowjetunion) explodiert der Reaktor 4 des dortigen Kernkraftwerks. Die Explosion ließ in den nächsten 10 Tagen die Radioaktivität in ganz Europa ansteigen, besonders auch in Bayern. Das führte vorübergehend zu Einschränkungen beim Verzehr von Wildpilzen und Wildfleisch

1986 Oktober 12 Landtagswahlen (204 Abgeordnete: CSU 128, SPD 61, Grüne 15)

1986 Oktober 23 – 1988 Oktober 19 drittes Kabinett Franz Josef Strauß (CSU). Hans Zehetmair wird Staatsminister für Unterricht und Kultus

1987 im Länderfinanzausgleich wird Bayern erstmals von einem Nehmerland zu einem Geberland; Besuch von Papst Johannes Paul II., bei diesem Anlass Seligsprechung (3. Mai) des Jesuitenpaters Rupert Mayer im Münchner Olympiastadion

1987 August 1 der Otto-Versand Hamburg übernimmt den Baur-Versand (Burgkunstadt)

1987 September 30 Ministerpräsident Strauß beruft im Zuge einer Kabinettsumbildung den bisherigen Staatssekretär im Wirtschaftsministerium Georg von Waldenfels zum Nachfolger Peter Schmidhubers als Sonderminister. Am 8. Dezember 1987 erhielt Waldenfels als Staatsminister für Bundesangelegenheiten und Bevollmächtigter Bayerns beim Bund ein vollwertiges Ministerium, das zusätzlich noch für Europaangelegenheiten zuständig war (Staatsministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten). Das Staatsministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten“ erhielt seit 14. Juni 1988 mit Alfred Sauter auch einen Staatssekretär. Damit war die gestiegene Bedeutung der Europapolitik für Bayern deutlich gemacht worden

1988 der Atomreaktor Isar 2 (Druckwasserreaktor) bei Landshut geht ans Netz

1988 Sommer im Olympiapark Süd findet das erste Tollwood-Festival statt. Es treten lokale Künstler wie Konstantin Wecker und die Biermösl Blosn auf. Ab 1991 kommen auch internationale Interpreten hinzu. Seit 1991 gibt es auch ein Winterfestival. Das Festival hat im Sommer ungefähr 900.000 Besucher. Es bietet ein Programm aus Gastronomie, Musik, Theater, Kabarett, Kunsthandwerk und Bildender Kunst. Das musikalische Spektrum reicht von Rock, Liedermachern, bis zu Jazz und Blues. Das Festival sieht sich als Forum für Ökologie und Umweltbewusstsein. Viele Veranstaltungen sind frei zugänglich

1988 Oktober 3 Ministerpräsident Franz Josef Strauß verstirbt, große Trauerfeier in München

1988 Oktober 19 - 1990 Oktober 24 erstes Kabinett Max Streibl (CSU). Staatsminister Hans Zehetmaier erhält 1989 auch das Ministerium für Wissenschaft und Kunst. 1990 werden beide Ministerien zusammengelegt

1989 Fusion des „Bayerischen Genossenschaftsverbands (Schulze-Delitzsch) e.V.“ und des „Bayerischen Raiffeisenverbands e.V.“ zum „Genossenschaftsverband Bayern e.V. (GVB)“

1989 April 21 bis 26. Oktober 98 bekleidet der CSU-Vorsitzende (seit November 1988) Theo Waigel in den Kabinetten Kohl II, IV und V das Amt des Bundesfinanzministers. Seine Aufgabe war die Verhandlung und Durchführung der Währungs- Wirtschafts- und Sozialunion mit der DDR. Zuständig war er auch für die Vorarbeiten zur Einführung des Euro (2002); die Bezeichnung Euro geht auf seine Initiative zurück (1995)

1989 Juni 27 demonstrativer Abbau des ungarischen Grenzzauns (Gyula Horn und Alois Mock)

1989 September 10 Öffnung der ungarischen Grenze für Flüchtlinge

1989 September 30 in der deutschen Botschaft in Prag verkündet Gentscher den dortigen Flüchtlingen die Ausreisebewilligung

1989 Oktober 17/18 in der DDR wird Kurt Honecker als Generalsekretär und Staatsratsvorsitzender gestürzt, sein Nachfolger wird Egon Krenz (bis 8. Dezember 1989)

1989 November 9 Fall der Mauer

1990-1993 Bau der Staatskanzlei in München auf dem Gelände des ehemaligen Bayerischen Armeemuseums unter Erhaltung des Mittelbaus mit Kuppel

1990 Mai 18 Vertrag zur Einführung der Wirtschafts- Währungs- und Sozialunion.

1990 Juli 1 Einführung der DM im Osten mit Wechselkurs 1:1 für den 1. Juli

1990 September 12 Moskau: Letzte Runde der am 11. Dez. 1989 begonnenen Außenministertreffen (2+4 Gespräche). Abschluss des 2+4 Vertrags. Festlegung des deutschen Staatsgebiets. Beendigung der Vier-Mächte-Verantwortung für Berlin und Deutschland. Beschränkung der Bundeswehr auf 370.000 Mann. Verzicht auf ABC-Waffen. Klärung des Verhältnisses zu Polen. Abzug der russischen Truppen zum 1. Januar 1995 und finanzielle Unterstützung Russlands

1990 Oktober 3 der Einigungsvertrag vom 31. August tritt in Kraft. Das Grundgesetz gilt für das gesamte Deutschland. Der Anschluss der neu gebildeten fünf (historischen) neuen Länder (Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen)und von Berlin geschieht nach Art. 23 Grundgesetz

1990 Oktober 14 Landtagswahlen (204 Abgeordnete, CSU 127, SPD 58, FDP 7, Grüne 12)

1990 Oktober 24 – 1993 Mai 27 zweites Kabinett Max Streibl (CSU)

1990 November 14 Polen und Deutschland erklären ihre jetzt bestehenden Grenzen für unverletzlich (Bestätigung der Verträge der DDR von 1950 und der BRD von 1970-Warschauer Vertrag)

1992 Juli 6 bei der Eröffnung des 18. Weltwirtschaftsgipfels in München kommt es zu Demonstrationen. Nach einem „Polizeikessel“ werden über 500 Personen festgenommen

1992 Mai 16 letzter Betriebstag des Flughafens München-Riem

1992 Mai 17 Eröffnung des Flughafens München II im Erdinger Moos („Franz Josef Strauß“)

1992 September 25 Das letzte Teilstück des Main-Donau-Kanals wird eröffnet

1992 Oktober Papst Johannes XXIII. eröffnet das 2. Vatikanische Konzil (geschlossen im Dezember 1965 unter Papst Paul VI.) bei dem der aus Oberbayern stammende Konzilstheologe und Bonner Professor Ratzinger eine bedeutende Rolle spielen sollte

1993 die Altstadt von Bamberg wird in die Weltkulturerbe-Liste der UNESCO aufgenommen

1993 Mai 27 Ministerpräsident Streibl tritt nach Vorwürfen wegen Vermischung von Amts- und Privatinteressen („Amigo-Affäre“) zurück

1993 Mai 28 – 1994 Oktober 21 erstes Kabinett Edmund Stoiber (CSU). Kultusminister Hans Zehetmair wird stellvertretender Ministerpräsident

1993 Juni 6 Ministerpräsident Stoiber bezieht die neue Staatskanzlei im Münchner Hofgarten. Der Neubau bezieht das 1905 vollendete Armeemuseum mit seiner Kuppel mit ein

1994 die Wieskirche bei Steingaden wird in die Weltkulturerbe-Liste der UNESCO aufgenommen

1994 Juli 1 der aus Landshut stammende Staatsrechtsprofessor und Richter am Bundesverfassungsgericht (1983-1994) Roman Herzog wird 7. Bundespräsident

1994 September 25 Landtagswahlen (204 Abgeordnete: CSU 120, SPD 70, Grüne 14)

1994 Oktober 21 – 1998 September 29 zweites Kabinett Edmund Stoiber (CSU)

1996 die Allianz AG, eine der größten Versicherungsgesellschaften der Welt, die 1889 in München von der Münchner Rückversicherung gegründet, seit 1890 ihren Hauptsitz in Berlin, seit 1949 in München hat, ist mit 5% an der Deutschen Bank, mit 23% an der Dresdner Bank, mit 23% an der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank, mit 16% an der Berliner Handels- und Frankfurter (BHF) Bank, 12% an der IKB Deutsche Industriebank und mit 4% an der Bayerischen Vereinsbank beteiligt. 25% der Aktien der Allianz AG hält die Münchner Rückversicherung

1996 September 27 der Bundesrat in Bonn beschließt auf Antrag Bayerns und Bremens wie schon die Bundesregierung und der Bundestag (1991) ebenfalls nach Berlin zu ziehen. In die Amtszeit Thomas Goppels als Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten (1990-1994) fällt 1992 die Erwerbung der Berliner „Niederlassung“ Behrenstr. 21/22, die nach umfangreichen Umbauarbeiten 1998 eingeweiht werden konnte

1996/97 Bayerische Vereinsbank und Bayerische Hypotheken- und Wechselbank (Hypo-Bank) fusionieren

1998 Februar 8 drei Volksentscheide, darunter einer über die Abschaffung des Senats, initiiert durch die ödp (siehe 20. Februar). Das Gesetz zur Abschaffung des Senats tritt am 1. Januar 2000 in Kraft. Der Volksentscheid bringt die bisher umfangreichste und einschneidendste Änderung der Bayerischen Verfassung.

1998 Februar 12 Eröffnung der Neuen Messe München (heute: Messe München) in München-Riem

1998 Februar 20 durch drei Gesetze werden die Volksentscheide vom 8. Februar 1998 umgesetzt (1. Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaates Bayern – Verfassungsreformgesetz – Weiterentwicklung im Bereich der Grundrechte und Staatsziele, 2. Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaates Bayern – Verfassungsreformgesetz – Reform von Landtag und Staatsregierung, 3. Gesetz zur Abschaffung des Bayerischen Senats). Mit dem ersten Verfassungsreformgesetz wurde mit Art. 3a ein Bekenntnis zum geeinten Europa eingeführt, das der Subsidiarität verpflichtet ist und die Eigenständigkeit der Regionen wahrt. Die Zusammenarbeit mit anderen europäischen Regionen wird betont. Der neue Art. 11a wendet sich gegen die Benachteiligung von Behinderten. Im 2. Absatz von Art. 118 wird die Gleichberechtigung von Mann und Frau entsprechend den Bestimmungen des Grundgesetzes schärfer formuliert. In Art. 125 wurde im ersten Satz (Gesunde Kinder sind das köstlichste Gut eines Volkes) „Gesunde“ gestrichen. In Art. 131 Abs. 4 (Die Mädchen sind außerdem in der Säuglingspflege...zu unterweisen) geändert in: Die Mädchen und Buben. In Art. 140 wurde ein neuer Abs. 3 angefügt (Das kulturelle Leben und der Sport sind von Staat und Gemeinden zu fördern). Der vom Naturliebhaber Hoegner formulierte berühmte Art. 141 der Verfassung erhielt im ersten Absatz 1 einen zweiten Satz als Ergänzung: Tiere werden als Lebewesen und Mitgeschöpfe geachtet und geschützt. Mit dem 2. Gesetz wird durch Einfügung eines Art. 16a die parlamentarische Opposition gestärkt. Mit Art. 33a wird der Landesbeauftragte für Datenschutz in der Verfassung verankert. Einschneidend (und fragwürdig) ist die Begrenzung des Landtags auf 180 Abgeordnete (Art. 13), kann sich aber durch Überhang- und Ausgleichsmandate ändern. Nach Art. 43 Abs. 2 wird jetzt die Staatsregierung auf die Zahl 18 begrenzt (Ministerpräsident und 17 Minister und Staatssekretäre). Landtag und Ministerpräsident werden nun auf fünf statt auf vier Jahre gewählt (Art. 16 Abs. 1 und Art. 44 Abs. 1). Die Stellung des Rechnungshofes und dessen Präsidenten wird jetzt in Art. 80 verfassungsrechtlich abgesichert

1998 September 13 Landtagswahlen (204 Abgeordnete: CSU 123, SPD 67, Grüne 14)

1998 September 29 - 2003 Oktober 14 drittes Kabinett Edmund Stoiber (CSU). Das Kultusministerium wird wieder geteilt. Das Ministerium für Unterricht und Kultus erhält Monika Holmeier. Hans Zehetmair bleibt Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst

1998 Auflösung der Bayerischen Grenzpolizei. Eingliederung in die Landespolizei.

1999 Adidas baut neue Konzernzentrale in Herzogenaurach.

1999 Januar 16 Edmund Stoiber wird als Nachfolger von Theo Waigel zum CSU-Parteivorsitzenden gewählt

2000 September 29 erste Sitzung des Bundesrats in Berlin

2001 November 4 Eröffnung des Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände im Nordflügel der unvollendet geliebten Kongresshalle auf dem Gelände der Reichsparteitage (1933-1938) in Nürnberg

2002 September 14 in Landshut stirbt der 1944 geborene Dramatiker und Schauspieler Martin Sperr (Jagdszenen aus Niederbayern)

2002 September 22 Bundestagswahl. Nachdem sich der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber gegen Angela Merkel als Kanzlerkandidat der CDU/CSU durchgesetzt hat (Es ist nach Franz Josef Strauß 1980 die zweite Kandidatur eines CSU-Politikers), erzielt er bei der Bundestagswahl am 22. September zwar mit 38,5% der Stimmen ein gutes Ergebnis, unterliegt aber knapp der Koalition von SPD und Grünen (ebenefalls 38,5%)

2002 September 16 Pinakothek der Moderne in München wird eingeweiht

2003 Juni 29 der Terminal 2 des Flughafens München wird eingeweiht.

2003 September 21 Landtagswahlen (180 Abgeordnete: CSU 124, SPD 41, Grüne 15)

2003 Oktober 14 – 2007 September 30 viertes Kabinett Edmund Stoiber (CSU). Thomas Goppel wird an Stelle von Hans Zehetmair neuer Staatsminister für Wissenschaft, Forschung und Kunst. Am 11. Februar 2004 wird Hans Zehetmair zum neuen Vorsitzenden der Hanns-Seidel-Stiftung gewählt

2004 der Forschungsreaktor München II der TU München in Garching, der leistungsstärkste deutsche Forschungsreaktor, wird im Routinebe-

trieb gefahren

2005 Bundesgartenschau in München (Landschaftspark Riem im Stadtviertel Messestadt Riem)

2005 April 19 Kurienkardinal Joseph Alois Ratzinger (geboren am 16. April 1927 in Marktl am Inn) wird als Benedikt XVI. der 265. Papst und nach über 500 Jahren der erste deutsche Papst. Vorher war Ratzinger seit 1958 Theologieprofessor in Freising, Bonn, Münster, Tübingen und Regensburg. 1977 wurde er von Papst Paul VI. zum Erzbischof des Erzbistums München-Freising und zum Kardinal ernannt. Papst Johannes Paul II. holte ihn 1982 als Präfekt der Glaubenskongregation nach Rom. Am 28. Februar 2013 verzichtete er auf sein Amt

2005 Mai 30 die auf Initiative des Fußballclubs Bayern München seit 2002 errichtete Allianz-Arena in München-Freimann mit einer Kapazität von 75.000 Plätzen wird eingeweiht

2005 März 3 der Bayerische Landtag verabschiedet mit dem Doppelhaushalt 2005/6 den ersten Haushaltsplan eines deutschen Landes, der (ab dem 1. Januar 2006) ohne Neuverschuldung auskommt

2006 die Altstadt von Regensburg mit Stadtamhof wird in die Weltkulturerbe-Liste der UNESCO aufgenommen

2006 Juni 9 Eröffnungsspiel der Fußball-Weltmeisterschaft in der Allianz-Arena in München

2006 Juni 30 die von Ministerpräsident Edmund Stoiber aus Kostensparnis beschlossene Abschaffung des (auf das Jahr 1625 zurückgehenden) Bayerischen Obersten Landesgerichts wird wirksam

2007 September 29 Erwin Huber wird CSU-Parteivorsitzender (bis 2008)

2007 September 30 Rücktritt von Ministerpräsident Edmund Stoiber

2007 Oktober 9 der Landtag wählt den aus Mittelfranken stammenden Juristen und bisherigen Innenminister (seit 1993) Günther Beckstein zum neuen Ministerpräsident. Er ist der erste evangelische Ministerpräsident in Bayern seit dem 2. Weltkrieg

2007 Oktober 16 Bildung des Kabinetts Beckstein (bis 27. Oktober 2008). Neuer Innenminister wird Joachim Herrmann. Erwin Huber wird Finanzminister. Die Staatsministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen (seit 2001) Christa Stewens wird stellvertretende Ministerpräsidentin

2008 im Länderfinanzausgleich wird Bayern das größte Geberland

2008 September 28 Landtagswahlen (187 Abgeordnete: CSU 92, SPD 39, FDP 16, Grüne 21). Schlechtestes Ergebnis für die CSU seit 1954. Am 1. Oktober erklärt Ministerpräsident Beckstein für die Wahl des Ministerpräsidenten am 27. Oktober nicht mehr zu kandidieren

2008 Oktober 25 Horst Seehofer wird CSU-Parteivorsitzender

2008 Oktober 27 der Landtag wählt den aus Ingolstadt stammenden Horst Seehofer (1992-1998 Bundesminister für Gesundheit, 1998 bis 2008 Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz) zum neuen Ministerpräsidenten

2008 Oktober 30 erstes Kabinett Horst Seehofer (CSU) unter Beteiligung der FDP (bis 8. Oktober 2013). Stellvertretender Ministerpräsident wird Wirtschaftsminister Martin Zeil (FDP). Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst wird Wolfgang Heubisch (FDP) und Minister für Unterricht und Kultus Ludwig Spaenle (CSU)

2009 Juni 9 die Quelle GmbH meldet (zusammen mit Arcandor) Konkurs an. Nach dem Tode des Firmengründers Gustav Schickedanz am 27. März 1977 hatte seine Witwe Grete bis 1983 die Leitung des Versandhauses übernommen. 1999 wurde Quelle in eine Aktiengesellschaft umgewandelt und fusionierte mit Warenhauskonzern Karstadt (ab 2007 Arcandor). Im Herbst schließt das große Quelle-Kaufhaus in Nürnberg. Der Arbeitsmarkt in Nürnberg-Fürth ist in der Folgezeit durch die Quelle-Pleite stark belastet

2011 die vom Haus der Bayerischen Geschichte ausgerichtete Landesausstellung zu Ludwig II. in Herrenchiemsee ist mit 570.000 Besuchern die bisher erfolgreichste Landesausstellung des Hauses der bayerischen Geschichte

2012 das 1748 fertiggestellte Markgräfliche Opernhaus in Bayreuth wird

in die Weltkulturerbe-Liste der UNESCO aufgenommen

2013 Juni „Jahrhunderthochwasser“ an der Donau. Der Pegel in Passau steigt auf 12,89 m. In Deggendorf wird ein großer Teil des Stadtgebiets und der Umgebung überflutet und richtet verheerende Schäden an

2013 September 15 Landtagswahlen (180 Abgeordnete: CSU 101, SPD 42, Grüne 18, Freie Wähler 19). Die CSU erobert die absolute Mehrheit zurück, die FDP scheidet aus dem Landtag aus

2013 Oktober 8 Ministerpräsident Seehofer wird wieder gewählt

2013 Oktober 10 zweites Kabinett Horst Seehofer (CSU) (bis 13. März 2018).

2014 Februar 20 Finanzminister Markus Söder weiht den Dienstsitz Nürnberg des zum Finanzministerium gehörigen Heimatministeriums ein (ehemaliges Staatsbankgebäude). Es handelt sich dabei um den ersten Dienstsitz eines bayerischen Ministeriums außerhalb Münchens seit der Existenz des modernen Bayern in der napoleonischen Zeit. Die Aufgabe des von Ministerpräsident Horst Seehofer in der Regierungserklärung 2013 angekündigten Heimatministeriums (heutige Bezeichnung: Staatsministerium der Finanzen und für Heimat – Dienstsitz Nürnberg) ist vor allem die Förderung und Sicherung gleichwertiger Lebensbedingungen in Bayern, wie das in der Bayerischen Verfassung gefordert wird. Dazu zählt etwa die Raumplanung oder die Schaffung eines flächendeckenden Hochgeschwindigkeitsnetzes

2014 März 13 der Präsident der Fußballmannschaft FC Bayern Uli Hoeneß wird vom Landgericht München wegen Steuerhinterziehung zu 3 ½ Jahren Gefängnis verurteilt

2015 April 26 der FC Bayern wird zum 25. Mal deutscher Fußballmeister

2015 April 30 am 70. Jahrestag der Befreiung Münchens wird in München das NS-Dokumentationszentrum eröffnet

2015 April 7 die Staats- und Regierungschefs der sieben führenden westlichen Industrieländer treffen sich zum G7-Gipfel auf Schloss Elmau (Landkreis Garmisch-Partenkirchen). Themen der Gespräche (bis 8. Juni) sind vor allem der Klimaschutz und der Ukraine-Konflikt

2015 September 4 Deutschland und Österreich erklären sich zur Aufnahme von Flüchtlingen aus Ungarn bereit. Viele machen sich zu Fuß zur österreichischen Grenze auf. In Österreich werden sie nach Deutschland weitergeleitet. Am 5. September treffen die ersten Flüchtlinge in München ein. In der Folgezeit schwillt der Flüchtlingszustrom an den bayerischen Grenzen, etwa in Passau, und in München gewaltig an. Behörden und ehrenamtliche Helfer werden vor große Probleme gestellt.

2015 September Ministerpräsident Seehofer fordert von der Bundesregierung Begrenzung der Zuwanderung (Obergrenze)

2016 Februar 9 Zugunglück in Bad Aibling. 9 Menschen sterben

2016 Juni Hochwasser in Niederbayern. In Simbach am Inn fordert das Hochwasser mehrere Tote

2017 Februar 22 Tod des Bildhauers Fritz Koenig, einer der bedeutendsten Nachkriegsbildhauer Deutschlands. Er lebte und arbeitete vor allem in der Nähe von Landshut, wo er ein eigenes Museum stiftet

2017 Dezember 4 die CSU-Fraktion im Landtag nominiert Finanzminister Markus Söder zum Spitzenkandidaten für die Landtagswahl im Herbst 2018 und zum Nachfolger von Horst Seehofer im Amt des Ministerpräsidenten

2018 Sportartikelhersteller Puma baut neues Verwaltungsgebäude in Herzogenaurach

2018 März 6 Ministerpräsident Seehofer erklärt seinen Rücktritt

2018 März 16 der Landtag wählt Söder zum neuen Ministerpräsident

2018 März 21 Ministerpräsident Söder ernennt sein neues Kabinett. Staatsminister für Unterricht und Kultus wird Bernd Sibler an Stelle von Ludwig Spaenle. Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst wird Prof. Dr. Marion Kiechle, die nicht im Landtag sitzt. Staatsminister der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird Albert Füracker.

2018 März 14 Horst Seehofer wird Bundesminister des Innern

2018 März 23 das Kabinett beschließt die Wiedererrichtung der Bayeri-

schen Grenzpolizei als teil der Bayerischen Landespolizei (ab 1. August) und die Einrichtung eines Landesamts für Asyl

2018 April 24 Kreuzerlass: das Kabinett beschließt, dass ab dem 1. Juni in jeder staatlichen Behörde in Bayern ein Kreuz hängen muss

2018 Mai 15 Änderung des Polizeiaufgabengesetzes: Die Polizei kann nun früher eingreifen als nach der alten Rechtslage. Zum Abhören von Telefonen muss nun keine konkrete terroristische Gefahr vorliegen, es genügt eine drohende Gefahr

2018 September 15 die von Ministerpräsident Markus Söder initiierte und vom Landtag am 11 Juli ohne Gegenstimmen beschlossene Wiedereinführung des Bayerischen Obersten Landesgerichts wird wirksam

2018 Oktober 14 Landtagswahlen (205 Abgeordnete: CSU 85, SPD 22, FDP 11, Grüne 38, Freie Wähler 37, AfD 22)

2018 November 5 Ilse Aigner wird zur Präsidentin des Bayerischen Landtags gewählt

2018 November 12 zweites Kabinett Markus Söder (CSU) mit Beteiligung der Freien Wähler. Stellvertretender Ministerpräsident und Wirtschaftsminister wird Hubert Aiwanger (Freie Wähler)

2018 Dezember 13 mit der Eröffnung von zwei neuen Hallen und einem Konferenzzentrum verfügt die Messe in München-Riem über 18 Hallen mit einer Ausstellungsfläche von 200.000 qm.

2019 die Audi AG verkauft weltweit 1.800.000 Automobile; die BMW-Gruppe verkauft weltweit 2,520.000 Automobile

2019 Januar 19 Ministerpräsident Söder wird CSU-Parteivorsitzender

2019 Juni 5 in Regensburg wird das Haus der Bayerischen Geschichte (Museum der Bayerischen Geschichte) eröffnet. Das Museum ist ein Teil des 1983 als Behörde (unter wechselnden Ministerien) gegründeten Hauses der bayerischen Geschichte (seit 1993 mit Sitz in Augsburg), das die jährlichen Landesausstellungen ausrichtet. Gründungsdirektor des Regensburger Museums ist Richard Loibl, seit 2007 Leiter des Hauses der bayerischen Geschichte.

2020 März 17 wegen der Corona-Pandemie ruft Bayern als erstes Land der Bundesrepublik landesweit den Katastrophenfall nach dem Katastrophenschutzgesetz von 1996 aus. Damit erhält das Staatsministerium des Inneren ein Weisungsrecht gegenüber Kommunen und Rettungseinrichtungen, auch Beschlagnahmungen etwa von medizinischen Geräten zur Eindämmung der Pandemie sind möglich

2020 August 23 der FC Bayern-München gewinnt in Lissabon mit einem 1:0 Sieg über die Mannschaft von St. Germain-Paris zum sechsten Mal (nach 1974, 1975, 1976, 2001, 2013) den Europapokal der Landesmeister (UEFA Champions League)

Anm.: Diese Aufzählung kann nicht den Anspruch auf Vollständigkeit haben. Es wurden vom Autor "Schlaglichter" ausgewählt, die auch in den Seminaren Verwendung finden können.

2. DIE IN BAYERN AUFGEANGENEN TERRITORIEN

BAYERISCHER REICHSKREIS

Erzstift Salzburg

955 das dem Erzstift Salzburg gehörende Mühldorf am Inn wird oppidum genannt; 1190 wird dort eine Salzniederlassung errichtet

1216 das 1130 neu begründete Augustinerchorherrenstift Herrenchiemsee wird unter Erzbischof Eberhard Sitz eines Bistums mit nur zehn Altpfarreien (vor allem St. Johann in Tirol)

1305 der Fürstbischof von Herrenchiemsee verlegt seinen Sitz nach Salzburg

1389 Mühldorf wird von den gegen Erzbischof Pilgrim von Salzburg Krieg führenden bayerischen Herzögen belagert

1442 gegen Abtretung des westlichen Teils des Landgerichts Tittmoning erhält Salzburg von Bayern die Hochgerichtsbarkeit über Mühldorf

1764 Salzburg erhält die volle Landeshoheit über Mühldorf

1802/3 Mühldorf kommt zu Bayern

1810 Durch den Frankfurter Vertrag vom 12. September kommt Salzburg an Bayern

1816 Mai 1 Inkrafttreten des Münchner Vertrags. Salzburg kommt an sterreich mit Ausnahme des Landstrichs links von Saalach und Salzach

Hochstift und Reichsstadt Regensburg, Reichsklöster Ober- und Niedermünster sowie St. Emmeram

nach 69 n. Chr. Römerlager Kumpfmühl der cohors II Aquitanorum

179 n. Chr. unter Kaiser Marc Aurel (166-180) Lager (castra Regina) der 3. italischen Legion im Bereich der heutigen Stadt

um 300 Bau einer starken Befestigung. Die Porta Praetoria bis heute erhalten

um 400 Abzug der römischen Truppen

160 **ab 535** Ansiedlung der Bajuwaren, Regensburg wird in den nächsten

Jahrhunderten Sitz der bayerischen Herzöge (Agilolfinger)

um 685 Tod des fränkischen Bischofs St. Emmeram in Kleinhelfendorf

739 (Wieder-) Errichtung des Bistums durch Bonifatius und zunächst Unterstellung unter das Erzbistum Mainz, St. Emmeram bischöfliches Kathedraalkloster

788 nach der Absetzung des Herzogs Tassilo III. fällt die Pfalz an die fränkischen Könige. Die Stadt wird erstmals "civitas" genannt. Eine Reichsversammlung regelt die Stellung des bayerischen "comes" (Grafen), der von nun an Bayern im Auftrag des fränkischen Königs regiert

798 das Bistum wird Salzburg unterstellt

803 Reichsversammlung nach der Unterwerfung der Awaren, Regelung der Angelegenheiten im Osten des Reichs

833 König Ludwig der Deutsche kauft dem Regensburger Bischof für seine Gemahlin Hemma das Kloster Obermünster ab, wo ein adeliges Damenstift eingerichtet wird, sicher bezeugt ist das Damenstift erst ab 866

973 das erstmals 890 genannte Niedermünster erhält als königliches Benediktinerinnenstift auf Veranlassung der Herzogin Judith von Kaiser Otto I. reiche Schenkungen

um 970 Burggraf als militärischer Kommandant nachweisbar

972 St. Emmeram wird Reichskloster

972-994 der hl. Wolfgang regiert als Bischof von Regensburg; 973 scheidet durch die Errichtung des Bistums Prag Böhmen aus dem Regensburger Kirchenverband aus; 975 Wiederherstellung der Abtei St. Emmeram und Trennung vom Bischofssitz

1002 das Damenstift Niedermünster erhält von König Heinrich II. freies Wahlrecht des Vogtes und der Äbtissin, das Damenstift Obermünster erhält Königsschutz. Nach der Gründung des Bistums Bamberg schenkt Heinrich II. das reich ausgestattete Kollegialstift der Alten Kapelle an Bamberg

1010 das Damenstift Obermünster als Reichsstift nachgewiesen

um 1010 bis nach 1070 Otloh von St. Emmeram kämpft im angehenden Investiturstreit um die Unabhängigkeit der Klöster, Regensburger Reformkreis

1031 ältestes altbayerisches Urbar wird in St. Emmeram angelegt

1070 irische Mönche kommen nach Regensburg

1135 der Bau der steinernen Brücke wird begonnen

bis 1148 Vögte des Bistums sind die Grafen von Bogen

1184 städtisches Marktgericht (Hansgrafenamt) nachweisbar

1186-1204 Bischof Konrad III. verbündet sich mit Herzog Ludwig I. von Bayern gegen die immer mächtiger werdende Stadt. Trotz des Aussterbens der Burggrafen von Regensburg gelingt es keinem der drei Mächte, die alleinige Herrschaft in der Stadt zu erlangen

1191/92 der Regensburger Handel mit Österreich wird durch Handelsprivilegien des Herzogs Leopold V. von Österreich gefördert

1204-1226 Bischof Konrad IV. von Teisbach, Kanzler des Königs Philipp (gest. 1208)

um 1200 Stadtherr ist der König; Herzog und Bischof besitzen Immunitätsbezirke

1204 Herzog Ludwig I. von Bayern und der Bischof einigen sich wegen ihrer Rechte in der Stadt: der Herzog behält das Burggrafenamt und das Schultheißenamt

1207 Freiheitsprivileg des Königs Philipp für die Bürgerschaft; freie Wahl des Hansgrafen; Ausweitung der Steuerpflicht auf die gesamte Einwohnerschaft

1211 eigenes Stadtsiegel nachweisbar

1215 die beiden Damenstifte Ober- und Niedermünster werden von König Friedrich II. an den Bischof von Regensburg verkauft, doch erreicht die Äbtissin von Niedermünster für beide Stifte Reichsunmittelbarkeit und den Fürstentitel (princeps)

1221 durch die Förderung der Stadt Wien (Stadtrecht) durch die Babenberger wird der Osthandel Regensburgs behindert, auch die Konkurrenz von Venedig wirkt sich zunehmend aus

1229 die Damenstifte Ober- und Niedermünster erhalten päpstlichen Schutz

1230 kaiserliches privilegium de non evocando für die Stadt

1245 Freiheitsprivileg des Kaisers Friedrich II. für die Bürgerschaft; Reichsunmittelbarkeit

1248 das Hochstift erwirbt die Grafschaft Hohenburg auf dem Nordgau, sie bleibt neben dem im 10. Jh. erworbenen Wörth und der Herrschaft Donaustauf das einzige reichsunmittelbare Gebiet des Hochstifts

1251 Rat der Stadt nachweisbar, der als Innerer Rat später (1330/34) durch einen Äußeren Rat ergänzt wird

1256 Beitritt zum Rheinischen Städtebund

1257 die Stadt erwirbt das bischöfliche Propstgericht und 1279 vorübergehend als Pfand das herzogliche Schultheißengericht

1260-1262 der hl. Albertus Magnus (geb. vor 1200, gest. 1280), Lehrer des Thomas von Aquin, vor 1240 schon im Regensburger Dominikanerkloster tätig, regiert als Bischof von Regensburg

1252-1277 Bischof Leo Thumdorfer, beginnt mit dem Dombau

1272 der berühmte Prediger und Franziskaner Berthold von Regensburg stirbt

1277-1296 Bischof Heinrich von Rotteneck, erweitert das Hochstiftsgebiet; die Regensburger Bischöfe erscheinen nicht mehr auf den bayerischen Landtagen

1285 Beginn der neuen Ummauerung durch die Stadt

1295 St. Emmeram erhält die Reichsunmittelbarkeit bestätigt

1310 Kaiser Heinrich VII. erlaubt die Erhebung eines Umgelds auf Wein und Lebensmittel; Klerus steuerfrei

1313-1340 Bischof Nikolaus von Ybbs; Kanzler Kaiser Ludwig des Bayern

1326 St. Emmeram wird von der bischöflichen Gewalt befreit

1330/34 Aueraufstand. Die Handwerker verhelfen der Patrizierfamilie Auer zur Herrschaft in der Stadt und im Rat. Die einflussreichste Schicht in der Stadt bleiben die Fernkaufleute

14. und 15. Jh. die Stadt verliert auf Grund der Konkurrenz von Wien, Augsburg und Nürnberg an wirtschaftlicher Bedeutung

1385 der Bischof verpfändet die Herrschaft Donaustauf an die Stadt

1465-1492 Bischof Heinrich von Absberg, verpfändet 1481 die Herrschaft Donaustauf an die bayerischen Herzöge (bis 1715)

1485 Erhebung der Zunfthandwerker

1486-1492 Herzog Albrecht IV. von Bayern-München auf eigenen Wunsch der Stadt als Stadtherr, 1487 Versuch einer Universitätsgründung. Durch die Intervention der Habsburger werden die bayerischen Eingliederungspläne vereitelt

1496 das bayerische Stadtamhof an der Steinernen Brücke wird von Herzog Albrecht IV. zur Stadt erhoben

1503 Lateinschule, seit 1537 unter städtischer Verwaltung

1505 der Maler Albrecht Altdorfer wird Bürger von Regensburg und 1526 Stadtrat; 1528 malt er die Alexanderschlacht für den bayerischen Herzog Ludwig IV.

1507-1538 Bischof Johann von der Pfalz, Administrator ohne Bischofsweihe, hält am katholischen Glauben fest

1512 Städtische Volksbewegung

1514 der Kaiser diktiert eine Regimentsordnung: der Innere Rat hat 16, der Äußere Rat 32 Mitglieder. Daneben eine Versammlung der Gesamtgemeinde mit 40 Mitgliedern

1519 Ausweisung der Juden

seit 1526 die beiden reichsunmittelbaren Damenstifte Ober- und Niedermünster beteiligen sich aktiv an Reichstagen, seit 1495 werden sie in der Reichsmatrikel als reichssteuerpflichtig geführt

1532 auf dem Reichstag in Regensburg wird unter Anwesenheit von Kaiser Karl V. u.a. die Constitutio Criminalis Carolina beschlossen

1542 die Stadt tritt zur Reformation über; das Gebiet des Bischofs und der Reichsklöster Obermünster- und Niedermünster sowie St. Emmeram bleiben als Enklaven katholisch

1579-1598 Bischof Philipp Wilhelm von Bayern, seit 1596 Kardinal

1586 Jesuiten in Regensburg, sie übernehmen 1589 St. Paul (Mittelmünster)

1614-1649 Bischof Albert Reichsfreiherr von Törring

1649-1661 Bischof Franz Wilhelm von Wartenberg, auch Bischof von Osnabrück (1627-1661), Minden (1629-1648) und Verden (1630-1648), Kardinal, gründet 1654 das Priesterseminar

1651 die Reichsstadt untersagt die Vergabe des Bürgerrechts an Katholiken

nach 1654 trotz ihres Fürstentitels sitzt die Äbtissin von Niedermünster auf dem Reichstag nicht auf der Fürstenbank, sondern hat wie der gefürstete Abt von St. Emmeram nur eine Kuriatsstimme auf der Rheinischen Prälatenbank. Ebenso sitzt die gefürstete Äbtissin von Obermünster nur auf der Schwäbischen Prälatenbank

1655-1691 Abt Zölestin Vogl von St. Emmeram, schreibt die Geschichte des Klosters und gründet 1684 die bayerische Benediktinerkongregation

seit 1663 Immerwährender Reichstag als Gesandtenkongress in Regensburg; der Kaiser wird von einem Prinzipalkommissar vertreten (Bischöfe, dann seit 1743 in Frankfurt die Fürsten von Thurn und Taxis, die seit 1748 in Regensburg ansässig sind)

1669-1685 Bischof Albrecht Sigmund von Bayern, auch Bischof von Freising (1651-1685), erreicht 1669 die Wiederherstellung der dem Bistum Regensburg unterstehenden Oberpfälzer Klöster

1685-1694, 1699-1715 Bischof Joseph Clemens von Bayern, auch Erzbischof und Kurfürst von Köln (1688-1723), Bischof von Lüttich (1694-1723), von Hildesheim (1714-1723) und Freising (1685-1694). Unterstützt politisch seinen Bruder Kurfürst Max Emanuel

1717-1719 Bischof Clemens August von Bayern, auch Erzbischof und Kurfürst von Köln (1723-1761), Bischof von Münster und Paderborn (1719-1761), Hildesheim (1724-1761) und Osnabrück (1728-1761)

1721-1763 Bischof Johann Theodor von Bayern, auch Bischof von Lüttich (1744-1763) und Freising (1727-1763)

1725-1742 Abt Anselm Godin von St. Emmeram, erwirbt für das Kloster die Reichsfürstenwürde; Barockisierung der Klosterkirche

1742-1762 Abt Johann Baptist Kraus von St. Emmeram, wichtiges Mitglied der 1759 gegründeten Bayerischen Akademie der Wissenschaften, holt den konvertierten Laien Peter Osterwald, später Leiter des Geistlichen Rats in München, als Mathematiklehrer

1748 die Fürsten von Thurn und Taxis als kaiserliche Prinzipalkommissare in Regensburg

1762-1791 Abt Frobenius Forster von St. Emmeram, ehemaliger Philosophieprofessor an der Benediktineruniversität Salzburg: Förderung der Wissenschaften, Ausbau des physikalischen Kabinetts im Kloster, wichtiges Mitglied der Bayerischen Akademie der Wissenschaften in München

1763-1768 Bischof Clemens Wenzeslaus von Sachsen und Polen, auch Bischof von Freising (1763-1768), Erzbischof und Kurfürst von Trier (1768-1802) und Bischof von Augsburg (1768-1812)

1769-1787 Bischof Anton Ignaz von Fugger-Glött, Kirchberg und Weissenhorn

1771 Pater Coelestin Steiglehner, wichtiges Mitglied der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Mitbegründer der wissenschaftlichen Meteorologie (Wetteraufzeichnungen), Reformator des Volksschulwesens

1786 dem Kloster St. Emmeram wird die Reichsunmittelbarkeit auch für dessen Gebiet um Vogtareuth bei Rosenheim bestätigt

1790-1803 Bischof Joseph Konrad Reichsfreiherr von Schroffenberg, auch Bischof von Freising (1790-1803)

1802/3 Reichsstadt, Hochstift und Reichsklöster (St. Emmeram, Obermünster und Niedermünster) kommen als Fürstentum Regensburg an den Bischof Karl Theodor von Dalberg. Die Klostergebäude von St. Emmeram kommen an die Fürsten von Thurn und Taxis, die dort schon seit 1748 wohnen. Endgültig erhalten sie St. Emmeram 1812 als Entschädigung für das Postregal

1810 Dalberg übergibt die Stadt an Napoleon, dieser überlässt sie Bayern

Hochstift Freising

um 700 die agilolfingischen Herzöge bauen sich eine Burg auf dem Domhügel

724 der in Freising residierende Herzog Grimoald ruft den hl. Korbinian (gest. 725) nach Freising, der dort ein Kloster gründet, aus dem sich 1020 Weihenstephan entwickelt

738/39 Bistumsgründung durch den hl. Bonifatius; das Bistum untersteht zunächst Mainz, seit 798 Salzburg

765 Bischof Arbeo von Freising, bedeutender Geschichtsschreiber, lässt das erste althochdeutsche Buch verfassen ("Abrogans" , Übersetzung eines lateinisch-deutschen Synonymenlexikons)

798 Unterstellung unter das Bistum Salzburg

973 Grafschaft Cadore an Freising übertragen, geht spätestens 1510 an Venedig verloren

10./11. Jh. "Freisinger Denkmäler", älteste slowenische und slawische Texte in lateinischer Schrift, wohl aus dem zu Freising gehörendem Bischofslack (Skofia loka) in Slowenien, heute in der Münchner Staatsbibliothek

1138-1158 Bischof Otto von Freising aus dem Hause der österreichischen Babenberger, großer Förderer der Klosterreformen, Verfasser einer Weltchronik und der Gesta Frederici I., Territorialpolitiker (Urkundenfälschungen zugunsten von Freising), Streit mit Herzog Heinrich dem Löwen wegen der von Oberföhring nach München verlegten Brücke (Schiedsspruch 1158)

1230-1258 Bischof Konrad von Tölz und Hohenburg, erwirbt 1249 Herrschaft Garmisch

seit 1280 der Bischof besucht die Landtage des Herzogtums nicht mehr

1283-1311 Bischof Wildgraf Emicho; löst 1300 durch Kauf die Wittelsbacher Vogtei über das Bistum ab

1294 Erwerb der Grafschaft Werdenfels vom letzten Grafen von Eschenlohe, Berthold III., nachdem das Hochstift schon vorher Rechte in Klais und Garmisch behauptet bzw. erworben hatte

1314-1322 Bischof Konrad Sendlinger

1319 Ludwig der Bayer verkauft die Landeshoheit in der Grafschaft Ismaning (Ismaning, Ober- und Unterföhring, Daglfing und Englschalking) an Freising

1328 Rechtsbuch des Ruprechts von Freising, Vorbild für das spätere Landrecht Ludwigs des Bayern

1381-1410 Bischof Berthold von Wehingen, erhält das Hochstift als Reichslehen; Kanzler der Erzherzöge von Österreich

1448-1452 Bischof und Kardinal Johannes III. Grünwalder, 1392 auf Schloss Grünwald geborener nichtehelicher Sohn des Herzogs Johann II. von Bayern, wird vom Domkapitel 1443 gewählt, kann sein Amt erst 1448 unter Verzicht auf den 1440 erhaltenen Kardinalstitel antreten. Religiöse Reformen im Klosterbereich

1453-1473 Bischof Johann Tulbeck, Klosterreformer

1485 die Venezianer verlegen ihren Markt von Bozen nach Mittenwald an der Isar in der freisingischen Grafschaft Werdenfels. Durch die

Flößerei nach München gewinnt der Markt Mittenwald größte Bedeutung als Warenumschlagsplatz

1498-1541 Bischof Pfalzgraf Philipp

1551-1559 Bischof Leo Lösch von Hilckertshausen, Kirchenvisitation von 1558 bringt empfindliche Mängel in der Ausbildung und im sittlichen Verhalten des Klerus zutage

1566-1612 Bischof Ernst von Bayern, Sohn Herzog Albrecht V. von Bayern, seit 1583 auch Kurfürst von Köln

1618-1651 Bischof Veit Adam Gepeckh, enge Zusammenarbeit mit Herzog und Kurfürst Maximilian I. von Bayern

1651-1685 Bischof Albert Sigmund von Bayern

1685-1694 Bischof Josef Clemens von Bayern, Sohn des Kurfürsten Ferdinand Maria, wird 1688 auch Kurfürst von Köln, Gründung des Priesterseminars 1688

1695-1727 Bischof Johann Eckher von Kapfing, Schulreformer, Barockisierung des Domes

1722-1727 Pater Karl Meichelbeck aus dem Kloster Benediktbeuern schreibt die Geschichte Freising, einer der ersten quellenmäßig abgesicherten Geschichtswerke

1724 Neugestaltung des Doms zu Freising durch die Gebrüder Asam, nachdem bereits der Vater die Deckengemälde geschaffen hat

1727-1763 Bischof Theodor Johann von Bayern, Sohn des Kurfürsten Max Emanuels von Bayern, 1719 schon Bischof von Regensburg, 1744 Bischof von Lüttich, Kardinal. 1758 führt er die kurbayerischen Gesetzbücher Kreittmayrs (1751-1756) im Hochstift ein

1763-1768 Bischof Clemens Wenzeslaus von Sachsen

1782 Tod des Komponisten und Kapellmeisters Placidus von Camerloher

1788-1789 Bischof Max Prokop von Törring, auch Bischof von Regensburg, Feind der Illuminaten. Wendet sich gegen eine päpstliche Nuntiatur in München

1790-1803 Bischof Joseph Konrad von Schroffenberg, auch Bischof von Regensburg, soziale Reformen, das Hochstift ist hoch verschuldet

1802/03 zu Bayern

Hochstift Passau

50 -200 n. Chr. zwei römische Kastelle im heutigen Passauer Stadtgebiet (Boiodurum und Castra Batava). Nach der Verlegung einer Kohorte aus der Provinz Batavia erhält die vor dem Kastell (Castra Batava) gelegene Zivilsiedlung den Namen vicus Batavis

472-476 der hl. Severin baut die heute noch bestehende Severinsbasilika, organisiert in Passau den Auszug der Bevölkerung nach Lorch und dann am ganzen Donauufer bis hinunter nach Enns den Rückzug eines Teils der römischen Bevölkerung nach Italien. Severin hatte beste Beziehungen nicht nur zum letzten römischen Kaiser, sondern auch zum neuen Herr Odoaker sowie zu den germanischen Führern und Königen über der Donau

482 Severin stirbt. Seine Reliquien werden 488 beim Auszug der Bevölkerung durch Eugippius in ein Kloster bei Neapel gebracht, wo der 476 von dem germanischen Söldnerführer Odoaker abgesetzte letzte weströmische Kaiser Romulus Augustulus lebte

511 Eugippius schreibt die Biographie des hl. Severin, ein einmaliges Quellenwerk über die krisenhaften Zustände am Ende des Römischen Reiches

723-745 Bischof Vivilo

743/44 Organisation des Bistums durch Bonifatius

9. und 10. Jh. Ostmission. Zahlreiche Pfarreien im heutigen Österreich mit dem Passauer Bistumspatron St. Stephan entstehen (z.B. die Stephanskirche in Wien)

971-991 Bischof Pilgrim, Domschule, Ungarnmission. 975 Taufe des ungarischen Herzogs Vajk auf den Namen des Bistumspatrons Stephan. Der 1001 mit der vom Papst übersandten Krone zum ungarischen König gekrönte Stephan I. der Heilige (gest. 1038) heiratet Gisela, die Schwester des deutschen Kaisers Heinrich II.. Diese zieht sich nach dem Tode ihres Mannes nach Passau zurück, wo sie begraben ist (Kloster Niedernburg)

999 Kaiser Otto III. verleiht Bischof Christian die öffentliche Gewalt in der Stadt Passau

1010 Kaiser Heinrich II. verleiht dem Kloster Niedernburg die Reichsfreiheit

1070 im Westen der Stadt gründet Bischof Altmann das Augustinerchorherrenstift St. Nikola

1083 Bischof Altmann gründet das Stift Göttweig

1193 Niedernburg kommt wieder an den Bischof zurück

1215-1221 Bischof Ulrich von Andechs-Meranien. Er erhält 1217 die Grafchaftsrechte im Ilzgau und die Reichsfürstenwürde. Der Bischof beginnt 1219 mit dem Bau des Oberhauses gegen die Passauer Bürgerschaft

1225 Bischof Gebhard gibt der Stadt Passau ein (lateinisches) Stadtrecht, zu seiner Zeit eines der umfangreichsten Stadtrechte Deutschlands

1254-1265 Bischof Otto von Lonsdorf, bedeutender Territorialpolitiker, erlässt 1255 eine Gerichtsordnung und lässt die Güter des Hochstifts schriftlich erfassen. Auseinandersetzungen mit dem niederbayerischen Herzog Heinrich XIII.

seit 1280 die Passauer Bischöfe erscheinen nicht mehr auf den Landtagen des Herzogtums Bayern

1285-1313 Bischof Wernhart von Prambach, hält einen eigenen Landtag. Kampf gegen die Ansprüche des Domkapitels. Reichspolitiker, 1298 Aufstand der Bürger, die einen eigenen Rat und ein eigenes Siegel wollen: 1299 neues Stadtrecht

1313 Bischof Albrecht von Österreich. Anfänge der Jahrhunderte dauernden Auseinandersetzungen um Passau zwischen Wittelsbach und Habsburg

1320-1342 Bischof Albert von Sachsen, steht auf der Habsburger Seite

1383-1380 Bischof Albert von Winkel. Die Stadt Passau strebt die Unabhängigkeit als Reichsstadt an. 1368 erhält die Stadt auf Grund der Vermittlung der österreichischen Herzöge nach mehreren Aufständen einen eigenen Rat

1389-1423 Bischof Georg von Hohenlohe. Bündnis mit Herzog Heinrich dem Reichen von Landshut. Räumt Niederbayern 1411 ein Stapelrecht ein

1423/24-1451 Bischof Leonhard von Laiming. Kampf gegen den Ingolstädter Herzog Ludwig im Bart zusammen mit den anderen bayerischen Herzögen

1451-1479 Bischof Ulrich von Nußdorf

1469 Wien und Wiener Neustadt als Bistümer von Passau abgetrennt

1479 Judenpogrom. Die Passauer Judengemeinde wird völlig ausgelöscht. Über der ehemaligen Synagoge wird die Wallfahrtskirche St. Salvator am Ufer der Ilz erbaut

1500-1517 Bischof Wiguläus Fröschl, 1503 Reformsynode ohne Ergebnisse

1517-1540 Ernst von Bayern, Administrator des Bistums ohne Bischofsweihe. Maßvolle Politik gegen die von Böhmen und Oberösterreich her ins Hochstift einwandernden Wiedertäufer. Eingliederung der Ilzstadt und der Innstadt in die Altstadt Passau

1525 in einem Schiedsvertrag (Iudicium Bavaricum) müssen die Bürger die Strafgerichtsbarkeit bei schweren Delikten endgültig ihrem Bischof und dessen Richter überlassen. Ende der bisherigen Versuche der Stadt, zur Reichsstadt aufzusteigen

1540-1555 Bischof Wolfgang von Salm. Wolf Huber als Hofmaler und Baumeister beschäftigt

1561-1591 Bischof Urban von Trenbach, gutes Verhältnis zu Österreich, hält sieben Landtage ab

1598-1625 Bischof Leopold von Österreich, Administrator ohne Bischofsweihe. Die Ernennung durch den Papst auf Grund entsprechender Zahlungen gegen einen Wittelsbacher Kandidaten weckt Verbitterung bei den Münchner Herzögen Wilhelm V. und Maximilian I.. Seitdem wird der Passauer Bischofsstuhl ausnahmslos von Angehörigen des Hauses Habsburg oder vom österreichischen Hochadel besetzt; 1612 Gründung des Jesuitenkollegs

1626-1662 Bischof Leopold Wilhelm, Erzherzog von Österreich, Administrator ohne Bischofsweihe, auch Bischof von Straßburg (1626-1662), Bischof von Halberstadt (1627-1662), Bischof von Breslau (1656-1662), Bischof von Olmütz (1638-1662); 1660 letzter Landtag im Hochstift

1662 Passauer Stadtbrand

1663-1664 Bischof Karl Joseph, Erzherzog von Österreich, Administrator ohne Bischofsweihe, auch Bischof von Breslau (1663-1664), Bischof von Olmütz (1663-1664)

1664-1673 Bischof Wenzeslaus Reichsgraf von Thun, Bischof von Gurk (1665-1673), baut nach dem Stadtbrand den neuen Dom und gibt dem Domkapitel umfangreiche Rechte

1690-1712 Bischof Johann Philipp Reichsgraf von Lamberg, 1700 Kardinal, Prinzipalkommissar des Kaisers auf dem Immerwährenden Reichstag in Regensburg. 1690 Vertrag mit dem Kurfürstentum Bayern

1723-1761 Bischof Joseph Dominikus Reichsgraf von Lamberg, 1737 Kardinal

1728 Abtretung der niederösterreichischen Bistumsteile an das Bistum Wien, dafür kirchliche Unabhängigkeit Passaus vom Erzbistum Salzburg

1730 Erwerb der Grafschaft Neuburg am Inn

1762-1763 Bischof Josef Maria Reichsgraf von Thun und Hohenstein, Bischof zu Gurk (1741-1763)

1763-1783 Bischof Leopold Ernst Graf von Firmian

1784-1795 Bischof Joseph Franz Anton Reichsgraf von Auersperg; empfindliche Einbußen des Bistums durch die Maßnahmen Kaiser Josephs

ll. 1784 stimmt Passau den österreichischen Bistumsgründungen Linz und St. Pölten zu, das österreichische Bistumsgebiet geht damit verloren

1797-1826 Bischof Leopold Leonard Reichsgraf von Thun

1802/03 Bayern erhält Teile des Bistumsgebiets; ein weiterer Teil kommt an den ehemaligen Großherzog Ferdinand I. von Toskana, der ein Kurfürstentum Salzburg aus Passauer, Eichstätter und Salzburger Gebietsteilen erhält

1805 im Frieden von Preßburg erhält Bayern das restliche Hochstiftsgebiet

Fürstpropstei Berchtesgaden

1102-1105 Irmgard und Berengar von Sulzbach gründen die Zelle Berchtesgaden und schließlich 1120 ein Augustinerchorherrenstift

1142 päpstliches Eigenkloster

1156 die Berchtesgadener Kanoniker fälschen eine Urkunde auf den Namen Kaiser Friedrichs I., in der ihnen die Forsthoheit und das Bergregal und damit die Landeshoheit verliehen wird

1194 Kaiser Heinrich VI. bestätigt gutgläubig die Fälschung von 1156

1212 erste Saline nachweisbar

1290 Reichsunmittelbarkeit von König Rudolf von Habsburg bestätigt

1294 König Adolf von Nassau verleiht dem Stift den Blutbann

1293-1404/7 wegen Überschuldung wird das Stift in das Erzstift Salzburg inkorporiert

1377 in einem "Landbrief" wird den bäuerlichen Untertanen das Erbrecht auf ihren Höfen gewährt

1404 die bayerischen Herzöge verhindern, dass Berchtesgaden (mit Genehmigung durch Papst Bonifaz IX.) dem Fürsterzbistum Salzburg einverleibt wird

1455 päpstliche Eximierung von der geistlichen und weltlichen Gerichtsbarkeit des Salzburger Erzbischofs

1558/9 der Propst hat als Reichsfürst Sitz und Stimme im Reichsfürstenrat

1594-1723 Wittelsbacher Fürstpröpste von Berchtesgaden, meistens neben ihren sonstigen geistlichen Würden, etwa als Fürsterzbischöfe von Köln

1611 durch militärischen Einsatz macht Herzog Maximilian I. die Besetzung Berchtesgadens durch das Erzstift Salzburg rückgängig

1731/33 Auswanderung der Protestanten

1803 bei der Säkularisation kommt Berchtesgaden zunächst an Erzherzog Ferdinand von Toskana (Kurfürstentum Salzburg), dann 1805 an Österreich und über Frankreich durch den Frankfurter Vertrag vom 30. September 1810 an Bayern

Das Fürstentum der oberen Pfalz bis 1621/28

1329 im Hausvertrag von Pavia, den Kaiser Ludwig der Bayer mit den Nachkommen seines Bruders Rudolf wegen der Aufteilung der Wittelsbacher Gebiete schließt, kommt ein Großteil des Nordgaus (Viztumamt Lengenfeld) an die Rudolfinische Linie, darunter die Städte Amberg, Nabburg, Neumarkt, Neunburg v. W., Neustadt und Sulzbach sowie die Märkte Auerbach, Erbdorf, Eschenbach, Floß, Hersbruck, Hirschau, Hohenstein, Kemnath, Lauterhofen, Nittenau, Pegnitz, Plech, Pressath, Roding, Velden, Oberviechtach, Vohenstrauß und Weiden

1349 Kurfürst Rudolf II. verpfändet zahlreiche Städte und Märkte der Oberpfalz an seinen Schwiegersohn König Karl IV., der diese in sein neuböhmisches Territorium mit der Hauptstadt Sulzbach eingliedert

1354 das Amberger Stadtrecht wird an Neunburg vor dem Wald weiterverliehen, vorher schon an Nabburg (1296), später an Kemnath (1375), Pressath (1398) und Velburg (1410)

1356 in der Goldenen Bulle wird bestimmt, dass der Pfälzer Kurfürst die Kurfürstenwürde allein ausübt. Als Erztruchsess des Reiches steht ihm darüber hinaus im Falle des Todes eines Kaisers das Reichsvikariat (Reichsver-

wesung) in den Ländern mit fränkischem Recht zu. Da im Hausvertrag von Pavia 1329 festgelegt war, dass die Kurwürde zwischen der bayerischen und der Pfälzer Linie wechseln soll, bildete diese Bestimmung in den nächsten Jahrhunderten einen dauernden Streitpunkt zwischen beiden Linien

1364 das Kloster Waldsassen fördert die Stadtentwicklung von Tirschenreuth, das im „Stiftsland“ des Klosters liegt

1373 Karl IV. tritt die Südhälfte seines Neuböhmischen Territoriums mit Sulzbach an das Herzogtum Bayern ab. Auerbach wird Hauptstadt des restlichen Neuböhmischen Gebietes

1387 Hammereinigung der Bergstädte Sulzbach und Amberg mit 69 Eisenhüttenbesitzern (Hammermeistern) der Oberpfalz und Nürnberg, das älteste Kartell der deutschen Wirtschaftsgeschichte

1400 Kurfürst Ruprecht III. (1398-1410) wird deutscher König und löst König Wenzel ab, das Neuböhmische Gebiet wird von der Kurpfalz zurückerobert

1410 König Ruprecht stirbt. In seinem Testament vom gleichen Jahr ordnet er die Teilung der Pfalz an: Jeder seiner vier Söhne sollte ein eigenes Fürstentum erhalten. Die Kurwürde mit dem so genannten „Kurpräzipuum“ (dem unteilbaren Kerngebiet eines Kurfürstentums) erhielt der älteste Sohn Ludwig III. (1410-1436). Neben dem Kerngebiet um Heidelberg erhält er in der Oberpfalz die Ämter Amberg, Kemnath, Waldeck, Naburg, Murach, Helfenberg, Heinzburg und Rieden. Der zweitälteste Sohn Johann erhält die übrigen Oberpfälzer Besitzungen (Fürstentum Pfalz-Neumarkt-Neunburg). Diese Linie erlischt 1448 mit seinem Sohn Christoph, der seit 1440/42 die nordischen Königreiche Dänemark, Schweden und Norwegen regiert. Der dritte Sohn Stephan (1410-1456) erhielt den linksrheinischen Landesteil mit Simmern und das Lösungsrecht für das an Lothringen verpfändete Zweibrücken. 1416 gelang die Einlösung. Durch Heirat erwarb Stephan die Grafschaft Veldenz (mit Anteile an Sponheim). Aus der Linie Pfalz-Simmern-Zweibrücken stammen die späteren bayerischen Könige und die heute noch blühenden Mitglieder des Hauses Wittelsbach. Der jüngste Sohn König Ruprechts Otto I. (1410-1461) erhielt das Fürstentum Pfalz-Mosbach (Güterkomplexe an mittleren Neckar und im Odenwald). Otto I. erbte 1448 das Fürstentum Neumarkt-Neunburg.

1429 Auerbach wird von den Hussiten zerstört. Ausbau der Festungsanlagen der oberpfälzischen Städte

1433 September 21 unter Pfalzgraf Johann werden die Hussiten in der Gegend von Hiltersried (nahe Rötzt) geschlagen. Die Einfälle in der Oberpfalz hören auf.

15. Jh. die Kurpfalz erwirbt die „Advokatie“ (Vogtei) über das Zisterzienserkloster Waldsassen und verhindert damit den Aufstieg des Klosters zur Reichsunmittelbarkeit

1449 Tod des Kurfürsten Ludwig IV. (1436-1449) und Übernahme der Vormundschaft für dessen einjährigen Sohn Philipp durch Friedrich den Siegreichen (1449-1476), den Bruder des verstorbenen Kurfürsten

1451 Friedrich der Siegreiche übernimmt die Kurwürde unter der Bedingung, nicht (standesgemäß) zu heiraten und sein Mündel (Philipp) zu adoptieren. Der Papst, die Kurfürsten, der pfälzische Adel und die Witwe des verstorbenen Bruders stimmen der Regelung zu, nicht aber der Kaiser. Friedrich heiratet 1472 die Augsburger Bürgerstochter Clara Dett (Tott). Die Nachkommen aus dieser Verbindung sind die Grafen von Löwenstein-Wertheim.

1453/54 Aufruhr in der Stadt Amberg. Nachdem über Friedrich den Siegreichen der Kirchenbann verhängt wird, verweigert Amberg, vor allem die dort regierenden Handwerker, unterstützt von den anderen Ständen der Oberpfalz, dem neuen Kurfürsten die Anerkennung. 1454 erscheint Kurfürst Friedrich I. mit Soldaten vor Amberg, das sich ergibt und dem Kurfürsten huldigt. In Gegenwart des Kurfürsten werden drei Amberger Bürger auf dem Marktplatz enthauptet. Verhängung einer Sondersteuer und Sonderauflagen

1474 Thronfolger Philipp (Kurfürst Philipp der Aufrichtige, 1476-1508) heiratet in Amberg Prinzessin Margarethe, Tochter Herzog Ludwigs des Reichen von Bayern-Landshut

1503 beim Tode Herzog Georg des Reichen von Bayern-Landshut erhebt Kurfürst Philipp als Vertreter der älteren rudolfinischen Linie des Hauses Bayern Ansprüche auf die Erbfolge in Niederbayern. Dies auch im Namen seines Neffen Pfalzgraf Ruprecht, der mit Elisabeth, der Tochter Herzog Georgs verheiratet war. Sie war von ihrem Vater testamentarisch (gegen die Bestimmungen des Reichsrechts) als Erbin vorgesehen

1505 ein Teil des Gebiets des Fürstentums der oberen Pfalz kommt an das neu gegründete Fürstentum Pfalz-Neuburg

1507 erster Gesamtlandtag in Amberg, auf dem je ein Vertreter der Städte Amberg, Neumarkt, Weiden, Kemnath, Auerbach und Hirschau teilnimmt

1523-1526 Oberpfälzer Landesordnung

1526 erster Steuerlandtag, der in der Residenz des Pfalzgrafen Friedrich in Neumarkt stattfand

1559-1576 Kurfürst Friedrich III. führt 1560 den Calvinismus in der Pfalz ein, der im Religionsfrieden von 1555 nicht zugelassen war; Heidelberger Katechismus von 1563 bringt neue Liturgie

1576-1583 Kurfürst Ludwig VI., der vor seinem Regierungsantritt in Heidelberg als Statthalter in Amberg regierte und dort beim Luthertum blieb. Die Pfalz wird wieder lutherisch. 1580 Einführung der Konkordienformel. Nur das Gebiet um Kaiserslautern, wo Ludwigs Bruder Pfalzgraf Johann Kasimir regiert, bleibt kalvinistisch

1583 nach dem Tode Ludwig VI., der in der fast schon kalvinistischen Kurpfalz eine strenge lutherische Linie verfolgt hatte, kehrt der Vormund des minderjährigen Kurprinzen, Pfalzgraf Johann Kasimir wieder zum Calvinismus zurück und lässt den Kurprinzen im reformierten Geist erziehen

1592 „Amberger Lärmen“ und Aufruhr in Tirschenreuth gegen die kalvinistischen Beamten. Nach dem Tode Johann Kasimirs 1592 noch vor Beendigung der Vormundschaft kommt es zu Auseinandersetzungen wegen der Vormundschaft und wegen der Zurückführung des Kurprinzen (Kurfürst Friedrich IV.) zum lutherischen Glauben. Die lutherische Partei sowie die Städte Amberg und Tirschenreuth wenden sich gegen die verhassten kalvinistischen Beamten und Prediger. In Amberg flieht die Regierung unter Viztum Philipp Wambold nach Neumarkt. In Tirschenreuth wird der Pfleger erschlagen, in Nabburg wird der kalvinistische Pfarrverwalter umgebracht

1596-1598 Kurfürst Friedrich IV. (1592-1610) besucht die Oberpfalz zu seiner Huldigungsreise, die Städte werden für ihr Verhalten von 1592 reglementiert. In Amberg werden Bürgermeister und Rat abgesetzt und die Selbstverwaltung eingeschränkt. Friedrich IV. und sein wichtiger Ratgeber Fürst Christian von Anhalt fördern den Calvinismus, dulden aber die Lutheraner

1598/99 Oberpfälzer Polizei- und Gewerbeordnung

1608 Friedrich IV. steht an der Spitze der protestantischen Union

1610-1632 Kurfürst Friedrich V.

1613 Vermählung des Kurfürsten Friedrich V. mit Elisabeth (†1662) aus dem Hause Stuart, Tochter des Königs Jakob I. (James I.) von England (regiert von 1603 bis 1625). Elisabeth ist die Schwester des 1649 hingerichteten Königs Karl I. (Charles I.) von England (regiert seit 1625)

1619 Kurfürst Friedrich V. wird von den (überwiegend protestantischen) böhmischen Ständen zum König von Böhmen gewählt

1620 Kurfürst Friedrich V., König von Böhmen („Winterkönig“) wird am Weißen Berg bei Prag besiegt

1621/28 die Oberpfalz und die Pfalz werden von bayerischen Truppen besetzt. Die Oberpfalz und die Pfälzer Kurwürde kommen 1623/1628 und endgültig im Westfälischen Frieden 1648 an das Kurfürstentum Bayern. Die Bibliotheca Palatina in Heidelberg wird 1623 dem Papst geschenkt

1632 Kurfürst Friedrich V. stirbt (29. November). Noch am 17. Mai 1632 konnte er mit Gustav Adolf in München einziehen. Sein Sohn Kurfürst Karl Ludwig (1617-1680) ist bei seinem Tod noch minderjährig. Im Westfälischen Frieden verliert dieser die Oberpfalz. Da die Pfälzer Kurwürde 1623 an Bayern übertragen worden ist, erhält Karl Ludwig im Westfälischen Frieden eine neue (achte) Kurwürde. Mit seinem Sohn Karl II. (regiert 1680 bis 1685) stirbt die Linie Pfalz-Simmern in der Kurpfalz aus. Es erbt die Linie Neuburg (siehe Fürstentum Neuburg)

Fürstentum Neuburg

1503 Herzog Georg von Bayern-Landshut stirbt am 1. Dezember 1503 ohne männliche Nachkommen

1505 durch den Kölner Spruch König Maximilians I. wird der bayerische Erbfolgekrieg beendet, der nach dem Tod Herzog Georgs von Bayern-Landshut wegen der differierenden Erbsprüche der Münchner und

Pfälzer Wittelsbacher begann. Für die minderjährigen Söhne Philipp und Ottheinrich des Pfalzgrafen Rupprecht (†1504) und seiner Gemahlin Elisabeth (†1504, Tochter Herzog Georgs) wird ein nicht geschlossenes Fürstentum aus meist zum ehemaligen Herzogtum Bayern-Landshut gehörenden Landesteilen geschaffen (endgültige Regelung 1509). Das um Neuburg und in der Oberpfalz aufgesplitterte Fürstentum umfasste die folgenden Gebiete: Lauingen, Höchstädt, Monheim, Graisbach, Neuburg (Residenz), Reichertshofen, in Mittelfranken Heideck, Hilpoltstein und Allersberg sowie in der Oberpfalz Burglengenfeld, Sulzbach, Schwandorf, Parkstein, Weiden, Regenstauf, Kallmünz, Hemau, Lupburg und Laaber

1542 nach dem Tode seiner Frau Susanna, der Schwester der Münchner Herzöge Wilhelm IV. und Ludwig X. führt Pfalzgraf Ottheinrich im Fürstentum Neuburg die Reformation ein

1543 die Schloßkapelle in Neuburg wird von Hans Bocksberger d.Ä. ausgemalt. Die Kapelle ist der älteste erhaltene protestantische Kirchenraum der Welt

1544 das bankrotte Fürstentum wird von den Neuburger Landständen verwaltet. Versteigerung der Kunstschatze

1553 der kinderlose Ottheinrich schenkt das Fürstentum seinem Vetter Pfalzgraf Wolfgang, Herzog von Zweibrücken (1526-1569), welcher ihm bedeutende Summen geliehen hat

1556 Pfalzgraf Ottheinrich (gest.1559) wird Kurfürst in Heidelberg, verkauft Neuburg an Herzog Wolfgang von Zweibrücken-Veldenz

1559-1569 Herzog Wolfgang von Zweibrücken-Veldenz, Stammvater aller Neuburger Fürsten und Pfälzer Kurfürsten (ab 1685) und aller noch lebenden Wittelsbacher

1569-1614 Herzog und Pfalzgraf Philipp Ludwig. Seine jüngeren Brüder erhalten Pfalz-Zweibrücken-Veldenz (Johann) und Pfalz-Zweibrücken-Birkenfeld (Carl); diese letztere Linie kommt 1799 mit Kurfürst Max IV. nach Bayern

1609 nach dem Tode des letzten Herzogs von Kleve, Jülich, Berg, Mark und Ravensberg Johann Wilhelm gehört zu den Erben am Niederrhein auch Pfalzgraf Philipp Ludwig, der mit einer Tochter Johann Wilhelms verheiratet ist. Nach längeren Streitigkeiten einigen sich Neuburg und Bran-

denburg im Vertrag von Xanten 1614 und endgültig im Vertrag von Kleve 1666 auf die Teilungsmodalitäten. Die Neuburger Wittelsbacher erhalten Jülich und Berg mit Düsseldorf

1614 nach dem Tode des letzten protestantischen Pfalzgrafen Philipp Ludwig werden die Neuburger Lande geteilt. Wolfgang Wilhelm erhält Neuburg, August erhält Sulzbach und Johann Friedrich Hilpoltstein (1644 wieder an Neuburg zurück)

1614-1653 Pfalzgraf Wolfgang Wilhelm tritt noch zu Lebzeiten seines Vaters anlässlich seiner Hochzeit mit der Schwester des bayerischen Herzogs Maximilian I. heimlich zum katholischen Glauben über

1685-1690 Philipp Wilhelm, Sohn des Pfalzgrafen Wolfgang Wilhelm begründet als Kurfürst in Heidelberg die Neuburger Linie. Neuburg Teil der Kurpfalz: 1685 Erlass eines Toleranzedikts für die drei christlichen Konfessionen seines Herrschaftsbereichs; wegen der bestrittenen Erbfolge marschiert König Ludwig XIV. in der Pfalz ein, 1689 Zerstörung von Heidelberg

1690-1716 Kurfürst Johann Wilhelm residiert vorwiegend in Düsseldorf, das 1609/1614 an Pfalz-Neuburg gekommen war

1742 Pfalzgraf Karl Theodor aus der Sulzbacher Nebenlinie erbt Neuburg, die Kurpfalz sowie die Herzogtümer Jülich und Berg; residiert in Mannheim

1777 nach dem Tode des letzten altbayerischen Kurfürsten Max III. Joseph erbt Karl Theodor Bayern und zieht 1778 nach München. Das Herzogtum Neuburg und das Kurfürstentum Bayern vereint

Landgrafschaft Leuchtenberg

1196 nach dem Tode des Landgrafen Otto IV. von Stefling (bei Nittenau) erbt dessen Gebiete der bayerische Herzog Ludwig I.. Das Landgrafenamt wird als Reichslehen an Heinrich VI. Diepold von Leuchtenberg als Reichslehen gegeben. Das edelfreie Geschlecht der Leuchtenberger führte seit 1158 den Grafentitel. Ihm gehört die Herrschaft Waldeck (Kemnath, Erbendorf)

1283 Landgraf Friedrich II. verkauft an Herzog Ludwig II. von Bayern sein Landgrafenamt, Gericht, Geleit und das Schloss Waldeck, behält aber seinen Titel

1332 die Landgrafen gewinnen im Tausch von den Wittelsbachern die Stadt Pfreimd, das sich in der Folgezeit zum Hauptort und zur Residenz der Landgrafen entwickelt. Schloss Leuchtenberg wird Sitz eines Landrichters und Pflegers

1353 der größte Teil der Leuchtenberger Herrschaften werden Böhmen zu Lehen aufgetragen

1362 Landesteilung

1367 Landgraf Johann erhält von Kaiser Karl IV. das Münzrecht, er amtiert als Statthalter der Wittelsbacher 1368-1386 in Straubing (Herzogtum Straubing-Holland)

1383 Herrschaft Hohenfels an Kurpfalz verloren

1440 Landgraf Leopold führt den Titel Fürst, er wird Statthalter des Pfalzgrafen Christoph von Neumarkt, der als König in Dänemark regiert

1463 Herrschaft Laaber an Bayern-Landshut und 1465 Grafschaft Wolfstein an die Kurpfalz verloren

1583 das Schloss in Pfreimd wird neu erbaut

1612 die Tochter Mechtild des Landgrafen und Reichshofratspräsidenten Ludwig heiratet Albrecht VI., den Bruder des Herzogs Maximilian von Bayern

1621 Landgraf Wilhelm wird von Herzog Maximilian gefangengenommen und stirbt 1634 als Franziskaner

1646 Landgraf Max Adam, der seit seiner Hochzeit in Wiesensteig (Württemberg) regiert, stirbt kinderlos. Die Landgrafschaft fällt an Herzog Albrecht VI. von Bayern ("der Leuchtenberger"), der die Landgrafschaft 1650 im Tausch gegen Haag an seinen Bruder Kurfürst Maximilian weitergibt. Die Münchner Wittelsbacher führen nun zusätzlich den Titel Landgraf von Leuchtenberg und nehmen für Leuchtenberg Sitz und Stimme auf der Fürstenbank des Reichstags wahr

1705 die Landgrafschaft kommt nach der Ächtung des Kurfürsten Max Emanuel an die Fürsten Lambach, 1714 wieder bei Bayern

1817 der Titel eines Herzogs von Leuchtenberg wird von König Max-Joseph an seinen Schwiegersohn Eugen Beauharnais, Stief- und Adoptivsohn Napoleons, ehemaliger Vizekönig von Italien und jetziger Fürst von Eichstätt verliehen. Beziehungen zur alten Landgrafschaft bestehen nicht

Grafschaft Sternstein (Störnstein)

1353 die nach der Burg Sternstein (Störnstein) in Neustadt an der Waldnaab benannte Herrschaft wird von Kaiser Karl IV. für Böhmen erworben

1575 Sternstein wird vom Kaiser als Eigenbesitz an Popel von Lobkowitz unter böhmischer Lehenshoheit gegeben. Die Lobkowitz hatten die Herrschaft 1562 als Pfandbesitz erworben

1624 Kaiser Ferdinand II. verleiht dem Grafen Zdenko Adalbert Lobkowitz, oberster Kanzler der Krone Böhmens, die Reichsfürstenwürde

1641 Fürst Wenzel Eusebius Lobkowitz (Linie Popel von Lobkowitz, Chlumetzer Zweig), (1609-1677), einer der reichsten und einflussreichsten Feldherrn (Hofkriegsrat und Generalfeldzeugmeister) und Politiker Böhmens und Österreichs erhält von Kaiser Ferdinand III. auf dem Reichstag zu Regensburg am 23. August eine goldene Bulle, in der Störnstein zu einer gefürsteten Reichsgrafschaft erhoben wird. Jede Lehenbindung und sonstige Verbindung mit Böhmen wird aufgehoben. Der Fürst besitzt neben seinen oberpfälzischen Besitzungen riesige Ländereien in Schlesien, Böhmen und Österreich. 1646 überlässt ihm der Kaiser das riesige Fürstentum Sagan in Schlesien (unter böhmischer Landeshoheit) aus dem Nachlass Wallensteins. Störnstein war trotz seines geringen Umfangs aber als reichsunmittelbarer Besitz wichtig für die Erlangung der Reichsstand. Das Gebiet der gefürsteten Grafschaft bestand im Wesentlichen aus der Stadt Neustadt an der Waldnaab, aus Störnstein und Dörfern in der Umgebung und war in ein Oberndorfer, eine Denkendorfer und eine Altenstadter Viertel eingeteilt. Die Fürsten residieren im Alten Schloss in Neustadt. Der 1698 begonnene Neubau eines Schlosses wird nicht vollendet, da die Lobkowitz sich seit 1711 nicht mehr in Neustadt aufhalten

1653 Fürst Wenzel Eusebius Lobkowitz erhält auf dem Reichstag zu Regensburg zusammen mit Hohenzollern und Eggenberg Sitz und Stimme (Virilstimme) im Reichsfürstenkollegium des Reichstags. Diese Vergrößerung des Fürstenbank des Reichstags (mit ihm u.a. noch durch Eitelfriedrich von Hohenzollern und Johann Anton Herzog von Krumau und Fürst von Eggenberg) hat zur Folge, dass der Reichstag beschließt, dass in Zukunft nur Personen mit einem reichsunmittelbaren Territorium und mit Zustimmung des Reichstags in den Fürstenrat berufen werden können. Lobkowitz war in zweiter Ehe seit 1653 mit der protestantischen August Sophie von Sulzbach (die bis 1682 in Neustadt residierte) verheiratet, hatte also enge Beziehungen zum Hause Wittelsbach und zur Oberpfalz. Sternstein hat er wie seine Nachkommen vor allem von den Schlössern und Palais in Raudnitz, Prag und vor allem von Wien aus regiert.

1684 Vertreibung der letzten Juden, die sich im Markt Floß (Herzogtum Pfalz-Sulzbach) niederlassen

1742 die gefürstete Reichsgrafschaft Sternstein (Störnstein) erhält Sitz und Stimme im Bayerischen Reichskreis. Der jährliche Matrikelanschlag beträgt 3 Mann zu Pferd und 10 Mann zu Fuss oder 75 Gulden (später ermäßigt)

1806 Sternstein fällt an Bayern, die Allodialgüter werden 1807 an Bayern verkauft

Herrschaft Sulzbürg-Pyrbaum

1353 den Herren von Wolfstein wird die Reichsunmittelbarkeit ihres Gebiets um Ober- und Untersulzbürg, die Burg Wolfstein (bei Neumarkt in der Oberpfalz) und Pyrbaum anerkannt

1354 Befreiung vom kaiserlichen Landgericht

1460 Burg und Herrschaft Wolfstein werden Böhmen zu Lehen aufgetragen und gelangen 1465/66 durch Kauf an Pfalzgraf Otto II. von Neumarkt

ab 1465 nach dem Verkauf von Burg Wolfstein an den in Neumarkt residierenden Pfalzgraf Otto II. von Mosbach residieren die Herren von Wolfstein auf Sulzbürg

1523 die Herren von Wolfstein werden in den Reichsfreiherrnstand erhoben

1561 Einführung der Reformation

1673 die Freiherren von Wolfstein werden in den Reichsgrafenstand erhoben, sie sind Mitglied des fränkischen Reichsgrafenkollegiums

1740 nach dem Aussterben der Wolfsteiner fällt die Herrschaft auf Grund einer Lehensanwartschaft von 1562 an Bayern, die Einwohner der Herrschaft bleiben evangelisch

Herrschaft Breitenegg

1611 Bayern kauft den Anteil Pfalz-Neuburgs an der Herrschaft Breitenegg

1624 die Herrschaft kommt an den 1623 zum Reichsgrafen erhobenen bayerischen General Johann Tserklaes Tilly

1631 nach dem Tode Tillys erhält die Herrschaft Landeshoheit (kaiserliche Bestätigung 1635) und gehört seit 1649 mit Sitz und Stimme dem bayerischen Reichskreis an

1724 nach dem Aussterben der Grafen von Tilly fallen die Reichslehen (Freystadt an der Schwarzach, Holnstein, Hohenfels) an Bayern, die Allodialgüter über die Witwe des letzten Grafen Tilly an die Herren von Gumpen-berg und schließlich 1792 an Bayern

Herrschaft Waldthurn

1540 die Herren von Wirsberg erwerben die Herrschaft Waldthurn. Sie erkennen die Pfälzer Landeshoheit an

1657 die Fürsten von Lobkowitz erwerben durch Verzicht des bayerischen Kurfürsten Ferdinand Maria die Landeshoheit über Waldthurn

Herrschaft Ehrenfels

1256 die Burg und Herrschaft Ehrenfels (mit Beratzhausen) an der Schwarzen Laaber nordwestlich Regensburg kommt an die Herren von Hohenfels, die sich nach Ehrenfels nennen

14. Jh. die Herren von Stauf erben Ehrenfels (Staufer zu Ehrenfels)

1567 die Herrschaft wird an das Fürstentum Pfalz-Neuburg verkauft

Grafschaft Haag

1245 nach dem Aussterben der Gurre von Haag wird die Herrschaft von Kaiser Friedrich II. an die aus der bayerischen Ministerialität stammenden Herren von Fraunberg verliehen und mit der hohen Gerichtsbarkeit ausgestattet

1469 obwohl die Grafschaft noch 1434 als Reichslehen bestätigt wird müssen die Fraunberger die Oberhoheit Bayerns anerkennen

vor 1500 die Fraunberger räumen den Herzögen von Bayern-Landshut das Öffnungsrecht auf der Burg Haag ein

1503 nach dem Tod Herzog Georgs des Reichen, dessen Hofmarschall Siegmund von Fraunberg war, gelingt es den Fraunbergern mit Hilfe König Maximilians, die Abhängigkeit von Bayern zu lösen

1509 die Fraunberger werden zu Reichsgrafen erhoben

1541 Graf Ladislaus von Haag heiratet die evangelische Prinzessin Salome von Baden und nimmt das Luthertum an

1555 Herzog Albrecht V. von Bayern erwirbt die Lehenanwartschaft auf die Grafschaft Haag

1566 Tod des Grafen Ladislaus von Haag. Die Grafschaft fällt an Bayern, das 1567 die kaiserliche Belehnung erhält. Die Grafschaft hatte durch einen Sitz auf der Wetterauischen Grafenbank zeitweise Reichsstandschaft und war Mitglied des bayerischen Reichskreises

Grafschaft Hals

1279 König Rudolf erhebt die Herren von Hals, die sich nach der Burg an der Ilz nördlich von Passau nennen, zu Grafen

1375 Landgraf Johann I. von Leuchtenberg erbt Hals und erhält von Kaiser Karl IV. Stadt- und Münzrecht sowie die Blutgerichtsbarkeit. Die Stadtrechtsverleihung bleibt ohne Folgen, Hals wird erst im 16. Jh. Markt

1485 Verkauf der Grafschaft an die Herren von Aichberg, nach deren Aussterben kommt sie 1511 an den Freiherrn Hans von Degenberg

1517 Hans von Degenberg verkauft die Grafschaft an die bayerischen Herzöge Wilhelm IV. und Ludwig X.

Grafschaft Ortenburg

1248 mit dem Tod Pfalzgraf Rapotos III. erlischt die jüngere Linie der Ortenburger, die im 12. Jh. noch zu den mächtigsten Geschlechtern des Deutschen Reichs gezählt hatten. Deren Güter in Bayern kommen bis auf die reichslehenbare Grafschaft Ortenburg bei Passau an die Wittelsbacher, die von den Ortenburgern auch deren Wappenbild, den Panther (Pantier=Drachen) übernehmen

1521 Ortenburg wird in der Reichssteuermatrikel geführt

1559-1600 Graf Joachim von Ortenburg, der auch viele Güter (Hofmarken) im Herzogtum Bayern besitzt, setzt sich an die Spitze der Adelsopposition gegen Herzog Albrecht V.. Er führt 1563 die Reformation in seiner Grafschaft ein. Als Statthalter des Pfalzgrafen Johann Casimir in Amberg und als Gesandter des Kurfürsten Friedrich IV. hat er engen Kontakt zur kalvinistischen Partei im Reich. Seine Grafschaft bleibt aber protestantisch (Augsburger Konfession)

1573 die von Bayern bestrittene Reichsunmittelbarkeit der Grafschaft wird vom Reichskammergericht und 1602 schließlich auch von Bayern anerkannt

1602 Herzog Maximilian erkennt die Reichsunmittelbarkeit von Ortenburg an

1698 Ortenburg hat Sitz und Stimme im Wetterauischen Reichsgrafenkollegium

1805 die Ortenburger tauschen mit Bayern die Grafschaft Ortenburg gegen das ehemals zum Kloster Langheim gehörige Tambach bei Coburg. Tambach kommt 1814 zusammen mit Würzburg an Bayern

Grafschaft Hohenwaldeck

1476 Kaiser Friedrich III. erkennt die Reichsunmittelbarkeit der nach einer Burg über dem Schliersee benannten Herrschaft Hohenwaldeck der Waldecker an. Hauptort der auf Vogteien über Freisinger Gut beruhenden Herrschaft ist Miesbach

1483 die Waldecker sterben aus

1523 den Maxlrainern, die die Herrschaft 1516 von den Sandzellern erworben haben, gelingt die Ablösung der Freisinger Lehensoberhoheit in Teilen ihrer Herrschaft, nachdem sie schon 1521 als Reichslehen anerkannt wurde. 1522 erkennt Bayern die eigene Blutgerichtsbarkeit der Herrschaft an

1548 die Maxlrainer werden Reichsfreiherren

1559 Ausgleich mit dem bayerischen Herzog Albrecht V., der auf Gerichts- und Steuerhoheit verzichtet. Wolf-Dietrich von Maxlrain, Freund des Grafen Joachim von Ortenburg, führt die Reformation ein

1581-1584 die Einführung der Reformation führt zum militärischen Einschreiten des bayerischen Herzogs Wilhelm V., der unter Berufung auf den Vertrag von 1559 die Rekatholisierung erzwingt

1636/37 die Maxlrainer werden zu Grafen erhoben: Grafschaft Hohenwaldeck

1734 nach dem Aussterben der Maxlrainer fällt die Grafschaft aufgrund der Abmachungen von 1559 an Bayern

FRANKEN UND FRÄNKISCHER REICHSKREIS

Erzstift Mainz

957 Herzog Ludolf (Luitolf) von Schwaben und seine Gemahlin Ida gründen das Kollegiatstift St. Peter und Alexander in Aschaffenburg

975-1011 Erzbischof Willigis von Mainz erhält 982 das vor allem durch Kaiser Otto II. seit 974 reich dotierte Stift St. Peter und Alexander in Aschaffenburg sowie die Siedlung. Seit dem 13. Jh. ist der Stiftpropst immer Mitglied des Mainzer Domkapitels und seit 1588 ist das Amt des Stiftpropsts und des Erzbischofs in Personalunion vereint

1122 Erzbischof Adalbert von Mainz errichtet innerhalb der Aschaffener Altstadt eine Burganlage

1200-1230 Erzbischof Siegfried II. Von Mainz. Ausbau der Burg in Aschaffenburg

1259-1284 Erzbischof Werner von Eppenstein; da sich die Stadt Mainz seit 1244 (bis 1462) der erzbischöflichen Oberherrschaft entzieht, wird Aschaffenburg zweite Residenzstadt der Mainzer Erzbischöfe. Mainz, das 1331 freie Stadt des Reichs genannt wird, fällt erst nach 1461 wieder an den Erzbischof zurück

1272 Kloster und Stadt Amorbach kommen an Erzbischof Werner

1273 die Aschaffener Pfarrkirche wird in das Stift inkorporiert

1346 die in einem Bündnis vereinigten neun Städte des Mainzer Oberstifts, darunter auch Miltenberg, erhalten Stadtprivilegien, die sie vor dem Eingriff der kurmainzischen Beamten schützen

1514-1545 Kardinal Albrecht von Brandenburg, Erzbischof von Mainz und Magdeburg, Bischof von Halberstadt. Er beschäftigt seit 1516 in Aschaffenburg Matthias Grünewald als Hofmaler. 1539 verlegt Albrecht seine Residenz von Halle (Erzbistum Magdeburg) nach Aschaffenburg

1525 im Bauernkrieg steht Aschaffenburg auf der Seite der aufständischen Bauern

1527/28 neue Stadtordnung (Albertinische Stadtordnung) für die Mainzer Städte u.a. auch für Aschaffenburg, Miltenberg und Amorbach, die wegen ihrer Haltung im Bauernkrieg ihre Rechte von 1346 verlieren. In Amorbach zieht der kurmainzische Amtmann von der Wildenburg in die Stadt. Der Bund der neun Städte wird aufgelöst

1552 Markgraf Albrecht Alkibiades zerstört die meisten Burgen im Hochstift, darunter die Mildenburg über Miltenberg und die Burg in Aschaffenburg

1559 nach dem Aussterben der Grafen von Rieneck sichert sich Mainz die Grafschaft Rieneck mit dem Hauptort Lohr am Main, das kurfürstlicher Oberamtssitz wird

1605 an die Stelle der 1552 zerstörten Burg wird in Aschaffenburg durch Erzbischof und Kurfürst Johann Schweikart von Kronberg (1604-1626) mit dem Bau des Schlosses Johannisburg durch den Straßburger Baumeister Georg Ridinger begonnen. 1614 wird der Bau, einer der größten Renaissanceschlösser Deutschlands, eingeweiht

1631 Gustav Adolf besetzt die Stadt

1695-1729 Erzbischof Lothar Franz von Schönborn, seit 1693 Bischof von Bamberg

1742-1747 Neubau der Abteikirche in Amorbach durch den Mainzer Baumeister Maximilian von Welsch

1756 Mainzer Landrecht

1776 der von 1774 bis 1802 als Erzbischof von Mainz und Bischof von Worms regierende Friedrich Karl Joseph von Erthal lässt durch den Architekten Emanuel d'Herigoyen und später durch den pfalzbaierischen Gartenbaumeister Ludwig Sckell Park und Schloss Schönbusch bei Aschaffenburg anlegen. Der im englischen Stil angelegte Park wird bereits 1783 für die Öffentlichkeit freigegeben

1797 Mainz wird zum zweiten Mal von den Franzosen besetzt, die linksrheinischen Besitzungen des Erzstifts gehen verloren. Die Kunstgegenstände und das Mainzer Archiv waren schon 1794 nach Aschaffenburg gebracht worden

1803 Bildung des Fürstentums Aschaffenburg für den Mainzer Erzbischof und Kurerzkanzler Karl Theodor von Dalberg. Die protestantischen Fürsten Leiningen erhalten als Entschädigung für ihre linksrheinischen Verluste Amorbach und weitere Mainzer Besitzungen

1806 Rheinbund, Dalberg wird Fürstprimas; die in Amorbach residierenden Fürsten von Leiningen verlieren ihre Landeshoheit

1808 Karl Theodor von Dalberg gründet in Aschaffenburg eine Universität (Karlsuniversität)

1810 das Fürstentum Aschaffenburg wird für Dalberg zum Großherzogtum Frankfurt erweitert

1812 Mai 13 Napoleon besucht in Aschaffenburg seinen Freund Karl Theodor von Dalberg, den Fürstprimas des Rheinbunds

1814 Aschaffenburg kommt zusammen mit dem Großherzogtum Würzburg an das Königreich Bayern

Hochstift Würzburg

686/89 der Iroschotte Kilian wird zusammen mit seinen Gefährten Totnan und Kolonat nach Missionsversuchen im Streit mit der dort herrschenden Adelsfamilie (Amtsherzöge) erschlagen

704 Würzburg als Mittelpunkt eines fränkischen Herzogtums bezeugt

741/42 Errichtung eines Bischofssitzes für Ostfranken durch den hl. Bonifatius. Das Bistum wird Mainz unterstellt. Erster Bischof ist der Angelsachse Burchard (gest.754)

um 800 Würzburg als Königspfalz belegt, reiche Schenkungen durch die Karolinger und später durch Kaiser Otto II.

1007 die Gründung des Bistums Bamberg beschneidet die Zuständigkeit Würzburgs

1045 Neubau des Kiliansdoms in Würzburg

1069 "urbani cives" in Würzburg genannt

1127 Gründung des Zisterzienserklosters Ebrach im Steigerwald von Kloster Morimond aus. Drittältestes deutsches Zisterzienserkloster mit zahlreichen Tochtergründungen (1132 Langheim)

1156 Kaiser Friedrich Barbarossa, der sich während seiner Regierungszeit über 18mal in Würzburg aufhält, feiert seine Hochzeit mit Beatrix von Hochburgund

1168 Bischof Herold (1165-1171) erhält von Kaiser Friedrich I. die Blutgerichtsbarkeit und lässt sich auf Grund gefälschter Urkunden die seit Anfang des 12. Jh. beanspruchte Stellung als Herzog von Franken bestätigen; in der Folgezeit können die Bischöfe freilich die herzogliche Gewalt nicht durchsetzen

1207-1223 Bischof Otto I. von Lobdeburg wirkt an der mit Kaiser Friedrich II. und den geistlichen Fürsten 1220 ausgehandelten „confoederatio cum principibus ecclesiasticis“ mit, nach der den geistlichen Territorien ihre Unabhängigkeit von allen weltlichen Gewalten bestätigt wird

13. Jh. Bettelorden lassen sich in den Vorstädten Würzburgs nieder: 1212 Karmeliter, 1221 Franziskaner, 1239 Dominikaner und 1262 die Augustinereremiten

1230 im Kreuzgang des Stifts Neumünster ("Lusamgärtchen") wird der Minnesänger Walther von der Vogelweide begraben

1243 Stadtgemeinde Würzburg

1256 die Stadt tritt dem Rheinischen Städtebund bei

1261 Bischof Iring von Reinstein-Homburg (1254-1265) unterdrückt die Bestrebungen der Stadt, die Reichsunmittelbarkeit zu erlangen

1297 Erwerb von Kissingen

1319 Bürgerspital in Würzburg

1333-1345 Bischof Otto II. von Wolfskehl (bis 1335 als Gegenbischof). Als bedeutender Territorialpolitiker bringt er Kitzingen, Heidingsfeld, Gemünden, Iphofen, Rothenfels, Frickenhausen, Röttingen und den Mainzoll an der Hallburg an das Hochstift. Um die Festung Marienberg baut er eine

Ringmauer. Sein Grabmal im Dom gehört zu den bedeutendsten Leistungen der gotischen Bildhauerkunst (Wolfskehlmeister)

1348 die Zerstörung des Judenghettos ermöglicht die Anlage des Marktes

1372-1400 Bischof Gerhard von Schwarzburg

1377 Bau der spätgotischen Marienkapelle an der Stelle der ehemaligen Synagoge

1397 die Städte des Hochstifts verbünden sich untereinander gegen den Bischof. Sie werden von König Wenzel unterstützt, von dem die meisten Privilegien über ihre Reichsunmittelbarkeit erhalten

1400 die nach Reichsstandschaft strebende Bürgerschaft Würzburgs sowie anderer Städte des Hochstifts unterliegen im Bündnis mit König Wenzel dem Fürstbischof endgültig in der Schlacht von Bergtheim

1400 -1411 Bischof Johann von Egloffstein erhält 1402 durch Papst Bonifaz IX. die Erlaubnis für die Errichtung eines studium generale (Universität) nach dem Vorbild von Bologna in Würzburg; erste Universitätsgründung eines geistlichen Fürsten in Europa. Die Universität besteht bis 1411

1411-1440 Bischof Johann II. von Brunn, erhebt mit Zustimmung der Landstände (1435) hohe Steuern zur Schuldentilgung

1455-1466 Bischof Johann III. von Grumbach. Kämpfe gegen den Markgraf und späteren Kurfürsten von Brandenburg Albrecht Achilles, der ein Herzogtum Franken begründen will. Einigung mit dem Adel des Hochstifts, der vom Markgrafen umworben wird

1466-1495 Bischof Rudolf von Scherenberg, Förderer Tilman Riemenschneiders und des Humanismus. Konsolidiert die Finanzen des Hochstifts

1476 Bauernaufstand des Pfeifers von Niklashausen (Hans Böhm) wird niedergeschlagen, Hans Böhm (Böheim) wird wegen Verbreitung hussitischer Ideen hingerichtet

1495-1519 Bischof Lorenz von Bibra, fördert den Humanismus, holt 1506 den aus Sponheim vertriebenen Historiker Abt Trithemius nach Würzburg, begrüßt die Kritik Luthers an kirchlichen Missständen

1512 Landgerichtsreformation

1519-1540 Bischof Konrad von Thüngen spricht sich gegen Luther und für Reformen aus

1520-1550 Magister Lorenz Fries aus Mergentheim als Rat, Archivar und Diplomat in Würzburg tätig; verfasst eine illustrierte Chronik der Bischöfe von Würzburg, eine der besten Quellen zur fränkischen Landesgeschichte

1521 auf dem Reichstag zu Worms wird der Anspruch des Klosters Ebrach auf Reichsunmittelbarkeit abgewiesen

1523-1701 Landtage im Hochstift; die Ritterschaft beteiligt sich seit 1641 nicht mehr, es bleiben Städte, Märkte und Ämter sowie die Prälatenklöster

1525 Bauernkrieg. Der Bischof geht mit Waffengewalt gegen die aufständischen Bauern und Bürger vor. In Würzburg wird auch der Bildschnitzer und Bildhauer Tilman Riemenschneider verhaftet (gest. 1531)

1544-1558 Bischof Melchior Zobel von Giebelstadt, kämpft gegen Markgraf Albrecht Alkibiades, der ein Herzogtum Franken unter seiner Oberhoheit errichten will. Der geächtete Reichsritter Wilhelm von Grumbach, der den Bischof befiehlt, ermordet diesen ("Grumbachsche Händel")

1557 das Zisterzienserkloster Ebrach erkennt durch Vertrag (bestätigt 1701) die Würzburger Landeshoheit an, obwohl es noch 1554 ein kaiserliches Immunitätsprivileg erwirkt hat

1558-1573 Fürstbischof Friedrich von Wirsberg, gründet ein Gymnasium und holt 1573 die Jesuiten nach Würzburg

1573-1617 Fürstbischof Julius Echter von Mespelbrunn, Erneuerer des Bistums. Durchführung der Gegenreformation mit Hilfe des neu gegründeten Geistlichen Rats. Bau zahlreicher Kirchen ("Juliusstil")

1579 Juliusspital; gescheiterter Versuch, die zum Großteil evangelisch gewordene Fürstabtei Fulda zu erwerben

1582 Eröffnung der Würzburger Universität. Neben der philosophischen und theologischen Fakultät entstehen 1587 die juristische und im Jahre 1593 die medizinische Fakultät

1582 bis 1591 Bau des 130.000 Gulden teuren Universitätsgebäudes durch den Mainzer Hofbaumeister Georg Rubin

1585 Gebietserwerbungen aus dem Erbe der 1583 ausgestorbenen Grafen von Henneberg

1609 Gründung der katholischen Liga zusammen mit dem bayerischen Herzog Maximilian

1617-1622 Bischof Johann Gottfried von Aschhausen, auch Bischof von Bamberg

1622-1631 Fürstbischof Philipp Adolf von Ehrenberg; gegen die Hexenprozesse im Hochstift wendet sich vor allem Friedrich von Spee, Mitglied der Universität

1631 König Gustav Adolf von Schweden erstürmt Würzburg; Herzog Bernhard von Sachsen-Weimar erhält 1633 die Hochstifte Würzburg und Bamberg als Herzogtum Franken (bis 1634)

1631 Eroberung und Zerstörung Würzburgs durch die Schweden

1642-1673 Johann Philipp von Schönborn, erstes Mitglied des Hauses Schönborn auf einem fränkischen Bischofsstuhl. 1647 wurde Johann Philipp von Schönborn Erzbischof von Mainz und damit gleichzeitig auch Erzkanzler des Reiches; seit 1663 zusätzlich auch Bischof von Worms, Unterstützung der Land- und Forstwirtschaft, Verbot der Hexenprozesse

1648 durch den Westfälischen Frieden bleiben die im Normaljahr (1624) bestehenden 31 protestantischen Pfarreien erhalten

1675-1683 Bischof Peter Philipp von Dernbach, auch Bischof von Bamberg

1684-1698 Bischof Johann Gottfried II. von Guttenberg; soziale und wirtschaftliche Reformen. Auseinandersetzung mit dem Domkapitel, auf sein Betreiben hin verbietet Papst Innozenz XII. 1695 alle bischöflichen Wahlkapitulationen (Verträge des Domkapitels mit dem neugewählten bzw. zu wählenden Bischof), ohne diese freilich de facto beseitigen zu können

1699-1719 Fürstbischof Johann Philipp von Greiffenclau-Vollraths, zahl-

reiche barocke Neu- und Umbauten im Hochstift, etwa Neumünster, St. Peter und Dom in Würzburg

1719-1724 Fürstbischof Johann Philipp Franz von Schönborn (1719-1724) richtet an der Würzburger Universität Professuren für Mathematik und Geschichte ein. Fördert die deutsche Sprache an der Universität

1720 Landgerichtsordnung

1729-1746 Fürstbischof Friedrich Karl von Schönborn; seit 1729 auch Bischof von Bamberg, Residenzbau (Architekt Balthasar Neumann, Fresken von Tiepolo), Schönbornkapelle am Dom. Reichsvizekanzler von 1705-1734, bemüht sich um das Zustandekommen der Pragmatischen Sanktion 1713, die das weibliche Erbrecht in den österreichischen Ländern verankert

1747-1750 Balthasar Neumann baut die Wallfahrtskirche Kappelle

1749 an der Universität Würzburg wird eine Professur für Experimentalphysik eingerichtet. Als erste Hochschule wurde damit in Würzburg die Physik von der Philosophie getrennt

1752 der Venezianer Giovanni Battista Tiepolo malt die Fresken der Würzburger Residenz im Auftrag des Bischofs Karl Philipp von Greiffenclau-Vollraths (1749-1754)

1755-1779 Bischof Adam Friedrich von Seinsheim, seit 1757 Bischof von Bamberg, steht im siebenjährigen Krieg auf österreichischer Seite

1771 Schullehrerseminar in Würzburg

1779-1795 Fürstbischof, Franz Ludwig von Erthal, seit 1779 auch Bischof von Bamberg. Baut die Universität insbesondere durch Förderung der naturwissenschaftlichen Fächer zur größten katholischen Universität Deutschlands aus, fördert die Seelsorge und die Volksbildung. Vertreter der katholischen Aufklärung. Lehnt den Beitritt zur papstfeindlichen "Emser Punktation" der deutschen Bischöfe ab

1791-1803 der letzte Abt von Ebrach Eugen Montag versucht noch einmal ohne Erfolg durch zahlreiche staatsrechtliche Abhandlungen die Reichsstandschaft von Ebrach nachzuweisen; im Reichsdeputations-

hauptschluss 1803, mit dem Ebrach an Bayern kam, wurde die Abtei erstmals als Reichsstand genannt

1795-1808 Bischof Georg Karl von Fechenbach, 1805 auch Bischof von Bamberg

1802/03 Bayern erhält das Hochstift mit etwa 260.000 Einwohnern

1805-1814 im Frieden von Preßburg (26. Dezember) kommt das Hochstift als Kurfürstentum an den ehemaligen Großherzog der Toskana Erzherzog Ferdinand I. aus dem Hause Habsburg

1806 seit der Rheinbundakte Großherzogtum Würzburg. Großherzog Ferdinand I. ist Mitglied des Rheinbundes

1810 Schweinfurt kommt an das Großherzogtum Würzburg

1814 Würzburg an Bayern

Hochstift Bamberg

741/742 Gründung einer Missionskirche gegen die Slawen in Bamberg

902 "Castrum Babenberch" auf dem Domberg im Besitz der im Volkfeld begüterten Babenberger

906 Hinrichtung des Babenbergers Adalbert in Theres. Mit ihm sterben die älteren Babenberger im Kampf gegen die fränkischen Konradiner aus. Bamberg wird Königsgut

973 Kaiser Otto II. gibt Bamberg an seinen Vetter Herzog Heinrich den Zänker von Bayern, dem Vater des späteren Kaiser Heinrichs II.

1002 die Grafenburg Bamberg ist im Besitz des Königs Heinrich (seit 1014 Kaiser), der Bamberg seiner Gemahlin Kunigunde als Morgengabe vermacht hat

1003 König (seit 1014 Kaiser) Heinrich II., der Bischof von Würzburg und der Abt von Fulda führen Krieg gegen den mächtigen Markgrafen von Schweinfurt, der sich mit dem böhmischen Herzog verbündet hat. Heinrich von Schweinfurt zündet Kronach an und muss Schweinfurt fast

kampflos übergeben. Nach dem Friedensschluss behält der Kaiser das Volkfeld und den Radenzgau, das später zum Kerngebiet des Bistums Bamberg wird

1004 Heinrich II. beginnt in Bamberg mit dem Dombau

1007 Heinrich II. gründet auf dem Gebiet, das er von seinem Vater geerbt hat, sowie auf dem Gebiet, das 1003 den Markgrafen von Schweinfurt abgenommen wurde (Volkfeld und Radenzgau) auf Kosten der Diözesen Würzburg und Eichstätt das Bistum Bamberg, das der Slawenmission dienen soll. Reiche Schenkungen des Kaisers an das neugegründete Bistum in Bayern und zur Sicherung der Alpenübergänge in Kärnten (Villach, Wolfsberg, Bleiburg)

1007-1040 Bischof Eberhard, seit 1013 Kanzler für Italien

1009 Gründung des Kollegiatsstifts St. Stephan

1021 Benediktinerkloster St. Michael (Michelsberg) gegründet

1024 Kaiser Heinrich II. stirbt und wird im Dom von Bamberg begraben

1040-1047 Bischof Suitger, 1046/47 als Papst Clemens II., wird in Bamberg begraben (Einziges Papstgrab nördlich der Alpen)

1069/71 die Benediktinerabtei Banz wird von ihren Gründern, der Erbin der Markgrafen von Schweinfurt, Alberada und ihrem Gemahl an den Bamberger Bischof Hermann (1065-1075) übergeben. Die einstige Burg Banz hat einem Kleingau der Karolingerzeit (Banzgau) ihren Namen gegeben

1070 Bischof Hermann I. erwirbt Wildbannrechte im Steigerwald

1102-1139 Bischof Otto I., heiliggesprochen 1189, seit 1102 Reichskanzler, gründet und reformiert als Anhänger der Reform von Cluny zahlreiche Klöster. Missionar Pommerns. Bedeutendster Territorialpolitiker des Hochstifts, Erwerb von Besitz im Jura und Frankenwald

1122 Kronach, das aus dem Erbe der Markgrafen von Schweinfurt an die deutschen Kaiser gelangte, kommt zu Bamberg

1132 Gründung des Zisterzienserklosters Langheim. 1140 schickt Abt Adam des Zisterzienserklosters Ebrach Mönche nach Langheim, das 1154 päpstlichen und kaiserlichen Schutz erhält. Die Nonnenkonvente von Schlüsselau, Himmelskorn und Sonnefeld sind dem Abt von Langheim unterstellt

1146-1170 Bischof Eberhard von Oettingen, erwirbt Höchstädt an der Aisch und Stadtsteinach

1177-1196 Bischof Otto II. von Andechs-Meranien; unterhält wie seine Vorgänger enge Beziehungen zu den deutschen Kaisern

1189 der Graf von Abenberg tritt Bamberg die Vogteien über die Klöster Banz und Theres ab

1203-1237 Bischof Ekbert von Andechs-Meranien. Nach dem Mord an König Philipp von Schwaben auf dem Bamberger Hoftag 1208 wird er der Teilnahme verdächtigt und bleibt bis 1215 in der Reichsacht. Erbaut den heutigen Dom

1242-1257 Bischof Heinrich von Bilversheim

1248 mit dem Aussterben der Andechs-Meranier fallen an Bamberg die Klostersvogteien über Banz und Langheim und die hohe Gerichtsbarkeit im Radenzgau als wichtige Grundlage der Landeshoheit. Lichtenfels kommt zu Bamberg

1306 Bamberger Stadtrecht

1334 der Bamberger Besitz in Kärnten wird als reichsunmittelbar anerkannt, gerät aber in der Folgezeit unter die Oberhoheit der Habsburger

1343-1352 Bischof Friedrich von Hohenlohe. Er lässt ein "Rechtsbuch" mit einer Auflistung aller Besitzungen des Hochstifts anlegen

1347 mit dem Aussterben der Schlüsselberger (Burg Schlüsselberg bei Ebermannstadt) erwirbt das Hochstift umfangreiche Gebiete

1353-1363 Bischof Lupold III. von Bebenburg; Reichspolitiker

1373-1398 Bischof Lambert von Brunn, Kanzler Kaiser Karls IV., sucht die Schulden des Hochstifts durch rigorose Steuererhebungen zu tilgen. Das Domkapitel wehrt sich erfolgreich gegen die Aufnahme nichtadeliger Kanoniker

1378-1380 das Zisterzienserkloster Langheim erkennt die Landeshoheit des Bamberger Bischofs an

1379 Aufstand der Bamberger Bürgerschaft wegen der vom Bischof auferlegten Sondersteuer, die seit dem Ende des 13. Jh. versucht, sich der Herrschaft des Bischofs zu entziehen. Der Bischof wird 1380 aus der Stadt vertrieben, erobert sie aber 1381 wieder zurück

14./15. Jh. die Veste Rosenberg über Kronach wird zur Festung ausgebaut. Als nördliche Bastion des Hochstifts Bamberg trotz Kronach bis zur Aufhebung des Hochstifts 1802 allen Belagerungen

1422 im "statutum perpetuum" sichert sich das Domkapitel gegenüber dem Bischof wichtige Privilegien

1430 die Hussiten unter Prokop von Mähren kommen bis vor die Tore der Stadt, die von den Bürgern verlassen und vom Pöbel geplündert wird. Die Hussiten verlassen gegen Zahlung eines Betrag von 12.000 fl. das Bistumsgebiet

1431-1459 Bischof Albrecht von Rotenhan wehrt sich 1435 gegen die Stadtbürgerschaft (Kampf um die Steuerfreiheit der fünf Immunitätsbezirke Dom, St. Stephan, St. Jakob, St. Gangolf und Kloster Michelsberg)

1435 die Bischöfe setzen sich gegen die Stadt Bamberg durch, dessen Bürger die Reichsunmittelbarkeit anstreben; Langheim wird zum Reichskloster erhoben, kann aber davon keinen Gebrauch machen

1459-1475 Bischof Georg I. von Schaumberg; Klosterreform, Förderung des Humanismus, ab 1460 Kampf gegen Markgraf Albrecht Achilles

1460-1654 Landtage im Hochstift (Prälaten, Ritter sowie Städte und Märkte). Die Ritterschaft nimmt zum letzten Mal 1560 an einem Landtag teil

1475-1487 Bischof Philipp von Henneberg, Auseinandersetzungen mit dem Domkapitel und Kurfürst Albrecht Achilles von Brandenburg

1505-1522 Bischof Georg III. Schenk von Limpurg; sympathisiert mit der Reformation

1507 Bamberger Halsgerichtsordnung (Strafprozess und Strafrecht), Vorbild für die Constitutio Criminalis Carolina von 1532

1509 der Streit zwischen Würzburg und Bamberg um das Benediktinerkloster Banz wird dahingehend entschieden, dass Würzburg die geistliche, Bamberg die weltliche Oberhoheit erhält

1522-1556 Bischof Weigand von Redwitz

1525 im Bauernkrieg öffnen die Bamberger Bürger den Bauern die Tore der Stadt. Plünderung der Hofhaltung, der Domherrenkurien und des Klosters Michelsberg. Es folgen Plünderungen im ganzen Hochstift, etwa in den Klöstern Banz und Langheim durch die Bürger von Lichtenfels und Staffelstein

1540 Malefizamt in Bamberg errichtet, das die wichtigsten Strafrechtskompetenzen der 29 Bamberger Zentämter an sich zieht

ab 1552 Markgraf Albrecht Alkibiades verwüstet das Hochstift und plündert u.a. Banz

1561-1577 Starke protestantische Strömungen im Hochstift in der Regierungszeit von Fürstbischof Veit II. von Würzburg. Bau der Alten Hofhaltung (1571-1576), eines der ersten reinen Verwaltungsgebäude des 16. Jahrhunderts, die typisch sind für die damals einsetzende Trennung von Hof und Verwaltung. Es folgen in Franken der Ansbacher und der Coburger Kanzleibau

1583-1591 Bischof Ernst von Mengersdorf

1586 Gründung eines Priesterseminars in Bamberg

1599-1609 Bischof Johann Philipp von Gebsattel

1609-1622 Bischof Johann Gottfried von Aschhausen, auch Bischof von Würzburg, holt 1611 die Jesuiten ins Hochstift, die seit 1613 das Priesterseminar leiten

1623-1633 Bischof Johann Georg Fuchs von Dornheim, schwere Hexenverfolgungen, er muss das von 1632 bis 1634 von den Schweden besetzte Hochstift verlassen und stirbt in den Kärntner Besitzungen des Hochstifts

1631 nach der Eroberung der Stadt durch König Gustav Adolf von Schweden erhält Herzog Bernhard von Sachsen-Weimar die Hochstifte Würzburg und Bamberg als Herzogtum Franken (bis 1634)

1633 Kloster Banz wird von den Schweden (Axel Oxenstierna) an Brandenburg geschenkt

1642/43-1653 Bischof Melchior Otto Voit von Salzburg gründet 1647/48 die Universität (Akademie)

1648 durch den Westfälischen Frieden bleiben die im Normaljahr (1624) bestehenden 7 protestantischen Pfarreien erhalten

1653-1672 Bischof Philip Valentin Voit von Rieneck schränkt die in den Wahlkapitulationen niedergelegten bisherigen Freiheiten des Domkapitels ein

1654 letzter Landtag

1675-1683 Bischof Peter Philipp Reichsgraf von Dernbach, auch Bischof von Würzburg (1676-1683)

1683-1693 Bischof Marquard Sebastian Schenk von Stauffenberg, tilgt durch sparsame Wirtschaft die Schulden des Hochstifts

1693-1729 Bischof Lothar Franz von Schönborn, seit 1695 auch Erzbischof von Mainz

1695 die wohl auf Veranlassung von Bischof Lothar Franz erlassene Bulle „Ecclesiae catholicae“ des Papstes Innozenz XII. vom 22. September 1695 und das entsprechenden kaiserlichen Reskript vom 14. September 1698 verbieten Wahlkapitulationen bei Bistümern und Klöstern. Lothar Franz ist nun nicht mehr an seine Wahlkapitulation von 1693 gebunden, in dem er dem Domkapitel von Bamberg versprochen hatte, keine neuen Schlösser zu bauen oder aufwändig zu reparieren.

202 **1698** Beginn des Residenzbaus durch Leonhard Dientzenhofer (1705 vollendet)

1707 Gerichtsordnung

1708 Kirchenordnung

1710-1713 Neubau der Klosterkirche Banz durch Johann Dientzenhofer

1711 als Reichserzkanzler und Kurfürst von Mainz kann Bischof Lothar Franz von Schönborn die Wahl von Kaiser Karl VI. durchsetzen und erhält dafür bedeutende Zuwendungen aus Wien

1711-1713 für die Familie Schönborn wird das Schloss Weißenstein in Pommersfelden errichtet

1729-1746 Bischof Friedrich Karl von Schönborn, seit 1729 auch Bischof von Würzburg, Reichsvizekanzler von 1705-1734, bemüht sich um das Zustandekommen der Pragmatischen Sanktion 1713, die das weibliche Erbrecht in den österreichischen Ländern verankert

1730-1739 Balthasar Neumann baut die Wallfahrtskirche Gößweinstein

1742-1772 Balthasar Neumann baut die Wallfahrtskirche Vierzehnheiligen

1746-1753 Bischof Johann Philipp Anton Reichsfreiherr von Franckenstein

1753-1757 Bischof Franz Konrad Reichsgraf von Stadion und Tannhausen

1757-1779 Bischof Adam Friedrich von Seinsheim, seit 1755 Bischof von Würzburg, steht im siebenjährigen Krieg auf österreichischer Seite

1759 die Besitzungen in Kärnten werden an Österreich verkauft

1773 Ausbau der Akademie zu einer Volluniversität (medizinische Fakultät)

1779-1795 Bischof Franz Ludwig von Erthal, seit 1779 auch Bischof von Würzburg, fördert die Seelsorge, die Volksbildung und die medizinische Versorgung im Hochstift. Lehnt den Beitritt zur papstfeindlichen "Emser Paktation" der deutschen Bischöfe ab

1791 Gründung eines Naturalienkabinetts als Lehreinrichtung für die Universität

1802/03 unter dem letzten Fürstbischof Christoph von Buseck (1795-1805) fällt das Hochstift mit etwa 220.000 Einwohnern an Bayern

Anhang zum Hochstift Bamberg: Geschichte von Kloster und Schloss Banz

1069 Der kinderlose Markgraf Hermann von Habsberg-Sulzbach und seine Frau Alberada, eine der Erbtöchter des letzten Schweinfurter Markgrafen Otto (†1057) verwandeln ihre Burg Banz in ein Benediktinerkloster.

1071 das Kloster Banz wird dem Hochstift Bamberg unter Bischof Hermann (1065-1075) als Eigenkloster übergeben. In geistlichen Angelegenheiten ist das Bistum Würzburg zuständig

1078 nach dem Tode ihres Gatten überläßt Alberada die Burg ganz dem Kloster und zieht sich auf den Ägidien-Burgberg (heute Friedhofskapelle) als Conversa zurück, wo sie 1081 stirbt. Auf dem Ägidienberg befand sich die Klosterpfarrkirche, die 1803 abgerissen wird.

1114 der hl. Bischof Otto I. von Bamberg weiht die Kirche ein (Frankenheiliger St. Dionysius) und erneuert das Kloster (zweiter Gründer wie bei vielen anderen Klöstern). Klosterschutzvögte werden die Herren von Abenberg, später die Herzöge von Andechs-Meranien (†1248)

1241 die Banzer Äbte erhalten die Pontifikalien, d.h. sie tragen die bischöflichen Attribute Mitra und Stab

1434-1474 Abt Eberhard von Lichtenstein

1505 Kirche und Kloster brennen ab

1509 der Streit um die Rechte in Banz wird dahingehend entschieden, dass Würzburg die geistlichen, Bamberg die weltlichen Rechte erhält.

1525 Plünderung des Klosters durch die Lichtenfelser

1529-1554 Abt Alexander von Rotenhan, richtet das Kloster wieder her, gründet eine „gelehrte Schule“ und eine Bibliothek. Er baut die Straße (Heerstraße) entlang der Itz aus. Nimmt seit 1550 auch Bürgerliche in den Konvent auf, nachdem die meisten Adelligen zum Protestantismus übergegangen sind.

1530 Abteikirche und Turm neu geweiht

1567 Abt und Konvent des Klosters werden evangelisch. Der Abt Georg Truchseß von Henneberg geht ins Herzogtum Coburg, wo er heiratet. Ihn begleitet der Konventuale Konrad Motschilder. Als einziger Mönch bleibt im Kloster Siegmund von Wiesentau zurück, der ebenfalls zur Reformation übertritt und versucht, sich des Klosterbesitzes zu bemächtigen.

1574 der Würzburger Fürstbischof Echter von Mespelbrunn (1574-1617) beruft aus Münsterschwarzach Johann Burkart als Abt nach Banz, Sohn des Vogts Heinrich Burkart auf der Wülzburg (Markgrafschaft Ansbach). Burkart stellt die klösterliche Ordnung wieder her. Fast alle Verwandten Burkarts sind Protestanten, sein Bruder Georg Burkart wird Professor in Tübingen und war ein Ahn von Mörike, Hölderlin, Uhland, Schelling u.a.

1578 - 1580 Neubau der Klosterkirche

1597 Bürgeraufruhr in Staffelstein wegen der gegenreformatorischen Maßnahmen des Bamberger Bischofs Neidhard von Thüngen; viele Familien wandern aus.

1623 der älteste Stich von Banz zeigt einen Zwinger mit 4 Rundtürmen und Wehrgänge. Die Abteikirche stand auf dem Platz des heutigen Konventsgebäudes. Hinter dem Chor der Kirche, auf der heutigen Maintalerrasse, stand das Spital.

1632/33 Verwüstung durch schwedische Truppen. Axel Oxenstierna schenkt die Abtei an das Kurfürstentum Brandenburg

1636 nach der Zerstörung des Klosters im 30jährigen Krieg finden sich wieder einige Mönche zusammen. Der Schaden wird auf 130.000 Gulden geschätzt

1664-1677 Abt Thomas de la Bourde, wird 1677 von Kaiser Leopold nach Wien berufen und von diesem 1696 zum Bischof von Gurk in Kärnten ernannt

1677-1701 Abt Eucharius Weinert

1695 Planungsbeginn am Klostergebäude durch Johann Leonhard Dientzenhofer

1701-1720 Abt Kilian Düring

1701-1704 Abteibau wird fertig gestellt

1707 nach dem Tod von Johann Leonhard Dientzenhofer geht die weitere Planung auf dessen Bruder Johann Dientzenhofer über, der im Dienste des Reichsstifts Fulda steht und jetzt Hofbaumeister in Bamberg wird

1708 der ehemalige Abt Thomas de la Bourde stirbt als Bischof von Gurk in Kärnten und hinterläßt seinem ehemaligen Kloster Banz ein beträchtliches Vermögen

1707 Deckenbilder im Fürstenzimmer und im Kaisersaal von Sebastian Reinhard. Stuck von Johann Jakob Vogel

1709 Johann Dientzenhofer legt einen neuen Entwurf für die Klosterkirche vor; er hat eben den Dom zu Fulda vollendet und beginnt mit dem Bau des Schlosses Pommersfelden

1710 Baubeginn an der Klosterkirche durch Johann Dientzenhofer

1719 die von Johann Dientzenhofer 1713 im Rohbau fertiggestellte Klosterkirche wird geweiht. Die Fresken stammen von dem Tiroler Melchior Steidl (1716), Würzburger Hofmaler, der in der Neuen Residenz in Bamberg 1707-1709 den Kaisersaal ausgemalt hat

1725-1728 Abbruch der alten Kirche und des alten Turms. Mit dem Abbruchmaterial wird die Terrasse angelegt

1726 Tod Johann Dientzenhofers

1731-1768 Abt Benedikt Stumm

1732 Konventsflügel an der Stelle der alten Kirche

1738 östlicher Quertrakt zum Bibliotheksflügel umgebaut

1749/50 Chorgestühl mit den wertvollen Intarsienarbeiten des Kunstschreiners Johann Georg Nestfell (Legende des hl. Benedikt)

1750 Vorhof mit den Wirtschaftsgebäuden (Domestikenbau, Konsulentenbau) entworfen und bis 1772 vollendet

1750 Juni 2 der Komponist Valentin Rathgeber (*1682) stirbt als Konventuale in Kloster Banz

1752 Fertigstellung des Torflügelbaus (Chronogramm!) im Innenhof nach Plänen von Balthasar Neumann, der seit 1742 in Vierzehnheiligen baut

1756-1763 Siebenjähriger Krieg. Stillstand der Bauarbeiten

1769-1792 Abt Valerius Molitor, fördert die Numismatik, die Geschichtswissenschaft und die Naturwissenschaften

1772 Pater Placidus Sprenger gibt die „Banzer Zeitschrift“ heraus, später „Litteratur des katholischen Deutschlands“. Weitere bedeutende Mitarbeiter und Herausgeber sind der Klosterbibliothekar Ildefons Schwarz und der Naturwissenschaftler Johann Baptist Roppelt.

1772 – 1775 Bau der Auffahrtsrampe

1803 Säkularisation des Klosters. Das Kloster fällt zusammen mit dem Fürstbistum Bamberg an das Kurfürstentum (seit 1806 Königreich) Bayern

1806 Herzog Wilhelm in Bayern (aus einer Nebenlinie des Hauses Wittelsbach) zieht nach Bamberg, wo er im Schloss residiert

1814 Wilhelm Herzog in Bayern erwirbt Banz und lässt das ehemalige Kloster als Sommerresidenz herstellen. Er erweitert die Anlage um Stallungen und eine Kutschenhalle. Der geheime Kanzleirat der Herzöge in Bayern Carl Theodori (1788-1857), der öfters in Banz weilte und der dortige Pfarrer Augustin Geyer (1774-1837), ein ehemaliger Konventuale des Klosters Banz beginnen mit der Sammlung von Versteinerungen (Petrefakten) aus der Umgebung von Banz

1829 Die Petrefaktensammlung wird im Domestikenbau untergebracht und geordnet

1837 Herzog Wilhelm in Bayern stirbt. Sein Nachfolger in Banz wird sein Enkel, Herzog Max in Bayern, der mit Prinzessin Ludovica von Bayern, Tochter des Königs Max I. Joseph verheiratet ist. Deren berühmte Tochter ist Kaiserin Elisabeth (Sissi) von Österreich (†1898)

1838 Herzog Max in Bayern unternimmt eine Reise nach Ägypten und ins heilige Land. In Ägypten erwirbt er auf einer Nilreise die Mumie, die im Museum zu sehen ist und laut Beschriftung eine Königstochter sein soll. Von seiner Reise brachte Herzog Max auch drei Mumienköpfe, Tiermumien, Tempelfragmente, Trachten, Andenken aus dem Heiligen Land und vieles andere mit, was als „Kuriositätenkabinett“ im Museum zu sehen ist. Auch fünf Sklaven wurden, wie das damals nicht unüblich war, nach München mitgebracht. Einer davon war auch in Banz als Diener tätig. Über seine Reise verfasste der Herzog ein Buch

1841 Pfarrer Joseph Murk, der als Nachfolger von Pfarrer Geyer die Petrefaktensammlung betreut, findet beim Durchstich einer Mainschleife unterhalb von Banz den größten Fischesaurierschädel von Europa

1848 Ende des Herrschaftsgerichts Banz. Die Bauern plündern den Verwaltungstrakt im Schloss und vernichten ihre Schul- und Lehenurkunden

1856 Auf Veranlassung von Theodori kommt die Petrefaktensammlung vom Domestikenbau in große Räume im Erdgeschoß des Abteibaus. Hier bleibt die Sammlung bis 1933 der Öffentlichkeit zugänglich. Die Sammlung galt im 19. Jahrhundert als die größte europäische Sammlung für Liasfossilien.

1859 der schon mit 33 Jahren deutschlandweit meistgelesene Dichter Viktor von Scheffel (1826-1886) kommt am 11. Juli nach Banz. Scheffel hatte wegen des Kriegs zwischen Frankreich und Österreich seine Nibelungenstudien in der Donaugegend abgebrochen und war nach Thüringen (Eisenach und die Wartburg) ausgewichen. Dort hatte ihn der Großherzog von Sachsen-Weimar Carl Alexander beauftragt einen Wartburg-Roman zu verfassen, den er nun in Banz beginnen wollte. Er besuchte gleich nach seiner Ankunft am 12. Juli die Petrefakten-Sammlung, die er auch literarisch würdigt („Der letzte Ichthyosaurus“ und „Bericht vom Meerdrachen“). Er schreibt in Banz Gedichte, die zum Grundbestand der fränkischen Literatur gehören, vor allem das so genannte Frankenlied („Wohlauf die Luft geht still und rein...“). Weitere Dichtungen: „Der Mönch von Banth“, „Bericht von den Mücken“. Das Frankenlied wird 1861 von Valentin Eduard Becker aus Würzburg vertont. Becker war Stadtkämmerer und Komponist und hatte 1847 den Würzburger Sängerverein gegründet. Scheffel war in Banz zur Erkenntnis gekommen, wohl auch wegen der großzügigen Angebote des Weimarer Großherzogs, dass er in Zukunft als freier Schriftsteller arbeiten sollte. Am 30. August 1859 kündigt er daher von Banz aus seine Biblio-

thekearsstelle in Donaueschingen. Damit verabschiedete er sich endgültig von der Wissenschaft und von einer eventuellen Laufbahn als Professor für Rechtsgeschichte in Heidelberg. Scheffel verließ Banz Anfang September und begab sich wieder zu Großherzog Carl Alexander nach Eisenach und auf die Wartburg, wo er dem Großherzog einen Teil (des nie vollendeten) Wartburg-Romans vorlas: "Die Geschichte des Schwaben Juniperus"

1888 nach dem Tode des Herzogs Max in Bayern wird die Anlage von der herzoglichen Familie kaum mehr genutzt.

1920 das Schloss wird von der herzoglichen Familie an die von den Franzosen ausgewiesenen Trappisten des Klosters Oelenberg im Elsaß verpachtet, die aber schon 1925 wieder ausziehen und nach Kloster Engelszell an der Donau umziehen.

1933 Schloß Banz wird von Herzog Ludwig Wilhelm in Bayern an die „Gemeinschaft der Heiligen Engeln“ verkauft. Diese unter dem Missionsbischof Franz Xaver Geyer (†1943) stehende Anstalt für deutsche Auslandspriester verlegt ihren Hauptsitz von Godesberg nach Banz. Die Petrefaktensammlung wird in wenig geeignete Räume in den Torbau gebracht. Der Banzer Wald bleibt im Eigentum der Herzöge in Bayern

1978 Die Hanns-Seidel-Stiftung übernimmt die Anlage und renoviert sie zwischen 1980 und 1991. Seit 1983 wird die Anlage als Tagungs- und Bildungszentrum genutzt.

Hochstift Eichstätt

741/45 Gründung des Bistums durch Bonifatius, erster Bischof Willibald

888 die Abtei Herrieden an Eichstätt

1007 durch die Gründung des Bistums Bamberg verliert das Bistum Eichstätt Gebiet im Norden zwischen den Flüssen Schwabach, Pegnitz und Regnitz

1196-1223 Bischof Hartwig von Hirschberg, zugleich Kanzler Philipps von Schwaben. Finanzreformen im Hochstift

1259 das Domkapitel sichert sich Rechte bei der Mitbestimmung über das Bistumsgut

1280 das Hochstift emanzipiert sich vom Herzogtum Bayern und nimmt nicht mehr an Landtagen teil

1279-1297 Bischof Reinboto von Meilenhart

1291 Gebhart V., letzter Graf von Hirschberg regelt das Recht der Stadt Eichstätt, wo er als Hochstiftsvogt die Hochgerichtsbarkeit ausübt, die Niedergerichtsbarkeit steht beim Bischof. Das Hochstift übernimmt die Schulden des Grafen und wird als Erbe eingesetzt

1296/97 Erwerbung von Abenberg und Spalt aus dem Erbe der Grafen von Abenberg

um 1300 Willibaldsburg errichtet

1297-1305 Bischof Konrad II. von Pfeffenhausen. Auf Grund eines Testaments von Gebhart V., des letzten Grafen von Hirschberg von 1304 gewinnt nach dessen Tod 1305 das Hochstift den Großteil des Hirschberger Erbes. König Albrecht I. belehnt den Bischof mit den Regalien

1305-1306 Bischof Johann I. von Dirbheim, Kanzler des Königs Albrecht I.

1306-1322 Bischof Philipp von Rathsamhausen

1307 durch die "Philippinische Handveste" werden die Beziehungen zwischen Stadt und Bischof geregelt

1311 Erwerb von Greding durch Tausch mit Rechten in Schweinfurt

1351-1365 Bischof Berthold, Burggraf von Nürnberg

1383-1415 Bischof Friedrich IV. von Oettingen, Territorialpolitiker, vermehrt die Hochstiftsgüter

1496-1535 Bischof Gabriel von Eyb, Humanist

1525 Bauernaufstand im Hochstift niedergeschlagen

1560-1590 Martin von Schaumberg. Er baut die Willibaldsburg zum Schloss aus (der Schaumbergbau wird 1870 abgerissen)

1595-1612 Bischof Konrad von Gemmingen, gründet das Priesterseminar und baut die Willibaldsburg aus. Architekt ist der Augsburgener Stadtbaumeister Elias Holl. Auf den Wällen (Kurtinen) ließ der Bischof seit 1597, einer Mode der Zeit entsprechend, durch den Nürnberger Apotheker und Botaniker Basilius Besler (1561-1629) auf acht Terrassen einen botanischen Garten angelegt. Besler wurde durch mehrere andere bedeutende Botaniker seiner Zeit unterstützt, etwa durch Carolus Clusius, der den Residenzgarten in Wien angelegt hatte. Diesen „Hortus Eystettensis“ hat Besler 1613 durch ein in Nürnberg und Eichstätt verlegtes berühmtes Kupferstichwerk verewigt

1637-1685 Bischof Marquard Reichsgraf Schenk von Castell

1687-1697 Bischof Johann Eucharius Reichsgraf Schenk von Castell

1698-1704 Bischof Johann Martin Reichsritter von Eyb

1705-1725 Bischof Johann Anton Knebel Reichsfreiherr von Katzenellenbogen

1725-1736 Bischof Franz Ludwig Reichsgraf Schenk von Castell, verlegt die Residenz von der Willibaldsburg in die Stadt

1736-1757 Bischof Johann Anton Joseph Reichsfreiherr von Freyberg-Hopferau

1757-1781 Bischof Raymund Anton von Strasoldo, verbessert das Schulwesen, geht gegen die Illuminaten an der Universität Ingolstadt vor

1767 Grenzvertrag mit Bayern

1781-1790 Bischof Anton Freiherr von Zehmen

1790-1824 Bischof Joseph Reichsfreiherr von Stubenberg

1794 Preußen zieht die eichstättischen Enklaven in der Markgrafschaft Ansbach-Bayreuth ein

1802/3 der Großherzog von Toskana, das Kurfürstentum Bayern und die Markgrafschaft teilen sich das Hochstift auf, das damals etwa 62.000 Einwohner zählt und sich in ein Oberstift (Herrieden, Ornbau, Wernfeld-Spalt, Pleinfeld) und ein Unterstift (Eichstätt, Greding, Beilngries, Hirschfeld) teilt. Der größte Teil des Unterstifts wird dem Großherzog von Toskana zugeteilt. Ansbach-Bayreuth erhält Teile des Oberstifts

1805/6 Bayern erhält den gesamten Hochstiftsbesitz

1817 aus Teilen des ehemaligen Hochstiftsgebiets wird das Fürstentum Eichstätt als bayerische Standesherrschaft für Eugen Beauharnais (gest.1824), dem Herzog von Leuchtenberg, Stief- und Adoptivsohn Napoleons, gebildet

Markgrafschaft Ansbach-Bayreuth

786 Ansbach wird zum ersten Mal erwähnt (Onoldisbach), damals kommt das 748 gegründete Benediktinerkloster an das Hochstift Würzburg

1057 nach dem Aussterben der Markgrafen von Schweinfurt treten die Grafen und späteren Herzöge von Andechs-Meranien die Herrschaft am Obermain an

1191/92 Graf Friedrich III. von Hohenzollern erhält durch die Heirat mit Sophie von Raabs neben Gütern in Österreich die Burggrafschaft Nürnberg (Burggraf Friedrich I.)

1194 Bayreuth, eine Gründung der Herzöge von Andechs-Meranien, wird zum ersten Mal erwähnt

1199/1200 nach dem Aussterben der Grafen von Abenberg erben die Hohenzollern Abenberg-Cadolzburg

1204/27 die Hohenzollern teilen sich in eine fränkische und eine schwäbische Linie. Burggraf Friedrich II. begründet die schwäbische, sein Bruder Konrad III. (gest.1261) die fränkische Linie

1248 nach dem Aussterben der Herzöge von Andechs-Meranien kommen aus deren Besitz reiche Güter (Bayreuth 1260) an die fränkische Linie der Hohen-

zollern, vor allem an Burggraf Friedrich III. (1261-1297), dem Sohn Konrads III.

1251 Creussen kommt als Reichslehen an die Burggrafen

1267 Cadolzburg wird an der Stelle von Nürnberg Herrschaftssitz der Burggrafen

1287 Neustadt an der Aisch gegründet

1290 von den Grafen von Orlamünde erwerben die Burggrafen Zwernitz

1292 Erwerb des Sechsamterlandes (Arzberg)

1331 Burggraf Friedrich IV. (gest.1332) erwirbt Vogtei über die Stadt und das Gumbertusstift Ansbach

1338-1340 Burggraf Johann II. (1332-1357) erwirbt Kulmbach mit der 1113 von Berthold von Andechs begonnenen Plassenburg von Otto IV., dem letzten Grafen von Weimar-Orlamünde

1363 Reichsfürstenstand für Burggraf Friedrich V. (1358-1397); 1364 wird Schwabach, 1368 Gunzenhausen erworben

1372/1373 Kauf des Gebiets um Hof, das seit 1323 den Vögten von Weida gehört

1376 die Reichsstadt Feuchtwangen wird von Kaiser Karl IV. an Burggraf Friedrich V. verpfändet und nicht mehr eingelöst, es gehört bis zum Übergang an Bayern 1806 zur Markgrafschaft

1378 Friedrich V. erwirbt von den Hohenlohe Uffenheim

1385 Ansbach wird Residenz

1386 Friedrich V. erwirbt Schauenstein

1397 Friedrich V. teilt vor seinem Tod das Land in ein "Land ob dem Gebirg" (Bayreuth, Kulmbach und Hof), das Johann III. (gest.1420) erhält und in ein "Land unter dem Gebirg" um Ansbach, das Friedrich VI. (gest.1440) erhält. Durchgeführt wird die Teilung endgültig 1403

um 1400 Erwerb von Wassertrüdingen, Uffenheim, Crailsheim und Erlangen (1402)

1402 Erlangen wird von König Wenzel an Johann III. verpfändet und nie mehr eingelöst

1411 nach der Übertragung der Markgrafschaft Brandenburg und der Kurfürstenwürde durch König Sigmund an Burggraf Friedrich VI. (als Kurfürst Friedrich I; Verwesung 1411, Übertragung der Kurfürstenwürde 1413, Belehnung mit der Mark 1413) geht der Titel Markgrafschaft auch auf die Fürstentümer Ansbach und später Bayreuth über

1420 Friedrich VI. (Kurfürst Friedrich I.) erhält auch den Kulmbacher Landesteil seines Bruders

1437 Teilung in vier Linien

1440-1486 Markgraf Albrecht Achilles, Markgraf von Ansbach, 1464 auch Markgraf von Kulmbach (Bayreuth), 1470 auch Kurfürst von Brandenburg

1448 zusammen mit den sechs ansbachischen Maindörfern erwerben die Markgrafen auch Steft (Marktsteft) am Main, das später ein wichtiger Hafen werden sollte

1462 Albrecht Achilles wird von Herzog Ludwig dem Reichen von Bayern-Landshut bei Giengen besiegt

1470-1486 Markgraf Albrecht Achilles herrscht als Kurfürst auch in Brandenburg

1473 Dispositio Achillea: Erbfolgeregelung für die 19 Kinder des Kurfürsten Albrecht Achilles, nach der die fränkischen Länder getrennt von den Brandenburger Besitzungen an die nachgeborenen Söhne fallen sollen. Der älteste soll Brandenburg erben, der zweitälteste Ansbach und der drittälteste Kulmbach

1486 entsprechend der Dispositio Achillea kommt Ansbach an Markgraf Friedrich VII., Kulmbach an Markgraf Sigmund (1495-1515 wieder bei Ansbach)

1486-1515 Friedrich der Älteste von Ansbach, seit 1495 auch von Kulmbach, wird 1515 von seinen Söhnen Kasimir und Georg wegen Regierungsunfähigkeit abgesetzt und gefangen gehalten

1495-1541 Ansbach und Kulmbach vereinigt

1515 die Markgrafen Georg und Kasimir von Ansbach-Kulmbach einigen sich mit den Adeligen des Bezirks Hof und Wunsiedel über die Gerichtsrechte. Hochgerichtsfälle dürfen von den Adeligen nur dort abgeurteilt werden, so dies alter Übung entspricht

1516 Halsgerichtsordnung nach dem Vorbild von Bamberg

1521 schrittweise Einführung der Reformation

1523 Markgraf Georg von Ansbach kauft das Fürstentum Jägerndorf in Schlesien

1525 die Reichsstadt Rothenburg muss etliche Dörfer an die Markgrafen von Ansbach abtreten

1527-1543 Markgraf Georg der Fromme führt die Reformation durch; 1533 gemeinsam mit Nürnberg evangelische Kirchenordnung

1539 die Ansbacher Ritterschaft scheidet aus der Markgrafschaft aus, nachdem sie sich weigert die landesherrlichen Schulden zu übernehmen

1541 Teilung des Fürstentums Ansbach-Kulmbach zwischen Georg dem Frommen (Ansbach) und seinem Neffen Albrecht Alkibiades

1542 im Kulmbacher Fürstentum wird die zentrale Kanzlei von Kulmbach nach Bayreuth verlegt

1543-1603 Markgraf Georg Friedrich von Ansbach und Fürst von Jägerndorf, seit 1557 auch Markgraf von Bayreuth, errichtet eine Verwaltungsorganisation mit Geheimen Rat, Hofkammer für die Finanzen, Hof- und Lehengericht für die Justiz und ein Konsistorium für die kirchlichen Angelegenheiten. Seit 1557 in der Nachfolge des Albrecht Alkibiades auch in Kulmbach

1552-1556 Albrecht Alkibiades, seit 1541 Markgraf von Kulmbach, kämpft gegen Bamberg, Würzburg und Nürnberg. Verwüstung Frankens. Wird in der Schlacht von Sievershausen geschlagen, in die Reichsacht getan und aus der Markgrafschaft vertrieben. Stirbt 1557

1557 Kulmbacher Landesteil nach dem Tod des Albrecht Alkibiades wieder zu Ansbach unter Markgraf Georg Friedrich

1563 das Kollegiatstift und 817 als Benediktinerkloster gegründete Feuchtwangen wird aufgehoben

1569 die Plassenburg wird zum Renaissanceschloss umgebaut

1583 letzter Landtag unter Markgraf Georg Friedrich

1603 nach dem Aussterben der älteren Linie der fränkischen Hohenzollern treten die märkischen Hohenzollern die Erbfolge an. Markgraf Christian (gest.1655) verlegt seine Residenz von Kulmbach (Plassenburg) nach Bayreuth. Markgraf Joachim Ernst (gest.1625) regiert in Ansbach

1603-1625 Markgraf Joachim Ernst von Ansbach, schaltet seine Landstände aus, führt Krieg gegen die kaiserlichen Truppen

1615 Markgraf Christian von Kulmbach-Bayreuth schließt mit der voigtländischen Ritterschaft einen Vertrag, in dem sich diese dem Markgrafen unterwirft, aber als Privileg die Freiheit der Religionsausübung, Steuerbefreiung und die bisher ausgeübten Gerichtsrechte zugestanden bekommt

1661-1712 Markgraf Christian Ernst v. Bayreuth, baut das alte Schloss in Bayreuth zur Residenz aus, siedelt Hugenotten in Erlangen an und betreibt eine merkantilistische Wirtschaftspolitik; die meiste Zeit seines Lebens verbringt er als Kreisobrist und kaiserlicher General im Kampf gegen Ludwig XIV. von Frankreich und gegen die Türken. An seine Kämpfe gegen die Türken vor Wien und in Ungarn erinnert das nach 1700 entstandene Reiterdenkmal (Markgrafenbrunnen), das heute vor dem Neuen Schloss steht

1662 auf Grund des Reichstagsabschieds von 1654, der ausdrücklich ein separates Besteuerungsrecht des Landesherrn für Bedürfnisse der stehenden Armee vorsieht, besteuert Markgraf Christian Ernst erstmals auch die Voigtländische Ritterschaft, die bisher wie die Reichsritterschaft nur gegenüber dem Reich und dem Reichskreis (de jure freiwillige) Abgaben entrichtet hatte (subsidium caritativum)

1663 an die Voigtländische Ritterschaft schließt sich die Ritterschaft der Bezirke Bayreuth, Kulmbach und Neustadt/Aisch an (Assoziiert Voigtländische Ritterschaft)

1701 letzter Landtag in Ansbach

ab 1702 Bau der planmäßig angelegten Stadt St. Georgen am See (Bayreuth) für den Kronprinzen und späteren Markgrafen Georg Wilhelm, Gründung einer Ritterakademie in Bayreuth

1703-1723 Markgraf Wilhelm Friedrich von Ansbach: 1705 - 1715 Bau der Barockresidenz in Ansbach durch den Tessiner Baumeister Gabriel Gabrieli. Ansiedelung von Hugenotten; die Schwester des Markgrafen, Karoline regiert von 1714 bis 1734 als Königin in England

1712-1726 Markgraf Georg Wilhelm von Brandenburg-Bayreuth, Generalfeldmarschall im Dienste des Reichs, 1724 Einrichtung des Zuchthauses St. Georgen in Bayreuth; baut die Eremitage bei Bayreuth

1723-1757 Markgraf Carl Wilhelm Friedrich von Ansbach, bis 1729 unter der Vormundschaft seiner Mutter Christiane Charlotte, die den Neubau des Schlosses vollenden lässt. Der wegen seiner Zügellosigkeit der "wilde Markgraf" genannte Carl Wilhelm Friedrich, ist mit der Schwester Friedrich des Großen, Friederike Luise von Preußen verheiratet. Er fördert die Wissenschaften. Unter seiner Regierung wird die Innenausstattung der Residenz mit dem Festsaal (1735-1737) und dem Deckengemälde Carlo Carlones geschaffen

1726 erhält Steft am Main, das von 1711 bis 1729 als Hafen der Markgrafschaft Ansbach ausgebaut wird, Marktrecht

1726-1735 Markgraf Karl von Bayreuth, Pietist, sparsamer Landesherr, nimmt die Salzburger Exulanten auf

1736-1763 Markgraf Friedrich von Bayreuth, baut zusammen mit seiner Gemahlin, der Markgräfin Wilhelmine (1709-1758), einer Schwester Friedrich II. von Preußen, Bayreuth zur barocken Residenzstadt aus (Opernhaus 1744 ff., neues Schloss der Eremitage 1749 ff., neues Stadtschloss 1753 ff., Schlosskirche 1756 sowie die Schlösser Fantasie und Sanspareil (Zwernitz))

1743 Gründung der Universität Erlangen, vorhergegangen war eine missglückte Universitätsgründung in Bayreuth

1746 Schiederordnung der Markgrafschaft Ansbach regelt das Recht und die Kompetenzen der Feldgeschworenen

1754 eine der ersten deutschen Gebäudebrandschutzversicherungen wird für die Markgrafschaft Ansbach eingerichtet

1757-1791 Markgraf Karl Alexander von Ansbach, seit 1769 von Ansbach-Bayreuth. Kämpft im siebenjährigen Krieg auf der Seite des Kaisers. Förderer der Aufklärung und der Weimarer Klassik

1763-1769 Markgraf Friedrich Christian, Onkel des Markgrafen Friedrich, nach seinem Tod fällt Bayreuth an Markgraf Karl Alexander von Ansbach

1769 Ansbach und Bayreuth unter Markgraf Karl Alexander wieder vereint

1772 Aufhebung der Folter

1775 gegen den Widerstand des Konsistoriums gewährt Markgraf Karl Alexander den Katholiken private Religionsausübung

1777-1782 Subsidienvvertrag mit England. Über tausend fränkische Soldaten werden vom Markgraf von Ansbach zur Schuldentilgung nach England verkauft und über den Hafen Marktsteft nach Nordamerika verschifft, wo sie im Unabhängigkeitskrieg kämpfen

1780 Gründung der Hofbank des Fürstentums Ansbach-Bayreuth, aus der sich später die Staatsbank entwickelt

1791 die Markgrafschaft Ansbach-Bayreuth mit insgesamt etwa 450.000 Einwohnern wird von Markgraf Alexander an Preußen verkauft, der sich mit seiner Maitresse Lady Craven nach England zurückzieht. Preußen unter König Friedrich Wilhelm II. schickt den Minister Hardenberg als Verwalter und Reformier nach Ansbach-Bayreuth. Dieser hebt die innerhalb der Markgrafschaft liegenden Rechte der Reichsstädte Windsheim, Weißenburg und Nürnberg, des Hochstifts Bamberg, des Deutschen Ordens und der Reichsritterschaft auf

1795 Preußen vereinbart mit Frankreich im Frieden von Rastatt Neutralität. Das brachte dem fränkischen Fürstentum Ansbach, das damals auch Zufluchtsort für den späteren bayerischen Kurfürsten und König Max Joseph und seines Ministers Montgelas wurde, einen bedeutenden wirtschaftlichen Aufschwung. Die Hofbank, die man zunächst wegen der vielen uneinbringlichen Darlehen auflösen wollte, wurde nach Fürth verlegt, wo man näher an Nürnberg war. Sie führte nun den Titel „Königlich Preußische Banco in Franken“

1796 der preußische Minister Hardenberg als Verwalter der Markgrafschaft Ansbach-Bayreuth verweigert die Anerkennung der besonderen Privilegien der Assoziierten Voigtländischen Ritterschaft; der Dichter Graf August von Platen in Ansbach geboren

1805 durch den Schönbrunner Vertrag kommt die Markgrafschaft Ansbach an Bayern

1807 durch den Frieden von Tilsit kommt die Markgrafschaft Bayreuth an Frankreich

1810 die Markgrafschaft Bayreuth kommt gegen 10 Millionen Gulden von Frankreich an Bayern

Fürstentümer Hohenlohe

1153 Herren von Weikersheim mit Burg und Markt genannt

1158 die Familie nennt sich nach der Burg "Hohenloch" bei Uffenheim

1229/30 im Reichsdienst wird das Geschlecht von Kaiser Friedrich II. mit den italienischen Grafschaften Molise und Romagna belehnt, in der Folge führen einige Mitglieder des Geschlechts den Grafentitel

1232-1230 Erwerb von Langenburg

um 1250 Erwerb von Öhringen mit Neuenstein

1290 die Linie Lohr-Crailsheim erlischt

1390 die Linie Brauneck erlischt

1412 die Linie Speckfeld-Uffenheim erlischt

1438 Bartenstein (Landkreis Crailsheim) erworben

1511 Hausgesetz, Einführung eines Fideikommiss, Unveräußerlichkeit des Gesamtbesitzes

1533 Einführung der Reformation

1553-1555 Landesteilung in die Linien Hohenlohe-Waldenburg und Hohenlohe-Neuenstein

1615 die Linie Hohenlohe-Waldenburg (Waldenburg bei Schwäbisch-Hall) teilt sich in mehrere Linien, darunter Hohenlohe-Schillingsfürst

1667 die Linie Hohenlohe-Waldenburg wird katholisch, die evangelischen Untertanen bleiben nach den Bestimmungen des Westfälischen Friedens evangelisch

1732 Beginn des Schlossbaus in Schillingsfürst als Residenz der Grafen von Hohenlohe-Waldenburg

1744 die katholische Linie Hohenlohe-Waldenburg erhält Reichsfürstenrang

1764 die evangelische Linie Hohenlohe-Neuenstein erhält Reichsfürstenrang

1806 an Bayern fällt das Gebiet der Linie Hohenlohe-Waldenburg um Schillingsfürst und Teile aus dem Gebiet der Linie Öhringen-Kirchberg

Fürstentum Schwarzenberg

1405-1421 Erkinger von Seinsheim (gest.1437) auf Stefansberg bei Volkach erwirbt Burg und Herrschaft Schwarzenberg im Steigerwald und wird zum Stammvater der Schwarzenberger. Seinsheimer und Schwarzenberger führen identische Wappen

1428/9 die Herrschaft wird dem Reich zu Lehen aufgetragen, die Schwarzenberger werden Reichsfreiherrn

1456 Teilung in die Linie Stefansberg (rheinische Linie) und die Linie Hohenlandsberg

1507 Freiherr Johann von Schwarzenberg aus der Hohenlandsberger Linie, Hofmeister des Fürstbischofs von Bamberg, verfasst zusammen mit dem gelehrten Rat Dr. Rotenhan die Bamberger Halsgerichtsordnung, die zum Vorbild für die Halsgerichtsordnung Kaiser Karls V. von 1532 (Constitutio Criminalis Carolina) wird.

1511 Schwarzenberg wird an die Markgrafen von Ansbach zu Lehen aufgetragen

1528 die Hohenlandsberger Linie teilt sich in eine fränkische und in eine bayerische Linie

1540 die fränkische Linie wird evangelisch

1566 die beiden Linien werden in den Reichsgrafenstand erhoben

1588 nach dem Aussterben der evangelischen fränkischen Linie fällt die Grafschaft Schwarzenberg an die katholische bayerische Linie. Die protestantischen Untertanen kommen unter den Schutz der Markgrafen von Brandenburg-Ansbach und bleiben trotz gegenreformatorischen Maßnahmen (ab 1626) im Wesentlichen protestantisch

1599 auch die rheinische Linie wird unter dem im Rudolfinischen Türkenkrieg tätigen kaiserlichen General Adolf von Schwarzenberg in den Reichsgrafenstand erhoben. Das Wappen der Schwarzenberger erhält seine heutige Form

1607 Wiederaufbau des Schwarzenberger Schlosses in der heutigen Form durch den Augsburger Baumeister Elias Holl

1646 nach dem Erlöschen der fränkischen Linie fällt das Erbe mit dem Schloss Schwarzenberg an die rheinische Linie

1655 die Reichsherrschaft Seinsheim kommt an die Grafschaft Schwarzenberg; Freiheit der fränkischen Besitzungen von allen kaiserlichen Landgerichten

1670 Johann Adolf von Schwarzenberg, Reichshofratspräsident in Wien, wird Reichsfürst und erhält 1674 gegen den Protest der Reichsfürsten auf der Reichsfürstenbank des Reichstags eine Personalstimme; die Familie hat in Böhmen (1660 Wittingau als Erbschaft der von Eggenberg) und Österreich (1617 Murau in der Obersteiermark) zahlreiche Ländereien

1723 Fürst Adam Franz von Schwarzenberg wird zum Herzog von Krumau in Böhmen erhoben, das die Familie 1719 erworben hat

1806 Bayern erhält die fränkischen Gebiete der Fürsten Schwarzenberg

Reichsherrschaft Seinsheim

1172 Ritter Siegfried von Seinsheim erwähnt, der sich nach dem 1155 erstmals erwähnten Seinsheim bei Kitzingen nennt

1420 Erkinger von Seinsheim erwirbt die Burg Schwarzenberg bei Scheinfeld und begründet die Linie Schwarzenberg, aus der die Fürsten von Schwarzenberg stammen

1569/73 Erwerb der im Herzogtum Bayern liegenden Hofmark Sünching bei Regensburg

1580 Erhebung in den Freiherrenstand

1655 die Reichsherrschaft Seinsheim (und damit der Sitz im fränkischen Reichsgrafenkollegium) wird von Freiherr Ludwig von Seinsheim an die Schwarzenberg verkauft; die unter kurbayerischer Oberhoheit stehende Hofmark Sünching wird Hauptsitz der Familie Seinsheim

1705 ohne Reichsstandschaft werden die Freiherren von Seinsheim in den Reichsgrafentstand erhoben

Grafschaft Castell

816 Castell bei Gerolzhofen erstmals genannt

vor 1200 die Herren von Castell sind Erbschenken des Bischofs von Würzburg

1205 Grafentitel nachweisbar, Ausbildung einer Landesherrschaft mit den Zentren Castell, Rüdtenhausen und Volkach

1321 Schloss Castell an das Hochstift Würzburg verpfändet

1338-1680/84 das obere Schloss Castell und der halbe Ort kommen an die Burggrafen von Nürnberg und bleiben in der Folgezeit Teil der Markgrafschaft Brandenburg-Ansbach

1457 die Grafschaft wird dem Würzburger Bischof, dessen Erbschenken die Grafen waren, zum Lehen aufgetragen. Die Reichsstandschaft bleibt erhalten

1509 Volkach kommt an Würzburg

1546 Einführung der Reformation

1556 Erwerb von Remlingen aus dem Erbe der ausgestorbenen Grafen von Wertheim

1590 Hausvertrag

1597 nach der Begründung der Linien Remlingen und Rüdenhausen führen beide jeweils eine Stimme auf der fränkischen Grafenbank des Reichstags

1774 Gründung der Landeskreditbank (heute Castellbank) als Fürsorgeeinrichtung für Dienstboten. Älteste Sparkasse Bayerns

1803 nach dem Aussterben der Linie Castell-Rüdenhausen teilt sich die Linie Castell-Remlingen in die Linien Castell-Castell und Castell-Rüdenhausen

1806 Grafschaft Castell mit etwa 10.000 Einwohnern an Bayern

1910 die jeweiligen Häupter der Linien Castell-Castell und Castell-Rüdenhausen erhalten von Prinzregent Luitpold den erblichen bayerischen Fürstenrang

Grafschaft Pappenheim

um 1100 die Familie der Reichsmarschälle von Pappenheim erstmals fassbar, sie verwalten den Reichsgutsbezirk um Weißenburg mit dem Weißenburger Forst. Seit dem Ende des 12. Jahrhunderts beginnen Schloss und Markt Pappenheim zum Zentrum ihrer Herrschaft zu werden

1193 das nach der Burg Pappenheim an der Altmühl bei Weißenburg benannte Geschlecht übt das Reichsmarschallamt aus

1214 Tod des Reichsmarschalls Heinrich von Kalden (Callendin), der unter den Kaisern Friedrich I. und Heinrich VI., unter König Philipp von Schwaben und Kaiser Friedrich II. eine bedeutsame Rolle in der Reichspolitik spielte. Sein Erbe tritt die Biberbacher Linie der Pappenheimer an

1279 teilen die Marschälle Heinrich und Hiltprand ihre Güter. Es entstehen die Linie Pappenheim und die Linie Biberbach (mit Rechberg). Die Verwaltung des Marschallamtes übernimmt die Pappenheimer Linie und es bildet sich schließlich die Gewohnheit heraus, dass der älteste Inhaber von Burg und Stadt Pappenheim das Marschallamt ausübt. Aufgabe des Marschallamtes ist nun vor allem die Vorbereitung von Hof- und Reichstagen sowie die Mitwirkung bei den Wahl- und Krönungsfeierlichkeiten. Ihm ist das Reichsschwert anvertraut

1356 in der Goldenen Bulle wird das Marschallamt als Erzamt an Sachsen gegeben, das Vizemarschallamt an die Pappenheimer. Eine Lehensabhängigkeit des Pappenheimer Marschallamts und des Schlosses und Marktes Pappenheim von Sachsen ist erstmals um 1400 nachweisbar

1582 Belehnung der Pappenheimer mit der Landgrafschaft Stühlingen, die 1639 an die Grafen von Fürstenberg fällt

1628 Erhebung in den Reichsgrafenstand und Wappenbesserung (Doppeladler des Reichs) auf Grund der Verdienste des Reitergenerals Gottfried Heinrich von Pappenheim (1594-1632) aus der 1647 ausgestorbenen Treuchtlinger Linie. Gottfried Heinrich fällt in der Schlacht von Lützen (1632)

1697 erlischt die katholische Linie

1731-1773 regiert der evangelische Graf Friedrich Ferdinand in der Grafenschaft, er nimmt 1732 Salzburger Exulanten auf und gründet in Pappenheim eine Lateinschule. 1742, anlässlich der Krönung Kaiser Karls VII., erhalten die Grafen von Pappenheim vom Kaiser das Prädikat „Hoch- und Wohlgeboren“ verliehen, es gelingt ihnen aber nicht, einen Sitz auf dem fränkischen Reichsgrafenkollegium zu erhalten

1773-1792 Graf Johann Friedrich, Sohn Friedrich Ferdinands. Er ist hauptsächlich im Militärdienst des pfälzbayerischen Kurfürsten Karl Theodor tätig; Militärreformer, Kommandant der Festung Ingolstadt

1806 Pappenheim an Bayern

Grafschaft Wiesentheid und Herrschaft Pommersfelden und Reichelsberg der Grafen Schönborn

1284 nach dem Ort Schönborn bei Limburg an der Lahn nennt sich ein aus der Ministerialität aufgestiegenes rheinisches Reichsrittergeschlecht

1452 Wiesentheid im Besitz der Fuchs von Dornheim

1642-1673 der Würzburger Bischof Johann Philipp von Schönborn ist das erste Mitglied des Hauses Schönborn auf einem fränkischen Bischofsstuhl. 1647 wird er zusätzlich Erzbischof und Kurfürst von Mainz und 1663 auch noch Bischof von Worms

1650 Herrschaft Gaibach bei Volkach durch die Schönborn erworben

1663 die Schönborns werden in den Reichsfreiherrnstand erhoben. Sie werden zu Erbschenken des Erzstifts Mainz und zu Erbtruchsessern des Hochstifts Würzburg ernannt

1671 Kurfürst Johann Philipp von Schönborn, Erzbischof von Mainz, Bischof von Würzburg und Worms überträgt in seiner Eigenschaft als Würzburger Bischof die seit dem 15. Jh. im Würzburger Lehenbesitz befindliche Herrschaft Reichelsberg (Reichelsburg) südlich von Ochsenfurt an seinen Bruder

1678 die Familie Schönborn wird in den Reichsgrafenstand erhoben und erhält 1684 Reichsstandschaft durch einen Sitz im fränkischen Reichsgrafenkollegium des Reichstags

1678 durch Heirat kommt die Herrschaft Wiesentheid an den in den Reichsgrafenstand erhobenen Johann Otto von Dernbach

1693-1729 der Bamberger Bischof Lothar Franz von Schönborn, seit 1695 auch Kurfürst und Erzbischof von Mainz, kann als Reichserzkanzler und Kurfürst 1711 die Wahl von Kaiser Karl VI. durchsetzen und erhält dafür bedeutende Zuwendungen aus Wien

1701/04 die Witwe des Grafen Johann Otto von Dernbach, der 1697 kinderlos stirbt, heiratet Rudolf Franz Erwein von Schönborn. Aus dem Besitz der Grafen von Dernbach kommt gegen den Widerstand der Verwandtschaft

die Grafschaft Wiesentheid an die Familie Schönborn. Damit erwerben die Schönborns einen zweiten Sitz auf der fränkischen Reichsgrafenbank

1710 der Bamberger Bischof und Mainzer Kurfürst Lothar Franz erwirbt die Herrschaft Pommersfelden für die Familie Schönborn und baut dort 1711-1718 das Schloss Weißenstein

1806 Bayern ergreift Besitz von den Herrschaften Wiesentheid und Reichelsberg

Grafschaft Limpurg-Speckfeld

1230 die nach der Burg Limpurg bei Schwäbisch Hall benannte Grafschaft Limpurg nachweisbar

1356 in der Goldenen Bulle werden die Schenken von Limpurg als Reichserbschenken und damit als Aftervasallen des (böhmischen) Reichserzschenkenamts bestätigt

1412 nach dem Aussterben der Linie Hohenlohe-Speckfeld kommen Speckfeld und Sommerhausen an die Schenken von Limpurg

1441 Erbteilung in die Linien Gaildorf (bis 1659), Schmiedelfeld (bis 1690) und Speckfeld-Obersontheim (bis 1713)

1443-1455 Gottfried IV. Schenk von Limpurg führt als Bischof von Würzburg erstmals den Rechen im Wappen des Hochstifts

um 1500 die Erbschenken von Limpurg führen den Grafentitel

1540 Einführung der Reformation, Erlass einer Kirchenordnung 1541

1713 die Erbschenken von Limpurg sterben im Mannesstamm aus; Preußen ergreift Besitz von den Reichslehen der Limpurg

1746 die Grafen von Rechteren als Allodialerben der Erbschenken von Limpurg erhalten nach Vergleich mit der Markgrafschaft Ansbach die Herrschaft Limpurg und die Herrschaft Speckfeld mit Einersheim und Sommerhausen

1806 die Herrschaft Speckfeld kommt an Bayern

Herrschaft Thurnau

1239 Thurnau ist Sitz der Herren von Förtsch, Ministerialen der Herzöge von Anrechts-Meranien

1292 die Herren von Förtsch übergeben Thurnau dem Bischof von Bamberg und erhalten es als Lehen wieder

1525 im Bauernkrieg wird das Schloss verbrannt und 1581 bis 1591 als Renaissanceschloss aufgebaut

1539 die Förtsch einigen sich mit den Markgrafen von Bayreuth und empfangen das Hochgericht als Lehen der Markgrafschaft

1564 mit dem evangelisch gewordenen Georg von Förtsch sterben die Förtsch aus. Der Bamberger Bischof belehrt deren Erben, die Herren von Giech und Künßberg zur gesamten Hand mit Thurnau

1576 Aufteilung von Schloss und Herrschaftsgebiet zwischen den Giech und Künßberg; der Markt bleibt gemeinsamer Besitz

1680 die Giech werden Reichsfreiherrn und 1695 Reichsgrafen

1699 die Giech einigen sich mit den Markgrafen von Bayreuth wegen der Landeshoheit in Thurnau. Sie sind Mitglied des fränkischen Reichsgrafenkollegiums

1731 die Freiherrn von Künßberg verkaufen ihren Anteil an Thurnau an die Grafen von Giech

1796 Thurnau unter preußischer Landeshoheit mit gewissen Vorrechten

1810 mit der Markgrafschaft Bayreuth kommt auch Thurnau an Bayern

Fränkische Reichsritterschaft

1314 die Familie Stiebar erwirbt Schloss und Herrschaft Buttenheim

1320 Errichtung der Burg Guttenberg, nach welcher sich ein Ministeri-

alengeschlecht der Herzöge von Andechs-Meranien nennt, die später Lehensträger der Hochstifte Würzburg und Bamberg sowie der Hohenzollern (Burggrafen von Nürnberg) sind. Mitglied der fränkischen Reichsritterschaft

1398 die Ritter an der Baunach schließen sich an den baierisch-fränkischen Landfrieden an, dessen Hauptmann der Burggraf von Nürnberg ist

1400 die 60 "Berittenen" von der Baunach entscheiden die Schlacht bei Bergtheim zugunsten des Würzburger Bischofs gegen die aufständischen Städte

1410 113 fränkische Adelige schließen sich zum Erhalt ihrer Privilegien zusammen

1422 König Sigismund erlaubt Adelsbündnisse

1430 die fränkischen Rittereinungen verbünden sich mit der schwäbischen Rittergesellschaft vom St. Jörgenschild und der bayerischen Rittergesellschaft vom Eingehörn

1450 Würzburger Ritterschaft ist in vier Quartiere eingeteilt

1496 Rittertag der sechs "Orte" Odenwald, Gebirg, Rhön-Werra, Steigerwald, Altmühl und Baunach

1515-1577 Organisation der fränkischen Ritterschaft in "Kantone" (früher "Orte"), die 1515 erstmals genannt werden (erster fränkischer Ritterkonvent in Windsheim). 1577 schließen sich die fränkischen Kantone reichsweit mit der schwäbischen und rheinischen Ritterschaft zur Reichsritterschaft mit insgesamt 14 Kantonen zusammen. Die fränkische Reichsritterschaft umfasst 5 Kantone. In ihr sind zwischen 1500 und 1800 etwa 1000 Familien immatrikuliert. Im Gebiet des heutigen Bayern bestanden folgende Kantone (1792): der Kanton Altmühl mit Kanzlei in Wilhermsdorf, der Kanton Baunach mit Kanzlei in Nürnberg, Kanton Gebirg mit Kanzlei in Bamberg, der Kanton Steigerwald mit Kanzlei in Rügland sowie der Kanton Rhön und Werra mit Kanzlei in Schweinfurt. Die Kantone besteuerten ihre Mitglieder und vertraten diese vor den Reichsgerichten. Aufgenommen wurden nur solche adeligen Mitglieder des Reichsadels, die acht Ahnen und ein Gut im Wert von mindestens 6000 Talern nachweisen konnten. Ein erleichtertes Aufnahmeverfahren gab es für Mitglieder des

Nürnberger Patriziats und der obersten Reichsbehörden. Die Reichsritterschaft war reichsunmittelbar, besaß aber keine Reichsstandschaft. Sie leistete für die Reichsbedürfnisse freiwillige Beiträge (subsidia caritativa). An der Spitze der Kantone stand ein Ritterhauptmann mit einigen Ritterräten. Die zur Reichsstandschaft aufgestiegenen Familien (Schwarzenberg, Schönborn u.a.) bleiben in der Regel in der Reichsritterschaft inkorporiert, in der ein Mitglied der Familie aufgenommen wurde

1525 im Bauernkrieg werden die meisten Schlösser der Reichsritter von den aufständischen Bauern sowie von Bürgern der benachbarten Städte niedergebrannt und geplündert. Wiederaufbau nach entsprechenden Schadensersatzzahlungen

1700 die Guttenberg werden Reichsfreiherrn

1742 nach dem Aussterben der Stiebar kommt Buttenheim an die Familie Seefried, die 1754-1757 eine barocke Kirche erbaut, in der die alten Grabmäler der Stiebar eingefügt werden

1806 Aufhebung der Reichsritterschaft

Reichsstadt Nürnberg

1050 erste urkundliche Erwähnung anlässlich eines Hoftages, vor 1062 Sitz einer Reichsmünzstätte

1079 Wallfahrten zu den Reliquien des späteren Stadtheiligen Sebald nachweisbar (1424 heilig gesprochen)

1140 der Staufer Konrad III., der große Förderer Nürnbergs, beruft an die Egidienkirche Schottenmönche aus Regensburg. Die Egidienkirche wird die Hofkirche des Königs; Zollstätte vor 1122

1152 nach dem Tode Konrads III. wird die Stadt als staufischer Familienbesitz an dessen Sohn Herzog Friedrich von Rothenburg weitervererbt

1163 das Recht der Nürnberger Kaufleute dient den Amberger und Bamberger Kaufleuten als Vorbild

1173/74 Schultheißenamt und damit das Bestehen eines Stadtgerichts erstmals erwähnt

1183 erstmalige Erwähnung der wohl unter Kaiser Friedrich I. Barbarossa ausgebauten Kaiserpfalz (palatium), die bis Anfang des 13. Jh. zum Mittelpunkt der Reichsgutsverwaltung des Reichs ausgebaut wird. Es tauchen verschiedene Reichsämter auf (Butigler, Marschall, Truchsess, Kämmerer)

1191 als Burggrafen folgen die Hohenzollern den Raabs

1219 Großer Freiheitsbrief durch Kaiser Friedrich II.

1256 Ratsherren (consules) und Stadtgemeinde (universitas civium) nachweisbar

1281 König Rudolf I. lässt vor der Egidienkirche die Großen Frankens den Landfrieden beschwören

13. Jh. die Bettelorden der Karmeliter, Franziskaner, Dominikaner und Augustinereremiten bauen ihre Niederlassungen in der schnell anwachsenden Stadt

1320 Hochgerichtsbarkeit

1332 der Bau des Rathauses symbolisiert die große Zeit der Stadt, die von Kaiser Ludwig außerordentlich gefördert wird, die Nürnberger Kaufleute erhalten Zollfreiheit in 72 Zollstätten des Reichs

1339 der reiche Großkaufmann Konrad Groß, Stifter des Heiliggeistspitals, Freund Kaiser Ludwigs, erhält das Schultheißenamt

1349 Karl IV. beseitigt die Regierung der Zünfte und setzt die alten Geschlechter ein, verbietet Handwerkszünfte. Nach der großen Pest kommt es zu Judenverfolgungen, in deren Verlauf über 600 Juden ermordet werden. Zerstörung des Ghettos und der Synagoge, an deren Stelle die Frauenkirche am Markt errichtet wird, die wohl von Karl IV. für die Weisung des "Reichsheiltums", des Reichsschatzes gedacht war, der in Nürnberg aufbewahrt werden sollte

1356 in der in Nürnberg beschlossenen "Goldenen Bulle", der wichtigsten Verfassungsurkunde des Alten Reichs wird festgelegt, dass nach Wahl und Krönung des deutschen Königs (in Frankfurt) der erste Reichstag in

Nürnberg abgehalten werden muss

1370 Kleiderstiftung des Ulrich Stromer

1388 Zwölfbrüderhausstiftung für die Versorgung von bedürftigen Handwerkern; Stiftung des "Reichen Almosens"

1400 Erwerb der Veste Lichtenau bei Ansbach durch die Reichsstadt, ein wichtiger Vorposten im Kampf gegen die hohenzollerischen Burggrafen

1424 Beginn der Heiltumsweisung: Vorweisung von (auf einem Heiltumsstuhl aufgebauten) Reliquien und Reliquiensammlungen (Heiltümern) zur Verehrung. Die von 1424 bis 1796 in Nürnberg aufbewahrten Reichskleinodien wurden bis zur Reformationszeit als Heilium jährlich am zweiten Freitag nach Ostern (Fest der hl. Lanze) gezeigt

1427 die Stadt kauft die Reste der 1420 von den Bayern zerstörten Burg sowie wichtige Rechte der Burggrafen um die Stadt; damit ist im Wesentlichen der Einfluss der Burggrafen beseitigt, doch halten die Auseinandersetzungen insbesondere im Landgebiet bis zum Ende des Alten Reichs an

1449 Krieg mit dem Markgrafen Albrecht Achilles

1469 Hinrichtung des Ratsherrn Nicolaus Muffel wegen Verrats und Unterschlagung

1479/84 Stadtrechtsreformation nach römisch-rechtlichen Grundsätzen. Die Nürnberger Rechtsgrundsätze werden von den umliegenden Reichsstädten übernommen. Damit entwickelt sich die Stadt für die Umgebung zur letzten Beratungs-, Schieds- und Entscheidungsinstanz in Rechtsfragen (Haischurteile). Nürnberg gehört bis zum Jahre 1806 zu den Reichsstädten mit den meisten Juristen in Gericht und Verwaltung

1492 Martin Behaim baut den ersten Weltglobus

1493 Druck von Hartmann Schedels "Weltchronik"

1496 Veit Stoß kehrt nach Nürnberg zurück

1497/98 Neubau des Waaggebäudes am Marktplatz, in dem die Waren für die Verzollung abgewogen wurden und in der sich die Herrentrink-

stube befand, in der die Ratsmitglieder außerhalb der Ratssitzungen zusammenkamen und Gäste empfangen. Zutritt nur für Angehörige der ratsfähigen Geschlechter

1500 Peter Henlein baut die erste Taschenuhr

1503 Kauf von Hiltpoltstein mit Wildenfels und Strahlenfels

1505 im bayerischen Erbfolgekrieg erwirbt die Reichsstadt, die auf der Seite Bayerns und des Königs Maximilian I. kämpft, ein beachtliches Landgebiet im Osten der Stadt (Hersbruck, Lauf, Altdorf, Velden, Betzenstein u.a.). Nürnberg wird damit zur Reichsstadt mit dem größten Landgebiet im Deutschen Reich

1513 Landpflegamt zur Verwaltung der Pflegämter des Nürnberger Landgebiets eingerichtet. Hans Folz, der den Meistergesang 1479 nach Nürnberg gebracht hat, stirbt. Auch Anton Koberger, der bedeutendste Verleger seiner Zeit, stirbt

1520/48 Kauf von Gräfenberg

1524/1525 Ausweisung der "gottlosen Maler"; Bauernunruhen im Landgebiet; Einführung der Reformation nach einem Religionsgespräch vor dem Rat

1526 Gründung eines Gymnasiums unter Mitwirkung von Philipp Melanchthon in den Räumen des aufgelösten Egidienklosters

1527 Hinrichtung des Predigers Vogel

1528 Tod des Malers Albrecht Dürer (geb. 1471)

1532 Nürnberger Religionsfrieden, Karl V. macht den Protestanten Zugeständnisse

1533 Nürnberg-brandenburgische Kirchenordnung, sie wird vorbildlich für alle Kirchenordnungen anderer protestantischer Staaten

1538 Nürnberger Bund der katholischen Fürsten, gegen den Schmalkaldischen Bund der protestantischen Fürsten von 1531 gerichtet. Nürnberg beteiligt sich an keinem der Bündnisse

ab 1552 im Markgrafenkrieg gegen den Markgrafen Albrecht Alkibiades von Kulmbach wird das Landgebiet verheert

1560 Gründung der Börse auf der Westseite des Hauptmarktes (Herrenmarkt)

1561 Pestepidemie

1565 die Anhänger Schwenckfelds werden ausgewiesen

1576 Hans Sachs stirbt

1578/80 in der 1505 zu Nürnberg gekommenen ehemaligen Reichsstadt Altdorf wird eine Akademie gegründet, die 1623 zur (protestantischen) Universität aufstieg

1621 Einrichtung einer "banco publico", einer Wechselbank, die angesichts der Finanzkrise und Inflation der "Kipper- und Wipperzeit" den bargeldlosen Zahlungsverkehr fördern soll

1644 Gründung des "Pegnesischen Blumenordens" zur Pflege der deutschen Sprache durch Georg Philipp Harsdörffer

1649-1650 Friedensexekutionskongress in Nürnberg: Abzug der schwedischen Truppen im Reich gegen Zahlung einer Entschädigungssumme

1662 Gründung der (ersten deutschen) Kunstakademie. Sie wurde 1671 von der Reichsstadt übernommen.

1665 Errichtung einer Kontumazanstalt nach italienischem Vorbild. (Quarantäneeinrichtung zur Isolierung von Menschen und Gütern bei Seuchengefahr)

1670 Errichtung eines Zuchthauses

1696 das Nürnberger Patriziat erhält von Kaiser Leopold I. Sonderrechte. Die Auseinandersetzung zwischen Kaufmannschaft und Patriziat, besonders um die Steuereinhebung, beschäftigt die Reichsgerichte das ganze 18. Jh.

1792/96 Teile des Landgebiets werden von Preußen und Bayern beschlagnahmt

1796 die Franzosen besetzen Nürnberg

1806 durch die Rheinbundakte kommt Nürnberg mit etwa 80.000 Einwohnern an Bayern

Reichsstadt Rothenburg ob der Tauber

1116 nach dem Aussterben der Grafen von Rothenburg-Komburg fällt Rothenburg zusammen mit dem Herzogtum Franken und der Grafschaft Kochergau an die Staufer

1142 König Konrad III. baut die staufische Position in und um Rothenburg aus und kauft Dettwang, in der Folgezeit werden Stadt und Burg durch staufische Ministerialen verwaltet

1241 erstes Stadtrecht für Rothenburg

1273/74 König Rudolf zieht die Stadt an das Reich. Für das dortige kaiserliche Landgericht wird das älteste noch erhaltene deutsche Achtbuch angelegt, in das diejenigen eingetragen wurden, die in die Acht gefallen waren, da sie sich einem Gerichtsverfahren entzogen hatten

1340 Kaiser Ludwig genehmigt einen Jahresmarkt (Nikolaimesse) und erlaubt, dass die Fernstraße durch die Stadt geführt wird. Die Stadt erwirbt mit Hilfe ihres Spitals ein reiches Landgebiet

1355 Kaiser Karl IV. sichert der Stadt zu, niemals vom Reich verpfändet zu werden

1373 Baubeginn der Stadtpfarrkirche St. Jakob. Zu ihr gehört die Wallfahrt zum Hl. Blut in der Blutkapelle, für die 1501-1505 Tilman Riemenschneider den berühmten Schnitzaltar schuf

1373-1408 Regiment des Bürgermeisters Heinrich Topler mit diktatorischen Vollmachten, der trotz reicher Finanzmittel und Förderung durch König Wenzel mit dem Versuch einer eigenen Außenpolitik scheitert und im Kerker stirbt

1382 Bürgermeister Topler schließt als Vertreter des Schwäbischen Städtebunds Waffenstillstand mit den Fürsten

1386 kaiserliches Privileg über die Verfolgung von „landschädlichen Leuten“ auch außerhalb des reichsstädtischen Territoriums

1388 Niederlage des Städtebundes gegen Graf Eberhard II. von Württemberg und Burggraf Friedrich in Döffingen

1407 Burggraf und Bischof von Würzburg führen Krieg gegen Rothenburg

1408 die Reichsacht gegen Rothenburg wird aufgehoben

seit 1430 das umfangreiche Landgebiet, das zum großen Teil aus Dörfern des Spitals besteht, wird wegen der Hussitengefahr mit einem Grenzwall (Landhege, Landwehr) umgeben

1450-55 Zunftrevolution mit neuer Stadtverfassung

1525 die Stadt unterstützt zunächst die Bauernaufstände, später operieren von Rothenburg aus die Bauernhaufen des Florian Geyer. Das Strafgericht an den Bauern (24 Hinrichtungen) wird vom Markgrafen Kasimir von Kulmbach auf dem Marktplatz von Rothenburg vollzogen

1544 Einführung der Reformation

1566 Kreiskasse des Fränkischen Kreises in Rothenburg

1570 Rathaus im Renaissancestil unter Einbeziehung des gotischen Rathauses gebaut

1631 zunächst vom bayerischen Feldherren Tilly erobert (Meistertrunk) fällt Rothenburg nach der Niederlage der bayerisch-kaiserlichen Truppen in Breitenfeld an die Schweden und 1634 nach der Schlacht von Nördlingen wieder an die Kaiserlichen

1802/03 mit etwa 24.000 Einwohnern an Bayern

Reichsstadt Schweinfurt, Reichsdörfer Gochsheim und Sennfeld

1057 mit Otto von Schweinfurt stirbt das einstmals mächtige Geschlecht der Markgrafen von Schweinfurt aus. Im Zuge der Auseinandersetzungen der Schweinfurter mit Kaiser Heinrich II. wird Schweinfurt 1017 zerstört

1254 Zerstörung der Stadt (Stadtverderben) während der Auseinandersetzung der Bischöfe von Würzburg mit ihren Hochstiftsvögten, den Grafen von Henneberg. 1259 neu erbaut, kann sich die Stadt im Laufe der Zeit dem Zugriff der Würzburger Bischöfe und der Hochstiftsvögte entziehen

1282 König Rudolf von Habsburg befreit die Stadt von fremder Gerichtsbarkeit

1310 Kaiser Heinrich VII. verpfändet die Stadt an die Henneberger, die dort mit Erlaubnis des Kaisers eine Reichsburg bauen

1330 Befreiung von fremden Gerichten

1361/62 die Stadt löst die 1354 erfolgte Verpfändung an das Hochstift Würzburg ab; Stadtprivilegien: die Stadt kann über die Reichsvogtei verfügen

1435 kaiserliches Privileg über die Verfolgung von „landschädlichen Leuten“ auch außerhalb des reichsstädtischen Territoriums

1443 Verleihung der Blutgerichtsbarkeit

1542 Annahme der Reformation

1554 völlige Zerstörung

1572 die Reichsstadt Schweinfurt tritt die Schutz- und Schirmgerechtigkeit über die Reichsdörfer Gochsheim und Sennfeld an das Hochstift Würzburg ab

1649 die 1637 vom Kaiser bestätigte Würzburger Landeshoheit über die Reichsdörfer Gochsheim und Sennfeld wird wieder beseitigt

1802/3 die Reichsstadt sowie die Reichsdörfer Gochsheim und Sennfeld kommen an Bayern

1810-1814 zum Großherzogtum Würzburg

1814 endgültig an Bayern

Reichsstadt Windsheim

741 erste urkundliche Erwähnung: Karlmann schenkt die Martinskirche an Würzburg

791 an Würzburg

1234 als Markt genannt; fällt aus Würzburger Besitz an das Reich zurück

1248 als Stadt genannt

1291 Augustinereremiten lassen sich in Windsheim nieder

1295 Befreiung von den benachbarten Landgerichten

1343 Privilegienbestätigung durch Kaiser Ludwig den Bayern; Anschluss an die Reichsstadt Nürnberg

1365 kaiserliches Privileg über die Verfolgung von „landschädlichen Leuten“ auch außerhalb des reichsstädtischen Territoriums

1393/1402 Lateinschule

1464 Blutgerichtsbarkeit

1496 Bestätigung der vollen Gerichtshoheit des Rates innerhalb der Stadtmauern

1509 Zwölfbotenaltar von Tilman Riemenschneider in der Kilianskirche

1521-1555 Einführung der Reformation

1525 Bündnis mit den Bauernhaufen um Florian Geyer, die bei Windsheim Markgraf Kasimir besiegen; Reformation

1529 Verständigung mit den Markgrafen von Ansbach, dass innerhalb der Stadtmauern nicht das kaiserliche Landgericht des „Burggraftums zu Nürnberg“, sondern die Stadt selbst die Blutgerichtsbarkeit besitzt

1596/97 Hexenverfolgungen

1730 Stadt wird durch eine Feuersbrunst zerstört

1752 von Wilhelm Simon Carl Hirsching werden erstmals die Solequellen beschrieben

1802/03 an Bayern

1804 an Preußen, 1806 an Frankreich (Bayreuth)

1810 endgültig an Bayern

Reichsstadt Weißenburg in Bayern

253 n. Chr. Zerstörung des römischen Kastells Biriciana durch die Alemannen

867 fränkischer Königshof bezeugt

889 Teile des königlichen Forstes Weißenburg kommen an den Bischof von Eichstätt

1241 im Reichssteuerverzeichnis als Stadt genannt

1339 endgültig Reichsstadt

1431 kaiserliches Privileg über die Verfolgung von „landschädlichen Leuten“ auch außerhalb des reichsstädtischen Territoriums. Der Verhaftete kann zum Tode verurteilt werden, wenn die Mehrheit des Rats unter Eid versichert, dass es sich um eine landschädliche Person handelt (Übersiebnen)

1535 Blutgerichtsbarkeit

1802/03 mit etwa 6000 Einwohnern an Bayern

1804 an Preußen

1806 mit Ansbach an Bayern

238 **1810-1814** beim Großherzogtum Würzburg

1814 endgültig an Bayern

Herzogtum Coburg

1240 Coburg, das um 1230 von den Herzögen von Andechs-Meranien an die Henneberger kommt, wird von diesen zur Stadt erhoben

1331 Coburg erhält das Stadtrecht von Schweinfurt

1353 nach dem Tod von Heinrich VIII. von Henneberg wird das Coburger Land zwischen seinen Schwiegersöhnen Graf Eberhard von Württemberg und Markgraf Friedrich von Meißen geteilt

1354 der Württemberger Anteil kommt an das Hochstift Würzburg

1485 bei der sächsischen Landesteilung kommt das Coburger Land an die Ernestinische kurfürstliche Linie der Wettiner

1530 Luther als Gast des Kurfürsten auf der Veste Coburg, wo er den Reichstag von Augsburg beobachtet

1545 Coburg wird erstmals Residenzstadt unter Herzog Johann Ernst

1547 Fertigstellung der Ehrenburg als Stadtresidenz. Besuch Kaiser Karls V.

1572-1596 Herzogtum Sachsen-Coburg-Eisenach

1586-1633 Herzog Johann Casimir (geb. 1564) baut Coburg zur Residenzstadt aus. Gegenüber dem Rathaus am Marktplatz baut er die landesherrliche Kanzlei, eines der ersten reinen Verwaltungsgebäude Deutschlands. Bau des Zeughauses (heute Archiv) und des heute noch bestehenden Gymnasiums (Casimiraneum)

1595-1598 Herzog Johann Casimir und sein Bruder Johann Ernst lassen im Chor der Coburger Moritzkirche von Nikolaus Bergner für ihren 1595 in kaiserlicher Gefangenschaft verstorbenen Vater Herzog Johann Friedrich II. (den Mittleren) das größte Grabmal Frankens (aus heimischen Alabaster) bauen

1596 die Brüder Johann Casimir und Johann Ernst teilen ihr Herzogtum Sachsen-Coburg-Eisenach. Herzog Johann Ernst (†1638) erhält Weimar. Johann Casimir wird Alleinherrscher in Coburg. Nach seinem kinderlosen Tod 1633 wird sein Bruder Nachfolger in Coburg

1638 Coburg kommt an die Linie Sachsen-Altenburg

1672 Herzog Ernst I. der Fromme von Sachsen-Gotha (1601-1675) erbt Sachsen-Altenburg mit Coburg. Hauptresidenz bleibt das von Herzog Ernst I. zwischen 1643 und 1654 erbaute Friedenstein in Gotha

1680 Teilung des Herzogtums Sachsen-Gotha-Altenburg. Coburg fällt an Herzog Albrecht (Linie Sachsen-Coburg bis 1699)

1699 nach dem kinderlosen Tod von Herzog Albrecht langwierige Erbstreitigkeiten

1729-1764 Herzog Franz Josias (in Coburg) regiert ab 1729 mit seinem Bruder Christian Ernst (in Saalfeld) gemeinsam und nach dessen Tod 1745 allein. 1733 führt er die Primogenitur ein (kaiserliche Genehmigung 1747). Nach Beilegung des „Coburg-Eisenberg-Römhilder Erbstreits“ erhält 1735 das Land den Namen „Herzogtum Sachsen-Coburg-Saalfeld“

1764-1799 Herzog Ernst Friedrich (†1800), ältester Sohn von Franz Josias, verschuldet sich durch Erbschaftsprozesse mit Sachsen-Gotha, Sachsen-Meiningen und den Fürsten von Schwarzburg. Das Land steht deshalb von 1773 bis 1802 unter kaiserlicher Schuldenverwaltung. Ernst Friedrich dankt 1799, ein Jahr vor seinem Tod zugunsten seines Sohnes Franz Friedrich Anton (†1806) ab. Das Mausoleum von Ernst Friedrich und seiner Frau befindet sich mitten in den zur Veste führenden Parkanlagen.

1799-1806 Herzog Franz Friedrich Anton und sein allmächtiger Minister Theodor von Kretschmann (1762-1820), vorher preußischer Kammerdirektor, bemühen sich um eine Finanzreform. Aufhebung der kaiserlichen Debitkommission 1802. Kretschmann führt das Land 1806 in den Rheinbund und in die Souveränität, muss aber nach dem Regierungsantritt des Herzogs Ernst I. das Land verlassen.

1800-1806 Herzog Franz Friedrich Anton und sein Minister Kretschmann, ehemaliger preußischer Kammerdirektor, bemühen sich vergebens um eine Finanzreform

1806-1844 Herzog Ernst I. kann die Regierung zunächst nicht antreten, da das Land von den Franzosen besetzt ist und er als preußischer General gegen die Franzosen kämpft. Erhält in der Schlussakte des Wiener Kongresses ein eigenes Fürstentum Lichtenberg (St. Wendel) in der Pfalz, das er 1834 an Preußen verkauft. Sein jüngerer Sohn Albert wird 1840 Prinzgemahl der Königin Viktoria von England

1807 Wiederherstellung des Herzogtums Sachsen-Coburg-Saalfeld auf Druck Russlands im Frieden von Tilsit

1821 Liberale Verfassung

1826 Schiedsspruch König Friedrich Augusts von Sachsen: Erwerb Gothas durch die Abtretung von Saalfeld (neues Herzogtum Sachsen-Coburg und Gotha). Gotha behält seine eigene Verfassung

1831 Prinz Leopold von Sachsen-Coburg-Gotha, Bruder Herzog Ernsts I. wird König des von den Niederlanden abgetrennten Belgiens

1833/34 Beitritt zum Deutschen Zollverein

1844-1893 Herzog Ernst II., fördert die deutsche Nationalbewegung und liberale Strömungen. Politisch an Preußen orientiert

1846 Domänengesetz regelt die Rechtsverhältnisse der dem Herzoghaus zur Nutzung zustehenden Ländereien

1851-1888 Minister von Seebach

1852 neue Verfassung (Landesgrundgesetz)

1855 die Domänen werden mit Zustimmung der Stände Fideikomnisse, damit dürfen sie nicht veräußert und nicht geteilt werden

1859 der Deutsche Nationalverein nimmt seinen Sitz in Coburg

1860 Deutsches Turnfest und Deutsches Sängerfest in Coburg

1861 Gründung des Deutschen Schützenbundes durch Herzog Ernst II.

1862 Militärkonvention mit Preußen

1866 die Coburger Truppen kämpfen auf der Seite Preußens gegen Österreich und Bayern; Coburg wird Mitglied des Norddeutschen Bundes

1871 das Herzogtum Sachsen-Coburg-Gotha wird Mitglied des Deutschen Reichs

seit 1874 gemeinsame Landtage von Coburg und Gotha, aber keine Realunion

1893-1900 Herzog Alfred, Sohn der Königin Viktoria von England führt die Vormundschaft für Herzog Karl Eduard

1900 Herzog Karl Eduard wird volljährig, regiert bis 1918

1905 die Hälfte der Domänenfläche wird Staatsgut

1918 am 14. November legt Herzog Karl Eduard die Regierung nieder. Der aus Bulgarien vertriebene Zar Ferdinand I. (1861-1948) aus der (österr.) Linie Coburg-Koháry nimmt in Coburg seinen Wohnsitz

1920 nach Volksabstimmung kommt Coburg am 1. Juli an Bayern. Gotha geht im Freistaat Thüringen auf

SCHWÄBISCHER REICHSKREIS

Hochstift Augsburg

15 n. Chr. Zivilsiedlung „Augusta Vindelicum“ (Vindelicorum) entsteht neben einem älteren Militärlager

304 Martyrium der hl. Afra

738 erster Augsburgener Bischof Wikterp nachweisbar

923-973 der hl. Bischof Ulrich (Edalrich), Neffe des Herzogs Burkard I. von Schwaben, erhält seine Bischofswürde unter Zustimmung des sächsischen Königs Heinrich I. (regiert 919-936)

955 Schlacht auf dem Lechfeld. Bischof Ulrich verteidigt Augsburg zusammen mit dem 962 zum Kaiser gekrönten Otto I. gegen die Ungarn

1059 der Bischof erhält das Wildbannrecht im Allgäu

1065 Domneubau

um 1123 Herstellung der noch erhaltenen farbigen Glasfenster mit Prophetendarstellungen im Dom, die zu den ältesten Glasfenstern Deutschlands gehören

seit 1156 durch die Entwicklung Augsburgs zur Reichsstadt verliert der Bischof zunehmend die Herrschaft über die Stadt

1168 Kaiser Friedrich Barbarossa übernimmt in seiner Eigenschaft als Herzog von Schwaben die Vogtei über den bischöflichen Besitz

1248-1286 Bischof Hartmann von Dillingen. Der Herrschaftsbereich des Bischofs wird auf den Dombezirk und den Fronhof beschränkt

1251 der Bischof überlässt der Stadt die Verfügung über die Stadttore

1258 die Grafschaft Dillingen kommt gegen den Widerstand des bayerischen Herzogs durch Schenkung des Bischofs Hartmann, des letzten Grafen von Dillingen, an das Bistum; Dillingen löst in den nächsten Jahrhunderten Augsburg als bischöfliche Residenz ab

1270 Bischof und Reichsstadt besiegen den bayerischen Herzog Ludwig II., der sich als Vormund und Erbe des letzten Staufers Konradin Rechte über Augsburg angeeignet und kurz vorher die befestigte Stadt Friedberg vor den Toren Augsburgs erbaut hatte

1272 der Dominikaner und bedeutende Prediger David von Augsburg, Lehrer des Bertholds von Regensburg stirbt

um 1276 im Umkreis des Augsburger Dominikanerklosters entsteht der Schwabenspiegel, eines der wichtigsten Rechtsbücher des deutschen Mittelalters

1310 Kaiser Heinrich VII. verpfändet dem Bischof zur Finanzierung seines Italienzuges die Reichsvogtei Füssen samt Burg und Stadt für 400 Mark Silber; die Vogtei war schon von Herzog Ludwig II. von Bayern aus dem staufischen Erbe beansprucht worden. Da das Pfand niemals eingelöst wurde, bleibt Füssen beim Hochstift

1316 Marktoberdorf sowie Rettenberg-Sonthofen erworben

1331-1337 Bischof Ulrich von Schöneck, Kanzler Kaiser Ludwig des Bayern, ignoriert die päpstlichen Bannbulen gegen den Kaiser

1344 Erwerb von Nesselwang mit der Nesselburg

1346 Bischof Heinrich II. von Schöneck erhält von Kaiser Ludwig die Straßvogtei südlich von Augsburg und damit einen beträchtlichen Gebietsstreifen zwischen Lech und Wertach

1348-1365 Bischof Markward von Randegg erwirbt 1356 die Vogtei über das Kloster Ottobeuren als Pfand, kauft die Herrschaften Rettenberg (1351), Schöneck (1355), Kühntal (1361). 1356 wird er von Kaiser Karl IV. zum Statthalter für Reichsitalien ernannt. 1365 wird er Patriarch von Aquileja

1373-1404 Bischof Burkhard von Ellerbach. 1395 erwirbt er den Markt Zusmarshausen für das Hochstift

1424-1469 Bischof Peter von Schaumberg, 1439 Kardinal, Auseinandersetzungen mit dem Freisinger Bischof und Kardinal Grünwalder wegen Fragen des Konzils

1486-1505 Bischof Friedrich Graf von Hohenzollern beginnt mit Kirchenvisitationen im Bistum. Fördert den Humanismus

1488 Geiler von Kaysersberg ist Domprediger

1511 Domherr Matthäus Lang, Freund des Kaisers Maximilian erreicht die Umwandlung des noch klosterähnlichen Domstifts in ein weltgeistliches Domkapitel. Wird Kardinal und schließlich 1519 Erzbischof von Salzburg

1517-1543 Bischof Christoph von Stadion, Humanist, Freund des Erasmus von Rotterdam, nimmt in den Religionswirren eine vermittelnde Stellung ein

1517 Diözesansynode

1518 Visitation im Hochstift; Luther wird von dem päpstlichen Legaten Kardinal Kajetan in Augsburg vernommen

1530 auf dem Augsburger Reichstag legen die Protestanten die Confessio Augustana (Augsburger Bekenntnis) als gemeinsame Glaubensgrundlage vor

1543-1573 Bischof Otto Truchsess von Waldburg, seit 1544 Kardinal, seit 1553 auch Propst von Ellwangen, einer der wichtigsten Vertreter der Gegenreformation in Süddeutschland

1546 der Bischof vermittelt zwischen Kaiser und Papst

1547 durch den Sieg des Kaisers im Schmalkaldischen Krieg (Schlacht von Mühlberg) kann der vertriebene Bischof wieder nach Augsburg zurückkehren

1548 auf dem „geharnischten Reichstag“ von Augsburg maßregelt Kaiser Karl V. seine protestantischen Gegner. Im Augsburger Interim wird eine gemeinsame Glaubensformel verabschiedet, die den katholischen Standpunkt vertritt, aber in einigen Punkten (Rechtfertigungslehre) den Protestanten entgegenkommt

1552 die Fürstenerhebung gegen den Kaiser unter der Leitung von Kurfürst Moritz von Sachsen zwingt Bischof Otto sein Bistum zu verlassen. In Rom setzt er sich für das Konzil von Trient ein

1554 Eröffnung der Universität Dillingen, die 1563 von den Jesuiten übernommen wird

1555 Augsburger Religionsfrieden. Der Bischof protestiert als einziger deutscher Reichsfürst

1559-1564 Petrus Canisius, Jesuit und Verfasser eines bis ins 19. Jh. populären Katechismus, Augsburger Domprediger

1579/80 Stiftung eines Jesuitengymnasiums in Augsburg durch die Familie Fugger, die katholisch geblieben ist

1598-1646 Bischof Heinrich von Knöringen, verwirklicht in enger Zusammenarbeit mit dem bayerischen Herzog und Kurfürst Maximilian I. die Reformen des Trienter Konzils

1600 Religionsmandat

1609 der Bischof tritt der katholischen Liga bei

1610 Diözesansynode

1614 Priesterseminar in Dillingen

1629 das kaiserliche Restitutionsedikt (Rückerstattung bzw. Wiederherstellung entzogener katholischer Güter und Einrichtungen) wird vom Augsburger Bischof energisch ausgeführt

1646-1665 Bischof Sigmund Franz Erzherzog von Österreich, auch Bischof von Trient (1660-1665) und von Gurk (1653-1665)

1648 der Bischof protestiert gegen die im Westfälischen Frieden zusätzlich zur Augsburger Konfession zugelassene Anerkennung der reformierten Religionsausübung

1660 Kauf der Herrschaft Leeder von den Fuggern

1690-1737 Bischof Alexander Sigmund von Pfalz-Neuburg beginnt mit dem Bau einer barocken bischöflichen Residenz in Augsburg

1740-1768 Bischof Joseph Landgraf von Hessen-Darmstadt, Reformen im Hochstift und im Bistum

1768-1802 Bischof Klemens Wenzeslaus, Prinz von Sachsen und Polen, seit 1768 auch Kurfürst von Trier und seit 1778 Fürstpropst von Ellwangen, vermittelt im Streit der deutschen Bischöfe mit dem Papst. Nach der Aufhebung des Erzstifts Trier und des Hochstifts Augsburg 1802/03 residiert er vorwiegend in Marktoberdorf, wo er auch begraben wird

1802/03 Bayern erhält das Hochstift Augsburg

Fürststift Kempten

15. n Chr. die spätkeltische Siedlung Campodonum wird von den Römern besetzt

246 **233 und 259/60** die Zivilsiedlung Campodonum wird durch Germanen-

einfall zerstört; die Römer bauen auf der Burghalde einen Stützpunkt

752 Benediktinerkonvent nachweisbar, Förderung durch die Karolinger (Hildegard, die schwäbische Gemahlin Karls des Großen gilt als Förderin), als Gründer und erster Abt wird Audogar genannt

853 Immunitätsbezirk des Klosters (Monasterium St. Mariae) als “marca Campidonensis” genannt

1179 Welf VI. vermacht dem Kloster, das bereits auf Grund von Schenkungen des Bischofs Ulrich von Augsburg und Kaiser Ottos I. über einen reichen Grundbesitz verfügt, das Dorf Ammergau

1213 Bildung einer “Grafschaft Kempten” zugunsten des Abtes

zwischen 1348 und 1360 der Abt steigt zum Reichsfürst auf

1379 die schon 1363 von den Bürgern erstürmte Burghalde, Sitz des Klostersvogts, wird vom Fürststift an die Stadt verkauft

1455 das Fürststift erhält den Blutbann

1464 die Herzöge von Bayern treten als Vögte der Abtei auf, beschränken sich dann von 1472-85 auf die Schirmherrschaft

1481 Landgerichtsordnung

1491 Bauernerhebung

1525 Bauernaufstand. Der Abt muss in die Stadt flüchten. Er tritt seine noch verbliebenen Rechte über die Stadt an die Bürger ab und einigt sich mit seinen Untertanen

1540 Beginn der „Vereinödung“, eine Flurbereinigung durch Auflösung der Dörfer

1639-1673 Fürstabt Roman Giel von Gielsberg baut ab 1652 auf dem Areal des im 30jährigen Krieg zerstörten Klosters eine barocke Anlage mit der Pfarr- und Stiftskirche St. Lorenz, dem Kloster und der Residenz, die erste größere süddeutsche barocke Klosteranlage

1728 die Stiftsstadt erhält auf Betreiben von Fürstabt Rupert von Bodmann ein kaiserliches Stadtrechtsprivileg

1738 das Fürststift legt als erstes deutsches Territorium Grund- und Hypothekbücher für die bäuerlichen Untertanen an, die so genannten „Landtafeln“

ab 1732 Fürstabt Anselm von Reichlin-Meldegg lässt die Prunkräume der Residenz ausführen

1802/3 mit einem weitgehend geschlossenen Gebiet von 40.000 Einwohnern an Bayern

Reichsabtei St. Ulrich und Afra in Augsburg

304 n.Chr. Hinrichtung der hl. Afra als Christin, deren Verehrung seit dem 6. Jh. bezeugt ist

um 800 am Grab der hl. Afra befindet sich ein Kanonikerstift

1012/13 Bischof Bruno gründet ein Benediktinerkloster

1156 päpstlicher Schutz

1323 unter Ludwig dem Bayern Schutz des Reiches und Reichsunmittelbarkeit (Abt Konrad Winkler)

1472 Gründung einer Druckerei

1487 die Abtei beteiligt sich an den Reichslasten

1526 Pfarrer und Gemeinde werden evangelisch

1577 Bestätigung der Reichsunmittelbarkeit und Reichsstandschaft (rheinische Prälatenbank) durch Kaiser Rudolf II., vom Hochstift Augsburg erst nach langwierigen Prozessen 1643 gegen Entschädigung anerkannt. Keine Vertretung im Schwäbischen Reichskreis

1802 zunächst militärisch von Bayern besetzt, kommt das Gebiet der Abtei in Augsburg an die Reichsstadt Augsburg

1805 mit der im Preßburger Frieden an Bayern gefallen Reichsstadt Augsburg kommt auch St. Ulrich und Afra an Bayern

Reichsstift Otto-beuren

764 angebliche Gründung als Stiftung einer Adelsfamilie, die den ersten Abt Toto stellt. Wie in Kempten Karl der Große und seine Gemahlin Hildegard als Wohltäter überliefert

972 Befreiung von allen Verpflichtungen gegenüber dem Reich

1217 Staufer als Vögte nachweisbar

1268 nach dem Tode des letzten Staufers Konradin fällt die Vogtei an das Reich

1299 König Albrecht I. nennt Abt Konrad II. "Reichsfürst"

1335 Vogtei wird von Kaiser Ludwig an Graf Berthold von Marstetten übertragen

1359 Vogtei an das Hochstift Augsburg

1475 Klosterreformen, die von St. Ulrich und Afra in Augsburg ausgehen

1509 Errichtung einer Klosterdruckerei durch den Humanisten Nikolaus Ellenbog, der sein besonderes Augenmerk der Bibliothek widmet

1543/44 Universität der schwäbischen Benediktinerabteien, 1544 nach Elchingen verlegt

1622 Mitwirkung bei der Gründung der Benediktineruniversität Salzburg

1624-1626 in einem Prozess vor dem Reichskammergericht gelingt die Durchsetzung der Rechte des Klosters gegen die Ansprüche des Hochstifts Augsburg (Reichsunmittelbarkeit ohne Reichsstandschaft)

1710 Abt Rupert Neß kauft dem Augsburger Bischof die Vogtei über Otto-beuren ab

1766 Bau der Kirche und des Klosters durch den Baumeister Johann Michael Fischer

1802/3 an Bayern

Damenstift Edelstetten

12. Jh. Gründung eines Kanonissenstifts

seit ca. 1500 adeliges Damenstift

1802/03 das säkularisierte Damenstift Edelstetten wird in eine Reichsgrafschaft für den österreichischen Generalfeldmarschall Fürst Karl von Ligne umgewandelt

1804 die Reichsgrafschaft kommt an Fürst Nikolaus Esterházy von Galantha und wird zur gefürsteten Grafschaft erhoben

1806 die gefürstete Grafschaft Edelstetten kommt an Bayern

Reichsabtei Elchingen

um 1126 Stiftung eines Benediktinerklosters durch Graf Albert von Ravenstein auf dem Grund der Burg Elchingen; um 1180 Reformäbte aus Hirsau

1225 unter päpstlichen Schutz gestellt

1396 die Vogtei im Klostergebiet links der Donau bei der Reichsstadt Ulm, rechts der Donau bei der Markgrafschaft Burgau (Habsburger)

1484/1495 nach längeren Auseinandersetzungen mit der Reichsstadt Ulm wird Elchingen reichsunmittelbar

1546 im Schmalkaldischen Krieg von der Reichsstadt Ulm zerstört

1802/03 an Bayern

1810 Teile des ehemaligen Klostergebiets an Württemberg

Reichsabtei Roggenburg

1126 von den Herren von Bibereck als Doppelkloster gegründet

1268 wie in Ursberg wird nach dem Aussterben der Staufer die Vogtei über das Kloster als Reichslehen behandelt

1406 niedere Gerichtsbarkeit

1412 Vogtei als Reichslehen an die Reichsstadt Ulm

1444 aus einer Prämonstratenserpropstei wird eine Prämonstratenserabtei

um 1477 Vogtei als Reichslehen an Herzog Ludwig von Bayern-Landshut

1513 hohe Gerichtsbarkeit als „Insasse“ der Markgrafschaft Burgau, von der das Klostergebiet umschlossen wird

1544 Reichsunmittelbarkeit anerkannt

1548 wie in Ursberg kommt die Vogtei als Reichslehen an Österreich

1802/03 an Bayern

Reichsabtei Ursberg

um 1125 unter Mitwirkung des hl. Norbert von Xanten als erstes Prämonstratenserkloster Deutschlands von Werner IV. von Schwabegg-Balzhausen gegründet

1143 unter Königsschutz gestellt

1229/30 Burchard von Ursberg verfasst seine Chronik

1268 wie in Roggenburg wird nach dem Aussterben der Stauer die Vogtei über das Kloster als Reichslehen behandelt

seit 1301 „Insasse“ der Markgrafschaft Burgau

um 1350 aus einer Prämonstratenserpropstei wird eine Prämonstratenserabtei

1448 wie in Roggenburg kommt die Vogtei als Reichslehen an Österreich

1775 endgültige Anerkennung der Reichsunmittelbarkeit

Reichsstift Wettenhausen

1130 Gründung durch Gertrud von Roggenstein als Augustinerchorherrenstift an der Stelle eines 982 gegründeten, aber im Investiturstreit untergegangenen Klosters

1387 Niedergerichtsbarkeit

1397 das Kloster beteiligt sich am Ritterbund vom St. Jörgenschild und im 15. Jh. am Schwäbischen Bund

1412 das Kloster erkaufte sich die freie Vogtwahl, bis 1469 sind die Herren von Knöringen Vögte

1471 Vogtei bei der Reichsstadt Ulm

1531 Vogtei beim Bischof von Augsburg

1566 die seit dem 14. Jh. bestehende Verbindung zur Reichsritterschaft wird gelöst und das Stift als Reichsstand (mit Sitz im schwäbischen Prälatenkollegium) anerkannt

1602 zusammen mit den Pontificalien erhält der jeweilige Propst den Titel „kaiserlicher Erberzhofkaplan“

1671-1776 das innerhalb der Markgrafschaft Burgau gelegene Augustinerchorherrenstift übt die hohe Gerichtsbarkeit im Klostergebiet aus

1802/03 an Bayern

Reichsabtei Kaisheim (Kaisersheim)

1133 Gründung als Zisterzienserkloster durch die Grafen von Lechsgemünd

1135 königlicher Schutzbrief

1370 Verleihung der Vogtfreiheit durch Kaiser Karl IV.

1656 nach langen Auseinandersetzungen mit den Herzögen von Bayern und den Fürsten von Pfalz-Neuburg erhält das Kloster durch Vergleich mit Pfalz-Neuburg Blutbann und Landeshoheit. Die Reichsunmittelbarkeit wird von den bayerischen Kurfürsten bestritten. Keine Mitgliedschaft im schwäbischen Prälatenkollegium und daher keine Reichsstandschaft

1802/3 an Bayern. Im Text des Reichsdeputationshauptschlusses wird im Zusammenhang mit der Aufhebung des Kloster die Reichsunmittelbarkeit erwähnt

Reichsabtei Irsee

1182/85 Gründung eines Benediktinerklosters durch Markgraf Heinrich von Ronsberg

1209 päpstlicher Schutzbrief

1227 Schutzbrief von Kaiser Friedrich II.

1428 Niedergericht

1460-1474 Abt Petrus II. Alberti erweitert das Klostergebiet

1498 Ortsherrschaft

1551-1692 die Untervogtei über das Kloster kommt durch Kauf an das Fürststift Kempten, Hauptvögte sind seit 1390 die Habsburger

1692 die Abtei erwirbt von Kempten die Vogteirechte und erhält von Kaiser Leopold den Blutbann und damit endgültig die volle Reichsunmittelbarkeit

1704 Weihe der von Franz Beer errichteten Klosterkirche

1713-1763 Pater Ulrich Weiß, Vertreter der katholischen Aufklärung, seit 1759 eines der ersten Mitglieder der Akademie der Wissenschaften in München

1802/03 an Bayern

Reichskartause Buxheim

1402 Gründung einer Kartause bei Memmingen durch Heinrich von Ellerbach, dem letzten Propst des dortigen Kollegiatstifts. Unterstützt wurde er von seinem Onkel, dem Augsburger Bischof Burkhard von Ellerbach. Die ersten Kartäuser kommen aus Christgarten in der Grafschaft Oettingen.

1546 nach der Einführung der Reformation in der Kartause durch die Reichsstadt Memmingen wird dieser die Schutzherrschaft über das Kloster entzogen und der Österreich gehörenden Landvogtei Schwaben überwiesen. Durch die Schutzherrschaft Österreichs steigt die Kartause zur Reichsunmittelbarkeit auf. Mitglied des schwäbischen Reichskreises, nicht aber des schwäbischen Reichsprälatenkollegiums

1710-1727 Barockisierung der Klosterkirche und Neubau der Pfarrkirche durch Dominikus und Johann Baptist Zimmermann

1760 Erwerb des Blutbanns in Buxheim und Westerhart

1803 Aufhebung der Reichskartause und Übergang an die Grafen von Ostein

1806 Herrschaft Buxheim kommt an Bayern

1810 die Klostergebäude kommen an die Grafen Waldbott von Basenheim, die das zwischen 1687 und 1691 vom Tiroler Ignaz Waibl geschnitzte Chorgestühl der Klosterkirche 1883 verkaufen. 1980 kommt es von England wieder nach Buxheim zurück

Grafschaft Oettingen

897 Grafen im Riesgau (der Name Ries leitet sich von der römischen Provinz Rätien ab)

seit 1141 die Grafen nennen sich nach Oettingen

1242 Oettingen als Stadt mit Mauern bezeugt

1261 Burg Wallerstein im Besitz der Grafen von Oettingen

1383 die Grafen Ludwig und Friedrich von Oettingen gründen ein Kartäuserkloster, das den Namen Christgarten erhält. Viele Mönche der Kartause, dem u.a. das Dorf Aufhausen gehörte, verließen in der Reformationszeit das Kloster, das 1557 der letzte Prior mit allen Besitzungen an Graf Ludwig XVI. von Oettingen übergab. Nach langwierigen Prozessen von den Reichsgerichten wurde die Aufhebung des Klosters erst im Westfälischen Frieden bestätigt

1495 nach zahlreichen Aufteilungen des Herrschaftsgebiets auf verschiedene Linien schließen die Familienmitglieder eine Erbeinigung, in der die gegenseitige Beerbung festgelegt wird. Bestätigung durch König Maximilian

1522 Teilung

1539/53 Einführung der Reformation

1550 in Wallerstein, wo eine Burg besteht, residiert die Linie Oettingen-Wallerstein der Grafen von Öttingen, die katholisch bleibt, in der Folgezeit Bau des Schlosses, bestehend aus „Grünen Haus“ (Anfang 16. Jh.), Galerietrakt (1661) und „Welscher Bau“ (1665). Französischer Park von 1667, Reitschule (1741-51) Verwaltungsgebäude (ab 1717) auf der Stelle der Alten Burg

1557 Graf Ludwig XV., der Stammvater aller späteren Grafen von Oettingen, stirbt

1674 Fürstenrang für die evangelische Linie Oettingen-Oettingen, die 1731 erlischt

1734 Fürstenrang für die katholische Linie Oettingen-Spielberg

1774 Fürstenrang für die katholische Linie Oettingen-Wallerstein

1806 die gefürsteten Grafschaften kommen an Bayern

1810 westlicher Teil der Grafschaften an Württemberg

Grafschaften und Herrschaften der Fugger

1370 die Fugger erwerben das Bürgerrecht in Augsburg und sind zunächst als Weber tätig

1473 kaiserlicher Wappenbrief (gespalten: vorne eine blaue Lilie in Gold, hinten eine goldene Lilie in Blau)

1500 umfangreiche Finanz- und Bankgeschäfte für den Heiligen Stuhl; Ablassverwaltung

1507 König Maximilian verkauft die im Landshuter Erbfolgekrieg erworbene Grafschaft Kirchberg und die Herrschaft Weißenhorn für 50.000 fl. gegen Wiederkaufsrecht an Jakob Fugger

1516 die Wohnsiedlung der Fuggerei als heute noch bestehende soziale Stiftung für arme Augsburger Bürger errichtet

1519 Jakob Fugger (gest.1525) finanziert die Wahl Kaiser Karl V.

1526 Raimund, Anton und Hieronymus Fugger, Neffen und Erben Jakob Fuggers werden zu Reichsgrafen ernannt

1536 Erwerb der Herrschaft Glött

1538 Erwerb der Herrschaft Babenhausen

1551 Erwerb der Herrschaft Kirchheim an der Mindel

1565 Johann Jakob Fugger, Kunst- und Büchersammler, tritt in die Dienste Herzog Albrechts V. von Bayern und legt mit seinen Büchern den Grundstock für die Hofbibliothek

1650 die Fugger lösen ihre Handelsgesellschaften auf

1803 die Linie Fugger-Babenhausen erhält von Kaiser Franz II. Fürstenrang

1913/14 die Linien Fugger-Glött und Fugger-Babenhausen erhalten die bayerische Fürstenwürde

Herrschaft Illertissen

1430 Graf Eberhart von Kirchberg erhält für Illertissen das Marktrecht

1510 nach dem Aussterben der Grafen von Kirchberg kommt die Herrschaft bis 1756 an die Memminger Patrizierfamilie Vöhlin

1756 die Herrschaft Illertissen kommt durch Verkauf an das Kurfürstentum Bayern

Markgrafschaft Burgau

1212 nach dem Aussterben der Markgrafen von Ronsberg übernehmen die mit den Staufern verwandten und um Burgau begüterten Grafen von Berg deren Titel und übertragen ihn auf Burgau

1301 nach dem Tod des Markgrafen Heinrich III. zieht König Albrecht I. die Markgrafschaft als Reichslehen ein. Im Laufe der Zeit kommt die Markgrafschaft an die Habsburger, die innerhalb der Markgrafschaft an unterschiedlichen Orten unterschiedliche Rechte (Hoch- und Niedergerichtsbarkeit, Geleit- und Zollrechte) ausüben

1307 das erstmals 1147 erwähnte Burgau wird Stadt genannt

1487-1492 die seit dem 14. Jahrhundert an unterschiedliche Herren verpfändete Markgrafschaft ist an Herzog Georg den Reichen von Bayern-Landshut verpfändet

1492 Einziehung einer allgemeinen Haussteuer („Feuerstattgulden“) zur Ablösung der Pfandschaft; Freiheitsbrief König Maximilians für alle „Insassen“

1564 Erzherzog Ferdinand II. von Tirol (1529-1595) erhält bei der österreichischen Landesteilung nach dem Tode Kaiser Ferdinands I. die Markgrafschaft

1577-1579 Bau des Renaissanceschlosses in Burgau

1592 der Blutbannbezirk um den Donauhafen Günzburg, der zum Verwaltungsmittelpunkt der Markgrafschaft aufsteigt (Sitz des Landvogts), wird festgelegt. Die adeligen und geistlichen „Insassen“ (Herrschaften und Klöster) der Markgrafschaft besitzen eigene Blutgerichtsbarkeit

1609-1618 Karl, der Sohn Ferdinands II. und der Philippine Welser, regiert als Markgraf in Burgau

1618 die Markgrafschaft fällt an die leopoldinische Linie der Habsburger in Innsbruck

1665 Burgau fällt an die Hauptlinie der Habsburger

1805 durch den Frieden von Preßburg fällt Burgau an Bayern

Grafschaft Thannhausen

1348 als Teil der Grafschaft Marstetten hat Thannhausen das Marktrecht

1560 nach verschiedenem Besitzerwechsel kommt Thannhausen an die Baumgartner zu Hohenschwangau

1561 Thannhausen wird an den Markgrafen Georg Friedrich von Brandenburg-Ansbach-Kulmbach verpfändet

1610 Kaiser Rudolf II. verkauft nach dem Aussterben der Baumgartner das an das Reich gefallene Thannhausen an den Reichspfennigmeister Stefan Schmidt von Freihofen

1665 Kaiser Leopold gibt die Ritterherrschaft unter Erhebung zur Grafschaft an Graf Leopold Ludwig von Sinzendorf

1698 nach verschiedenem Besitzerwechsel kommt die Grafschaft durch Kauf an Kurfürst Johann Wilhelm von der Pfalz

1706 die Grafschaft wird dem Grafen Melchior von Schönborn geschenkt, von diesem an den 1705 in den Reichsgrafenstand erhobenen Johann Philipp von Stadion veräußert

1806 die Grafschaft kommt an Bayern

Grafschaft Schwabegg

1110 Burg Schwabegg ist Amtssitz der Hochvögte des Bistums Augsburg

1268 Schwabegg kommt zusammen mit Türkheim aus dem konradinischen Erbe an Herzog Ludwig II. den Strengen von Bayern

1550 Herzog Albrecht V. von Bayern lässt sich bei seinem Regierungsantritt Schwabegg vom Kaiser als Reichslehen übertragen

1628 die Grafschaft Schwabegg wird von Kurfürst Maximilian als bayerisches Mannlehen an den bayerischen Obersthofmeister Fürst Johann von Hohenzollem-Sigmaringen verliehen

1666 die seit dem 14. Jahrhundert fast durchwegs verpfändete oder verliehene Grafschaft wird zurückerworben und durch Kurfürst Ferdinand Maria an seinen Bruder Herzog Maximilian Philipp von Bayern als Eigentum gegeben. Dieser erwirbt die Reichsritterherrschaften Mattsies und Angelberg hinzu

1688 die Grafschaft wird Reichslehen mit der Residenz Türkheim

1705 nach dem Tod Maximilian Philipps fällt Schwabegg an die Kurfürsten von Bayern zurück und wird zwischen 1705 und 1714 vom Kaiser an das Hochstift Augsburg gegeben

Grafschaft Rothenfels

1243 Kaiser Friedrich II. erwirbt die Grafschaft im Allgäu, zu der die Herrschaft Rothenfels (Burg bei Immenstadt) gehört, von den Grafen von Kirchberg

- 1332** die Herren von Schellenberg, die Rothenfels als Reichslehen innehaben, verkaufen Rothenfels an die Grafen von Montfort-Tettnang
- 1360** das 1275 erstmals erwähnte Immendorf wird mit Zustimmung Kaiser Karls IV. zur Stadt erhoben und erhält die Stadtrechte von Lindau. In der Folgezeit wird eine Stadtmauer errichtet
- 1440** Staufen, das 1453 das Marktrecht erhält, kommt zur Herrschaft Rothenfels
- 1447** Graf Hugo der Ältere von Montfort erhält von König Friedrich III. die „Hohen Gericht und Herrlichkeiten in dem Algew“
- 1471** Kaiser Friedrich III. erhebt die Herrschaft Rothenfels zur Reichsgrafschaft und gestattet die Einrichtung eines Landgerichts in Immenstadt
- 1565** die Grafen von Montfort verkaufen die Grafschaft Rothenfels, zu der Immenstadt, Staufen (Oberstaufen), Diepholz und Missen gehören, an den Freiherrn Johann Jakob zu Königsegg-Aulendorf. Dessen Sohn Georg baut das Amtshaus in Immenstadt zu einem Schloss und zu seiner Residenz aus.
- 1622** Teilung in die Linien Königsegg-Aulendorf und Königsegg-Rothenfels
- 1629** die Freiherren von Königsegg-Rothenfels werden in den Reichsgrafenstand erhoben
- 1669-1694** Graf Leopold Wilhelm von Königsegg-Rothenfels amtiert als Reichsvizekanzler in Wien
- 1785** Grafschaft Werdenstein für die Grafschaft erworben
- 1804** die (verschuldete) Grafschaft kommt mit etwa 12.000 Einwohnern durch Tausch an Österreich
- 1805** die Grafschaft kommt an Bayern

Grafschaft Trauchburg

1224 Berthold von Trauchburg (nördlich von Isny) wird als Prokurator des Reiches in Schwaben genannt

1306 die Grafen von Veringen-Nellenburg, seit 1258 durch Kauf Inhaber der Herrschaft Trauchburg, verkaufen Trauchburg zusammen mit Stadt und Kloster Isny an die Truchsessen von Waldburg

1379 König Wenzel gewährt der Herrschaft Trauchburg Unabhängigkeit von der oberschwäbischen Landvogtei

1402 König Ruprecht gewährt das Wildbannprivileg

1429 König Sigmund gewährt Errichtung eines Hochgerichts in Wengen; Trauchburg (Ostgrenze ist das Fürststift Kempten) wird österreichisches Mannlehen der 1686 in den Grafenstand erhobenen Truchsessen von Waldburg

1772 die Grafen von Waldburg-Zeil-Zeil werden nach dem Aussterben der Linie Trauchburg-Scheer Inhaber der Grafschaft Trauchburg

1806 Württemberg mediatisiert die Besitzungen der Grafen Waldburg-Zeil-Trauchburg

1810 Württemberg tritt den südlichen Teil der Grafschaft mit der Burg Trauchburg und Wengen an Bayern ab

Herrschaft Mindelheim

1046 der in der Karolingerzeit entstandene Reichshof Mindelheim an der Mindel wird anlässlich einer Übertragung an das Hochstift Speyer erwähnt

1150 die Herren von Mindelberg als Ministerialen der Welfen nachweisbar

1166 Swigger von Mindelberg Verwalter der Welfengüter im Peitengau

1171 Heinrich von Mindelberg camerarius Heinrichs des Löwen, wechselt 1179 zur staufischen Partei

vor 1209 die Herren von Mindelberg und Mindelheim besitzen die Hälfte des Obergerichts Schöneberg (die andere Hälfte gehörte dem Kloster Ursberg); Ausbildung einer reichsunmittelbaren Herrschaft

vor 1256 Mindelheim wird Stadt

1363 die Swigger von Mindelberg verkaufen die Herrschaft an die Augsburger Domherren Heinrich und Walter von Hochschlitz

1365 der Augsburger Bischof Markward von Randegg erwirbt Mindelheim für das Hochstift; bis zur vollständigen Bezahlung des Kaufpreises wird die Herrschaft treuhänderisch von Herzog Friedrich von Teck und dem Ritter Heinrich von Randegg verwaltet. Walter von Hochschlitz verzichtet auf die Herrschaft, ohne dass er die Kaufsumme vom Hochstift erhält. Friedrich von Teck gibt Mindelheim nicht heraus und lässt sich 1370 vom Domherrn Heinrich von Hochschlitz die Herrschaft übertragen

1430 Stiftung des Spitals in Mindelheim

1439 nach dem Tode Ludwigs, Patriarch von Aquileja und letzter Herzog von Teck, kommt Mindelheim an die Rechberg

1467 Bero von Rechberg verkauft die Herrschaft mit der Stadt Mindelheim, der Mindelburg und den umliegenden Dörfern an seine Schwäger Ulrich und Hans von Frundsberg (Freundsberg) aus Schwaz in Tirol um 60.000 Gulden

1528 Tod des bedeutendsten Frundsbergers, des Landsknechtsführers Georg I. von Frundsberg, der 1525 in der Schlacht von Pavia den französischen König gefangen genommen hatte

1586 Tod des letzten Frundsbergers Georg II. Als Erben der Frundsbergs beanspruchen sowohl die Fugger als auch die Maxrainer die Herrschaft. Hans Graf Fugger von Kirchberg-Weißenhorn besetzt Teile der Herrschaft

1614 Wolf Veit von Maxlrain, Rat und Pfleger im Dienste des Herzogs Maximilian von Bayern, verkauft kurz vor seinem Tod (gest.1615) seinen Anteil von Mindelheim an den Herzog, um seine Schulden zu tilgen

1616 nachdem die Fugger die Veräußerung an Herzog Maximilian nicht anerkennen und sich weigern, Mindelheim herauszugeben, besetzt der

Herzog die Herrschaft. Die Fugger vergleichen sich 1617 mit Maximilian. Mindelheim kommt ganz zu Bayern

1705-1714 nach der Verhängung der Reichsacht über Kurfürst Max Emanuel wird Mindelheim von Kaiser Joseph I. dem Sieger in der Schlacht von Höchstädt und Blenheim (1704), dem Herzog John Churchill von Marlborough verliehen. 1714 nach den Frieden von Rastatt wieder an Bayern zurück

Herrschaft Hohenschwangau

1090 Welf der Ältere als Eigentümer von Schwangau genannt. Auf den dortigen Burgen (Schwanstein, Vorder- und Hinterschwangau, Frauenstein, Simpertsturm, Tannenburg) sitzen als welfische Ministerialen die Schwangauer

1191 über Welf VI. kommt Schwangau an die Staufer, 1268 an das Reich

1190-1256 die Schwangauer sind auch als Minnesänger tätig

1440 der verschuldete Georg von Schwangau verkauft sein Erbe an Herzog Albrecht III. von Bayern-München. Dieser überlässt ihm die Nutzung des Gerichts Rauhenlechsberg. In der Folgezeit stehen viele Schwangauer im Dienste der bayerischen Herzöge

1521 auf dem Reichstag zu Worms belehnt Kaiser Karl V. Heinrich und Georg von Schwangau mit der Herrschaft

1535 der Augsburger Handelsherr Johann Baumgartner, der durch den Tiroler Kupfer- und Silberbergbau reich geworden ist, kauft die Herrschaft und nennt sich seit 1540 Baumgartner Freiherr von Hohenschwangau und Erbach

1536 die Herren von Schwangau sterben aus

1561 David Baumgartner verpfändet Hohenschwangau an Markgraf Georg Friedrich von Brandenburg-Ansbach-Kulmbach

1567 der Pfandinhaber Markgraf Georg Friedrich verkauft die Herrschaft an Herzog Albrecht V. von Bayern, der die Gläubiger Baumgartners abfindet und vom Kaiser mit Hohenschwangau belehnt wird

1604 Herzog Maximilian von Bayern sichert sich die Anwartschaft auf die Reichslehen, die 1670 endgültig Kurfürst Ferdinand Maria erhält. Schwangau wird zum bayerischen Pfleggericht. Der Pfleger sitzt in Waltenhofen

Reichsritterschaft in Schwaben

1406/1407 Rittereinigung vom St. Jörgenschild gegen die Appenzeller Bauern

1422 König Sigismund bestätigt der Reichsritterschaft das Recht sich zusammenzuschließen

1440 Landfriedensbund der Rittereinigung vom St. Jörgenschild

1488 die schwäbische Ritterschaft beteiligt sich am Schwäbischen Bund

1560 schwäbische Ritterordnung

1570 erster allgemeiner Korrespondenztag der drei Ritterkreise Schwaben, Franken und am Rhein. Die Ritterkreise sind in Orte (seit dem 17. Jahrhundert = Kantone) gegliedert. Die etwa 70 Reichsritter in Oberschwaben gehören zum Ritterkanton Donau, dem auch das Direktorium im Ritterkreis Schwaben zusteht. Sitz und Kanzlei des Kantons Donau befand sich in Ehingen (Württemberg). Weitere Kantone, von denen Ritterherrschaften auf heute bayerischem Gebiet lagen waren der Kanton Kocher sowie der Kanton Hegau, Allgäu und am Bodensee

1806 Mediatisierung der Reichsritterschaft

Reichsstadt Augsburg

15 n. Chr. römisches Militärlager

45 n. Chr. Zivilsiedlung „Augusta Vindelicum“ (Vindelicorum) entsteht neben dem älteren Militärlager. Die Stadt am Schnittpunkt wichtiger Römerstraßen und Ausgangspunkt der Via Claudia über den Reschenpass nach Rom entwickelt sich zur Hauptstadt der römischen Provinz Raetia secunda

um 121 n.Chr. das um Christi Geburt zunächst als Militärkastell angelegte „Augusta Vindelicum“ erhält unter Kaiser Hadrian als Hauptstadt der Provinz Rätien das Stadtrecht eines „municipiums“

5. Jh. die seit dem 3. Jh. durch Germaneneinfälle zerstörte Stadt wird von den Alemannen besiedelt. Frühe Ausbreitung des Christentums (Verehrung der römischen Märtyrerin Afra seit dem 6. Jh.)

832 Name Augustburc

955 vor den Toren Augsburgs, das vom hl. Bischof Ulrich verteidigt wird, werden die Ungarn auf dem Lechfeld durch König Otto I. geschlagen und die Ungarngefahr gebannt

1156 erstes sogenanntes Stadtrecht: Schiedsspruch des Kaisers Friedrich I., in dem den Bewohnern der Stadt ein Mitbestimmungsrecht bei der Ernennung des Burggrafen, des Münzmeisters und der Leutpriester am Dom zugestanden wird

1237 Stadtsiegel nachweisbar

1251 der Bischof überlässt der Stadt die Verfügung über die Stadtmauern; Besteuerung der eigenen Bürger

1257 Stadtrat nachweisbar (Nennung von „consules“)

nach 1264 der bayerische Herzog Ludwig II. beansprucht als Vormund und Erbe (seit 1268) des letzten Staufers Konradin Rechte über Augsburg, das ihm formal verpfändet wird

1266 Magister civium (Bürgermeister) nachweisbar

1270 Reichsstadt und Bischof besiegen den bayerischen Herzog Ludwig II. an der Schmutter

1276 König Rudolf von Habsburg bestätigt das umfangreiche Stadtrechtsbuch

1292 die Stadt tritt (kurzzeitig) unter den Schutz des Herzogs Ludwig II. von Bayern

1294 König Adolf verleiht das „privilegium de non evocando“, die Freiheit von fremden Gerichtszwang

1297 die umstrittene Stadtvogtei, die bisher von den bayerischen Herzögen beansprucht wurde, wird von König Adolf von Nassau zugunsten des Reichs eingezogen. Die Kompetenzen eines Stadtvogts sind freilich nur noch unbedeutend (Abgaben)

1316 König Ludwig der Bayer erklärt Augsburg für unveräußerlich und unverpfändbar und stellt es unter den Schutz des Reichs

1328-1346 Magister Ulrich Hofmaier aus Augsburg ist Protonotar und damit einer der wichtigsten Kanzleibeamten des Kaisers Ludwig des Bayern

1347 Gründung des schwäbischen Städtebundes unter führender Mitwirkung Augsburgs

1368 unblutige Zunftrevolution; die Handwerker erzwingen die Mitwirkung an der Stadtregierung. Die neue Stadtverfassung wird von Kaiser Karl IV. 1374 bestätigt

1372-1374 Krieg mit Bayern wegen Zollstreitigkeiten

1373 mit dem Guss einer Feuerbüchse beginnt eine lange Tradition der Erzgießerei und der Waffenproduktion in Augsburg

1379 Beitritt zum Schwäbischen Städtebund

1388/89 Krieg mit Bayern. Friedberg wird niedergebrannt. Friedensschluss nach schweren Verlusten

um 1457 Blüte der Weberei, Bau des Weberzunfthauses mit Zunftstube (heute im Münchner Nationalmuseum)

1468 erste Buchdruckerei in Augsburg

1469-1478 Zunftdiktatur des Ulrich Schwarz, der abwechselnd als Bürgermeister und als Baumeister (und damit als Herr der Befestigungsanlagen) amtiert

1478 Hinrichtung von Ulrich Schwarz

seit 1480 Aufstieg der Fugger und Welser

1494 der Großhändler, Bergwerksunternehmer und Bankier Jakob Fugger der Reiche verleiht an König Maximilian größere Geldbeträge

1496 die Familie Thurn und Taxis betreibt mit königlicher Genehmigung die Postroute Brüssel-Innsbruck und errichtet ein Postamt in Augsburg

1497-1534 der Humanist und Altertumsforscher Konrad Peutinger (1465-1547) ist Stadtschreiber und damit Leiter der Stadtverwaltung; Rückbesinnung auf die römischen Traditionen der Reichsstadt

1498 Gründung der Handelsfirma Welser-Vöhlin

1507 Gerichtsordnung Konrad Peutingers

1512-1515 Bau des Fuggerhauses

ab 1516 Bau der Fuggerei als Sozialstiftung mit 53 Reihenhäusern durch Jakob Fugger, eine bis heute bestehende Einrichtung

1519 die Darlehen Jakob Fuggers ermöglichen die Wahl Karls V., der als letzter deutscher König 1530 vom Papst zum Kaiser gekrönt wird

1526 Karl V. erhebt Raimund, Anton und Hieronymus Fugger in den Reichsgrafenstand

1528-1535 die Welser gründen ein Kolonialreich in Venezuela

1530 Reichstag in Augsburg; die Anhänger Luthers legen die Confessio Augustana (Augsburger Bekenntnis) vor, die reichsrechtliche Grundlage des protestantischen Bekenntnisses

1531 die Reichsstadt gründet in dem aufgehobenen Kloster St. Anna ein Gymnasium

1531-1535 die Stadt lässt nur Anhänger Zwinglis in der Stadt als Prediger zu

1537 Verbot der Messe auch in der Bischofsstadt

1546 das Vermögen der Fugger beträgt 5 Millionen Gulden und ist damit fünfmal größer als das der Medici

1547/48 nach der Niederwerfung des Schmalkaldischen Bundes in der Schlacht von Mühlberg beruft Kaiser Karl V. einen Reichstag nach Augsburg ein, auf dem die Protestanten gemaßregelt werden („geharnischter Reichstag“). Mit dem Erlass des Interims werden die Verhältnisse in Deutschland zunächst zugunsten der Katholiken geregelt. Augsburg erhält eine neue patrizische Stadtverfassung mit einem Rat aus sieben alten katholischen und evangelischen Geschlechtern

1555 Augsburger Religionsfrieden. Den protestantischen Reichsständen wird vom Kaiser die freie Religionsausübung zugestanden. Die Reichsstadt Augsburg entwickelt sich zur paritätischen Stadt

1579/80 Gründung eines Jesuitengymnasiums durch die Fugger

1584 die Stadt nimmt als eine der ersten Reichsstände den gregorianischen Kalender an

1602-1635 Stadtbaumeister Elias Holl, baut 1602-1607 das Zeughaus und 1615-1620 das Rathaus

1614 die Firma der Welser bricht auf Grund des spanischen Staatsbankrotts zusammen

1631-1634 die Schweden in Augsburg

1648 im Westfälischen Frieden wird die Parität (paritätische Besetzung des Rates und der Ämter) ausführlich festgeschrieben

1650 das Handelsunternehmen der Fugger stellt seine Tätigkeit ein; in Augsburg bleiben als wichtige Gewerbebezüge der Seidenwarenhandel, das Gold- und Silberschmiedegeschäft, das Bankgeschäft (Wechselgeschäft) und der Textilhandel

1665 als wichtigster Geldhandelsplatz Süddeutschlands gibt sich Augsburg 1665 eine eigene Wechselordnung, die 1778 erneuert wurde

1710 Gründung einer Kunstakademie

1765-1770 die Bankiersfamilie Schaezler bauen ein Palais an der Maximiliansstraße

seit 1770 die Kattunfabrik Schüle baut ein Fabrikgebäude vor dem Roten Tor

1784 und 1794 Aufstände der Weber gegen das seit 1548 weitgehend unverändert gebliebene Patrizierregiment

1805/06 durch den Frieden von Preßburg (26. Dezember 1805) kommt Augsburg an Bayern und damit auch die dort säkularisierten Klöster

Reichsstadt und Reichsstift Lindau

810/20 Gründung eines 822 erstmals genannten Damenstifts durch Graf Adalbert von Rätien aus der Familie der Burcharde auf einer Insel im Bodensee

839 Immunität

1079 Verlegung des Marktes vom Festland auf die Insel

1216 die sich schrittweise aus der Oberhoheit des Damenstifts lösende Stadt wird erstmals als civitas erwähnt

1264 städtischer Rat nachweisbar

1274 König Rudolf verspricht der Stadt die dem Reich zustehende Stadtvogtei nicht zu veräußern oder zu verpfänden, Freiheit von fremden Gerichten

1345 Zunftrevolution

1376 Lindau ist am Oberschwäbischen Städtebund der 14 Reichsstädte beteiligt, der sich gegen Kaiser Karl IV. richtet

1396 die Stadt erhält den Blutbann und damit die Befreiung von der Gerichtsbarkeit des Damenstifts, damit erhält die Stadt schrittweise die Reichsunmittelbarkeit

1466 die Äbtissin des Damenstifts erhält Fürstenrang

1528 die Stadt schließt sich der Reformation an

1530 auf dem Augsburger Reichstag bekennt sich die Stadt zusammen mit Memmingen, Konstanz und Straßburg zur Confessio tetrapolitana, die weit radikaler ist als die Confessio Augustana

1551 die Reichsstadt erhält wie fast alle bis 1547 auf der schmalkaldischen Seite stehenden süddeutschen Reichsstädte von kaiserlichen Kommissaren eine neue patrizische Verfassung. Diese besteht bis 1717

1729 Patrizierhaus zum Kawatzen (Geschlecht der de Kawatz), heute Stadtmuseum. Die Patrizier und Bürger der Stadt verdienen ihr Geld vor allem im Fernhandel über die Gotthardroute nach Italien (Lindauer Boten) sowie durch den Transport des bayerischen Salzes in die Schweiz

1732 Ansiedlung von vertriebenen (protestantischen) Salzburger Emigranten

1748 Bau einer neuen Stiftskirche für das adelige Damenstift

1802/3 Stadt und Stift fallen als Fürstentum Lindau an Fürst Karl August von Bretzenheim, einen nichtehelichen Sohn des bayerischen Kurfürsten Karl Theodor (gest. 1799)

1804 Bretzenheim tauscht Lindau gegen Besitzungen in Ungarn ein

1805 im Frieden von Preßburg kommen Stadt und Stift an Bayern

Reichsstadt Kempten

1257 "cives Campidonenses" genannt

1289 König Rudolf von Habsburg verleiht der Stadt die Rechte einer Reichsstadt, Ummauerung begonnen

1331 Mitglied im schwäbischen Städtebund

1340 Kaiser Ludwig verleiht die Rechte der Reichsstadt Ulm

1368 Rathausbau als Ergebnis einer neuen Ratsverfassung, bei der die Zünfte beteiligt sind

1379 Ewiger Bund zwischen Stadt und Stift, das die schon 1363 erstürmte Burghalde an die Stadt verkauft

1426 Baubeginn der St. Mangkirche

1474 Neubau des Rathauses

1525 Bauernkrieg. Bürgermeister Gordian Seuter kauft dem von seinen Bauern bedrängten Stift die verbliebenen Rechte in der Reichsstadt ab („Großer Kauf“). Die Bürgerschaft ist zunehmend protestantisch gesinnt und stellt 1527 einen evangelischen Pfarrer an

1533 die Zwinglianer in der Stadt entfernen die „Götzenbilder“ aus den Gotteshäusern

1551 nach der Niederlage des Schmalkaldischen Bundes erhält die Stadt eine neue patrizische Stadtverfassung

1626 Katholische Restauration

1632 Bürger beteiligen sich nach der Besetzung der Stadt durch schwedische Truppen an der Demolierung und Plünderung der Stiftsgebäude

1633 die Stadt wird von kaiserlichen Truppen erstürmt

1802/03 mit etwa 3000 bis 4000 Einwohnern an Bayern

Reichsstadt Memmingen

1128 erste Erwähnung als welfischer Besitz

1191 nach dem Tode Welfs VI., der Memmingen als Burg und Stadt ausgebaut hatte, an die Stauffer

1286 König Rudolf von Habsburg verleiht der Stadt die Rechte der Reichsstadt Überlingen

1296 König Adolf von Nassau verleiht zusätzlich das Recht der Reichsstadt Ulm

1331 Bündnis mit den schwäbischen Städten

1347/48 Zunftrevolution. Die zwölf Zunftmeister bilden den Rat und wählen den Bürgermeister. Die bisher regierenden Patrizier (Fernhändler) müssen der Großen Zunft beitreten

1376 Memmingen ist am Oberschwäbischen Städtebund der 14 Reichsstädte beteiligt, der sich gegen Kaiser Karl IV. richtet

1403 Verleihung des Blutbanns auf Widerruf durch König Rupprecht

1438 endgültiger Besitz der gesamten Hochgerichtsbarkeit

1497 Memmingen kauft sich von allen Reichssteuern los

1524 Glaubenskonflikte in der zum Protestantismus übergetretenen Bürgerschaft

1525 die aufständischen Bauern verkünden in Memmingen ihre „zwölf Artikel“, in denen vor allem Aufhebung der drückenden grundherrlichen Lasten gefordert werden

1530 auf dem Augsburger Reichstag bekennt sich Memmingen zusammen mit Lindau, Konstanz und Straßburg zur Confessio tetrapolitana, die weit radikaler ist als die Confessio Augustana

1548 nach der Niederlage im Schmalkaldischen Krieg nimmt die Stadt das Augsburger Interim an und kehrt damit zu einem (gemäßigten) katholischen Glaubensbekenntnis zurück

1551 die Reichsstadt erhält wie fast alle bis 1547 auf der schmalkaldischen Seite stehenden süddeutschen Reichsstädte von kaiserlichen Kommissaren eine neue Verfassung: An der Spitze der Stadtverwaltung steht ein Stadtamtman und drei patrizische Bürgermeister, daneben zwei geheime Räte und zehn allgemeine Räte, ein Stadtschreiber und ein großer Rat von 44 Bürgern

1630 bei seinem Aufenthalt in Memmingen erhält Wallenstein vom Kaiser seine Entlassungsurkunde

1749 Memmingen erwirbt in den Dörfern des Unterhospitals die Landeshoheit, welche bis dahin von der Habsburger Reichslandvogtei Oberschwaben bestritten wurde

1802/03 die Reichsstadt und ihre 12 Dörfer kommen mit insgesamt 12.000 Einwohnern an Bayern

Reichsstadt Donauwörth

1030 erste Nennung in einer Urkunde des Kaisers Konrad II., der seinem Lehensmann Manegold Wochenmarkt, Münze und Zoll in „Schwäbisch Wörth“ bestätigt

1081 Befestigung nachweisbar

1191 staufische Reichsvogtei

1256 in dem unter bayerischer Verwaltung stehendem Donauwörth lässt Herzog Ludwig II. „der Strenge“ seine Frau Maria von Brabant wegen angeblicher ehelicher Untreue hinrichten. Sie wird im Kloster Hl. Kreuz begraben

1268 nach dem Tode Konradins fällt die Stadt endgültig an dessen Onkel Herzog Ludwig II. von Bayern

1301 König Albrecht I. zieht die Stadt mit Waffengewalt für das Reich ein. Herzog Rudolf von Bayern verzichtet auf seine Rechte

1307 in einem königlichen Landfriedensgebot wird die Stadt zu den Reichsstädten gezählt

1348 Kaiser Karl IV. bestätigt Donauwörth als Reichsstadt

1376-1434 Verpfändung an Bayern

1462 Bayern verzichtet auf alle Ansprüche

1544 protestantischer Prediger

1553 protestantische Mehrheit in der Stadt

1607 nach der Störung einer katholischen Prozession durch die Protestanten wird über die Stadt wegen Verstoß gegen den Religionsfrieden von 1555 die Reichsacht verhängt, die von Herzog Maximilian I. durch Besetzung der Stadt 1608 vollstreckt wird

1609 die Stadt wird wegen der vom Kaiser schuldig gebliebenen Exekutionskosten an den bayerischen Herzog verpfändet und nicht mehr eingelöst. Rekatholisierung

1705-1714 nach der Reichsacht gegen Kurfürst Max Emanuel 1705 kurzfristige Wiederherstellung der Reichsunmittelbarkeit

1749 die Reichspflege (Reichsvogtei) Donauwörth (Dörfer und Rechte um die Stadt) von Bayern erworben

Reichsstadt Kaufbeuren

1191 aus dem Erbe Welfs VI. kommt das erstmals 1126 erwähnte Kaufbeuren an die Staufer

vor 1124 Stadt („Buren“)

1280 König Rudolf verleiht das Recht der Reichsstadt Überlingen

1330 Kaiser Ludwig verleiht die Freiheiten von Memmingen

1373 Zollrecht

1418 Blutbann

1438-1443 spätgotischer Ausbau der Pfarrkirche St. Martin

1418 kaiserliches Privileg über die Verfolgung von „landschädlichen Leuten“ auch außerhalb des reichsstädtischen Territoriums

1525 die Bürger schließen sich dem Bauernaufstand an

1545 Einführung der Reformation

1551 nach der Niederlage im Schmalkaldischen Krieg neue Stadtverfassung mit patrizischem Regiment. Versuch der Rekatholisierung

1557-1604 Simultangottesdienste in St. Martin

16. Jh. in der Reichsstadt gibt es 7 Zünfte mit den folgenden Berufen 1. Herrenzunft (Großhändler), 2. Krämerzunft (Bildhauer, Glaser, Kaufleute, Kürschner, Maler, Nestler, Säckler, Schneider, Tuchscherer) 3. Bäckerzunft (Bäcker, Müller, Papiermacher), 4. Schmiedzunft (Gürtler, Hafner, Kannengießer, Kistler, Plattner, Schlosser, Schmiede, Schreiner, Wagner), 5. Metzgerzunft (Bader, Barbieri, Fischer, Lederer, Metzger, Sattler, Seiler), 6. Weberzunft (Bleicher, Färber, Hutmacher, Weber, Wollschläger), 7. Schusterzunft (Braucher, Drechsler, Kaminkehrer, Maurer, Schäffler, Schuster, Siebmacher, Wirte)

1609 acht lutherische und vier katholische Ratsmitglieder

1802/03 an Bayern

Reichsstadt Nördlingen

898 der erstmals erwähnte Königshof Nördlingen im Ries wird dem Regensburger Bischof übergeben

1215 Friedrich II. erhält Nördlingen vom Hochstift Regensburg für das Reich zurück. Die Grafen von Oettingen und die Herzöge von Bayern versuchen Einfluss zu gewinnen

1219 die 14tägige Pfingstmesse erstmals erwähnt, die sich bis ins 15. Jahrhundert zu einer der bedeutendsten Messen Oberdeutschlands entwickelt

1290 Stadtrecht

1348 nach Zunftrevolution stellen die Patrizier (Geschlechter) und die Zünfte je die Hälfte der Ratsmitglieder; Judenverfolgungen

1373 an Herzog Otto von Bayern verpfändet

1376 Handelsfreiheit im Herzogtum Bayern

1384 Judenverfolgung

1427-1505 Neubau der St. Georgskirche als spätgotische Hallenkirche.
Baumeister von 1439-1462 Nikolaus Eseler von Alzey

1485 Belagerung durch Herzog Georg den Reichen von Bayern-Landshut

1507 Vertreibung der Juden

1522 erstmalige Einführung der Reformation

1529 Nördlingen unter den protestierenden Reichsständen auf dem Reichstag von Speyer

1530 Nördlingen unterzeichnet nicht den Reichstagsabschied von Augsburg, aber die Confessio Augustana

1552 die vom Kaiser Karl V. diktierte neue Stadtverfassung beseitigt den politischen Einfluss der Zünfte

1555 endgültige Einführung der Reformation

1634 nach der Schlacht von Nördlingen, in der die Schweden geschlagen werden, kapituliert die Stadt vor den kaiserlichen Truppen

1702 die vorderen Reichskreise tagen in Nördlingen (Reichskrieg gegen Frankreich und Bayern auf der Seite Österreichs)

1802/03 mit etwa 8000 Einwohnern zu Bayern

Reichsstadt Dinkelsbühl

1188 erste Erwähnung als „burgus Tinkelspuhel“ im Besitz der Staufer

seit 1251 Verpfändung an die Grafen von Oettingen

ab 1273 Entwicklung zur Reichsstadt

276 **1305** König Albrecht I. verleiht das Recht der Reichsstadt Ulm

1309 Freiheit vor fremden Gerichtszwang

1323/24 wirtschaftliche Förderung durch Ludwig den Bayern

1351 die Stadt löst sich aus eigener Kraft aus der Pfandschaft der Grafen von Oettingen; Recht der freien Richterwahl

1387 Zunftrevolution

1398 kaiserliches Privileg über die Verfolgung von „landschädlichen Leuten“ auch außerhalb des reichsstädtischen Territoriums für Dinkelsbühl

1398/1401 Blutbann

1448 Baubeginn der Hallenkirche St. Georg, einer der schönsten Kirchenbauten der deutschen Spätgotik (Nikolaus Eseler von Alzey)

1524 Anfänge der Reformation

1541 Anschluss an die Augsburger Konfession

1552 die von Kaiser Karl V. diktierte neue Stadtverfassung beseitigt den politischen Einfluss der Zünfte

um 1600 Bau des „Deutschen Hauses“ durch die Patrizierfamilie Drechsel, einer der schönsten Fachwerkbauten Deutschlands

1632 die Plünderung durch schwedische Truppen kann verhindert werden (Festspiel „Kinderzeche“)

1648 der Westfälische Frieden schreibt die religiöse Parität in der Reichsstadt fest

1802/03 zunächst an Bayern, dann von 1804 bis 1806 bei Preußen

1806 nach französischer Militärverwaltung wieder zurück an Bayern

IV. SACHWÖRTERBUCH ZUR BAYERISCHEN GESCHICHTE

Von Reinhard Heydenreuter

Acht proscriptio, Verfestung, Bann; Rechtlosigkeit, in welche der aus der Friedensgemeinschaft ausgeschlossene Verbrecher verfällt. Fried- und Rechtloserklärung bei Ladungs- oder Urteilsungehorsam in Strafsachen, später auch in Schuldsachen. Man unterscheidet Acht (proscriptio) und Oberacht = Aberacht (damnatio). Die Acht wird zur Aberacht, wenn sie nicht binnen Jahr und Tag gelöst ist. Die A. ist noch in der CCC 1532 geregelt. Die Reichsacht kann vom deutschen König, vom Reichskammergericht, vom Hofgericht Rottweil (nur in dessen Wirkungsbereich) und von Landfriedensgerichten ausgesprochen werden. Eine letzte Mordacht wurde 1570 in Nürnberg ausgesprochen

Achtbuch Niederschriften über die vom jeweiligen Gericht wegen Straftaten oder Schuldsachen ausgesprochenen Ächtungen (proscriptiones) sowie Aufzeichnungen über Stadtverbote, Verfestungen und Selbstverbannungen. Zunächst ist die Führung von A. kaiserliches Vorrecht. Der Reichslandfrieden von 1235 sieht die Bestellung eines kgl. Hofrichters und die Führung eines A. vor. Das älteste erhaltene Achtbuch Deutschlands (des kaiserlichen Landgerichts Rothenburg) enthält Eintragungen ab 1274 und beruht auf einem Privileg Rudolfs II. Ältere Achtbücher sind auch in Nürnberg (1285-1337) und Augsburg (ab 1302) erhalten geblieben. Auch später finden sich kaiserliche Verleihungen von Achtbüchern: 1346 gestattet Ludwig d. Bayer den Bürgern zu Ulm Achtbuch und Acht wie in Augsburg

Adelsmatrikel das seit 1808 im Königreich Bayern beim Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten geführte Verzeichnis, in das sich die Adelige(n) (bis 1813) eintragen mussten, wenn sie nicht auf ihren Adel verzichten wollten

Ahnenprobe Nachweis der adeligen Abstammung (z. B.: jedes Mitglied des Bamberger Domkapitels musste 16 adelige Ahnen erproben), vgl.

Aufschwörbücher

Allmende Gemeinheit; Land im Besitz oder Eigentum von Gemeinden oder gemeindeähnlichen Korporationen zur gemeinsamen Nutzung durch die Mitglieder der jeweiligen Körperschaft; meistens Weideland oder Wälder und für die Sammelwirtschaft (Beeren, Pilz u.ä.)

Allod Lud; allodium; ursprünglich Erbschaft und Erbgut (im Unterschied zum Kaufgut); dann Eigengut im Gegensatz zum Leihe- oder Lehengut; auch: von Abgaben befreites Gut (Freigut)

Allodifikation Allodifizierung. Umwandlung von Lehen in Eigengut, die Vereinigung (Konsolidation) von Obereigentum und Untereigentum im Rahmen der Ablösungsgesetzgebung, siehe **Bauernbefreiung**

Amman Bürgermeister, Dorfvorsteher

Amortisationsgesetzgebung landesherrliche Maßnahmen (zugunsten des Adels), die den Grunderwerb der Kirche beschränken bzw. unterbinden will. Im Kurfürstentum Bayern: 1669, 1672 (Vorkaufsrecht des Adels), 1764 (Erwerb durch die tote Hand auf 2000 fl. beschränkt)

Appellationsprivileg siehe **privilegium de non appellando** und **privilegium de non evocando**

Aufschlag Verbrauchssteuer, Umgeld, beispielsweise Fleischaufschlag, Weinaufschlag, Tabakaufschlag, Malzaufschlag (19. Jh.). Der Getränkeaufschlag im Hzt. Bayern 1542/43 zum ersten Mal erhoben. In Nürnberg hieß A. der in Notzeiten zusätzlich zum Umgeld erhobene Betrag (15. Jh.)

Aufschwörbuch Amtsbuch der Domkapitel und anderer geistlicher Kollegien mit Ahnenprobe der neu aufzunehmenden Mitglieder (i.d.Regel mit Wappenabbildungen)

Augustiner-Chorherren Ordo Canonicorum Regularium Sancti Augustini, Regularkanoniker; Geistliche, die in klösterlicher Gemeinschaft nach verbindlichen Regeln leben. In Bayern seit dem 11. Jh. (St. Nikola bei Passau). Vorsteher des jeweiligen Stifts ist ein Propst

Ballei ballivia; (von französisch: baillage = Verwaltungsbezirk) die (von einem Landkomtur geleitete) Provinz (z.B. Franken) des Deutschen Ordens bzw. des Johanniterordens, bestehend aus mehreren **Kommenden (Komtureien)**, die Ballei Franken umfasste 15 Kommenden

Basilika 1. mehrschiffiger Hallenbau mit erhöhtem Mittelschiff. 2. päpstlicher Ehrentitel für Kirchenbauten

Bauernbefreiung Übergang vom gebundenen zum freien bäuerlichen Eigentum durch Ablösung, Umwandlung und Aufhebung des grundherrlichen Obereigentums bzw. der personellen Abhängigkeiten der Bauern durch die Gesetzgebung bzw. landesherrliche Maßnahmen seit dem Ende des 18. Jahrhunderts, endgültig 1848 ff. Beginn im Kfst. Bayern durch die Umwandlung aller ungünstigen Leiheformen (bei kurfürstlicher Gütern) in Erbrecht durch Mandat vom 3.5.1779, siehe **Maierschaftsfriesten**. Durch VO v. 27.6.1803 Ablösungsmöglichkeit für die ehemaligen Untertanen der ständischen Klöster. Schließlich Gesetz v. 4.6.1848 über die Aufhebung der grundherrlichen Gerichtsbarkeit und die Aufhebung, Fixierung und Ablösung der Grundlasten, durch das alle Naturalfrondienste, das Besthaupt und der größte Teil der Zehnten entschädigungslos beseitigt werden. Die unständigen Gefälle werden in jährliche unveränderliche auf dem pflichtigen Grundstück ruhende Abgaben umgewandelt (fixiert). Alle fixierten Grundgefälle sind mit dem 18fachen Betrag ablösbar

Baulast die Verpflichtung, für die Kosten eines Baus oder Unterhalts eines Gebäudes aufzukommen (Concurrenzen), soweit die Kosten nicht aus dem primär haftenden Vermögen gedeckt werden können. Diese subsidiäre Verpflichtung des Patrons, der Gemeinde, des Zehentpflichtigen oder eines sonstigen Verpflichteten ist mit G v. 10.1.1838 in einem Baukataster fixiert

Beginen Seelweiber, Betschwestern, conversae; fromme Frauen meist Jungfrauen und Witwen, die ohne dauerndes Gelübde und approbierte Regel allein oder in Gemeinschaft ein klosterähnliches Leben führen und kirchenrechtlich zwischen den Ordensleuten und Laien einzuordnen sind, in Bayern seit dem 13. Jh.

Benediktiner Ordo Sancti Benedicti, OSB; der vom hl. Benedikt von Nursia (480-547) gegründete älteste Orden des Abendlandes. Regel des hl. Benedikt 739 durch Bonifatius auch für Bayern verbindlich. 1623 Benediktineruniversität Salzburg. Geistlicher Zusammenschluss in der Bayerischen Kongregation 1682. 1893 Zusammenschluss sämtlicher Kongregationen. Der weibliche Teil des Ordens, die Benediktinerinnen, unterscheidet zwischen Chorfrauen, die Profess leisten und zum Chorgebet verpflichtet sind und Laienschwestern

beneficium 1. Wohltat, Gunst, Privileg 2. Verftigung von Gut 3. Anspruch (eines Geistlichen) auf Bezug von Geld- und/oder Sachleistungen bzw. die Stiftung oder Vermögensmasse, aus der diese Leistungen bezogen werden.

280 Man unterscheidet beneficia collativa, electiva, patronata, curata (mit Seelsor-

geverpflichtung), simplicia (nur zu Chor- und Altardienst), duplicia (auch mit zusätzlicher Seelsorge- bzw. Jurisdiktionsverpflichtung), majora - minora (mit oder ohne Jurisdiktion in Bezug auf äußere Kirchenverhältnisse), manualia - perpetua (jederzeit versetzbar oder auf Dauer), secularia - regularia

Benefiziat Inhaber einer Pfründe

Bestand 1. Vertrag, insbesondere über Leihe- Dienst- und Pachtrechte, Pacht, Miete, Mietverhältnis, Arbeitsvertrag 2. Kautions 3. das Gehalt eines Beamten 4. die dem Beständer zustehenden Nutzungsrechte 5. Bündnis 6. **beneficium** 7. Überschlag als Grundlage eines Werkvertrags über eine zu leistende Holzarbeit (Hacken, Spalten, Transportieren u.ä.)

Bettelorden Mendikanten; Angehörige von Ordensgemeinschaften, die auf jeden Besitz verzichten und von den Zuwendungen der Gläubigen leben, seit dem 13. Jahrhundert tätig, vor allem in den Städten. Die B. dürfen innerhalb der Diözese, in der sich der Konvent befindet, Almosen sammeln

Bezirksamt seit 1.7.1862 in Bayern im Zuge der Trennung von Gericht und Verwaltung eingerichtete Verwaltungsbehörde der Unterstufe, seit 1.1.1939 reichseinheitlich Landratsamt bzw. „der Landrat“ (3. VO über den Neuaufbau des Reichs v. 28.11.38)

Bezirksamtmann seit 1862 der Leiter eines **Bezirksamtes**, seit 1919 Bezirksoberramtmann, seit 1.1.1939 Landrat

Burgfried(en) 1. Hoheits-, Schutz-, Markt- und Gerichtsbezirk der Städte und Märkte. Die Burgfriedensgrenze lag meist weit vor den Mauern und war durch Burgfriedenssteine (-säulen) markiert (Der Begriff in München erstmals 1380). 2. Gebiet oder Gebäude mit erhöhtem Rechtsfrieden (fürstlicher Palast, Spital), in dem etwa das Waffentragen oder der Streit mit dem Abhacken der Hand bestraft wurden (Hinweis durch entsprechende Tafeln)

Burghut 1. Dienstlehen zum Unterhalt und als Besoldung für die auf den landesherrlichen Burgen dienenden Burgmannen (Oberpfalz) 2. Die Einnahmen aus Gütern (Burggut) bzw. die Geldsumme, die derjenige erhält, der ein Burg militärisch verwaltet, siehe **Pfleger** 3. die Pflicht, eine Burg und den dazugehörigen Bezirk mit einer vorgegebenen Mannschaft zu bewachen und zu verwalten

Chorgebet tägliches mehrmaliges gemeinsames Gebet. Gebetszeiten sind: Matutin, Laudes, Prim, Terz, Sext, Non, Vesper und Komplet

Chorgericht geistliches Gericht, besonders für Ehesachen

Chor(raum) ein mit Chorgestühl ausgestatteter Altarraum, in dem sich die Mitglieder einer kirchlichen Gemeinschaft zum **Chorgebet** versammeln

Distriktsgemeinde 1. zunächst Vereinigung einer Mehrzahl von Ortsgemeinden für einzelne gemeinsame Zwecke: Nach der VO v. 6.2.1812 Bildung von Bezirken für die Unterhaltung von Armenanstalten, Unterhaltung von Feuerlöschmaschinen, Unterhaltung von **Vizinalstraßen**, Brücken und Flussbauten, der Name D. erstmals in § 7 des Gemeindecodex vom 17.5.1818, König hat das Recht zur Bildung v. D., (G v. 22.7.1819 über die Umlagen für Gemeindebedürfnisse), von 1818 bis 1852 kommunaler Zweckverband im Zuständigkeitsbereich eines Landgerichts älterer Ordnung 2. von 1852 bis 1919 (dann Bezirke) kommunale Selbstverwaltungskörperschaft im Zuständigkeitsbereich eines Landgerichts älterer Ordnung bzw. eines Bezirksamtes (nach der Gründung der Bezirksämter 1862 orientierten sich die Distriktsgemeinden weiter an den unteren Gerichtsbezirken, so dass in den Bezirksämtern u. U. mehrere D. bestanden). Rechtsgrundlage ist das DistriktsratsG vom 28.5.1852. Vertretungsorgan der Distriktsgemeinde ist der Distriktsrat (heute Kreistag), wichtigstes Verwaltungsgremium war der vom Distriktsrat gebildete Distriktsausschuss. Den Vorsitz in beiden Gremien führte der Vorstand des Landgerichts bzw. (seit 1862) des Bezirksamtes. Die Distriktsgemeinden hatten die Distriktsstraßen zu bauen und zu unterhalten, Krankenhäuser und Altersheime einzurichten, größere Feuerwehrräte zu beschaffen u.ä. Finanziert werden die Bedürfnisse der D. durch Distriktsumlagen (steuerliche Beiträge der Gemeinden und der Eigentümer ausmärkischer Gemeinden, vgl. UmlagenG v. 14.8.1910). 1919 wurden die in einem Bezirksamt gelegenen D. zu einem Bezirk vereinigt und die Bezirke zu Gebietskörperschaften erklärt

Domicellar canonicus domicellarius; (junges) Mitglied des Domkapitels ohne Stimmrecht und ohne Recht auf Pfründenbezug und Praebendengenuss, Kandidat auf eine Domherrenstelle. Besucht die Domschule und lebt im Unterschied zu den vollberechtigten Kanonikern gemeinsam mit den anderen D. im Verband der Domschule, siehe **Domkapitel**

Dominikal- und Rustikalsteuerkataster der ab 1812 eingeführte Grundsteuerkataster, in dem Größe und Bonität des jeweiligen Grundstückes als Voraussetzung für die Besteuerung eines Grundstücks (Rustikalsteuer) verzeichnet sind. Neben der Rustikalsteuer, die der Bauer zu entrichten hatte, regelte der Kataster (bis zur endgültigen Ablösung des Obereigentums 1848) auch die Steuer auf die Grundabgaben (Dominikalsteuer), die vom Grundherrn zu entrichten war. Voraussetzung für die Anlage des D. war eine exakte Landesvermessung

Dominikaner Ordo Fratrum Praedicatorum, Predigerorden, OP, OPr, OD; vom hl. Dominikus gegründeter und 1216 bestätigter Bettelorden, keine Bindung (stabilitas loci) an ein bestimmtes Kloster, das von einem Prior geleitet wird. Die Profess wird auf den Namen des Generalmeisters abgelegt. Der weibliche Zweig des Ordens, die Dominikanerinnen widmet sich entweder dem Gebet und Opferleben (2. Orden) oder der Jugend-erziehung, Krankenpflege oder/und Mission (3. Orden: Dominikaner-Terziarinnen)

Domkapitel Gemeinschaft von Geistlichen (Domkanoniker), die an einem Dom in Bischofsstädten oder anderen städtischen Kirchen angeschlossen sind und nach einer bestimmten Regel leben. Zu den ursprünglichen Aufgaben der Domkanoniker gehörte die Unterhaltung des gottesdienstlichen Lebens am Dom und die Unterstützung der bischöflichen Amtsführung. Bis zur Säkularisation 1803 waren die D. der Hochstifte berechtigt, den Fürstbischof zu wählen, der von Kaiser und Papst bestätigt wurde. In Zeiten der Vakanz eines Bischofsstuhls stand dem D. die bischöfliche Gewalt zu. Es verfügte über eigenen Grundbesitz. Mitglieder des Domkapitels waren neben den Domherren vor allem die beiden Dignitäre (oder Dignitäten) Dompropst und Domdekan, dann Domkustos, Domkantor, Scholaster und Kapitelpfleger. Den Dignitären stand in manchen D. das Recht der Pontificalien zu. Die Zahl der Kanonikate war zunächst unbegrenzt (offenes Kapitel), seit dem 13. Jh. wurde die Zahl der Kanonikate, d.h. die Zahl der zur Verfügung stehenden Präbenden begrenzt (geschlossenes Kapitel = capitulum clausum), etwa in Bamberg (34 Kanonikate), wobei nicht alle Kanoniker Sitz im Chor (stallum in choro) und Stimmrecht bei den Kapitelsitzungen (votum in capitulo) hatten (in Bamberg nur 20), siehe **Domicellar**. Die Mitgliedschaft im D. war idR nur nach Nachweis von mindestens acht adeligen Vorfahren möglich (siehe **Aufschwörbücher**). Die Kanoniker lebten in eigenen Wohnungen (mansiones, curiae) und trafen sich nur bei Gottesdienst und Kapitelsitzungen. Beim Chordienst konnte man sich durch Chorvikare vertreten lassen

Edelmannsfreiheit 1557 festgelegte Personalvorrechte des alten Adels im Herzogtum und Kurfürstentum Bayern, vor allem das Recht auf Gerichtsbarkeit auf den **einschichtigen Gütern** einer **Hofmark** oder eines Sitzes oder Sedels. Die E. konnte vom Landesherrn an Adelige und Bürger allgemein oder für einen bestimmten Besitz auch verliehen werden

Egart(en) Edgarten, Ödgarten, Egert(en), Eggarten, Ehearten, Eger, ager desertus, ager incultus; 1. unregelmäßige, extensive Feldgraswirtschaft; Wechsel zwischen Anbau (Acker) und Brache (Wiese) (Egartenwirtschaft), idR nach einem Jahr Körneranbau, zwei bis vier Jahre Brache (Grasboden) 2. früheres Ackerfeld, das jetzt Ödland, Wiese oder Buschwerk ist

Ehaft Ehehaft; 1. der Zusammenschluss der mit gewissen Rechten und Pflichten ausgestatteten Gemeindeglieder 2. die an bestimmten Tagen im Jahr stattfindende Versammlung dieser Gemeindeglieder (**Ehafttaiding**), um Gemeindeangelegenheiten zu verhandeln, etwa Vergabe der Ehaftgewerbe bzw. **Ehaftgerechtigkeit** 3. Sammlung aller örtlichen Satzungen, Rechte und Pflichten einer Gemeinde 4. siehe **ehafte Not**

ehafte Not ius legitimum, impedimenta legitima, ehaft Notdurft; höhere Gewalt, rechtmäßige Verhinderungen für Versäumnis eines (gerichtlichen) Termins (Krankheit, Gefängnis, Naturereignisse, Wallfahrt, Herrengeschäfte u.ä.). Fall der Gefahr und Landesverteidigung, gültiges Hindernis

Ehafttaiding Ehaft Taiding, Ehaftgericht; die jährlich einmal oder zweimal (meist um den St. Georgs- und St. Michaelstag) stattfindende Versammlung aller Gerichtsuntertanen in einem Dorf oder einer Hofmark zur Erledigung rechtlicher, polizeilicher und gemeindlicher Angelegenheiten, bei der alle Untertanen und Einwohner erscheinen mussten. Vorsitz hatte der jeweilige Richter. Wichtig die Verlesung der in der jeweiligen Gemeinde geltenden oder für die Gemeinde aktuell wichtigen Bestimmungen, die u.a. im Ehaftbuch (Ehaftordnungen) niedergelegt sind. Ablegung der Gemeindegerechnung durch die Dorfführer. Verhandlungen über Gegenstände, die die Gemeinschaft betrafen und Abstrafung von Übertretungen. Ursprünglich eigenes Satzungsrecht (vgl. **Weistümer**), dann Entgegennahme obrigkeitlicher Satzungen

Eigenkirche vom (geistlichen oder weltlichen) Grundherrn errichtete Kirche mit dem Recht, den Geistlichen einzusetzen (Hochmittelalter), untersteht vollständig der Eigenherrschaft des Grundherrn im vermögensrechtlicher und geistlicher Beziehung, keine Übertragung an den weihenden

Bischof, die Kirche war vererblich, verpfändbar und beliebig übertragbar. Überschüsse aus dem Ertrag des Vermögens kommen dem Eigenkirchenherrn zugute

Einschichtige Güter außerhalb einer Hofmark liegende Güter, die rechtlich zu dieser gehören: siehe **Edelmannsfreiheit**

Ewiggeld census perpetuus, redditus perpetuo duraturi, ewiges Geld; ewiger Zins von einem Darlehen, das vom Gläubiger nicht aufgekündigt werden kann, bzw. unablösbar ist, außer die Ablösbarkeit ist ausdrücklich in einer Urkunde vereinbart, dann in der Regel nur für den Grundstückseigentümer (= Giltmann) durch Rückzahlung des Kapitals. Im engeren Sinn Reallast: Bezahlung einer Geldrente gegen Hingabe eines auf ein Grundstück versicherten Kapitals. Die Ewiggeldrente ist nur mit Zustimmung des Grundstückseigentümers übertragbar (Begründung des Instituts formgebunden durch schriftlichen Vertrag, obligarische Eintragung in Ewiggeldbücher, die seit 1484 in München nachweisbar sind)

Fehde Streiterledigung durch Selbsthilfe; eingeschränkt durch Gesetzgebung (Landfrieden) und Einungen; mutwillige Fehde war untersagt; außerhalb der Fehde standen gewisse Personen und Schutzobjekte, etwa Frauen, Geistliche, Juden, Kirchen, Pflüge, Mühlen. Fehde muss einige Zeit vor Beginn der Fehdehandlungen durch Brief oder andere Formalien (Fehdehandschuh!) angesagt werden. Endgültiges Verbot durch den ewigen Landfrieden 1495, ein auf dem Reichstag von Worms 1495 beschlossenes Reichsgesetz, das die Fehde als Mittel der Rechtswahrung verbietet und die Streitparteien an das Reichskammergericht verweist

Feldgeschworene Siebener, Steiner, Märker, Untergänger; gemeindliche (vereidigte) Funktionsträger, zuständig für die Gemeindeflur (Schlichtung von Grenzstreitigkeiten, Aufteilung von Gemeindeäckern, Besichtigung von Wegen, Brücken und Zäunen, Feststellung der Fruchtreife zur Einleitung des Erntebeginns), seit dem 19. Jh. idR nur noch Grenzsteinsetzung (AbmarkungsGe 1868, 1981)

fl. siehe Gulden

Franziskaner Ordo Fratrum Minorum, OFM; Bettelorden, wie die Dominikaner in drei Orden geteilt, die alle auf Franz von Assisi (1181/82-1226) zurückgehen. Der 1. Orden, die Minderen Brüder teilt sich 1517 in

eine strengere Gruppierung, die Franziskaner-Observanten und eine gemäßigtere, die Franziskaner-Konventualen (OFMConv), wenig später spalten sich die Kapuziner ab. Der 2. Orden sind die Klarissen, der 3. Orden besteht im Wesentlichen aus Franziskaner-Terziaren/rinnen. Den Klöstern der Franziskaner steht jeweils ein Guardian vor

Freibrief die von den bayerischen Herzögen an die Landstände erteilten Privilegien (1. Freibrief = Ottonische Handveste 1311, letzter Freibrief ist der 64. vom Jahre 1565)

Freistaat Republik, seit Nov. 1918 abwechselnd mit Volksstaat und Republik (Staatsgrundgesetz v. .4.1.1919) als Bezeichnung verwendet, amtlich im Gesetz- und Verordnungsblatt seit 26. April 1919. Als Verfassungsbestimmung (§ 1 Abs. 1 BV 1919) bedeutet F. das Verbot der Wiedereinführung der Monarchie. Von der BV 1946 übernommen

Freistift Schupflehen, Baurecht; jus colonum; (schlechtestes) bäuerliches Leiheverhältnis mit jährlicher beidseitiger Kündigungsmöglichkeit, meist ohne Stiftbrief; bei veranleiteter (gegen Bezahlung = Anleit erworbener) Freistift (Herrengunst, Herrengnad) Kündigung nur gegen entsprechende Entschädigung, Grundleihe nach Hofrecht. Im Kfst. Bayern ist die Verleihung von F. an kfstl. Untertanen (**Urbarsbauern**) seit 1779 verboten, gleichzeitig Möglichkeit für die kfstl. Untertanen zur Umwandlung von Freistift in Erbrecht (siehe **Maierschaftsfristen**). Zur Unterscheidung von der veranleiteten F. wird die F. auch als bloße Freistift bezeichnet, charakteristisch die niedrige Gutswechselgebühr (7,5 % vom Gutswert statt 10 % beim Leibrecht)

Fronfeste fron = herrschaftlich; Gefängnis der Hoch- bzw. Blutgerichtsbarkeit zur Verwahrung bei **Malefizverbrechen** bis zum Prozessende. In den Fronfesten befand sich in der Regel auch die Folterkammer

Geheimer Rat das in den Territorien und Reichsstädten vor allem seit dem 16. Jh. eingeführte oberste Beratungs- und Entscheidungsgremium. In Augsburg wird der G. R. seit 1548 von den zwei Stadtpflegern und 5 weiteren Räten gebildet. Im Hzt. Bayern wird der G. R. 1581 eingerichtet

Geige Strafinstrument (vor allem bei Beleidigung und übler Nachrede) aus zwei zusammengefassten Brettern in der Form einer Geige zum Einspannen von Händen (und eventuell auch Kopf), vorwiegend für Frauen (in der Form einer Halbgeige oder Doppelgeige für zwei Delinquenten/innen)

Geistlicher Rat die in den größeren Territorien für Kirchenangelegenheiten zuständige Kollegialbehörde. Im Hzt. Bayern nach ersten Anfängen 1556-1559 (Religions- und Geistlicher Lehensrat) 1580 ins Leben gerufen. 1802 aufgehoben

Geleitbrief *salvus conductus*; Geleitzettel; die schriftliche (kostenpflichtige) Bestätigung des Inhabers des **Geleitrechts**, dass Geleit gewährt wird

Geleitrecht *jus conductus*, *jus conducendi*; kaiserliches bzw. landesherrliches G. (Dauergeleit) auf Fernstraßen (Reichsstraßen), konnte von Kaufleuten oder Juden gegen Bezahlung entweder schriftlich (durch Geleitbrief) oder „lebendig“ (durch Geleitschutz) in Anspruch genommen werden und hatte bei einem Schaden, den der Geleitnehmer erleidet, Schadensersatzpflicht des Geleitherrn zur Folge, auch zeitlich beschränkt (Jahrmarttsgeleit); davon zu unterscheiden das Prozessgeleit (freies Geleit) für den Weg zum Gericht (oder zurück, auch nach Verurteilung) und das sichere **Geleit**, das von kriegsführenden Parteien gewährt wird

Gemeindeausschuss kollegiales Verwaltungsorgan in den Ruralgemeinden seit dem Gemeindeedikt v. 17.5.1818. Besteht aus dem Gemeindevorsteher, dem Gemeindepfleger, dem Stiftungspfleger und aus drei bis fünf Gemeindebevollmächtigten. Das Amt des Gemeinde- und des Stiftungspflegers kann zusammengelegt werden, wenn das Vermögen der Gemeinde und der örtlichen Stiftungen unbedeutend sind. Der G. bestraft kleinere Dorf- und Feldpolizeifrevel

Gemeindebevollmächtigte Vertreter der Gemeindekorporation, die nach dem Gemeindeedikt v. 17.5.1818 von den Gemeindegliedern entweder durch Wahlmänner (Städte und Märkte der 1., 2. und 3. Klasse) oder direkt (Ruralgemeinden) für 9 Jahre gewählt werden. Bei den Städten und Märkten beträgt die Zahl der G. das dreifache der Mitglieder des Magistrats. Die G. wählen bei Gemeinden mit **Magistratsverfassung** die Bürgermeister und alle sonstigen Mitglieder des Magistrats. Der Magistrat muss in bestimmten Angelegenheiten die G. zu Rate ziehen. Bei Personalentscheidungen haben die G. ein Mitbestimmungsrecht. Wichtigste Aufgabe des Gemeindebevollmächtigtenkollegiums ist die Feststellung des Gemeindebudgets

Gemeindedienste Gemeindefrohnen; die von den Gemeindegliedern zugunsten der Gemeinde für die Herstellung und Ausbesserung der Gemeindegebäude, Wege, Brunnen, Brücken und sonst zu leistenden

Dienste, insbesondere Hand- und Spanndienste, die je nach den Möglichkeiten des Gemeindemitglieds als Handarbeit oder mit Gespann zu leisten sind. Zu den G. gehören auch die Quartiere zugunsten des durchmarschierenden oder cantonierenden Militärs

Gemeines Recht (Jus commune = allgemeines Recht). Römisches Recht in der Form der durch Kaiser Justinian 529/30 herausgegebenen Sammlung, die später Corpus Juris Civilis genannt wurde. In Deutschland spätestens seit dem 15. Jahrhundert als kaiserliches (Reichs-) Recht anerkannt und subsidiär zum lokalen Recht gültig

Generalkreiskommissariat 1808 im Königreich Bayern für jeden der 15 **Kreise** eingerichtete Spitzenbehörde unter Leitung eines Generalkommissärs, 1817 abgelöst durch Kreisregierungen

Generallandesdirektion 1799 im Kurfürstentum Bayern für die altbayerischen Gebiete eingerichtete zentrale Verwaltungsbehörde (seit 1803 Landesdirektion), zuständig für alle Gegenstände der Staatsverwaltung mit Ausnahme der Justiz und der geistlichen Sachen (Geistlicher Rat), in ihr gingen die Obere Landesregierung, die Hofkammern München, Neuburg und Amberg, die Forstkammer, das Oberst-, Münz- und Bergmeisteramt, das Collegium medicum, die Rentämter und Rentdeputationen zu Straubing, Burghausen und Landshut auf. Die G. war in 7 Deputationen gegliedert

Gesandtschaften, bayerische 1. Heiliger Stuhl: Die G. Bayern beim Hl. Stuhl reicht bis ins 16. Jh. zurück. Der dortige Gesandte (Agent) vertrat in der Regel noch andere Territorien, Unterbrechungen 1798-1803, 1810-1815 (Besetzung des Kirchenstaats), Aufhebung Sommer 1934. 1851 bis 1865 zuständig auch für die Höfe in Turin und Neapel (Offizielle Bezeichnung bis 1930 Gesandtschaft beim Päpstlichen Stuhl, dann beim Heiligen Stuhl) 2. Weitere diplomatische Vertretungen besaß das Kfst. Bayern im 18. Jh. in Paris, London, Madrid, in den Niederlanden, in St. Petersburg, Schaffhausen (für den Bereich der Schweizer Eidgenossenschaft), Venedig und Neapel. Im 19. Jh. wurde die Gesandtschaft in Griechenland (Nauplia bzw. Athen) wichtig. Nach der Reichsgründung 1871 unterhielt Bayern noch Auslandsvertretungen in Berlin, Dresden, Stuttgart (für Württemberg, Baden und Hessen), Wien, St. Petersburg, Rom, Bern und Paris (für Frankreich und Belgien)

Graf comes (königlicher und landesherrlicher) ernannter Amtsträger, später erbliches Adelsprädikat (unterhalb des Fürstenrangs), Organisation in

der Grafenbank des Reichstags. Nicht jeder Graf ist auch Inhaber einer Grafschaft

Grafenbank Grafenkurie; die auf dem Reichstag als Kurie auf der Fürstenbank stimmberechtigte Vertretung der Reichsgrafen, zunächst schwäbische und wetterauische, dann noch zusätzlich fränkische und westfälisch-niedersächsische G.

Grafschaft in der Karolingerzeit Verwaltungsbezirk eines vom König eingesetzten Grafen (Gaugrafschaft), dann Auflösung der Grafschaftseinteilung durch Immunitäten des Adels und der Kirche. Seit dem 12./13. Jh. werden die G. entweder durch größere Territorien mediatisiert und bilden dann vielfach Untergliederungen des jeweiligen Landes (Landgerichte mit Grafschaftsrecht). Bleiben sie selbständig (Grafschaft Öttingen) können sie, etwa als Markgrafschaften oder Landgrafschaften (Leuchtenberg) zu Fürstenrang aufsteigen

Grangie Wirtschaftshof, insbesondere landwirtschaftlicher Betrieb der Zisterzienser, bei dem die Güter durch die Mönche selbst bewirtschaftet werden

Gregorianischer Kalender die durch Papst Gregor XIII. 1582 eingeführte Verbesserung des julianischen Kalenders (auf den 4. folgt der 15. Oktober); von den katholischen Reichsständen unmittelbar (Herzogtum Bayern 1593), von den protestantischen Reichsständen mit Verzögerung, vielfach erst im 18. Jh. eingeführt

Grundherrschaft die bis zur Grundablösung des 18./19. Jh. bestehende Verfügungsgewalt eines Herren (König, Fürst, Adelige, Ratsbürger, Bischof, Abt oder Pfarrer) über den Boden, der vom Grundherren zur Nutzung auf Zeit, Lebenszeit oder auch in erblicher Weise an abhängige Bauern (Grundholden, Hintersasse, Höriger) zu unterschiedlichen Bedingungen ausgegeben wurde. Hauptpflicht der Grundholden war die Entrichtung von regelmäßigen und unregelmäßigen Abgaben (Natural- bzw. Geldabgaben) sowie die Leistung von Frondiensten (siehe **Scharwerk**)

Gulden florinus (fl.), Florentiner Münze, ursprünglich aus Gold (Gulden ungarisch = 23-24 Karat; Gulden rheinisch = 17-19 Karat), 1 Gulden rheinisch (1391) = 120 Münchner Pfennige = 60 Regensburger Pfennige (1480) = 7 Schillinge = 210 bayerische Pfennige = 60 bayerische Kreuzer, seit etwa 1490 aus Silber (Guldinergroschen, Guldiner, Reichsguldner),

Herzogtum und Kurfürstentum Bayern ab 1506 1 fl = 60 Kreuzer = 210 Pfennige = 4420 Heller, ReichsmünzO 1524 = 252 Pfennige, ab 1753: 1 fl. = 60 Kreuzer = 240 Pfennige = 480 Heller

Haberfeldtreiben vor allem in der Miesbacher Gegend bis ins 19. Jh. übliche Form des nächtlichen Volksggerichts mit öffentlicher Verlesung von Anklagen u.ä.. Nach Entartung im Laufe des 19. Jahrhunderts strafrechtlich verfolgt (Landfriedensbruch) und damit beendet

Halsgericht Hochgericht, Blutgericht, oberstes (landesherrliches) Strafgericht, durch kaiserliche und landesherrliche Verleihung auch in den Händen des Adels bzw. von Städten (Reichsstadt Nürnberg: 13 Schöffen unter Vorsitz des Stadtrichters)

Halsgerichtsordnung Strafgesetzbuch, vgl. etwa Bamberger H. von 1507, in der das Strafrecht und das Strafverfahren geregelt wurde. Die Peinliche GerichtsO Kaiser Karls V. von 1532 (Constitutio Criminalis Carolina = CCC) ist die berühmteste H. Sie wurde nach dem Vorbild der Bamberger H. gestaltet

Handveste Handfeste, Hantfest; herausgehobene Urkunde, feierliche bzw. urkundliche Versicherung durch Siegel bzw. Auflegung der Hand (etwa Ottonische Handfeste 1311)

Hartschiere (ital. = arcieri = Bogenschütze), die unter einem Lieutenant stehende landesherrliche Leibgarde (neben den Trabanten), seit 1669 wird eine Eskadron als Leibgarde der H. bezeichnet, 1802 ohne Pferde und nach 1807 nach Auflösung der Leibgarde der Trabanten alleinige Residenzwache der bayerischen Könige, bewaffnet mit der Couse, 1918 staatliche Bewachungsgruppe, 1921 aufgelöst

Hauptmannschaft im Herzogtum Ober- und Niederbayern vielfach identisch mit Obmannschaft, doch können mehrere H. auch eine Obmannschaft bilden; unterste Verwaltungseinheit (Vereinigung einer Anzahl von Höfen bzw. Gemeinden) des Herzogtums mit Aufgaben im Bereich der Musterung, Steuererhebung, Sicherheitswahrung und der Vermittlung zwischen Untertan und Obrigkeit. Verwaltung durch Obleute, die in der Regel von der Obrigkeit ernannt werden

Heerwagen Hörwagen, Reiswagen; von den Untertanen für den Fall eines Heerzugs zu stellender Proviant- und Versorgungswagen, meist zusammen mit einem oder mehreren gesattelten Pferden. Pferde und

Knechte stellen die Großbauern (meistens die Sedelbauern). Auf dem Sattelross links von der Deichsel saß der Fuhrknecht, das Handross war rechts von der Deichsel eingespannt, vor dem Sattelross lief das Leitross (Strickross), daneben das Viertross (Schlagross), für den Wagen war der Wagenknecht zuständig

Heimatrecht 1. Anspruch der unverheirateten, als Dienstboten tätigen Kinder auf Unterkunft und Pflege auf dem elterlichen Hof bei Krankheit oder Invalidität 2. der aus Geburt oder sonstigen Rechtstiteln abgeleitete Anspruch auf einen Heimatwohnsitz (Heimat) und der entsprechenden Unterstützung im Notfall. Nicht identisch mit dem weiter gehenden Bürgerrecht. Zum Erwerb des Heimatrechts (Ansässigmachung) ist die Staatsbürgerschaft erforderlich. Heimatlosen konnte eine vorläufige Heimat zugewiesen werden (angewiesene Heimat). Grundsätzlich ist die Heimatgemeinde auch die Unterstützungsgemeinde und gibt die Erlaubnis zur Eheschließung. Einschlägig ist die Gesetzgebung zu Heimat, Ansässigmachung und Verehelichung (Heimatgesetze: 1825, 1834, 1868). Man unterscheidet selbständige oder unselbständige (abgeleitete) Heimat. Bei der unselbständigen (abgeleiteten) Heimat ist das Heimatrecht von einer anderen Person (Familie) abhängig. Anspruch auf Heimat hat u.a. eine Person, die in einer Gemeinde 7 Jahre ununterbrochen freiwillig ansässig ist und in dieser Zeit keine Armenunterstützung bezogen hat (HeimatG 1868)

Heiratsurlaubnis Heiratskonsens, Heiratsgenehmigung, landesherrliche Verehelichungsgenehmigung; die seit dem 16. Jh. im Herzogtum Bayern und in anderen Territorien obligatorische wurde. Bei Nichtbeachtung musste der jeweilige Pfarrer die eventuell anfallenden Armenkosten zahlen. Gesetzliche Regelungen: BettelO 3.3.1780, Verboten waren auch Ehen außer Landes nach VO v. 12.6.1808. Genaue Regelung in den Gesetzen über Ansässigmachung und Verehelichung 1825 und 1834; seit dem Heimatgesetz von 1868 ist für die Heirat ein Verehelichungszeugnis notwendig

Heischurteil Aisch, Schub; Heischung; inquisitio; „gehaischte“ (angeforderte) Rechtsberatung, Rechtsauskünfte, Rechtsaussprüche oder Rechtsbelehrungen zugunsten eines anderen Gerichts, idR formuliert als (unverbindliches) Urteil das ein anderes Gericht oder eine andere Stadt (des gleichen Stadtrechtskreises) erteilt (z.B. die Reichsstadt Nürnberg für auswärtige und Nürnberger Gerichte des Landgebiets)

Heller Haller, Helbling; zunächst kleine Silbermünze aus Schwäbisch Hall, die den Silberpfennigen gleichwertig war, dann Kupfermünzen, zwei

H. gehen auf einen Pfennig (schwarze oder rote H.), um 1350 häufigste Münzart in Süddeutschland, im 15. Jh. werden in Bayern die fremden (weißen minderwertigen) H. verboten und nur noch die (guten, bayerischen) H. zugelassen

Herrschaftsgericht die seit 1808 vor allem zugunsten der mediatisierten Standesherrn, dann durch Edikt vom 16.8.1812 für den Adel allgemein eingerichteten höchsten **Patrimonialgerichte**, die in ihrer Kompetenz einem kgl. Landgericht gleichstanden. Man unterschied 2 Klassen, beide mussten über mindestens 300 gerichtsuntertänige Familien verfügen. Zunächst war das Herrschaftsgericht zuständig für die bürgerliche Gerichtsbarkeit erster Instanz sowie für die „untere Polizei“. Herrschaftsgerichte 1. Klasse besaßen eine Justizkanzlei und waren für die mittlere bürgerliche Gerichtsbarkeit sowie die Strafgerichtsbarkeit zuständig. Standesherrschaften über 14.000 Seelen konnten für die bürgerlichen Streitigkeiten und für die Polizeigegegenstände eine zweite Instanz einrichten (kollegiale Regierungs- und Justizkanzlei). Die H. wurden 1848 aufgehoben

Herzog dux; zunächst Herrscher über einen Stamm bzw. ein Stammesgebiet, dann vom König/Kaiser nach Lehensrecht als Vasall eingesetzter Territorialherr, meist erblich. Auch als Titel verliehen (Herzog von Meranien)

Hoffuß altbayerische (seit 1445 nachweisbare) Einteilung der bäuerlichen Anwesen nach Größe und Ertragsfähigkeit (für Zwecke der Besteuerung). Die Einteilung reichte (im 18. Jh.) vom Ganzhof (1/1 Hof) über halben bzw. 1/3 Hof (Hube), Viertelhof bzw. 1/6 Hof (Lehen, Gütl), Bausölde (1/8 Hof) bis zur Leersölde/Leerhäusel (1/16 - 1/64 Hof). Eine Hoffußeinheit bestand im Flachland etwa aus 36 Juchart Ackerland mittlerer Bonität samt Wiesen und Wald, doch ist der H. prinzipiell eine von der Fläche unabhängige Steuereinheit. Im Erzstift Salzburg ist die Grundlage für den H. die Sölde bzw. der Viertelacker, unterschieden wird im Wesentlichen nur nach großen Anwesen (größer als eine Sölde) und kleinen Anwesen (Sölde und kleiner)

Hofkammer landesherrliche Finanzbehörde mit kollegialer Verfassung, im Herzogtum Bayern seit 1550; Vorläuferbehörde des Finanzministeriums, seit 1610 eigene Hofkammerkanzlei

Hofkriegsrat 1583 und endgültig 1620 nach österreichischem Vorbild gegründete Zentralbehörde des Hzt. und Kfst. Bayern für militärische Angelegenheiten, 1799 durch das Oberkriegskollegium ersetzt. Kollegialbehörden für militärische Angelegenheiten auch in anderen Territorien

Hofmark Bezirk mit niederer Gerichtsbarkeit und sonstigen Rechten (Scharwerk, Musterungsrecht, Steuererhebungsrecht, Ordnungspolizei). Bei der offenen Hofmark ist die Gerichtsbarkeit des Hofmarksherrn auf seine Grunduntertanen beschränkt, bei der geschlossenen Hofmark hat er die Gerichtsbarkeit über sämtliche Einwohner des Hofmarksbezirks. Siehe auch **Edelmannsfreiheit**

Hofpalzgraf Kaiserliches Amt; seit dem 14. Jh. aus Italien nach Deutschland transferiert. Der Inhaber des großen Palatinats (meistens Fürsten oder Universitäten) ist berechtigt zu nobilitieren, Wappen zu verleihen, Legitimationen vorzunehmen, Notare zu ernennen und das kleine Palatinat zu verleihen. Der Inhaber des kleinen Palatinats darf Wappenbriefe erteilen (ius insignia conferendi). Das Amt der Hofpalzgrafen erlosch 1806 mit dem Ende des Alten Reichs

Hofrat aus dem landesherrlichen Rat entstandene höchste (kollegial organisierte) Regierungsstelle im Herzogtum Bayern und anderen Territorien. Vom H. spalten sich in der Regel im 16./17. Jh. weitere kollegial organisierte Zentralbehörden ab (siehe **Hofkammer**, **Geistlicher Rat**, **Geheimer Rat**). Der Hofrat war vor allem oberstes Gerichtsorgan des Landes (seit 1620 ist im Zivilverfahren das **Revisorium** oberstes Gericht), zuständig auch für die inneren Landesangelegenheiten, vor allem für die Sicherheit und Ordnung (Polizei). Seit 1779 (Gründung der Oberlandesregierung) auf Rechtssachen beschränkt

Hubertusorden (Haus-Ritterorden vom heiligen Hubert) höchster Orden des Königreichs Bayern, 1444 von den Herzögen von Jülich-Berg gegründet, 1614 an die Herzöge von Pfalz-Neuburg, 1685 an die Kur-pfalz und schließlich 1777 an Kurpfalzbaiern gefallen, Devise: In Trav fest (in Treue fest)

Hypothekenbuch amtliche Güterbeschreibung mit Angabe von Besitzer, Wert und Belastungen (Hypotheken). Nach Steuergemeinden gegliedert. Das H., in dem nur die belasteten Grundstücke eingetragen werden, wurde auf Grund des HypothekenG vom 1.6.1822 ab 1.6.1826 bei den Landgerichten eingeführt, nur im Gebiet der Kemptener **Landtafel** und der Bamberger Lehen Consense ab 1.1.1827, ab 1860 Anlegung neuer H. auf der Basis der Grundsteuerkataster (SteuerG 1852)

Illuminaten der 1776 in Ingolstadt vor allem vom dortigen Rechtsprofessor Adam Weishaupt gegründete ordensähnliche Geheimbund mit einer rationalistisch-aufklärerischen Geisteshaltung. Ausbreitung weit über

Bayern hinaus und Verbindungen zu den Freimaurern. Seit 1783 verfolgt und offiziell durch Edikt von 1790 in Kurbayern verboten

Illuminateneid der von den bayerischen Beamten seit 1790 zu schwörende Eid, nicht den Illuminaten oder einer ähnlichen geheimen Verbindung anzugehören

Inkorporation die dauernde öffentlich-rechtliche Vereinigung einer Pfarrei oder eines beneficiums mit einem Kloster, einem Dom- oder Stiftskapitel oder einem bischöflichen Stuhl mit dem Ergebnis, dass die begünstigte geistliche juristische Person das Pfarrbeneficium innehat und dessen sämtliche Einkünfte (temporalia und Erträge aus der Amtsführung) nützen kann, sofern sie einen Pfarrpriester (vicarius) für die Vernehmung des Dienstes bestellt. Man unterscheidet im MA idR zwei Arten von I., (a) die incorporatio minus plena, bei der dem Begünstigten (Kloster) das Nutzungsrecht an den Pfarrpfründen (temporalia) zusteht, die Spiritualien (Ernennung des vom Kloster präsentierten Vikars) bleiben dem Bischof vorbehalten und (b) die incorporatio untrouque iure, incorporatio plena, bei der das Kloster neben der Pfründenutzung auch über die spiritualia verfügt (Einsetzung eines meist widerruflichen Vikars). Durch die I. können neben Pfarreien auch alle anderen kirchlichen Titel übertragen werden, begünstigt werden kann jede Art von juristischer Person kirchlichen Charakters. Zuständig für die I. waren die jeweiligen kirchlichen Oberen

Juchert Jauchert; Juchart; Joch, iuger, iug(er)um, Tagwerk, Morgen; Ackermaß; Flächenmaß, diurnalis; vorwiegend für Felder und Waldungen (für Wiesen vgl. Tagwerk). Entspricht in etwa einem Stück Feld, das an einem Tag mit einem Joch (Ochsengespann) Vieh bearbeitet und bestellt wird, d.i. in Altbayern etwa 180 Quadratruten = ca. 0,6 ha bis Ende des 18. Jh., dann 0,34 ha (neues Joch, entspricht dem Tagwerk). Nach der ForstO 1616, Art. 22, soll J. oder Tagwerk einheitlich wie folgt berechnet werden: Länge = 25 Ruten (= 10 Münchner Werkschuh), Breite = 16 Ruten, zusammen 40000 Kreuzschuh

Junge Pfalz das 1505 eingerichtete Fürstentum Pfalz-Neuburg

Kaiserliche Landgerichte direkt dem Kaiser unterstehende Gerichtsbezirke; auf dem Gebiete des heutigen Bayern gab es mehrere kaiserliche Landgerichte. Am bedeutendsten waren das kaiserliche Landgericht Franken in Würzburg, das kaiserliche Landgericht Rothenburg und das kaiserliche Landgericht Hirschberg

Kammer der Abgeordneten seit der Bayerischen Verfassung von 1818 die zweite Kammer der Ständeversammlung (ab 1848: Landtag). Sie setzte sich bis 1848 zu 1/8 aus Grundbesitzern mit grundherrlicher Gerichtsbarkeit, zu 1/8 aus Geistlichen der katholischen und protestantischen Kirche, zu 1/4 aus Abgeordneten der Städte und Märkte, zu 2/4 aus Landeigentümern ohne gutsherrliche Gerichtsbarkeit sowie aus den Abgeordneten der drei Universitäten zusammen

Kammer der Reichsräte seit der Bayerischen Verfassung von 1818 die erste Kammer der Bayerischen Ständeversammlung (ab 1848: Landtag). Sie setzte sich aus den volljährigen Prinzen des kgl. Hauses, den Kronbeamten des Reichs, den beiden Erzbischöfen, den Häuptern der ehemals reichsständischen gräflichen oder fürstlichen Familien (solange sie im Besitz ihrer ehemals reichsständischen Herrschaften blieben), aus einem vom König ernannten Bischof und dem jeweiligen Präsidenten des protestantischen Oberkonsistoriums und aus den vom König wegen ihre Verdienste oder aus anderen Gründen ernannten erblichen oder lebenslänglichen Reichsräten zusammen

Kämmerer Kammerherr; Ehrentitel für Adelige bzw. wirklicher Hofbeamter mit Zutrittsrecht zu den fürstlichen Wohnräumen (Ernennung durch Übergabe eines goldenen Kammerschlüssels). Aufgabe der Kämmerers war vor allem die Begleitung des Fürsten (zwei Kämmerer neben dem Leibadjutanten im wöchentlichen Wechsel), bei offener Tafel das Schenken und Vorschneiden durch den ältesten und jüngsten K. Die Bedienung des Kurfürsten hatte mit Degen, angehängtem Kammerschlüssel und abgelegtem Hut zu geschehen. Der Aufenthalt in der kfstl. Kammer und im Schlafzimmer war außer beim An- und Auskleiden untersagt (KammerO v. 2.1.1769). Die Ernennung zum Kämmerer setzte eine Ahnenprobe voraus (1763: acht adelige Ahnen)

Kartäuser Ordo Cartusiensis, OCart; auf den hl. Bruno (gest.1101) zurückgehender beschaulicher Reformorden der Benediktiner mit strengen Regeln. Klosterbauten in Gemeinschaftsbereich und Wohnräumen (Zellenhäuschen) getrennt

Kastenamt von einem Kastner geleitete grund- oder gerichtsherrschaftliche Verwaltungseinheit zur Einsammlung, Lagerung und Verwertung von Abgaben, insbesondere der (Getreide)abgaben. Die landesherrlichen Kasten, die vor allem die Abgaben der **Urbarsbauern** sammeln, werden im 19. Jh. mit erweiterten Kompetenzen zu **Rentämtern**

Kataster der seit 1808 angelegte Grundsteuerkataster stellt die verbindliche Größe und Bonität der jeweiligen steuerpflichtigen Grundstücke fest. Bayern wird das erste vollständig vermessene Land Europas

Kipper und Wipper Münzverschlechterer (durch Abschneiden oder Abfeilen, durch Vertauschen hochwertiger Münzen gegen minderwertige). In der sogenannten Kipper- und Wipperzeit (1618-1622/23) Inflation durch die Ausprägung minderwertiger Münzen, die zur Kriegsvorbereitung benötigt werden (auch im Herzogtum Bayern)

Kirchenbücher Trau- und Taufmatrikel, eingeführt durch Dekret des Tridentinischen Konzils 1565, Sterbematrikel erst nach 1600 obligatorisch. Seit 1771 müssen die Pfarrer die Geburts-, Trauungs- und Sterbelisten zu Volkszählungszwecken einschicken. Einheitliche Regelung seit 1803 („Einrichtung der Pfarrmatrikel“ bzw. „Kirchenlisten“)

Kirchenpfleger Kirch(en)propst, Zechpropst, Zechmeister, Gotteshauspfleger; aus der Kirchengemeinde stammender (von der Obrigkeit bestimmter bzw. gewählter) Vertreter der Kirchengemeinde, der (idR gemeinsam mit einem weiteren K.) und zusammen mit dem Ortsgeistlichen das Kirchenvermögen (fabrica ecclesiae) verwaltet und vor der Obrigkeit Rechnung legt. Die unmittelbare Verwaltung besorgte manchmal ein eigener Kirchenmeister. Nach der Reformation Zusammenfassung der Kirchenpflegen (in Nürnberg beispielsweise beim obersten Kirchenpfleger, der aus dem Inneren Rat kommt und Vorstand des Kirchenamts und Mitglied mehrerer anderer Kollegien ist)

Kodifikation Gesetzgebungswerk, das das gesamte Recht oder einen bedeutenden Teil des Rechts eines Territoriums zusammenfasst, wie etwa die von Kreittmayr für das Kurfürstentum Bayern verfassten Gesetze (samt Kommentare) von 1751 (Strafrecht und Strafverfahren), 1753 (Zivilprozess) und 1756 (Zivilrecht)

Kommende untere Verwaltungseinheit beim Deutschen Orden und beim Johanniterorden

Komtur einer Kommende vorgesetzter Deutschordens - oder Johanniterordensritter

Konkordienformel die 1577 von lutherischen Theologen erarbeitete Bekenntnisformel des Luthertums

Konskriptionsgesetz das K. vom 29.3.1812 löst das Kantonsreglement vom 7.1.1805 ab. Auf eine allgemeine Wehrpflicht, die nach der Konstitution von 1808 möglich gewesen wäre, und im Kantonsreglement 1805 grundsätzlich angesprochen wird, verzichtet das K.. Stellvertretung durch Einsteher war möglich, pflichtig war jeder Bayer vom 19. zum 23. Lebensjahr (nach dem Kantonsreglement 1805 noch bis zum 40.). Die Zahl der Einberufenen richtete sich nach dem Bedarf und wurde gleichmäßig über alle Konskriptionsbezirke des Landes verteilt. Wenn die Zahl der Tauglichen den Ergänzungsbedarf überstieg, wurden die Pflichtigen durch Los entweder dem „Einreihungskontingent“, dem „Ergänzungskontingent“ oder dem „Reservekontingent“ zugeordnet. Die Erfüllung der Pflichten aus dem K. war Voraussetzung für die Ansässigmachung und Verehelichung, Anstellung in einem öffentlichen Amt und andere staatsbürgerliche Rechte

Kreis 1808 nach französischem Vorbild eingerichtete Mittelbehörde (1808 15 Kreise: Mainkreis, Pegnitzkreis, Naabkreis, Rezatkreis, Altmühlkreis, Oberdonaukreis, Lechkreis, Regenkreis, Unterdonaukreis, Isarkreis, Salzachkreis, Illerkreis, Innkreis, Eisackkreis, Etschkreis; 1810 9 Kreise: Mainkreis, Rezatkreis, Regenkreis, Oberdonaukreis, Unterdonaukreis, Illerkreis, Isarkreis, Salzachkreis, Innkreis; 1817 8 Kreise: Isarkreis, Unterdonaukreis, Regenkreis, Oberdonaukreis, Rezatkreis, Obermainkreis, Untermainkreis, Rheinkreis; 1837 8 Kreise: Oberbayern, Niederbayern, Schwaben und Neuburg, Oberpfalz und Regensburg, Unterfranken und Aschaffenburg, Oberfranken, Mittelfranken, Rheinpfalz). Behördenvorstand ist der General(kreis)kommissar, seit 1837 der Regierungspräsident, dessen Stellvertreter der Regierungsdirektor (seit 1.1.1939 Regierungsvizepräsident) ist. Statt Kreise bürgert sich die Bezeichnung Regierungsbezirk ein, die Umbenennung in Bezirksverband (1.1.1939) blieb ohne Folgen

Kurfürst Reichsfürst, der berechtigt war, den deutschen König zu wählen (küren). Die Zahl der zunächst 7 Kurfürsten ist in der Goldenen Bulle von 1356 geregelt (Mainz, Köln, Trier, Pfalz, Sachsen, Brandenburg, Böhmen). Die Kurwürde des Pfalzgrafen bei Rhein (Erztruchsessenamnt) fiel 1623 an den Herzog von Bayern. Im Westfälischen Frieden 1648 erhielt die Pfalz eine neue Kurwürde. Beim Aussterben der altbayerischen Linie 1777 fielen die bayerische und die pfälzische Kurwürde wieder zusammen. Beim Reichsdeputationshauptschluss 1803 erhielt der mit Salzburg abgefundene Großherzog von Toskana den Rang eines Kurfürsten von Salzburg. Diesen Kurfürstenrang führte er kurzfristig 1806 auch in Würzburg bis zum Beitritt zum Rheinbund

Landesfreiheitserklärung erklärte Landsfreyheit; Erklärung der Landesfreiheit; die nach der Wiedervereinigung von Ober- und Niederbayern (1505) erstmals 1508 in Gesetzesform erfolgte Zusammenfassung und Angleichung der (oberbayerischen und niederbayerischen) landständischen Rechte (Freiheitsbriefe) im (vereinigten) Herzogtum Bayern, Teil der Landesgesetzgebung

Landfrieden die zur Eindämmung der Fehde von Kaisern oder Landesherrn besonders seit dem 12. Jh. getroffenen oder vereinbarten Bestimmungen, insbesondere Strafdrohungen, Verbot gewisser Fehdehandlungen (Brandstiftung), Beschränkung der Fehdeführung auf gewisse Tage und Privilegierung bestimmter Personen (Bauern, Pilger) und Sachen (Pflüge)

Landgericht im Herzogtum, Kurfürstentum und Königreich Bayern unterste landesherrliche (staatliche) Verwaltungs- und Gerichtseinheit. Organisation seit dem 13. Jahrhundert. Leiter war ein Landrichter bzw. ein **Pfleger** (daher auch Pfliegergericht, Pfliegamt, Land- und Pfliegergericht). Neuorganisation seit VO v. 24.3.1802 mit einem Landrichter an der Spitze (Landgerichte älterer Ordnung) (bis 1.7.1862). Als staatliche Verwaltungsbehörde der Unterstufe und als Gericht der ersten Instanz. Nach der Trennung von Justiz und Verwaltung 1861 wird das Landgericht (Landgericht jüngerer Ordnung) ab 1862 zum reinen Gericht, die Verwaltungsaufgaben werden von den **Bezirksämtern** wahrgenommen. Seit 1879 (Reichsgerichtsverfassungsgesetz von 1877) gelten im Wesentlichen die heute noch gültigen Gerichtsbezeichnungen: aus den Landgerichten (jüngerer Ordnung) werden im Wesentlichen Amtsgerichte. Die ehemaligen Bezirksgerichte, also die Gerichte 2. Instanz, werden nun zu Landgerichten

Landrat 1) das nach dem Vorbild der Pfalz 1828/29 (G. v. 15.8.1828) im übrigen Bayern eingerichtete gewählte Kollegialorgan mit 24 Mitgliedern, das vor allem den Haushalt oder sonstige Fragen des jeweiligen Regierungsbezirkes behandelt 2) die von 1852 bis 1919 gewählte Vertretung der Kreisgemeinde (des Regierungsbezirks). Die Mitglieder des L. wurden nach ständischen Gesichtspunkten gewählt (Vertreter der Landeigentümer, Vertreter der Städte und Gemeinden, Vertreter der grundsteuerzahlenden Bürger usw.). 3) seit 1938 der (bis dahin Bezirksamtmannt genannte) Vorstand des Landratsamtes (bis 1938 Bezirksamt), seit 1953 unmittelbar gewählt

Landrecht Rechtskodifikation, im Unterschied zum Stadtrecht, Lehenrecht. In Bayern vor allem das Oberbayerische Landrecht von 1347 und das Landrecht von 1616

Landschaft die genossenschaftlich organisierte und korporativ auftretende herrschaftsübende Untertanenschaft eines Reichsterritoriums, spez. auch Bezeichnung für **Landstände** (Herzogtum und Kurfürstentum Bayern)

Landschaftskanzler Leiter der Landschaftskanzlei, oberster Jurist und Verwaltungsbeamter der **Landschaft**, Amt seit dem 16. Jh. üblich, oft als Nebentätigkeit

Landschaftsverordnung zentraler Ausschuss der Landstände (**Landschaft**), der in der Zeit zwischen den Landtagen die Landschaft gegenüber dem Landesherrn vertritt, besteht im Kfst. Bayern nach dem letzten Landtag 1669 aus 4 Prälaten, 8 Adeligen und 4 Vertretern der Städte und Märkte und ergänzt sich selbst (Kooption). Oberstes Organ der landschaftlichen Finanzverwaltung, berät im Universale zusammen mit den Rechnungsaufnehmern die landesherrlichen Forderungen und bewilligt die Steuer

Landstände Landschaft; Adel, Prälaten sowie Städte und Märkte als Vertreter des Landes, deren Zustimmung (Bewilligung) der Landesherr vor allem bei Steuererhebungen benötigt. Treten auf **Landtagen** zusammen, im Königreich Bayern 1808 als Korporation aufgehoben

Landstandschaft Zugehörigkeit zur Landschaft, vor allem die Berechtigung auf dem Landtag mit Sitz und Stimme vertreten zu sein

Landtafel das bis zur Aufhebung der **Landstände** (Landschaft) 1808 geführte landesherrliche Verzeichnis der Hofmarken, Sitze und Sedel, Klöster und Stifte, Städte und Märkte. Nachweis für die nichtlandesherrliche Niedergerichtsbarkeit und/oder für die **Landstandschaft**

Landtag Versammlung der **Landstände** (im Kfst. Bayern letzter Landtag 1669); im Königreich Bayern seit 1848 Name der **Ständeversammlung**

Landwehr 1. die Nationalgarde 3. Klasse wurde 1816 in L. umbenannt. Sie bestand nach der LandwehrO von 1826 aus den nicht zu Heeresdienst bzw. Reserve verpflichteten Männern zwischen dem 21. und 60. Lebensjahr. „Aktiv“ war die Landwehr nur in den Städten und Märkten. Ihre Hauptaufgabe bestand in Bewachungen, Festnahmen, Durchführung des Feuerschutzes (Uniform: blau). In dieser Form als Bürgerwehr (Landwehr älterer Ordnung) 1868 aufgelöst. Die seit dem Wehrverfassungsg 1868 bestehende Landwehr (neuerer Ordnung) ist eine militärische Einheit (Ersatzheer). Unterschieden wird nun zwischen stehendem

Heer (aktive Armee und Reserve mit je drei Jahrgängen) und L. (mit fünf Jahrgängen) 2. Befestigungsanlage (auf Landgebiet in einiger Entfernung vor den Stadtmauern: Nürnberg 1499) 3. die durch einen Graben markierten Landesgrenzen, bzw. das jeweilige Gebiet innerhalb dieser Grenzen (Rothenburg, Nürnberg)

Leerhäusl Leersölde, Nahrungshäusl; Haus mit wenig oder keinem Grund und ohne Gerechtigkeit, wird etwa dem Bediensteten von der Herrschaft für die Dauer seines Arbeitsvertrages zur Verfügung gestellt, auch Bezeichnung für Austragshaus (Nahrungshäusl). Auch als Dauerwohnstätte von Tagelöhnern oder Landhandwerkern bewohnt. Fällt bei der Hoffußenteilung in die niedrigsten (1/16-1/64) Kategorien. Die Errichtung von Leerhäusln wurde im Herzogtum Bayern durch die LPO 1616 verboten

Lehen 1. Viertelhof; Viertelacker; Hofgröße beim **Hoffuß**, in Österreich auch halber Hof; 2. feodum; feudum; an einen Vasallen oder sonstigen Dritten geliehenes Gut, das in gewissen Fällen an den Lehensherrn wieder zurückfällt (etwa im Falle der Untreue), gegenseitige Treuepflicht (homagium); 3. Bauernlehen, Beutellehen, Schupflehen, Falllehen; bäuerliches Leiheverhältnis, bei welchem das dingliche Nutzungsrecht auf die Erben des Bauern übergeht, aber beim Tod des Herrn (Herrnfall) wie beim Tod des Bauern (Mannfall) erneuert werden muss, im Unterschied zum echten Lehen (2.) fehlen das Treueverhältnis (homagium) und die ritterlichen Dienste

Leitkauf licopium, arrha, Leihkauf, Leikauf; Leykauf, Leutkauf, Aufgeld, Trankgeld, Tischgeld, Eingeld, Lehenviertel; zunächst Gelöbnistrunk beim Abschluss eines Handels, dann übliches Draufgeld zur Kaufsumme als Vertragsbekräftigung. Reichnis zum Arbeitsbeginn, etwa für Gemeindebedienstete bei der Ämterbesetzung oder an Handwerker bei Eintritt in den Arbeitsvertrag

Magistratsverfassung die nach dem Gemeindeedikt 1818 für Städte vorgesehene Selbstverwaltungsform. Bürgermeister und Magistratsräte werden von den **Gemeindebevollmächtigten** gewählt. Magistrat und Bürgermeister bildeten die Stadtregierung, wobei den Magistratsräten gewisse Ressorts zugeteilt sind. Der Magistrat besteht bei Städten 1. Klasse aus 2 Bürgermeistern, aus 2-4 rechtskundigen Räten (Magistratsräten), aus einem technischen Baurat (wo das Bauwesen von Bedeutung ist), aus 10-12 Bürgern (vorzüglich von der gewerbetreibenden Klasse), in den Städten 2. Klasse aus einem Bürgermeister, 1-2 rechtskundigen

Räten (Magistratsräten), einem Stadtschreiber und 8-10 Bürgern, bei Städten und Märkten der 3. Klasse aus einem Bürgermeister, einem Stadt- oder Marktschreiber und aus 6-8 Bürgern

Maierhof Mairhof; der vom Gutsherrn mit Hilfe von Scharwerksleistungen durch einen Maier unmittelbar bewirtschaftete Hof. Am Maierhof als Mittelpunkt eines Maierhofbezirks werden die Naturalien gereicht und Frondienste geleistet. Seit dem 14. Jh. werden die Maierhöfe in der Regel wie andere Höfe verliehen

Maierschaftsfrist die regelmäßige und gleichmäßig hohe Geldabgabe, die an die Stelle der unregelmäßigen Besitzwechselabgaben tritt. In Kurbayern seit dem Mandat vom 3.5.1779 den (landesherrlichen) **Urbarsbauern** im Zusammenhang mit der Umwandlung von Freistift- und Leibgedinggerechtigkeiten in Erbrecht (verbunden mit einer Fixierung der Besitzwechselabgabe auf 5, höchstens 7 1/2 %) angeboten. Diese Besitzwechselabgabe konnte nun auf Antrag in 20 Jahresraten entrichtet werden

Malefizverbrechen (von lat. maleficium) Verbrechen, das mit dem Tode bedroht ist

Malzaufschlag die den **Aufschlag** und das Ungeld ablösende wichtigste indirekte Steuer im Kgr. Bayern. Steuerobjekt ist das zur Bierherstellung innerhalb Bayerns bestimmte und in Bayern geschrotete, also künstlich zum Keimen gebrachte Getreide. Die Steuerpflicht tritt ein, sobald das Malz für die Erzeugung von Bier zum Schroten (Zerkleinern) in die Mühle gebracht wird. Der Malzaufschlag wird im Kurfürstentum Bayern erstmals durch Mandat v. 3.2.1751 (27 Kreuzer von jedem Metzen) eingeführt, im Kgr. Bayern durch Mandat v. 28.7.1807 (von jedem Scheffel eingesprengten Malzes = 2 fl. 42 x, seit 1811 5 fl.). Bestimmt zur Verzinsung und Tilgung der Staatsschuld. Neuregelung durch Gesetz v. 16.5.1868. Bei der Reichsgründung 1871 behält sich Bayern den M. und die Gesetzgebung dazu als Reservatrecht vor. Nach dem G. v. 18.3.1910 wird das Malz nicht mehr nach dem Hohlmaß, sondern nach dem Gewicht besteuert

Maximiliansorden für Wissenschaft und Kunst am 28.11.1853 von König Maximilian II. für hervorragende Leistungen auf dem Gebiete der Wissenschaft und Kunst geschaffene Auszeichnung

Mediatisierung Verlust der Reichsunmittelbarkeit durch Unterstellung unter fremde Landeshoheit

Mediatisierte ehemalige Angehörige des Reichsadels nach dem Ende des Alten Reichs 1806

Menatanlage Zugviehsteuer, Weggeld, Mennat-, Mähnananlage, Menat-Surrogat; landesherrliche Abgabe, durch Mandat v. 25.10.1765 als Ersatz für die beseitigten Mittelmaut- und Wegzollgebühren mit 16 Kreuzer für jedes Stück Zugvieh (Mennvieh, Mennpferd) eingeführt (später erhöht). Die gefreiten Stände zahlten eine Pauschalsumme (8000 fl.) als Ausgleich. Als Wegegeldersatz 1808 auf ganz Bayern ausgedehnt (= Weggeld). Das Weggeld musste auf Chausseen von allen Güterfuhrwerken entrichtet werden, beispielsweise hatten Güterfuhrwerke im inländischen Verkehr bis zu 60 Zentner Ladung von jedem Zentner Ladung pro Stunde 2 Heller zu entrichten (1819). Durch Landtagsabschied vom 1.6.1822 aufgehoben

Ministeriale ministerialis; Dienstmann, ursprünglich unfrei, übt delegierte Herrschaftsrechte aus, verfügt über Dienstlehen. Zum Kriegs- und Hofdienst u.a. verpflichtet

Ministerialverfassung eingeführt 1799 von Montgelas zunächst mit den vier klassischen Ministerien (für das königliche Haus und des Äußeren, für das Innere, für die Justiz und die Finanzen). 1804 kommt das Kriegsministerium hinzu. Neuorganisation durch die Formationsverordnung vom 9.12.1825. Seit 1847 Ministerium des Inneren für Kirchen- und Schulangelegenheiten, 1848-1871 Ministerium für Handel und öffentliche Arbeiten, seit 1904 Verkehrsministerium

Ministerium der Armee 1804 wird mit der Ernennung von Johann von Triva zum Leiter des Geheimen Kriegsbüros das Ministerium der Armee gegründet. 1826 Umbenennung in Kriegsministerium. Eine eigene bayerische Armee bestand bis 1919

Ministerium des Inneren für Kirchen- und Schulangelegenheiten durch VO v. 15.12.1847 mit Wirkung ab 1.1.1847 zunächst als Ministerium des Inneren für kirchliche Angelegenheiten nur zur Behandlung der kirchlichen Angelegenheiten gegründet. Gleichzeitig Aufhebung des obersten Kirchen- und Schulrates und Zuweisung der Schulangelegenheiten an das Innenministerium, dann aber am 27.2.1847 Erweiterung zu einem Ministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten. Kurzzeitige Aufhebung und Zuweisung der Geschäfte an das Innenministerium 1848/49

302 **Ministerium des königlichen Hauses und des Äußeren** erhält 1871 vom

aufgelösten Handelsministerium das Verkehrs- und Zollwesen, letzteres geht 1874 an das Finanzministerium über. Das Verkehrswesen kommt 1904 an das neugegründeten Verkehrsministerium, dafür erhält das Ministerium vom Innenministerium die Zuständigkeit für Handel, Gewerbe und Industrie

Ministerium für Handel und öffentliche Arbeiten am 11.11.1848 errichtet, zuständig für Ackerbau und Viehzucht, Fabrik- und Gewerbewesen, Post, Verkehrswesen, Innen- und Außenhandel, Zollverwaltung, bis 1864 vom Staatsministerium des königlichen Hauses und des Äußeren mitverwaltet. Aufgelöst am 1.12.1871. Verkehrsanstalten und Zollwesen kommen an das Ministerium des königlichen Hauses und des Äußeren, das technische und landwirtschaftliche Schulwesen an das Staatsministerium des Inneren für Kirchen- und Schulangelegenheiten, alles Übrige an das Staatsministerium des Inneren

Ortschaft die nach der Gemeindebildung von 1808 - 1818 innerhalb einer Gemeinde bestehende ehemalige Gemain mit eigenem Orts- und Stiftungsvermögen mit der Berechtigung, dieses Orts- und Stiftungsvermögen (vor allem Waldungen und Weiden) als Körperschaft des öffentlichen Rechts selbständig zu verwalten. Die Verwaltung oblag einem Pfleger (Ortschaftspfleger) bzw. einem fünfköpfigen Ortschaftsausschuss (Gemeindeordnung 1869 Art. 5). Art. 62 Gemeindeordnung 1927 sieht einen Pfleger und einen „Ortschaftsausschuß“ von höchstens 3 Mitgliedern vor. Mit der Deutschen Gemeindeordnung v. 30.1.1935 hört die O. zu bestehen auf. Das Ortsvermögen und die entsprechende Verwaltung gehen an die Gemeinde über

Partikularrecht das für gewisse Gebiete, Ortschaften oder Häuser geltende Recht, soweit noch keine Vereinheitlichung erfolgte. Im Königreich Bayern waren im Zivilrecht bis zum Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches 1900 noch zahlreiche Partikularrechte der in Bayern aufgegangenen Territorien gültig

Patrimonialgericht Niedergericht des Adels oder einer Stiftung (seit 1818), je nach Größe und Rechtsprechungskompetenz in verschiedene Klassen eingeteilt. Zunächst Regelung der Gerichtsbarkeit durch Edikt v. 8. Sept. 1808 mit starker Einschränkung der bisherigen Kompetenzen. Dann Erweiterung der gutsherrlichen Gerichtsbarkeit durch Edikt v. 16. August 1812, Einteilung in **Herrschaftsgerichte** und Ortsgerichte

Patronat Präsentationsrecht, Kirchensatz, jus patronatus, vocatio, Patronatsrecht, Kirchenlehen; Vorschlagsrecht des Kirchenherrn bei der Beset-

zung einer geistlichen Pfründe, insbesondere Pfarrstelle, das P. schließt idR die Kirchenbaulast mit ein

Pfarrmatrikel *matricula, catalogus*; die von den zuständigen Pfarreien geführten Tauf-, Trau- und Sterberegister. Im katholischen Bereich seit dem Konzil von Trient 1563 (Tauf- und Ehebuch, Sterberegister seit 1614 geregelt) zwingend, erhalten meistens erst aus der Zeit nach dem 30jährigen Krieg. Evangelische Kirchenbücher in Bayern seit 1524 erhalten. Mit dem PersonenstandsG v. 6.2.1875 geht die Führung der Standesregister an die jeweiligen Kommunen über

Pfarrmatrikelzeitschriften die von den Pfarrern seit 1803 bis 1875 an die staatlichen Behörden (Landgerichte, Bezirksamter) auf Grund gesetzlicher Vorschriften (Gemeindeedikt v. 1.7.1834 § 100) abzuliefernden Kopien der Tauf-, Trau- und Sterberegister

Pfleger 1. curator, Vormund, Verwalter einer Stiftung 2. provisor; praeses; Im Herzogtum Bayern und in anderen Territorien Vorstand eines Landgerichts. Seit dem 13. Jh. nachweisbar. Zuständig für den militärischen Schutz (Burghut), die Verwaltung und die Rechtspflege. In größeren Landgerichten des Herzogtums werden die richterlichen Aufgaben von einem eigenen Landrichter versehen. 3. im städtischen Bereich Aufseher zur Einhaltung der Handwerksordnungen (München 1210) als Vorläufer der Vierer, Bürgermeister (Stadtpfleger), Ratsherr, Aufseher über Stiftungen

Prämonstratenser Chorherrenorden, der auf den Hl. Norbert von Xanten (gest. 1134) zurückgeht. Streng hierarchisch organisiert, oberstes Kloster war Prémontrè in Frankreich, dort tagte jährlich einmal das Generalkapitel. Die Mutterklöster hatten die Aufsicht über ihre Tochterklöster. Die Ordensprovinzen hießen Zikarien

Primogenitur Erbrecht auf der Grundlage des Erstgeburtsrechts, für die Kurfürsten in der Goldenen Bulle 1356 festgelegt, im Herzogtum Bayern durch das Primogeniturgesetz 1506

privilegium de non appellando (illimitatum) kaiserliches Privileg für eine geistliche oder weltliche Herrschaft, das den Untertanen die Berufungsmöglichkeiten zum Reichsgericht erst ab einem gewissen Streitwert erlaubt oder ganz untersagt (beispielsweise kaiserliches privilegium de non appellando illimitatum 1620 für das Herzogtum Bayern)

privilegium de non evocando seit dem 14. Jh. übliches kaiserliches Privileg für eine weltliche oder geistliche Herrschaft (vor allem für Reichsstädte), mit dem die Zuständigkeit fremder Gerichte, insbesondere des kaiserlichen Hofgerichts beseitigt wird (Freiheit von fremden Gerichtszwang)

Regal regale (Pl.: regalia) ein dem Kaiser, König oder Landesherrn vorbehaltenes nutzbares Recht (Münzregal, Zollregal, Marktregal, Geleitregal, Straßen- und Flussregal, Forst- und Jagdregal, Bergregal, Judenschutzrecht, Perlen- und Goldwäscherei, Post und Lotto)

Reichsdeputationshauptschluss (RDH) Beschluss der Regensburger Reichsdeputation vom 25. Februar 1803 über die Entschädigung der weltlichen Reichsstände für ihre linksrheinischen Verluste (als Folge des Friedens von Lunéville 1801). Das Kurfürstentum Bayern erhält Hochstifte (Freising, Regensburg, Augsburg, Teile von Eichstätt und Passau, Würzburg und Bamberg), zahlreiche Reichsstifte und Reichsabteien (z.B. Ottoberuren) und Reichsstädte (z.B. Schweinfurt). Darüber hinaus berechtigt der RDH zur Säkularisation der landständischen Klöster

Reichsdorf reichsunmittelbares Dorf, am Ende des Alten Reiches nur noch Sennfeld und Gochsheim bei Schweinfurt

Reichshofrat 1527 in Wien als Gericht vom Kaiser in Konkurrenz zum Reichskammergericht eingerichtet, zuständig vor allem für Lehensachen, bis 1559 auch für erbländische Sachen. Durch ReichshofratsO 1654 dem Zugriff der Reichsstände völlig entzogen. Bei Vakanz des Reiches nach dem Tode des Kaisers tritt das Reichsvikariatsgericht an die Stelle des R. (siehe **Reichsvikariat**)

Reichskammergericht 1495 eingerichtetes höchstes Gericht im Alten Reich (bis 1806), zuletzt in Wetzlar, von den Reichsständen (Reichskreisen) besetzt (Assessoren) und unterhalten (Kammerzieler), siehe **Reichshofrat**

Reichskreis seit 1500 bzw. 1512 bis 1806 übliche Untergliederung des Reiches (z.B. bayerischer, fränkischer, schwäbischer und österreichischer Reichskreis). Die Mitglieder des jeweiligen Reichskreises trafen sich auf Kreistagen und waren idR auch Reichsstände. Nicht zu den Reichsständen gehörten die Reichsritter. Die sechs bzw. seit 1512 zehn R. waren u.a. zuständig für die Besetzung des Reichskammergerichts, die Wahrung des Landfriedens, Erhebung der Reichssteuern, Aufstellung der

Reichskontingente für einen Reichskrieg, für die Aufsicht über das Münzwesen und die Durchführung der Reichspolizeiordnungen. Der schwäbische Reichskreis unterhielt ein eigenes Gefängnis in Buchloe

Reichsritterschaft die 1577 endgültig beschlossene Vereinigung der schwäbischen, fränkischen und rheinischen Ritterkreise mit insgesamt 14 Kantonen. Die R. war reichsunmittelbar, besaß aber keine Reichsstanderschaft. Sie leistete für die Reichsbedürfnisse freiwillige Beiträge (subsidia caritativa). An der Spitze der Kantone stand ein Ritterhauptmann mit einigen Ritterräten. Die R. wurde 1806 aufgehoben

Reichsstadt die nur dem Kaiser unterworfenen (reichsunmittelbaren) und auf dem Reichstag (Reichsstandschaft) vertretenen Städte, die entweder auf Reichsgut (Nürnberg, Rothenburg) durch die Erwerbung der von kaiserlichen Beamten ausgeübten Hoheitsrechte entstanden oder sich als ehemalige Bischofstädte (zunächst als so genannte Freie Städte) mit Hilfe kaiserlicher Privilegien von ihrem Stadtherrn emanzipierten. Am Ende des Reiches saßen 51 Reichsstädte auf der Städtebank des Reichstages. Zum Kfst. bzw. Kgr. Bayern kamen 1803/6 die folgenden Reichsstädte: Regensburg, Nürnberg, Rothenburg, Schweinfurt (mit den Reichsdörfern Gochsheim und Sennfeld), Windsheim, Weißenburg, Augsburg, Dinkelsbühl, Nördlingen, Kaufbeuren, Kempten, Lindau, Memmingen. Donauwörth wurde schon im 17. Jh. bayerisch

Reichsstandschaft die reichsunmittelbaren natürlichen und juristischen Personen mit Sitz und Stimme auf dem Reichstag

Reichstag (Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation) die spätmittelalterlichen Reichstage (der Begriff taucht erst 1495 auf) entwickeln sich aus den Hoftagen der Herrscher, zu denen die Großen des Reichs zwecks „Rat und Hilfe“ geladen wurden. Ohne König trafen sich die Großen des Reichs immer zum Wahltag. Dabei bildete sich das Kurfürstenkollegium heraus. In der Goldenen Bulle von 1356 gibt es dazu nähere Bestimmungen. Auch wird festgelegt, dass der erste Reichstag (Hoftag) nach Wahl und Krönung immer in Nürnberg stattfinden soll. Seit dem 15. Jahrhundert gewannen die Reichstage wegen der Türkengefahr und der Reichssteuern zunehmend an Bedeutung. Der Erzbischof und Kurfürst von Mainz gewinnt eine beherrschende Stellung. Nun bildete sich auch die Gewohnheit heraus, dass zunächst die Kurfürsten für sich entschieden. Neben dem Kurfürstenrat bilden sich noch die zwei weiteren Kurien des Fürstenrats und der Reichsstädte. Von zentraler Bedeutung ist der Wormser Reichs-

tag von 1495, auf dem mit dem „Ewigen Landfrieden“ die Fehde beseitigt wurde. Die Zusicherung eines jährlichen Reichstags haben die Herrscher nicht eingehalten. Neuauftnahmen in den Reichstag (siehe Reichsstandschaft) bedürfen nun der Zustimmung der Majorität. Die Stimmen radikalisieren sich nun auf ein bestimmtes Territorium. Seit 1582 führt Erbteilung (bei den weltlichen Fürsten) nicht mehr zu zusätzlichen Stimmen. Neben den Virilstimmen gibt es auf der Fürstenbank für die kleineren Reichsstände Kuriatsstimmen. Die nichtfürstlichen Prälaten hatten 2 Stimmen (rheinische und schwäbische Prälatenbank) und die Grafen und Herren (Reichsgrafenkollegium) 4 Stimmen (wetterauische, schwäbische, fränkische und westfälische Grafenbank). Die Gesetzeskompetenz des Reichstags äußerte sich in sogenannten Reichsabschieden am Ende eines Reichstags, die in einem komplizierten Verfahren zustande kamen. Der letzte (jüngste) Reichsabschied wurde 1654 erlassen: er ermächtigte die Landesherrn ohne Zustimmung ihrer Landstände eine stehende Armee zu unterhalten. Auch erhielt der Westfälische Friede Gesetzeskraft. Seit dem Westfälischen Frieden gibt es keine Majoritätsentscheidung in Religionsfragen mehr. In diesen Fällen trennt sich der Reichstag in ein „Corpus catholicorum“ und ein „Corpus evangelicorum“. Seit 1663 wird wegen der wachsenden Aufgaben und auf Druck der Reichsstände zu einem permanenter Gesandtenkongress („Immerwährender Reichstag). Er tagt bis zur Auflösung des Reiches 1806 in Regensburg (1713 wegen der Pest in Augsburg und 1742-1745 unter dem bayerischen Kaiser Karl VII. wegen des Österreichischen Erbfolgekries in Frankfurt). Damit war er von der Einberufung durch den Kaiser (später mit Zustimmung der Kurfürsten) unabhängig. Mitte des 18. Jahrhunderts bestand der „Immerwährende Reichstag“ in Regensburg aus 9 Kurfürsten, 33 geistlichen und 61 weltlichen Fürstentümern, 2 Prälatenbänken (für insgesamt 40 Mitglieder), 4 Grafenbänken (für insgesamt 103 Mitglieder) und 2 Städtebänken (für insgesamt 50 Mitglieder). Am Ende des Alten Reichs 1806 war die Stimmenzahl auf 150 angewachsen. Die Reichsritterschaft war auf dem Reichstag nicht vertreten. Für Bayern gab es ab 1777 eine bedeutende Änderung: Als 1777 mit Kurfürst Max IV. Joseph die altbayerische Linie ausstarb und von der pfälzischen Linie (Kurfürst Karl Theodor) beerbt wurde, fiel die von Kurbayern 1623 auf Kosten der Pfalz erworbene Kurwürde (mit dem Erbtruchsessenam) mit der kurpfälzischen Kurwürde zusammen (die im westfälischen Frieden 1648 als achte Kurwürde mit dem neuen Erzschatzmeisteramt geschaffen worden war). Der pfälzische Kurfürst erhielt nun 1778 seine alte Kurstimme (Erztruchsessenam) wieder zurück. Seine 1648 erworbene neue achte Kurstimme (mit dem Erzschatzmeisteramt) ging 1778 an Braunschweig-Lüneburg, das 1692 eine neunte Kurwürde erworben hatte. Damit gab es wieder acht Kurfürsten und damit

erledigten sich auch die alten Streitigkeiten zwischen Kurbayern und der Kurpfalz wegen des Reichsvikariats (Stellvertretung des Kaisers nach dem Tode eines Kaisers bis zur Wiederwahl). Kurpfalzbayern hatte nach 1778 neben der Kurstimme noch folgende Stimmen im Reichstag: Auf der Fürstenbank Nr. 2 für das Herzogtum Bayern, Nr. 6 für Pfalz-Lautern, Nr. 8 für Pfalz-Simmern, Nr. 10 für Pfalz-Neuburg, Nr. 16 für Pfalz-Veldenz, Nr. 72 für die Landgrafschaft Leuchtenberg. Im schwäbischen Grafenkollegium führte Bayern noch eine Stimme für die Grafschaft Helfenstein.

Reichsunmittelbarkeit Rechtsstellung derjenigen natürlichen und juristischen Personen im Alten Reich, die „ohne Mittel“ dem deutschen König untergeben sind

Reichsvikariat die in der Goldenen Bulle (1356) festgelegte Verwaltung des Reiches nach dem Tode und bis zur Wiederwahl eines deutschen Königs, bzw. bei dessen Minderjährigkeit und Abwesenheit (bis 1806). Zuständig für das Rheinland, Schwaben und das Gebiet des fränkischen Rechts ist der pfälzische Kurfürst, für das Gebiet des sächsischen Rechtes der sächsische Kurfürst. 1623 geht mit der Kurfürstenwürde das pfälzische R. an Bayern, nach der Ächtung des Kf. Max Emanuels 1706 wieder an die Kurpfalz über. 1724 (vom Reichstag nicht anerkannte) Einigung zwischen Kurpfalz und Kurbayern über gemeinsame, 1745/52 über alternierende Ausübung des R. Während des R. unterhalten die Reichsvikare für ihren Bereich je ein Reichsvikariatsgericht (an Stelle des Reichshofrats). Verfügungen während des R. (Standeserhebungen) mussten vom Kaiser genehmigt werden

Rentamt 1. Im Herzogtum und Kurfürstentum Bayern nach dem **Rentmeister** benannter Verwaltungsbezirk der Mittelebene (München = Oberland, Landshut, Burghausen und Straubing); die Rentämter Landshut und Straubing standen unter Leitung eines **Viztums**, der dem jeweiligen Regierungskollegium (adelige und gelehrte Regierungsräte) vorstand. Das Rentamt Burghausen stand unter Leitung eines Hauptmanns. Das Rentamt München (Oberland) wurde vom **Hofrat** verwaltet. Die **Rentmeister** waren jeweils für die Finanzverwaltung und für die Rentmeisterumritte zuständig. 2. Seit 1802/3 werden die unteren Finanzbehörden (als Nachfolger der **Kastenämter**), R. genannt (bis 1919). Leiter der Behörde ist der Rentamtman

Rentmeister Seit dem 15. Jh. im Herzogtum Bayern nachweisbar (Landshut 1424, Burghausen 1425, Straubing 1431, München 1442, Wasser-

burg 1447). Vor dem Rentmeister mussten alle Beamten, die Einnahmen zu verwalten hatten, Rechnung legen. Im 16. Jh. wird der R. zu einem allgemeinen Kontrollorgan der Verwaltung mit richterlichen Funktionen. Für jedes **Rentamt** im Herzogtum und Kurfürstentum Bayern (München, Landshut, Straubing, Burghausen) war ein R. zuständig, dessen Hauptaufgabe es war, auf jährlichen Rentmeisterumritten die Unterbeamten und die Städte und Märkte zu kontrollieren, Rechtsfälle zu entscheiden (Vorstellung vor den Rentmeister) und mittelschwere Delikte zu bestrafen (Rentmeisterstrafen)

Reservatrechte die auf Grund der Reichsverfassung 1871 oder sonstiger Regelungen „zurückbehaltenen“ Sonderrechte der Bundesstaaten, insbesondere Bayerns (Heimat- und Niederlassungswesen, Verhehlchungswesen, Immobilienversicherungswesen, Militärwesen, Post- und Telegraphenwesen, Eisenbahnwesen, Bierbesteuerung, Konzession von Notenbanken mit einer Notenemission bis 70 Millionen Mark). Davon zu unterscheiden die „verliehenen“ Sonderrechte Bayerns (6 statt 4 Stimmen im Bundesrat, ständiger Sitz im Bundesratsausschuss für Landheer und Festungen, Vorsitz im Bundesratsausschuss für auswärtige Angelegenheiten, Vertretung verhinderter Reichsgesandter durch bayerische, Vorsitz im Bundesrat bei Verhinderung Preußens, Ausprägung von Halbpennigen)

Revisorium 1625 im Kurfürstentum Bayern gegründetes Revisionsgericht, Vorläufer des Bayerischen Obersten Landesgerichts

Ritter Titulatur für den auf Grund eines Verdienstordens (Militär-Max-Josefsorden, Zivil-Max-Josefsorden) in den persönlichen Adel erhobenen. Die Ritterklasse ist gem. Adelsedik 1818 nach dem Fürsten, Grafen und Freiherren und vor dem Adeligen mit dem Prädikat „von“ der 4. Adelsrang

Scharwerk Robot; Frohnhart, Werkhart, Werchart; Verpflichtung zur Arbeitsleistung für öffentliche Zwecke bzw. für die Landes-, Gerichts- oder Grundherrschaft und den Jagdberechtigten (Jagdscharwerk), die von mehreren Leuten (einer Schar) abwechselnd zu erbringen war. Die Scharwerkspflicht richtet sich idR nach der Hofgröße, musste mit Rössern oder mit der Hand (Handscharwerker = Schaufler) geleistet werden. Man unterscheidet gemessene (geordnete und gesetzte) oder ungemessene S. Seit dem 17. Jh. vielfach durch einmalige Geldzahlungen abgelöst

Siegelpapier Stempelpapier, Stempelabgabe. Gestempeltes Papier mit unterschiedlichen Wertangaben, das von den Untertanen für amtliche Eingaben, amtliche Verhandlungen, Urkundenerrichtung u.ä. gekauft und verwendet werden musste. Im Kurfürstentum Bayern seit 1690 üblich. Die Höhe der Stempelabgaben wurden in Stempelordnungen festgelegt. Seit 1825 muss neben dem Stempel mit der Wertangabe noch ein Kontrollstempel mit dem bayerischen Wappen angebracht werden. Seit 1876 in Bayern durch Stempel- bzw. Gebührenmarken ersetzt

Staatsrat die aus dem **Geheimen Rat** hervorgegangene seit 1799 tätige zentrale Staatsbehörde, seit 1801 identisch mit dem Ministerrat (VO v. 29.10.1806), seit 1808 neue Aufgabenzuweisung: Trennung vom Ministerrat und Installierung als wöchentlich tagendes Beratergremium (Edikt vom 4.6.1808), 2.2.1817 Umbenennung des Geheimen Rates in S. Neuorganisation nach dem Sturz Montgelas am 3.5.1817: Mitglieder sind u.a. der König, der Kronprinz, die vom König berufenen Prinzen, die 5 Staatsminister, der Feldmarschall oder ein aktiver Armeegeneral, die 5 Generaldirektoren der Ministerien und eine weitere Zahl vom König berufener Staatsräte. Unter Leitung des Königs Beratungsfunktion und richterliche Entscheidungsbefugnis in Disziplinar- und Verwaltungsfragen, oberste Instanz in Verwaltungsstreitigkeiten bis zur Einrichtung des Verwaltungsgerichtshofes 1878. Bis 1918 oberste beratende Stelle

Staatsschuldenpragmatik das 1804 erlassene Gesetz zur Regelung der Staatsschulden im Kfst. Bayern

Staatsschuldentilgungskommission im Königreich Bayern 1811 als eigene Behörde zusammen mit der Staatsschuldentilgungshauptkasse und der Staatsschuldenliquidationskommission zur Aufnahme und Anerkennung der Staatsschulden und deren getrennter Verwaltung gegründet

Stadtluft macht frei Formel für das Recht der gebannten Städte, Leibeigene nach einer Frist von Jahr und Tag nicht mehr herausgeben zu müssen

Ständeversammlung im Königreich Bayern Bezeichnung für die durch die Verfassung von 1818 eingerichtete und seit 1819 tagende Repräsentation, bestehend aus 1. Kammer (Kammer der Reichsräte) und 2. Kammer (Kammer der Abgeordneten), seit 1848 wird die S. **Landtag** genannt

ständischen fürstlichen und gräflichen Häuser, behalten nach dem Edikt v. 26.3.1818 ihren Titel mit Weglassung aller auf die reichsständischen Verhältnisse sich beziehenden Beisätze und Würden, behalten als Fürsten das Prädikat Durchlaucht, können eigene Gerichtsbezirke unterhalten (standesherrliche Gerichtsbarkeit, aufgehoben durch das G v. 4.6.1848). Die jeweiligen Häupter der standesherrlichen Familien sind nach Tit VI § 2 der Verfassung 1818 als erbliche Reichsräte Mitglieder der **Kammer der Reichsräte**

Steiner Schieder(er), Kleemeister, Siebener, Feldgeschworener, Märker, Steinsetzer; gewählter Dorfbeamter mit Entscheidungsbefugnis über Grenzfragen. Das Kollegium (Schied) der Steiner (Schieder) bestand aus 7 (Schwaben) bzw. 5 (Franken) Mitgliedern

Stempelpapier siehe **Siegelpapier**

Stiftsfähigkeit Stiftsmäßigkeit, Rittermäßigkeit; Adelsqualität (ursprünglich vier, acht, später 16, in Ausnahmefällen auch 32 adelige Vorfahren - d.h. alle 4/8/16/32 Großväter, Urgroßväter, Ururgroßväter usw. mussten adeliger Herkunft sein) als Voraussetzung für die Besetzung von geistlichen Stellen, etwa bei Hoch- und Fürststiften (siehe **Domkapitel**), für Ritterorden, für die Teilnahme an Turnieren oder auch für die Besetzung von Hofstellen (Kurbayern 1763: Truchsess 4 adelige Vorfahren, Kämmerer 8 adelige Vorfahren). Unter den Vorfahren darf sich kein diplomaticus befinden, der nur einen Wappenbrief, aber keine adeligen Vorfahren besaß

Todfall Todrecht, Todfallgebühr, Hauptrecht, Besthaupt, Sterbrecht, mortuarium, ius capitis, ius capitale; Besitzwechselabgabe, bei der nach dem Ableben des Bauern von jeder Viehgattung des Bauernhofes das beste Stück (Sterbhaupt, Sterbrechtross, Todfallross), beim Tod der Bäuerin das beste Kleid an die Gutsherrschaft abzugeben war. In der Regel Zeichen der Leibeigenschaft

Truchsess dapifer, Seneschall, Küchenmeister; eines der ursprünglich vier bzw. fünf Hofämter, als kaiserliches Hofamt im Alten Reich vom Pfalzgrafen bei Rhein bekleidet (Erztruchsess). Im landesherrlichen Hofstaat die unterste Stufe der am Hofe dienenden Adeligen

Urbar 1. Zinstragendes Gut, 2. Verzeichnis der Untertanen, des Grundbesitzes, der Erträge und Rechte einer Grundherrschaft, ältestes altbayerisches U. = St. Emmeram 1031, selbständige Urbarhandschriften sind im Herzogtum Bayern seit dem 13. Jh. überliefert, der Begriff Urbar-spruch taucht im 14. Jh. auf

Urbarbauer Urbarleut, Kastenbauer; landesherrlicher Grunduntertan, der seine (im landesherrlichen **Urbar** verzeichneten) Abgaben an den landesherrlichen Kasten liefert

Verfassungsverständnis Vereinbarung zwischen Ständeversammlung und Regierung von 1843, nach der über die Erübrigungen (Überschuss beim Staatshaushalt) in Zukunft nicht mehr der König, sondern die Ständeversammlung zu verfügen hat: Sie gelten als Teil der Staatseinnahmen

Verdienstorden der Bayerischen Krone am 19. Mai 1808 von König Max I. Joseph gestiftet zur Auszeichnung von bayerischen Staatsangehörigen, die dem Staat vorzügliche Dienste geleistet, sich durch höhere bürgerliche Tugenden ausgezeichnet oder um den Nutzen und Ruhm des Vaterlandes besonders verdient gemacht haben. Die vier Klassen, Großkreuze, Komture, Ritter und Inhaber der goldenen und silbernen Medaille wurden durch VO v. 24.6.1855 noch durch die Großkomture (an 2. Stelle) ergänzt. Die Verleihung ist bei den ersten drei bzw. (seit 1855) vier Klassen für Nichtadelige mit der Erhebung in den Adelsstand verbunden (Ritter v.)

Verdienstorden vom heiligen Michael ursprünglich 1693 vom Kölner Kurfürsten Joseph Klemens in München gestifteter Orden zur Aufrechterhaltung der Religion, am 11. September 1808 bestätigt und 1810 mit dem neuen Ordenszweck (Unterstützung der Verteidiger des Vaterlands) versehen. Vom König Ludwig I. am 16.2.1837 zu einem Verdienstorden umgewidmet mit den Ordensgraden Großkreuze, Komture und Ritter (seit 1855 zusätzlich an 2. Stelle Großkomture). Später Unterteilung in weitere Klassen. Mit der Verleihung des Ordens war (im Unterschied zum **Verdienstorden der Bayerischen Krone**) keine Adelserhebung verbunden

Vereinödung die im Allgäu (Fürststift Kempten) seit dem 16. Jh. durchgeführte Hinausverlegung von Höfen aus dem Dorfverband, um die Bewirtschaftung zu erleichtern, verbunden mit einer Flurbereinigung

Vereins- und Versammlungsrecht nach Zugeständnissen 1848 Neuregelung des V. durch das G. v. 26.2.1850 (Neufassung 15.6.1898), aufgehoben durch das ReichsG v. 19.4.1908. Das Vereinsgesetz von 1850 unterwirft politische Vereine und deren Versammlungen besonderen Genehmigungspflichten. Teilnahme von Frauen an politischen Vereinen bzw. an deren Versammlungen war (mit Ausnahme gewisser Vereinstypen) untersagt

Vizinalstraße Vicinalstraße; seit 1835 Distriktstraßen; Kreis- und Gemeindestraßen, Lokalstraßen, Gemeindestraßen, Nachbarschaftsstraßen, deren Unterhalt von der lokalen Gemeinschaft zu bestreiten war. Nach einer VO v. 1829 musste eine V. 16 bayerische Fuß (=4, 66m) breit sein und zusätzlich einen vier Fuß (= 1,16m) breiten Fußgängerweg, insgesamt also eine Breite von rund 7m haben. Für den Unterhalt der V. war der jeweilige Distrikt zuständig, bloße Ausbesserungsarbeiten hatten die Anliegergemeinden vorzunehmen

Viztum: (aus lat. vicedominus) Stellvertreter des bayerischen Herzogs mit Gerichtskompetenz. Das Viztumsamt ist seit dem 13. Jh. nachweisbar. Es wird ausschließlich von Adeligen versehen. Im 16. Jh. waren die Viztume die obersten Verwaltungsbeamten in den nun (nach den **Rentmeistern** genannten) Rentämtern genannten ehemaligen Viztumsämtern Landshut und Straubing. In Burghausen amtierte als oberster Verwaltungsbeamter ein Hauptmann

Viztumshändel Viztumswändel; im Herzogtum Bayern die dem Herzog zur Aburteilung vorbehaltenen Straftatbestände, eine Erweiterung der drei Sachen, die zum Tode ziehen (Diebstahl, Mord, Notzucht). Eine Liste der Viztumshändel findet sich in den **Landesfreiheitserklärungen**

Vogt, Vogtei der Vogt (lat.: advocatus, defensor) ist als Inhaber einer Vogtei (advocatia) (Rechts)vertreter einer Einrichtung und vor allem für Schutz und Schirm zuständig, insbesondere bei solchen Institutionen, die sich nicht selbst vertreten können (wie etwa kirchliche Institutionen oder Städte). Die Vogtei entsteht kraft Herkommen, durch Gesetz oder Vertrag. In der Regel kann der Gründer einer Institution (Klostergründer, Stadtgründer) die Vogtei beanspruchen. Die Vogtei kann aber auch übertragen, verkauft, verpfändet oder als Lehen (Reichslehen) vergeben werden. Die Vogtei kann in eine Ober- und Untervogtei aufgeteilt werden (siehe Reichsabtei Irsee). Möglich und üblich ist auch die Ablösung der Vogtei (etwa seit dem Investiturstreit bei kirchlichen Institutionen, die Funktionen des Vogtes selbst übernehmen, auch die Blutgerichtsbarkeit). Der Vogt übt vor allem die Gerichtsbarkeit und den militärischen Schutz aus. V. wird auch der mit der Vogtei beauftragte Beamte genannt. Kirchenvögte (z.B. Klostervogt, Hochstiftsvogt) und weltliche Vögte (z. B. Reichsvogt) können für ihre Schutzfunktion entsprechende Leistungen verlangen, etwa Rat und Hilfe, Waffenhilfe (Reis), Dienste (Robot, Scharwerk), Steuern, Abgaben und vor allem auch Grundbesitz in dem bevogteten Herrschaftsgebiet. Auf der Vogtei beruht in Franken und Schwaben die

Landeshoheit. Auf der Reichsvogtei des Kaisers beruht die Reichsunmittelbarkeit der Reichsstädte

Wahlkapitulation (in Kapitel eingeteilte) Vereinbarung eines Wahlkandidaten (Kaiser, Bischof) mit seinen Wählern (Kurfürsten, Domkapitel), vor allem über die Grundlinien der Regierung

Westfälischer Friede er besteht aus dem 1648 in Osnabrück unterschriebenen kaiserlich-schwedischen und dem in Münster unterschriebenen kaiserlich-französischen Friedensvertrag. Regelung der Religionsfragen: Festlegung des Normaljahres 1624 für die Zuweisung kirchlicher Ämter und Güter. Geistlicher Vorbehalt (Bischöfe verlieren ihr Amt, wenn sie konvertieren). Jus reformandi steht auch den Reichsrittern zu und nur solchen Reichsstädten, in denen 1624 nur eine Religion praktiziert wurde. Paritätische Besetzung der beiden höchsten Reichsgerichte (Reichskammergericht und Reichshofrat). Evangelische Untertanen katholischer Reichsstände dürfen ihre Religion behalten, wenn sich diese für das Normaljahr 1624 feststellen lässt. Der Religionsfrieden (1555) soll auch für Calvinisten (Reformierte) gelten. Regelung von Verfassungsfragen: Weitgehende Souveränität der Reichsstände durch Zugeständnis des Bündnisrechtes (jus foederationis, nur soweit es nicht gegen Kaiser und Reich gerichtet ist). Die kaiserlichen Rechte (Verträge, Gesetzgebung) sind an die Zustimmung der Reichsstände gebunden. Bayern behält seine Kurwürde; Pfalz bekommt eine neue achte Kurwürde. Bündnisrecht der Reichsstände. Territoriale Veränderungen: Frankreich erhält die habsburgischen Besitzungen im Elsass (Sundgau, Vogtei über die 10 elsässischen Reichsstädte) und die Festungen Breisach und Philipsburg, Schweden Vorpommern mit Stettin und Rügen, Wismar und die säkularisierten Hochstifte Bremen und Verden. Bayern die Oberpfalz, Sachsen die Lausitz, Brandenburg Hinterpommern und die Bistümer Halberstadt, Kammin und Minden sowie die Anwartschaft auf das Erzbistum Magdeburg. Unabhängigkeit der Niederlande und der Schweiz. Der Frieden wird von Schweden und Frankreich garantiert

Weistum Rechtsaufzeichnung des Gewohnheitsrechts, vorwiegend im ländlichen Bereich, ermittelt durch Befragung der älteren Gerichtsangehörigen, die das Recht weisen. Inhalt vor allem lokales Gewohnheitsrecht, aber auch Gebührensätze für die **Ehaften**. Spätestens seit dem 16. Jahrhundert werden die ländlichen Rechtsquellen in der Regel von der jeweiligen Obrigkeit formuliert

Widum Widdum, Wittum, Widem, die zu einer Pfarrkirche gestifteten Gründe. Hof, der dem Unterhalt des Pfarrers dient und entweder vom Pfarrer selbst, einem Meier (Widummaier, Wiedenmeier) bewirtschaftet oder an Dritte (Widumsbauer) verliehen wird. Das zu einer Kirche gehörige Gut

Zeh(e)nt decima; ursprünglich nur von der Kirche für den Unterhalt von Pfarrer, Kirche und Seelsorge erhobene Abgabe, dann bis ins 12. Jh. Übergang an weltliche Grundherren. Allgemein Abgabe an den Grundherren: großer Z. = Getreideabgabe, kleiner Z. = Obst-, Kraut-, Gemüse-, Flachsabgabe; Blutzehent = Abgabe in Form von Tieren (z.B. Geflügel). Der Kleinzehent für den Pfarrer war in der Regel auf gewisse Naturalien beschränkt (Krautzehent, Leinzehent, Grummetzehent)

Zent centena; Zentgericht; Zentamt; in fränkischer Zeit ist die centena Wehr- und Gerichtsgemeinde der freien Franken, d.h. der kgl. Wehrbauern (Königsfreie). Seit der Landfriedensbewegung des 12. Jh. in Franken, Hessen und dem Mittelrheingebiet gebräuchliche Bezeichnung für das Hochgericht (mit bäuerlicher Beteiligung) und dem entsprechenden Hochgerichtsbezirk (für Pön- und Rügfälle = Fraisch). Der Ausdruck leitet sich wohl vom lateinischen centena = Hundertschaft ab. Der im Hochgerichtsbezirk zuständige Richter wurde Zentgraf bzw. Zentvogt genannt. Er erhielt die Blutbannverleihung durch den jeweiligen Landesherrn. Die Zuständigkeiten der Zentgerichte wurden seit dem 16. Jh. durch die Zentralbehörden eingeschränkt. So zog etwa im Hochstift Bamberg das 1540 errichtete Bamberger Malefizamt die wichtigsten Strafrechtskompetenzen der 29 Bamberger Zentämter an sich

Zisterzienser Ordo Cisterciensis, OCist; ein nach Citeaux (Burgund) benannter Reformorden der Benediktiner, durch Bernhard von Clairvaux gefördert. Seit dem 12. Jh. in Bayern

Zivilliste der im Budget für die Bedürfnisse des Monarchen und des Hofes ausgeworfene und von der Ständeversammlung genehmigte Betrag. Seit 1834 beträgt die ständige (fixe) Zivilliste 2.350.580 fl. Aus der Zivilliste sollten die Bedürfnisse der Hof- und Haushaltung, die Dotation der Kabinettskasse, die Ausgaben der Hofstäbe, der Unterhalt der Familienmitglieder des Königs und der Unterhalt der Hofbauten bestritten werden

Zunft, Zunftrevolution die Zunft ist ein in den Städten sich spätestens seit dem 13. Jh. ausbildender Verband von Handwerkern oder Gewerbe-

treibenden, dem jeweils die Meister mit den Gesellen und Lehrlingen eines einzelnen Handwerks oder einer Gruppe von verwandten Handwerks- oder Gewerbebezweigen angehören. Seit der Mitte des 14. Jh. erzwingen die Zünfte und die jeweiligen Handwerker in fast allen Städten die Mitregierung gegenüber den bisher herrschenden Patriziern. Vielfach kommt es zur paritätischen Besetzung des Rates. Die Zahl der in den jeweiligen Städten bestehenden Zünfte war unterschiedlich, in der Regel gab es in den größeren Reichsstädten bis zu zehn Zünfte. Besonders einflussreich waren in Süddeutschland traditionell die Weberzünfte

V. LITERATUR

ALLGEMEINE DEUTSCHE BIOGRAPHIE, Leipzig 1876-1912.

ADALBERT Prinz von Bayern, Max I. Joseph von Bayern. Pfalzgraf, Kurfürst und König, München 1957

ADALBERT Prinz von Bayern, Die Wittelsbacher. Geschichte unserer Familie, München 2. Aufl. 1995

ARETIN Karl Otmar von, Bayerns Weg zum souveränen Staat. Landstände und konstitutionelle Monarchie 1714-1818, München 1976

AY Karl Ludwig, Altbayern von 1180-1550 (Dokumente zur Geschichte von Staat und Gesellschaft in Bayern, Abtlg. I, Altbayern vom Frühmittelalter bis 1800, Bd. 2), München 1977.

AY Karl-Ludwig, Land und Fürst im alten Bayern. 16.-18. Jahrhundert, Regensburg 1988.

BAADER Clemens Alois, Lexikon verstorbener Baierischer Schriftsteller des achtzehnten und neunzehnten Jahrhunderts, 2 Bde., Augsburg-Leipzig 1824/25

BAYERN, Herzog Luitpold von, Die Wittelsbacher. Ein Jahrtausend in Bildern, München 2014

BEHRINGER Wolfgang, Hexenverfolgung in Bayern. Volksmagie, Glaubenseifer und Staatsräson in der Frühen Neuzeit, München 1987.

BIOGRAPHISCHES LEXIKON der Ludwig-Maximilians-Universität München, Teil I: Ingolstadt-Landshut 1472-1826, hg. von Laetitia Boehm, Winfried Müller, Wolfgang J. Smolka, Helmut Zedelmaier, Berlin 1998

BLICKLE Peter, Landschaften im Alten Reich. Die staatliche Funktion des gemeinen Mannes in Oberdeutschland, München 1973

BLICKLE Renate, Agrarische Konflikte und Eigentumsordnung in Altbayern 1400-1800, in: W. Schulze (Hg.), Aufstände, Revolten, Prozesse, Stuttgart 1983, S. 166-187.

BOSL Karl, Die Geschichte der Repräsentation in Bayern. Landständische Bewegung, landständische Verfassung, Landesauschuß und altständische Gesellschaft, München 1972.

BOSL, Karl (Hg.), Bayerische Biographie. 8000 Persönlichkeiten aus 15 Jahrhunderten, Regensburg 1983, Ergänzungsband Regensburg 1988

BRANDMÜLLER, Walter (Hg.), Handbuch der bayerischen Kirchengeschichte, 3 Bde., St. Ottilien 1991-1999.

DEMEL Walter, Der bayerische Staatsabsolutismus 1806/08-1817. Staats- und gesellschaftspolitische Motivationen und Hintergründe der Reformära in der ersten Phase des Königsreichs Bayerns, München 1983

DEUERLEIN Ernst(Hg.): Der Hitlerputsch. Bayerische Dokumente zum 8./9. November 1925, Stuttgart 1962

DOEBERL, Michael, Entwicklungsgeschichte Bayerns, 3 Bde., München 1901-1931 (Bd. 1, 3. Aufl. München 1916, Bd. 2, 3. Aufl. München 1928)

DOLLINGER Hans. Bayern, 200 Jahre in Bildern und Dokumenten. Vorwort von Golo Mann, Gütersloh 1980

FRANZ Eugen. Bayerische Verfassungskämpfe. Von der Ständekammer zum Landtag, München 1926

FREYBERG Max Frh. von, Geschichte der bayerischen Landstände und ihrer Verhandlungen, 2 Bde., Sulzbach 1828/29

FREYBERG Max Frh. von, Sammlung historischer Schriften und Urkunden, 5 Bde., Stuttgart/Tübingen 1827-1836.

GLASER Hubert (Hg.), Wittelsbach und Bayern. Ausstellungskatalog. 6 Bde. München 1980.

GOLLWITZER Heinz, Die Standesherrn. Die politische und gesellschaftliche Stellung der Mediatisierten 1815-1918. Ein Beitrag zur deutschen Sozialgeschichte, Göttingen 1964

GOLLWITZER Heinz, Ludwig I. von Bayern, Königtum im Vormärz, Eine politische Biographie, München 1986.

GÖTSCHMANN Dirk, Das bayerische Innenministerium 1825-1864 (Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Bd. 48), Göttingen 1993

GÖTSCHMANN Dirk, Bayerischer Parlamentarismus im Vormärz. Die Ständeversammlung des Königreichs Bayern im Vormärz 1819-1948, Düsseldorf 2002

GÖTSCHMANN Dirk, Wirtschaftsgeschichte Bayerns im 19.. und 20. Jahrhundert, Regensburg 2010

GRASSL: Hans, Aufbruch zur Romantik. Bayerns Beitrag zur deutschen Geistesgeschichte 1765-1785, München 1968.

HAMMERMAYER Ludwig, Geschichte der Bayerischen Akademie der Wissenschaften 1759-1807, Bd. I: Gründungs- und Frühgeschichte 1759-1769, 2. Aufl. München 1983, Bd. II: Zwischen Stagnation, Aufschwung und Illuminatenkrise 1769-1786, München 1983

HARTMANN Peter Klaus, Bayerns Weg in die Gegenwart, 3. Aufl. 2012

HEYDENREUTER Reinhard, Recht, Verfassung und Verwaltung in Bayern 1505-1946. München 1981 (Ausstellungskatalog der Staatlichen Archive Bayerns 13)

HEYDENREUTER Reinhard, PLEDL Wolfgang, ACKERMANN Konrad, Vom Abbrändler zum Zentgraf. Wörterbuch zur Landesgeschichte und Heimatforschung in Bayern, 3. Aufl. München 2010

HEYDENREUTER Reinhard, Kriminalgeschichte Bayerns, Regensburg 2003

HIERETH Sebastian, Die bayerische Gerichts- und Verwaltungsorganisation vom 13. bis zum 19. Jahrhundert (Historischer Atlas von Bayern, Teil Altbayern, Einführung), München 1950.

HOFFMANN Ludwig, Geschichte der direkten Steuern in Baiern vom Ende des 13. bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts (Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen 4,5), Leipzig 1883.

HOLZFURTNER, Ludwig, Die Wittelsbacher: Staat und Dynastie in acht 319

Jahrhunderten, Stuttgart 2005

HUBENSTEINER, Benno, Bayerische Geschichte. Staat und Volk, Kunst und Kultur, 18. Auflage München 2013

HUBER Ernst-Rudolf, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, 7 Bde., Stuttgart 1957-1984, (Bd. 1 u. 4, 2. Aufl., Stuttgart 1967 (ND 1990), Bd. 2-3, 3. Aufl., Stuttgart 1988), Registerband 1991

IMMLER, Gerhard, Die Wittelsbacher, Darmstadt 2013

KEYSER, Erich, STOOB, Heinz (Hg.), Bayerisches Städtebuch (Deutsches Städtebuch V,1-2), 2 Bde., Stuttgart u.a. 1971/74

KIEßLING Rolf/Schmid, Anton (Bearb.), Die bayerische Staatlichkeit. München 1976 (Dokumente zur Geschichte von Staat und Gesellschaft in Bayern III/2)

KIEßLING Rolf, Kleine Geschichte Schwabens, Regensburg 2003

KLOOS Rudolf M., Bayerns Weg zum modernen Staat. Kallmünz 1968 (Ausstellungskataloge der Staatlichen Archive Bayerns 1)

KOCK Peter Jakob, Der bayerische Landtag. Eine Chronik, Bamberg 1991

KÖBLER, Gerhard, Historisches Lexikon der deutschen Länder. Die deutschen Territorien vom Mittelalter bis zur Gegenwart, 7. Auflage München 2017

KÖRNER Hans-Michael, Staat und Kirche in Bayern. 1886-1918, Mainz 1977 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte B/20)

KÖRNER, Hans-Michael, SCHMID, Alois (Hg.) unter Mitarbeit von Martin OTT, Handbuch der Historischen Stätten Deutschlands, Bayern I: Altbayern und Schwaben; Bayern II: Franken, Stuttgart 2006

KÖRNER, Hans-Michael (Hg.), Große Bayerische Biographische Enzyklopädie, 4 Bde., München 2005

Bde., Würzburg 1989-2002

KRAUS Andreas, Geschichte Bayerns. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, 4. Aufl. München 2013

KREITTMAYR Wiguläus Xaverius Aloisius, Anmerkungen zum Codex juris Bavarici civilis, München , 5 Bde, 2. Aufl. 1844

KRENNER Franz von (Hg.), Bayerische Landtagshandlungen in den Jahren 1429-1513, 18 Bde., München 1803-1805.

LANZINNER Maximilian, Fürst, Räte und Landstände. Die Entstehung der Zentralbehörden in Bayern 1511-1598 (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte 61), Göttingen 1979.

LANZINNER Maximilian, Zwischen Sternenbanner und Bundesadler. Bayern im Wiederaufbau 1945-1948, Regensburg 1996

LERCHENFELD Gustav Frh. von (Hg.), Die altbayerischen landständischen Freibriefe mit den Landesfreiheitserklärungen mit historischer Einleitung von Ludwig Rockinger, München 1853.

LIEBERICH Heinz, Landherren und Landleute. Zur politischen Führungsschicht Bayerns im Spätmittelalter, München 1964 (Schriftreihe zur bayerischen Landesgeschichte 63)

LIEBERICH Heinz, Rechtsgeschichte Baierns und des bayerischen Schwaben, in: Hans Roth-Heinz W. Schlaich (Hg.), Bayerische Heimatkunde. Ein Wegweiser, München 1974, S. 195-212.

LIEBERICH Heinz, Die bayerischen Landstände 1313/40-1807 (Materialien zur bayerischen Landesgeschichte 7), München 1990.

LIEBHART Wilhelm, Altbayerische Geschichte, 1998

LIEDKE, Max (Hg.), Handbuch der Geschichte des bayerischen Bildungswesens, 4 Bde., Bad Heilbrunn 1991/97

LÖFFLER Bernhard, Die bayerische Kammer der Reichsräte 1848 bis 1918. Grundlagen, Zusammensetzung, Politik, Diss. phil. Regensburg 1994

MAYR Karl Georg, Sammlung der Churpfalz-Baierischen allgemeinen und besonderen Landes-Verordnungen, 6 Bde., München 1784-1799 (= Generaliensammlung).

MÖCKL Karl, Der moderne bayerische Staat. Eine Verfassungsgeschichte vom Aufgeklärten Absolutismus bis zum Ende der Reformepoche, München 1979 (Dokumente zur Geschichte von Staat und Gesellschaft in Bayern III/

MÖCKL Karl, Die Prinzregentenzeit – Gesellschaft und Politik während der Ära des Prinzregenten Luitpold in Bayern, München 1972

MÜLLER, Gerhard/WEIGELT, Horst/ZORN, Wolfgang (Hg.), Handbuch der Geschichte der Evangelischen Kirche in Bayern, 2 Bde., St. Ottilien 2000-2002

NERDINGER, Winfried (Hg.), München und der Nationalsozialismus. Katalog des NS-Dokumentationszentrums München, München 2015

NEUE DEUTSCHE BIOGRAPHIE, hg. v. d. Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, bisher 27 Bde, Berlin 1953-2020

OMGUS-Handbuch. Die amerikanische Militärregierung in Deutschland 1945-1949, hg. von Christoph WEISZ, 2. Aufl. München 1995

PRANTL Carl von, Geschichte der Ludwig-Maximilians-Universität in Ingolstadt, Landshut, München, 2 Bde., München 1872, ND Aalen 1968

PRINZ, Friedrich, Die Geschichte Bayerns, 5. Auflage München 2006

RALL Hans, Kurbayern in der letzten Epoche der alten Reichsverfassung 1745-1801, München 1952 (Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte 45)

RALL Hans, RALL, Marga, Die Wittelsbacher in Lebensbildern, 2. Aufl. Kreuzlingen 2000

RANKL Helmut, Staatshaushalt, Stände und "Gemeiner Nutzen" in Bayern 1500-1516 (Studien zur bayerischen Verfassungs- und Sozialgeschichte 7), München 1976.

REITZENSTEIN, Wolf-Armin Frhr. von, Lexikon bayerischer Ortsnamen. Herkunft und Bedeutung, 3. Auflage München 2006

REITZENSTEIN,, Wolf-Armin Frhr. von, Lexikon fränkischer Ortsnamen. Herkunft und Bedeutung, München 2009

REITZENSTEIN,, Wolf-Armin Frhr. von, Lexikon schwäbischer Ortsnamen. Herkunft und Bedeutung, München 2013

RIEZLER Sigmund von, Geschichte Baierns, 8 Bde. Bd. 2-8 Gotha 1880-1914, Bd. 1 in 2 Teilbänden, 2. Aufl. Stuttgart 1927, Registerband von Josef Widemann München 1932 (Neudruck Aalen 1964)

ROCKINGER Ludwig von, Die altbayerischen landständischen Freibriefe mit den Landesfreiheitserklärungen, München 1853.

ROSENTHAL Eduard, Geschichte des Gerichtswesens und der Verwaltungsorganisation Baierns, 2 Bde., Würzburg 1889-1906 (Neudruck Aalen 1968).

RUDHART Ignatz, Die Geschichte der Landstände in Bayern, 2 Bde., München 1819

SCHMELLER Johann Andreas, Bayerisches Wörterbuch. 2 Bde. 3. Neudruck der von G. Karl Frommann bearbeiteten 2. Ausgabe München 1872-77 (Neudruck München 1996)

SCHMID, Alois, WEIGAND, Katharina (Hg.), Schauplätze der Geschichte in Bayern, München 2003

SCHMID, Alois, WEIGAND, Katharina (Hg.), Bayern-mitten in Europa. Vom Frühmittelalter bis ins 20. Jahrhundert, München 2005

SCHMID, Alois, WEIGAND, Katharina (Hg.), Die Herrscher Bayerns. 25 historische Portraits von Tassilo III. bis Ludwig III., 2. Auflage München 2006

SCHMID, Alois (Hg.), Handbuch der bayerischen Geschichte, Bd. I/1: Das Alte Bayern. Von der Vorgeschichte bis zum Hochmittelalter, München 2017

SCHREMMER Eckart, Die Wirtschaft Bayerns. Vom hohen Mittelalter bis zum Beginn der Industrialisierung, Bergbau, Gewerbe, Handel, München 1970.

SCHRENCK-NOTZING Niklas Frh. von, Das bayerische Beamtentum (Beamtentum und Pfarrerstand 1400-1800 = Büdinger Vorträge 1967, hrsg. v. Günther Franz) Limburg 1972, S. 27-50.

SCHWEND Karl, Bayern zwischen Monarchie und Diktatur. Beiträge zur bayerischen Frage in der Zeit von 1918 bis 1933, München 1954

Von SEYDEL Max, Bayerisches Staatsrecht, 2 Bde., auf der Grundlage der 2. Auflage neu bearbeitet von Josef Graßmann und Robert Piloty. Tübingen 1913 (Das öffentliche Recht der Gegenwart XXI und XXII)

SPINDLER Max, Andreas KRAUS, Andreas (Hg.), Handbuch der bayerischen Geschichte, 4 Bde. in 7 Teilbänden, 2. überarbeitete Auflage, München 1981-2007. - Band I: Das Alte Bayern. Das Stammesherzogtum bis zum Ausgang des 12. Jahrhunderts, hg. von Max SPINDLER, München 1981. - Band II: Das Alte Bayern. Der Territorialstaat vom Ausgang des 12. Jahrhunderts bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts, hg. von Andreas KRAUS, München 1988. - Band III/1: Geschichte Frankens bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts, hg. von Andreas KRAUS, München 1997. - Band III/2: Geschichte Schwabens bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts, hg. von Andreas KRAUS, München 2001. - Band III/3: Geschichte der Oberpfalz und des bayerischen Reichskreises bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts, hg. von Andreas KRAUS, München 1995. - Band IV/1: Das Neue Bayern. Von 1800 bis zur Gegenwart. Erster Teilband: Staat und Politik, hg. von Alois SCHMID, München 2003. - Band IV/2: Das Neue Bayern. Von 1800 bis zur Gegenwart. Zweiter Teilband: Innere Entwicklung und kulturelles Leben, hg. von Alois SCHMID, München 2007

SPINDLER, Max, DIEPOLDER, Gettrud (Hg.), Bayerischer Geschichtsatlas, München 1969.

STAHLERER Erich (Bearb.), Gerechtigkeit erhöht ein Volk. Recht und Rechtspflege in Bayern im Wandel der Geschichte. München 1990 (Ausstellungskataloge der Staatlichen Archive Bayerns 28)

TADDEY, Gerhard, Lexikon der deutschen Geschichte, 3. Auflage Stuttgart 1998

TREML Manfred (Hg.), Geschichte des modernen Bayern. Königreich und Freistaat, 3. Aufl. 2006.

VOLKERT Wilhelm (Hg.), Handbuch der bayerischen Ämter, Gemeinden und Gerichte 1799-1980, München 1983

VOLKERT, Wilhelm, Geschichte Bayerns, 5. Auflage München 2017

WEIS Eberhard, Montgelas, 2 Bde., München 1971 und 2005

WEISS, Dieter J., Kronprinz Rupprecht von Bayern 1869-1955. Eine politische Biografie. Regensburg 2007

WENZEL Alfons, Bayerische Verfassungsurkunden. Dokumentation zur bayerischen Verfassungsgeschichte, München/Stamsried, 4. Aufl. 2002

WILLOWEIT Dietmar, Deutsche Verfassungsgeschichte. Vom Frankenreich bis zur deutschen Wiedervereinigung, 3. Aufl., München 1997

ZIEGLER Walter, Altbayern von 1550-1651 (Dokumente zur Geschichte von Staat und Gesellschaft in Bayern, Abt. 1, Altbayern vom Frühmittelalter bis 1800, Bd. 3), 2 Bde., München 1992.

ZORN Wolfgang, Bayerns Geschichte im 20. Jahrhundert. Von der Monarchie zum Bundesland. München 1986

ZORN Wolfgang, Kleine Wirtschafts- und Sozialgeschichte Bayerns 1806-1933, 1962

Publikationsreihen: Forschungen zur Landes- und Regionalgeschichte, St. Ottilien 1997 ff.; Materialien zur bayerischen Landesgeschichte, München 1987 ff.; *Miscellanea Bavarica Monacensia*. Dissertationen zur bayerischen Landes- und Münchener Stadtgeschichte, München 1967 ff.; Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte, München 1929 ff.; Studien zur bayerischen Verfassungs- und Sozialgeschichte, Kallmünz 1962 ff.

Quelleneditionen: Dokumente zur Geschichte von Staat und Gesellschaft in Bayern, hg. v. d. Kommission für bayerische Landesgeschichte bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, München 1974 ff.; *Monumenta Boica*, hg. v. d. Kommission für bayerische Landesgeschichte bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, 54 Bde., München 1763-1956; Quellen und Erörterungen zur bayerischen (vor 1930: und deutschen) Geschichte, hg. v. d. Kommission für bayerische Landesgeschichte bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Alte Folge, 9 Bde., München 1856-1863; Neue Folge, München 1903 ff.; Quellen zur neueren Geschichte Bayerns, München 2000 ff.; Regesten zur bayerischen Geschichte, hrsg. von der Kommission für bayerische Landesgeschichte bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, München 1992 ff.;

Historischer Atlas von Bayern, hrsg. von der Kommission für bayerische Landesgeschichte bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, München 1950 ff.; Historisches Ortsnamenbuch von Bayern, hrsg. von der Kommission für bayerische Landesgeschichte bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, München 1951 ff.

VI. ADRESSEN

Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns
80539 München
Schönfeldstr. 5
Tel.: 089 / 2 86 38-2482
E-Mail: poststelle@gda.bayern.de
Internet: www.gda.bayern.de

Bayerisches Hauptstaatsarchiv
80539 München
Schönfeldstr. 5-11
Tel.: 089 / 2 86 38-2596
E-Mail: poststelle@bayhsta.bayern.de
Internet: www.gda.bayern.de/archive/hauptstaatsarchiv

Staatsarchiv Amberg
92224 Amberg
Archivstr. 3
Tel.: 09621 / 30 79 11
E-Mail: poststelle@staam.bayern.de
Internet: www.gda.bayern.de/amberg

Staatsarchiv Augsburg
86159 Augsburg
Salomon-Indler-Str. 2
Tel.: 0821 / 5 99 63-30
E-Mail: poststelle@staaau.bayern.de
Internet: www.gda.bayern.de/augsburg

Staatsarchiv Bamberg
96047 Bamberg, Hainstr. 39
Tel.: 0951 / 9 86 22-0
E-Mail: poststelle@staba.bayern.de
Internet: www.gda.bayern.de/bamberg

Staatsarchiv Coburg
96450 Coburg, Herrengasse 11
Tel.: 09561 / 42 70 70
E-Mail: poststelle@staco.bayern.de
Internet: www.gda.bayern.de/coburg

Staatsarchiv Landshut
84034 Landshut
Schlachthofstr. 10
Tel.: 0871 / 9 23 28-0
E-Mail: poststelle@stala.bayern.de
Internet: www.gda.bayern.de/landshut

Staatsarchiv München
80539 München
Schönfeldstr. 3
Tel.: 089 / 2 86 38-2539
E-Mail: poststelle@stam.bayern.de
Internet: www.gda.bayern.de/muenchen

Staatsarchiv Nürnberg
90408 Nürnberg
Archivstr. 17
Tel.: 0911 / 93 51 90
E-Mail: poststelle@stanu.bayern.de
Internet: www.gda.bayern.de/nuernberg

Staatsarchiv Würzburg
97070 Würzburg
Residenzplatz 2
Tel.: 0931 / 35 52 90
E-Mail: poststelle@stawu.bayern.de
Internet: www.gda.bayern.de/wuerzburg

Archiv des Bistums Augsburg
86154 Augsburg
Pfarrhausstr. 4
Tel.: 0821 / 31 66-85 61
E-Mail: archiv@bistum-augsburg.de
Internet: www.bistum-augsburg.de

Archiv des Erzbistums Bamberg
96047 Bamberg
Regensburger Ring 2
Tel.: 0951 / 502-25 20
E-Mail: archiv@erzbistum-bamberg.de
Internet: www.erzbistum-bamberg.de

Diözesanarchiv Eichstätt
85072 Eichstätt
Luitpoldstr. 1
Tel.: 08421 / 50-761
E-Mail: archiv@bistum-eichstaett.de
Internet: www.bistum-eichstaett.de/dioezesanarchiv

Archiv des Erzbistums München und Freising
80333 München
Karmeliterstr. 1 (Eingang Pacellistraße)
Tel.: 089 / 21 37-1346
E-Mail: archiv@eomuc.de
Internet: www.erzbistum-muenchen.de/archiv-und-bibliothek

Archiv des Bistums Passau
94032 Passau
Luragogasse 4
Tel.: 0851 / 3 93-1471
E-Mail: archiv@bistum-passau.de
Internet: www.bistumsarchiv-passau.de

Bischöfliches Zentralarchiv Regensburg
93047 Regensburg
St.-Peters-Weg 11-13
Tel.: 0941 / 5 97-2520
E-Mail: archiv@bistum-regensburg.de
Internet: www.bistum-regensburg.de/kunst-kultur/dioezesanarchiv

Diözesanarchiv Würzburg
97070 Würzburg
Domerschulstr. 17
Tel.: 0931 / 38 66-71 00
E-Mail: abbw@bistum-wuerzburg.de
Internet: www.archiv.bistum-wuerzburg.de

Landeskirchliches Archiv der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern (LAELKB)
90489 Nürnberg
Veilhofstr. 28
Tel.: 0911 / 5 88 69-0
E-Mail: archiv@elkb.de
Internet: www.archiv-elkb.de

Archiv des Bayerischen Landtags
81627 München
Maximilianeum
Tel.: 089 / 41 26-2268
E-Mail: archiv@bayern.landtag.de
Internet: www.bayern.landtag.de

Archiv für Christlich-Soziale Politik (ACSP)
80636 München
Lazarettstr. 33
Tel.: 089 / 12 58-279
E-Mail: archiv@hss.de
Internet: www.hss.de

Sudetendeutsches Archiv
81669 München
Hochstr. 8
Tel.: 089 / 48 00 03 32
E-Mail: info@sudetendeutsches-archiv.de
Internet: www.sudetendeutsches-archiv.de

Archiv des Deutschen Museums
80538 München
Museumsinsel 1
Tel.: 089 / 21 79-220
E-Mail: archiv@deutsches-museum.de
Internet: www.deutsches-museum.de/archiv

Architekturmuseum der Technischen Universität München
(in der Pinakothek der Moderne)
80333 München · Barer Str. 40
Tel.: 089 / 28 92 24 93
E-Mail: am@architekturmuseum.de
Internet: www.architekturmuseum.de

Bayerische Staatsbibliothek
80539 München
Ludwigstr. 16
Tel.: 089 / 2 86 38-2322
E-Mail: direktion@bsb-muenchen.de
Internet: www.bsb-muenchen.de

Provinzialbibliothek (Staatliche Bibliothek Amberg)
92224 Amberg
Malteserplatz 4
Tel.: 09621 / 60 28-0
E-Mail: info@provinzialbibliothek-amberg.de
Internet: www.provinzialbibliothek-amberg.de

Schloßbibliothek (Staatliche Bibliothek Ansbach)
91522 Ansbach
Reitbahn 5
Tel.: 0981 / 9 53 85-0
E-Mail: info@schlossbibliothek-ansbach.de
Internet: www.schlossbibliothek-ansbach.de

Hofbibliothek Aschaffenburg
63739 Aschaffenburg
Schloßplatz 4
Tel.: 06021 / 44 63 99-0
E-Mail: hofbibliothek@hofbibliothek-ab.de
Internet: www.hofbibliothek-ab.de

Staats- und Stadtbibliothek Augsburg
86152 Augsburg
Schaezlerstr. 25
Tel.: 0821 / 71013-2739
E-Mail: info@sustb-augsburg.de
Internet: www.sustb-augsburg.de

Staatsbibliothek Bamberg
96049 Bamberg
Domplatz 8
Tel.: 0951 / 9 55 03-101
E-Mail: info@staatsbibliothek-bamberg.de
Internet: www.staatsbibliothek-bamberg.de

Landesbibliothek Coburg
96450 Coburg
Schloss Ehrenburg, Schloßplatz 1
Tel.: 09561 / 85 38-0
E-Mail: auskunft@landesbibliothek-coburg.de
Internet: www.landesbibliothek-coburg.de

Studienbibliothek (Staatliche Bibliothek Dillingen)
89407 Dillingen a.d.Donau
Kardinal-von-Waldburg-Str. 51
Tel.: 09071 / 28 60
E-Mail: studbib@bndlg.de
Internet: www.studienbibliothek-dillingen.de

Staatliche Bibliothek Neuburg (Provinzialbibliothek)
86633 Neuburg a.d.Donau
Karlsplatz A 17
Tel.: 08431 / 91 06
E-Mail: StaBi@neusob.de
Internet: www.sbnd.de

Staatliche Bibliothek Passau
94032 Passau
Michaeligasse 11
Tel.: 0851 / 75 64 40-0
E-Mail: sbp_info@staatliche-bibliothek-passau.de
Internet: www.staatliche-bibliothek-passau.de

Staatliche Bibliothek Regensburg
93047 Regensburg
Gesandtenstr. 13
Tel.: 0941 / 63 08 06-0
E-Mail: info@staatliche-bibliothek-regensburg.de
Internet: www.staatliche-bibliothek-regensburg.de

Institut für Zeitgeschichte
80636 München
Leonrodstr. 46 b
Tel.: 089 / 1 26 88-0
E-Mail: ifz@ifz-muenchen.de
Internet: www.ifz-muenchen.de

Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen in Bayern
80331 München
Alter Hof 2
Tel.: 089 / 21 01 40-0
E-Mail: landesstelle@blfd.bayern.de
Internet: www.museen-in-bayern.de

MPZ-Museumpädagogisches Zentrum
80797 München
Infanteriestr. 1
Tel.: 089 / 954 11 52-20/-21 oder -22
E-Mail: mpz@mpz.bayern.de
Internet: www.mpz.bayern.de

Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege
80539 München
Hofgraben 4
Tel.: 089 / 21 14-0
E-Mail: poststelle@blfd.bayern.de
Internet: www.blfd.bayern.de

Bayerisches Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung
80538 München
Alexandrastr. 4
Tel.: 089 / 21 29-1111
E-Mail: service@geodaten.bayern.de
Internet: www.ldbv.bayern.de

Bayerisches Landesamt für Statistik (mit Bibliothek)
90762 Fürth
Nürnberger Str. 95
Tel.: 0911 / 982 08-0
E-Mail: poststelle@statistik.bayern.de
Internet: www.statistik.bayern.de

Kommission für bayerische Landesgeschichte bei der Bayerischen
Akademie der Wissenschaften
80539 München · Marstallplatz 8
Tel.: 089 / 2 30 31-1171/1172
E-Mail: post@kbl.badw.de
Internet: www.kbl.badw.de

Kommission für Mundartforschung bei der Bayerischen Akademie der
Wissenschaften
80539 München, Marstallplatz 8
Tel.: 089 / 2 30 31-1180
E-Mail: post@kmf.badw.de
Internet: www.bwb.badw.de

Institut für Bayerische Geschichte
Ludwig-Maximilians-Universität München
80539 München · Ludwigstr. 14
Tel.: 089 / 2 86 38-2507
E-Mail: BayerischeGeschichte@lmu.de
Internet: www.bayerishegeschichte.uni-muenchen.de

Institut für Kulturraumforschung Ostbayerns und der Nachbarregionen (IKON)
94032 Passau · Leopoldstr. 4
Tel.: 0851 / 5 09 19 40
E-Mail: ikon@uni-passau.de
Internet: www.ikon.uni-passau.de

Schwäbische Forschungsstelle der Kommission für bayerische
Landesgeschichte bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften
86159 Augsburg · Eichleitnerstr. 30
Tel.: 0821 / 57 64 42
E-Mail: anke.sczesny@kbl.badw.de
Internet: www.kbl.badw.de/schwaebische-forschungsstelle.html

Zentralinstitut für fränkische Landeskunde und allgemeine Regionalforschung
Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg
91054 Erlangen · Kochstr. 4
Tel.: 09131 / 8 52 23 67
E-Mail: beplatze@phil.uni-erlangen.de
Internet: www.geschichte.uni-erlangen.de/landesg/index.shtml

Institut für Volkskunde der Kommission für bayerische Landesgeschichte
(bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften)
80333 München · Barerstr. 13
Tel.: 089 / 51 55 61-3
E-Mail: post@volkskunde.badw.de
Internet: www.kbl.badw.de/institut-fuer-volkskunde.html

Arbeitskreis für Hausforschung in Bayern e.V.
Fränkisches Freilandmuseum
91438 Bad Windsheim
Eisweiherweg 1
Tel.: 09841 / 6680-0
E-Mail: ahf-by@freilandmuseum.de
Internet: www.arbeitskreisfuerhausforschung.de

Zentralinstitut für Kunstgeschichte
80333 München · Katharina-von-Bora-Str. 10
Tel.: 089 / 28 92 75 56
E-Mail: zi-webmaster@zikg.eu
Internet: www.zikg.eu

Forschungsinstitut für Technik- und Wissenschaftsgeschichte
80538 München · Museumsinsel 1
Tel.: 089 / 2179-1
E-Mail: u.hashagen@deutsches-museum.de
Internet: www.deutsches-museum.de/forschung/das-forschungsinstitut

Haus der Bayerischen Geschichte
86150 Augsburg
Zeuggasse 7
Tel.: 0821 / 32 95-0
E-Mail: poststelle@hdbg.bayern.de
Internet: www.hdbg.de

Verband bayerischer Geschichtsvereine (Geschäftsstelle)
Institut für Bayerische Geschichte
80539 München
Ludwigstr. 14
Tel.: 089 / 286 38-2800
E-Mail: wolfgang.schuster@lmu.de
Internet: www.verband-bayerischer-geschichtsvereine.de

Historischer Verein von Oberbayern
80797 München, Winzererstr. 68 (Stadtarchiv)
Tel.: 089 / 2 33-0308
E-Mail: hv.oberbayern@online.de
Internet: www.hv-oberbayern.de

Historischer Verein für Niederbayern
84034 Landshut
Stadtarchiv Landshut
Luitpoldstr. 29a
Tel.: 0871 / 88-1700
E-Mail: gerhard.tausche@landshut.de
Internet: www.hv-niederbayern.de

Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg
93047 Regensburg
Keplerstr. 1
Tel.: 0941 / 5 67 46 84
E-Mail: info@hvor.de
Internet: www.hvor.de

Historischer Verein für Schwaben
86152 Augsburg
Schaezlerstr. 25 (Staats- und Stadtbibliothek)
E-Mail: info@hv-schwaben.de
Internet: www.hv-schwaben.de

Historischer Verein für Oberfranken
95421 Bayreuth, Postfach 110263
Tel.: 0921 / 6 53 07
E-Mail: historisch.verein.oberfranken@t-online.de
Internet: www.hvo.franken.org

Historischer Verein für Mittelfranken
91522 Ansbach
Reitbahn 5 (Staatliche Bibliothek), Geschäftsstelle
Tel.: 0981 / 9 53 85-0
E-Mail: info@historischer-verein-mittelfranken.de
Internet: www.historischer-verein-mittelfranken.de

Freunde Mainfränkischer Kunst und Geschichte e.V.
97070 Würzburg
Pleicherkirchgasse 16
Tel.: 0931 / 8 80 65 40
E-Mail: info@freunde-mainfranken.de
Internet: www.freunde-mainfranken.de

Bayerische Numismatische Gesellschaft e.V.
80333 München
Residenzstr. 1 (Staatliche Münzsammlung)
Tel.: 089 / 22 72 21
E-Mail: n.worbs@bngdev.de
Internet: www.bngdev.de

Gesellschaft für Archäologie in Bayern e.V.
82178 Puchheim
Benzstr. 9
Tel.: 089 / 70 95 04 84
E-Mail: geschaeftsstelle@gesellschaft-fuer-archaeologie.de
Internet: www.gesellschaft-fuer-archaeologie.de

Bayerischer Landesverein für Familienkunde e.V.
86153 Augsburg
Provinostr. 48
Tel.: 0157 / 55 55 82 01
E-Mail: BLF@blf-online.de
Internet: www.blf-online.de

Gesellschaft für Familienforschung in Franken e.V.
90478 Nürnberg
Vordere Cramergasse 13
Tel.: 0911 / 35 89 39
E-Mail: info@gf-franken.de
Internet: www.gf-franken.de

Bayerischer Landesverein für Heimatpflege e.V.
80539 München
Ludwigstr. 23, Rgb.
Tel.: 089 / 28 66 29-0
E-Mail: info@heimat-bayern.de
Internet: www.heimat-bayern.de

Frankenbund – Vereinigung für fränkische Landeskunde und Kulturpflege e.V.
97070 Würzburg
Stephanstr. 1
Tel.: 0931 / 5 67 12
E-Mail: info@frankenbund.de
Internet: www.frankenbund.de

Trachten-Informationszentrum
83671 Benediktbeuern
Michael-Ötschmann-Weg 2
Tel.: 08857 / 888-33
E-Mail: info@trachten-informationszentrum.de
Internet: www.bezirk-oberbayern.de/Heimat/Trachten-Informationszentrum

Impressum

ISBN	978-3-88795-587-8
Herausgeber	Copyright 2020, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München Lazarettstraße 33, 80636 München Tel.: +49 (0)89/1258-0 E-Mail: info@hss.de Online: www.hss.de
Vorsitzender	Markus Ferber, MdEP
Generalsekretär	Oliver Jörg
Leiterin des Instituts für Politische Bildung	Stefanie von Winning
Verfasser	Prof. Dr. Reinhard Heydenreuter, Dr. Birgit Strobl
Redaktion	Hubertus Klingsbögl (V.i.S.d.P.)
Druck	MDV Maristen Druck, Furth
Umschlaggestaltung	formidee, München
Redaktionsschluss	Oktober 2020

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Namentlich gekennzeichnete redaktionelle Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Hinweis: Zur besseren Lesbarkeit der Texte wird auf die gleichzeitige Verwendung femininer und maskuliner Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten geschlechtsneutral bzw. für alle Geschlechter.

Dieser Leitfaden zur bayerischen Landesgeschichte ist als Begleitmaterial für Seminare der Hanns-Seidel-Stiftung e. V. und als Nachschlagewerk für historisch Interessierte und ehrenamtlich Tätige gedacht. Neben einer kurzen zusammenfassenden Einführung sind alle in Bayern aufgegangenen altbayerischen, fränkischen und schwäbischen Territorien chronologisch aufgelistet.

Ergänzt wird dieser Band durch ein Sachwörterbuch, Literaturhinweise und eine Adressenliste, die besonders für Heimatforscher nützlich ist.



Großes Bayerisches Staatswappen

Hanns-Seidel-Stiftung e.V.

✉ Lazarettstraße 33
80636 München

☎ +49 (0)89 12 58-0

@ info@hss.de

🌐 www.hss.de

BNr. 0325-2011